# 20. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. Mai 2009, 09.00 Uhr, in München

Geschäftliches	und  Gesetzentwurf der Staatsregierung
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Reinhard Pachner und Staatssekretär Dr. Bernd Weiß	zur Änderung des Bayerischen Katastrophen- schutzgesetzes (Drs. 16/1229)
Regierungserklärung der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten zum Thema: "Mit Europa die Krise bewältigen: Stärke und Geschlossenheit durch Neuausrichtung der EU"	Verweisung des Gesetzentwurfs 16/1153 in den Verfassungsausschuss
Staatsministerin Emilia Müller	Verfassungsstreitigkeit Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. März 2009 (Vf. 32-IVa-09), betreffend die Verfassungsstreitigkeit über die Frage, ob der Beschluss des Bayerischen Landtags vom 13. November 2008 über die Mitgliederzahl der Ausschüsse, Plenarprotokoll 16/5, S.135, die Antragsteller in ihren Rechten aus Art. 2 Abs. 2 Art. 4, 5, 13 Abs. 2 Satz 1, Art. 14 und 16 a BV verletzt PII/G-1310/09-4 Beschlussempfehlung (Drs. 16/1195)  Harald Güller (SPD)
Bayerische Beamtengesetz (Drs. 16/1153)	Keine Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes (Drs. 16/527) Beschlussempfehlung (Drs. 16/1201)  Markus Rinderspacher (SPD)

Petra Guttenberger (CSU)	Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlich- keitsantrag 16/1256 (s. a. Anlage 2)
1477         Dr. Martin Runge (GRÜNE)	Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeits- antrag 16/1267 (s. a. Anlage 3) 1487
Horst Arnold (SPD)	Ergebnis der namentlichen Abstimmung 16/1256 1490
Erledigung	Ergebnis der namentlichen Abstimmung 16/1267 1490
Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)	Dringlichkeitsantrag der Abg. Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Thomas Dechant u. a. und Fraktion (FDP) Rückzug der Kreditversicherer verhindern
Beschluss	(Drs. 16/1257)
Mitteilung betreffend Umbesetzung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP)       1487         Martin Schöffel (CSU)       1488         Dr. Paul Wengert (SPD)       1489         Bernhard Pohl (FW)       1490         Eike Hallitzky (GRÜNE)       1491
Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  Erfolgreiche Zusammenarbeit im Beratungs-	Staatsminister Martin Zeil
netzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bay- ern gegen Rechtsextremismus fortsetzen - Aus- schluss der Antifaschistischen Informations-,	Ergebnis der namentlichen Abstimmung 1497
Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) zurücknehmen (Drs. 16/1256) und	Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Gerhard Eck, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Thomas Dechant, Jörg Rohde u.
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)	a. und Fraktion (FDP)  Hilfe für die Fischereiwirtschaft und gefährdete Fischbestände (Drs. 16/1258)
Rücknahme der Einstufung der Antifaschisti- schen Informations-, Dokumentations- und Ar- chivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextre- mistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordi-	und <b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FW)
nierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) (Drs. 16/1267)	Schutz der heimischen Fischereiwirtschaft vor erheblichen Schäden durch Kormorane! (Drs. 16/1266)
Susanna Tausendfreund (GRÜNE)	und  Dringlichkeitsantrag der Abg. Johanna Werner- Muggendorfer, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD) Hilfe für Fischer und Teichwirte ohne Aufwei- chung der gültigen Kormoranverordnung (Drs. 16/1272)
Adelheid Rupp (SPD)	Gudrun Brendel-Fischer (CSU)
,	Thorsten Glauber (FW)

Klaus Steiner (CSU) 1497 1499	Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger,		
Thomas Dechant (FDP)1497	Tanja Schweiger, Ulrike Müller u. a. und Fraktion		
Dr. Christian Magerl (GRÜNE) 1498 1500	(FW)		
Staatsminister Dr. Markus Söder 1499 1500	Milchpreissituation (Drs. 16/1260)		
1501	und		
Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag	Dringlichkeitsantrag der Abg.		
16/1258	Georg Schmid, Alexander König, Thomas Kreuzer		
	u. a. und Fraktion (CSU),		
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/1272	Thomas Hacker, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver		
1501	Kirschner u. a. und Fraktion (FDP)		
Namontliche Abstimmung zum EW Dringlichkeitean	Verantwortung für die heimische Milchwirt-		
Namentliche Abstimmung zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/1266 (s. a. Anlage 5)	schaft wahrnehmen (Drs. 16/1278)		
Franksia dar namantliakan Abatimmung 16/1266	Ulrike Müller (FW)1511		
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 16/1266 1510	Annemarie Biechl (CSU)		
1510	Thomas Dechant (FDP) 1513 1514		
	Dr. Leopold Herz (FW) 1514		
Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget,	Maria Noichl (SPD) 1514 1515		
Johanna Werner-Muggendorfer, Christa Steiger u.	Adi Sprinkart (GRÜNE) 1516 1517		
a. und Fraktion (SPD)	Hubert Aiwanger (FW) 1517 1518 1519		
Die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern an-	Dr. Thomas Beyer (SPD)		
erkennen	Staatsminister Helmut Brunner 1518 1519		
Wertschätzung der Erzieherinnen und Erzieher	1520		
(Drs. 16/1259)	December 2000 FW/ Dringlichkeiteentres		
und	Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/1260		
	10/1200		
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,	Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag		
Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion	16/1278		
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  Beruf Erzieherin und Erzieher: unersetzlich und			
unattraktiv (Drs. 16/1273)			
unattiaktiv (DIS. 10/12/3)	Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause,		
und	Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion		
Dringlichkeitsantrag der Abg.	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		
Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u.	Verflechtungen zwischen BLM und Medienun-		
a. und Fraktion (CSU),	ternehmen (Drs. 16/1261)		
Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon	und		
u. a. und Fraktion (FDP)	Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Mar-		
Stärkung der Erzieherinnen und Erzieher	kus Rinderspacher, Inge Aures u. a. und Fraktion		
(Drs. 16/1276)	(SPD)		
	Korruptionsprävention im Bereich der Medien-		
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) 1502	aufsicht des privaten Rundfunks in Bayern		
Renate Ackermann (GRÜNE) 1503 1509	(Drs. 16/1274)		
Reserl Sem (CSU)			
Brigitte Meyer (FDP)	Verweisung in den Hochschulausschuss 1520		
Tanja Schweiger (FW)			
Staatsministerin Christine Haderthauer 1508	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Franz Maget, Mar-		
1509 1510	kus Rinderspacher, Franz Schindler u. a. und Frak-		
Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/1259	tion (SPD)		
1510	Anfrage der US-Regierung zur Aufnahme von		
	Guantánamo-Gefangenen (Drs. 16/1262)		
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag	(2.0		

Beschluss zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag

	-	~
	11	( 1

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufnahme unschuldiger uigurischer Guantánamo-Gefangener in Bayern (Drs. 16/1264)

und

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion (FW)

Aufnahme uigurischer Gefangener aus dem Lager in Guantánamo (Drs. 16/1269)

Verweisung in den Verfassungsausschuss ...... 1520

**Dringlichkeitsantrag** der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FW)

Verbot sog. Cage Fights (Drs. 16/1263)

Verweisung in den Kommunalausschuss	1520
Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ch sta Naaß, Diana Stachowitz u. a. und Fraktion (SPD) Rücknahme der 42-Stunden-Woche - Nägel m Köpfen machen (Drs. 16/1265)	
Verweisung in den Dienstrechtsausschuss	1520
Schluss der Sitzung	1520

(Beginn: 9.00 Uhr)

## Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 20. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben wie immer um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch zwei Geburtstagsglückwünsche aussprechen; einen halbrunden Geburtstag feierte am 23. April Herr Kollege Reinhard Pachner. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Heute hat außerdem der Staatssekretär Dr. Bernd Weiß Geburtstag, der aber noch nicht da ist. Da muss dann später noch gratuliert werden. Auf jeden Fall von dieser Stelle aus herzliche Glückwünsche - an die beiden Geburtstagskinder.

Dann begrüßen wir eine Besuchergruppe oben, die erste des Tages, nämlich eine Besuchergruppe aus Rosenheim von der Frau Kollegin Noichl. Auch bei uns herzlich willkommen.

Dann kann ich jetzt <u>Tagesordnungspunkt 1</u> aufrufen:

Regierungserklärung der Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten zum Thema: "Mit Europa die Krise bewältigen: Stärke und Geschlossenheit durch Neuausrichtung der EU"

Jetzt darf ich vielleicht parteiübergreifend, Herr Kollege Schneider, feststellen: Wenn ich sehe, dass der Herr Ministerpräsident schon da ist, dann könnten sich die Fraktionen daran ein Beispiel nehmen und bei diesem wichtigen Thema eigentlich auch schon anwesend sein.

(Beifall - Harald Güller (SPD): Wir sind da!)

Ich erteile hiermit Frau Ministerin Müller das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Europaangelegenheiten): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Europawoche ist es wichtig, daran zu erinnern, dass Europa eine beispiellose Erfolgsgeschichte ist, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Bei aller berechtigten Kritik an der einen oder anderen Entscheidung aus Europa: Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die Europäische Union und ihr Erfolgsmodell Binnenmarkt Stabilitätsanker sind, auch für Deutschland und Bayern. Ohne die Europäische

Union, ohne den Euro würde unser Land, würden unsere Bürger von der Krise weitaus stärker belastet. Der große europäische Binnenmarkt mit 500 Millionen Menschen schützt und stabilisiert. Das gilt gerade für Bayern, das jeden zweiten Euro im Export verdient. Die gemeinsame Eurozone verhindert unter anderem Währungsrisiken.

Deshalb verwundert es nicht, dass andere Wirtschaftsräume die europäische Integration als Vorbild für die eigene Entwicklung nehmen. In Asien ist die Europäische Union für ASEAN das große politische und wirtschaftliche Vorbild. In Amerika ist die Europäische Union Vorbild für die Mercosur-Staaten. Die Afrikanische Union orientiert sich an dem Modell der Europäischen Union. Im Golf ist die Europäische Union Vorbild für den Golf-Kooperationsrat, der sich bis zum Jahr 2010 sogar das Ziel der Schaffung einer gemeinsamen Währung gesetzt hat. Ich glaube, das ist auch ein Zeichen dafür, welch ein Stabilitätsanker und welches Vorbild die Europäische Union mittlerweile geworden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher, wir alle sind uns einig, dass die künftigen Herausforderungen ein geschlossenes Vorgehen der Europäischen Union nach außen erfordern.

In der Europawoche möchte ich auch daran erinnern. dass es ein langer und teilweise steiniger Weg war, den die Europäische Union von den Anfängen als Wirtschaftsgemeinschaft bis zur heutigen Europäischen Union gehen musste, um ein Erfolgsmodell mit Vorbildcharakter zu werden. In den ersten Jahrzehnten nach dem Abschluss der Römischen Verträge war es eine noch lebendige Erinnerung an zwei Weltkriege und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Zwänge, die jeden von der europäischen Idee überzeugte. Heute sind es die Zwänge einer globalisierten Welt, die einen Mitgliedstaat alleine überfordern würden. Gerade in diesem Jahr fällt unsere Aussprache zur europäischen Integration in eine Phase, die von vielen Unsicherheiten geprägt ist. Europa bewährt sich derzeit auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise und in vielen anderen Bereichen.

Deshalb brauchen wir auch in Zukunft ein starkes Europa, ein Europa, das Perspektiven aufzeigt. Grundlage dafür ist die Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger. Nachhaltig erreichen wir Stärke und Geschlossenheit durch eine Neuausrichtung der Europäischen Union. Dieser Leitgedanke fordert deshalb dreierlei:

Zum Ersten muss die Akzeptanz Europas bei den Bürgern durch Verdeutlichung der Herausforderungen, vor denen Europa heute steht und in denen es sich bewährt, verbessert werden. Zum Zweiten ist die Akzep-

tanz Europas dadurch zu verbessern, dass Fehlentwicklungen nicht hingenommen werden. Wer einen Fehler nicht korrigiert, begeht sogleich einen weiteren. Zum Dritten ist die Akzeptanz dadurch zu verbessern, dass institutionell, geografisch und finanziell die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft erfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa überzeugt als globaler Akteur in der Krise. In der Finanzkrise hat die Europäische Union Einigkeit bewiesen. Europa hat es geschafft, im Rahmen der G 20 mit einer Stimme zu sprechen. Das war der Schlüssel zum Erfolg: Bei dem Treffen der G-20-Staaten konnten die Europäer ihre Position in den Verhandlungen weitgehend durchsetzen. Unsere Vorstellungen von einer besseren Regulierung und Aufsicht überzeugten mehr als ein Festhalten am Laissez-faire amerikanischen Vorbildes.

Es zeigt sich in der Wirtschaftskrise, dass das kontinentaleuropäische Wirtschaftsmodell besser auf Krisen vorbereitet und für die Zukunft gerüstet ist als manche Ausprägungen des anglo-amerikanischen Modells. Das europäische Modell baut auf einer nennenswerten eigenen Produktion mit einem leistungsfähigen Mittelstand auf. Es ist wesentlich krisenresistenter als ein Modell, das rein auf Dienstleistungen setzt. Das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft schafft Stabilität durch sozialen Ausgleich und die nötigen regulierenden Leitplanken für unternehmerisches Handeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sehen in allen Ländern der Europäischen Union eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft. Freiheit und Verantwortung sind gleichermaßen zu sehen. Wir brauchen eine Balance und wollen Chancengerechtigkeit für alle in allen europäischen Staaten.

#### (Beifall bei der CSU und der FDP)

Europa hat in der Krise klug gehandelt: Die Europäische Union hat sich auf eine Koordinierung der nationalen Konjunkturprogramme der Mitgliedstaaten beschränkt und gerade nicht zentralistisch entschieden; denn die Probleme der Mitgliedstaaten sind trotz gemeinsamer Ursachen unterschiedlich und werden am besten mit maßgeschneiderten Paketen angegangen. Ich halte es für absolut richtig, dass sich Brüssel darauf konzentriert, Wettbewerbsverzerrungen durch die nationalen Konjunkturprogramme zu verhindern. Hilfen für die Wirtschaft sind in der Krise notwendig. Dies darf aber nicht zu nationalstaatlichem Protektionismus führen. Gerade der Exportweltmeister Deutschland und hier insbesondere Bayern haben ein existenzielles Interesse an einem funktionierenden Binnenmarkt. Schließlich gehen über 60 % der bayerischen Exporte ins europäische Ausland. Auch hier profitieren wir von der Erweiterung der Europäischen Union um die mittelund osteuropäischen Länder, denn seit 2004 ist dort der Handel um 65 % gestiegen, überdimensional im Vergleich mit allen anderen Exporten, die wir zu verzeichnen haben. Wir sehen also: Europa hat enorme Chancen.

Entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung der Rezession, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine funktionierende Wirtschafts- und Währungsunion.

Bayern hat sich stets für einen stabilen Euro eingesetzt. Ein starker Euro ist auch die Voraussetzung für die Vorteile der gemeinsamen Währung: niedrigere Zinsen, Wegfall des Wechselkursrisikos, Schutz vor Währungsspekulationen und Inflation. Er schützt die Interessen der Sparer und er schützt die Interessen unserer Rentner

Mitgliedstaaten, die der Eurozone noch nicht angehören und wirtschaftlich in Schwierigkeiten sind, möchten jetzt möglichst schnell auch den Euro einführen und Teil der Eurozone sein. Ein Beitritt zur Eurozone darf aber keine politische Entscheidung sein. Die Beitrittskriterien müssen strikt eingehalten werden. Auch deshalb lehne ich vorschnelle Beitritte in die Eurozone ab.

(Beifall bei der CSU)

Für mich steht auch fest: Eine Aufweichung unserer gemeinsamen Währung darf es nicht geben! Für uns haben die Stabilität des Euro und die Sicherheit der Ersparnisse unserer Bürger absolute Priorität.

Die Krise trifft zudem diejenigen Mitgliedstaaten besonders hart, die in den vergangenen Jahren Strukturreformen "versäumt" haben. Sie kommen in einen Teufelskreislauf aus Wirtschaftseinbruch und Haushaltsschieflagen, Steuerausfällen und Staatsverschuldung.

Was wir hier brauchen, ist die richtige Mischung aus Eigenverantwortung und Solidarität, und deshalb muss jeder Mitgliedstaat selbst für gesunde öffentliche Finanzen und die richtigen sozial- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sorgen. Das heißt: Ein Mitgliedstaat wie Deutschland kann nicht für die Schulden anderer Mitgliedstaaten einstehen!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Hierfür brauchen wir die internationale Gemeinschaft. Wir müssen uns von starren Beharrungskräften verabschieden, wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz. Ohne kurz- und mittelfristige Hilfen, ohne internationale Solidarität wird es in der nächsten Zeit mit Sicherheit nicht gehen. Ich sehe bei einer Krise, die ihren Ursprung im internationalen, den Globus umspannenden Finanzverkehr hat, eine primäre Verantwortung eben dieser internationalen Gemeinschaft. Diese verfügt mit

dem IWF über ein bewährtes Instrument, um Not leidenden Staaten zu helfen. Es ist deshalb zu begrüßen, dass auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates und der G 20 die Mittel des IWF für die Krisenhilfe aufgestockt wurden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa ist für Deutschland und Bayern ein absoluter Gewinn.

Die Bedeutung der europäischen Integration für unseren Kontinent geht längst über die ursprüngliche Idee hinaus, als Garant für Frieden zu wirken. Die europäische Einigung hat zum Zusammenwachsen unseres Kontinents geführt. Fünf Jahre nach der Osterweiterung zeigt sich, dass die Erweiterung ein historisch, politisch und wirtschaftlich wichtiger Schritt war. Der einst unüberwindliche Eiserne Vorhang ist mittlerweile Vergangenheit. Alle in der Grenzregion wissen, welche Erleichterung es war, als die Mauern gefallen sind, als wir die Erweiterung vollzogen hatten, als auch der Schengenraum vergrößert worden ist. Ich kann nur ganz einfach sagen: Es war für uns ein echter Zugewinn und natürlich auch ein Schritt in ein geeintes Europa der 27, das wir heute haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist mit der Erweiterung geografisch zurück in das Zentrum Europas gerückt, einem Binnenmarkt mit knapp 500 Millionen Menschen. Bayern wurde zu einer europäischen Drehscheibe, die wirtschaftlich enorm von dem vergrößerten Europa profitiert. Das bedeutet unter anderem auch mehr Wirtschaftswachstum, steigenden Wohlstand und weitaus sicherere Arbeitsplätze.

Die Zahlen sprechen für sich. Die Ausfuhren bayerischer Unternehmen in die neuen zehn Mitgliedsstaaten sind seit dem Jahr 2004 - ich habe es vorhin gesagt - um rund 65 % gestiegen und damit doppelt so stark wie die bayerischen Exporte insgesamt. Die Ausfuhren in die Slowakei, nach Lettland, Estland und Malta haben sich in den letzten fünf Jahren sogar mehr als verdoppelt.

Export bedeutet aber auch Transport, und alle in den Grenzregionen wissen, dass es dringend erforderlich ist, dass wir die transeuropäischen Netze mit hoher Priorität ausbauen. Die Eisenbahnachse Berlin - Palermo, den Brenner-Basistunnel und seine Zulaufstrecken sehe ich als vorrangige Aufgaben an. Aber auch die Ost-West-Verbindung ist für Bayern von essenzieller Bedeutung. Die europäische Magistrale von Paris nach Budapest muss so schnell wie möglich fertiggestellt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn ich von besseren Anbindungen an den Osten rede, muss ich ganz einfach sagen, dass es absolut falsch war, dass sich die Bahn aus dem ostbayerischen Raum verabschiedet hat, dass es dort keinen Fernverkehr mehr gibt, dass wir dort einen weißen Fleck haben, dort nur noch regionale Bahnen fahren, die von Bayern bestellt und von Bayern auch bezahlt werden.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Eine Fernverbindung Richtung Prag ist auf jeden Fall ausbaufähig. Wir müssen ganz einfach sagen, dass es heute, im 21. Jahrhundert, nicht mehr hinnehmbar ist, dass wir für eine Strecke von München nach Prag sechs Stunden benötigen

(Harald Güller (SPD): Richtig!)

und dass dabei viermal die Lokomotive gewechselt werden muss, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Wo sie recht hat, hat sie recht, die Frau Ministerin!)

Wir brauchen den Ausbau der gesamten transeuropäischen Netze: Schiene, Straße, aber auch die Wasserstraße.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Die Donau ist eine zentrale

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Entwicklungsachse des neuen Europas, und Bayern fordert, dass dem Donauraum von der Europäischen Union ebenso hohe Priorität eingeräumt wird wie dem Mittelmeerraum und der östlichen Partnerschaft.

Auf europäischer Ebene ist ein integrierter Ansatz dringend erforderlich, in dem sich alle Initiativen der Donauanrainer wiederfinden, ein Ansatz, der als Katalysator zwischen den Ländern und Regionen wirkt. Ich habe deshalb eine eigene Donauinitiative gestartet, die unserer traditionell engen Zusammenarbeit mit den Ländern in Südosteuropa einen neuen Impuls geben wird, und damit wird Bayerns Rolle im Donauraum auch gestärkt.

Ich bin überzeugt, dass der Donauraum ein Stück Identität für uns alle ist. Wir haben in Bayern 386 Kilometer Donau. Ich kann nur sagen: Wir wollen die Donau in ihrer Vielfalt, in ihrer Diversität erhalten. Aber wir wissen auch, dass wir die Donau als Teil des transeuropäischen Netzes dringend benötigen, damit die Schifffahrt Sicherheit hat, wenn sie von Rotterdam bis ins Schwarze Meer fahren will.

Neben einem funktionierenden Binnenmarkt brauchen wir weltweit freie Handelsströme, und dies ist gerade jetzt wichtig; denn ein schneller Abschluss der Doha-Runde der WTO würde der Weltwirtschaft einen Schub von 115 Milliarden US-Dollar pro Jahr geben.

Hier spielt Europa wiederum eine entscheidende Rolle. Bei den Verhandlungen in der WTO sitzt die Kommission am Verhandlungstisch. Ein einzelner Mitgliedstaat könnte mit den großen Wirtschaftsblöcken USA, China und Indien nicht auf Augenhöhe verhandeln. Dass Europa hier mit einer Stimme spricht, ist auch für uns in Deutschland von Vorteil.

Wir brauchen klare Regeln für die Finanzmärkte und eine europaweite Koordination der Aufsichtsbehörden unter dem Dach der Europäischen Zentralbank, um systemische Risiken früher entdecken und unterbinden zu können. Ebenso treten wir für eine stärkere internationale Zusammenarbeit und eine Kontrolle der internationalen Finanzmärkte ein. Wir wollen klare Kriterien für Rating-Agenturen und eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Eigenkapitalvorschriften.

Meine Damen und Herren, unser Drei-Säulen-Modell in der Kreditwirtschaft hat sich im internationalen Vergleich gerade in der Finanzkrise als robust bewährt. Wir sollten das erfolgreiche deutsche Drei-Säulen-Modell europäisieren. Unser Modell kann viel zur Stabilisierung der Finanzmärkte in Europa beitragen.

Bayern profitiert auch im Bereich Forschung und Entwicklung enorm von Europa. Die hervorragend entwickelte bayerische Forschungslandschaft erhält durch das 7. Forschungsrahmenprogramm - FRP - zusätzliche Chancen. Beim 7. Forschungsrahmenprogramm geht es um einen beachtlichen Etat von über 54 Milliarden Euro im Zeitraum 2007 bis 2013.

Europa ist aus meiner Sicht auch eine Forschungsgemeinschaft mit inhaltlichen Schwerpunkten in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Materialforschung und Informationstechnologie. Diese sind auch Schwerpunktthemen in der bayerischen Forschungslandschaft.

Das Satellitennavigationsprojekt Galileo ist ein wichtiger Impulsgeber für die europäische Wirtschaft und stärkt unsere Unabhängigkeit. Galileo ist mit dem Kontrollzentrum in Oberpfaffenhofen ein Zugewinn für den Hochtechnologiestandort Bayern.

Aber nicht nur aus wirtschaftspolitischer Sicht, sondern auch für das tägliche Leben des Bürgers und der Bürgerin ist Europa ein Gewinn. Viele Schüler und Studenten kommen in den Genuss einer europäischen Förderung zum Beispiel auch über die Programme Comenius, Erasmus oder Leonardo da Vinci.

Für die jüngere Generation ist es mittlerweile unvorstellbar, dass man früher an den Grenzen lange Wartezeiten bei der Kontrolle in Kauf nehmen musste. In vielen europäischen Urlaubsorten ist der Euro das gemeinsame Zahlungsmittel. Ein sichtbarer Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger ist auch die Senkung der Roaming-Gebühren.

Für dieses Europa, das Vorteile für den Menschen bietet, setzen wir uns ein. Wir wollen ein Europa, das den Bürgerinnen und Bürgern nützt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen natürlich auch mehr Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das bedeutet, dass wir eine Neuausrichtung in der Europäischen Union brauchen. Deshalb setzt sich Bayern für ein Europa der Vielfalt ein und hat hier auch etwas einzubringen. Rein nach der Bevölkerung wäre Bayern der neuntgrößte Nationalstaat in der Europäischen Union; bei der Wirtschaftskraft nehmen wir einen Spitzenplatz in Europa ein.

In einer globalisierten Welt, in der die Mobilität heute eine immer größer werdende Rolle spielt, suchen die Menschen Orientierung und finden Halt in ihrer Heimat. Diese Vielfalt darf nicht verspielt werden. Vielfalt und Tradition sind das Fundament, auf dem unsere Identität steht. Deshalb wehren wir uns gegen einen europäischen Zentralismus, und wir wehren uns gegen einen europäischen Einheitsbrei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aus diesem Grund möchte ich auch sagen: Wer Englisch als einheitliche Amtssprache für Europa fordert, hat von Europa überhaupt nichts verstanden.

(Zurufe von der CSU: Bravo - Beifall bei der CSU)

Wir wollen auch sprachlich keinen Einheitsbrei; wir wollen, dass Deutsch Amts- und Arbeitssprache ist und bleibt.

Die Staatsregierung setzt sich für ein dezentral organisiertes Europa ein. Für die Europäische Union und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung bleibt entscheidend: Europa soll sich nur um Fragestellungen kümmern, die einer europäischen Antwort bedürfen.

Wir setzen uns für ein Europa ein, das von unten nach oben gebaut wird. Dazu gehört, dass die kommunale Selbstverwaltung geachtet wird. Wenn unsere Kommunen ihre Breitbandversorgung ausbauen wollen, erwarten wir, dass sie von der Europäischen Union unterstützt und nicht behindert werden.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wenn Sie das nur schon vor Jahren gemacht hätten! - Harald Güller (SPD): Was haben denn Ihre Vorgänger gemacht? Das hätten sie schon vor Jahren machen können!)

- Herr Kollege Beyer, ich möchte eine kurze Antwort als Intermezzo geben und Ihnen ganz einfach sagen: Sie wissen so gut wie ich, dass wir in Brüssel notifizieren müssen. Wenn wir das nicht müssten, hätten wir weitaus größere Spielräume, und deshalb brauchen Sie hier überhaupt keinen Kommentar abzuliefern.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Wir wollen eine EU, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist, das heißt, die Rechte der Nationen und Regionen achtet.

Ich bin zuversichtlich, dass der Lissabon-Vertrag ratifiziert wird. Im Lissabon-Vertrag ist unter anderem festgeschrieben, dass die Spielräume für die Kommunen da sein werden und dass die kommunale Selbstverwaltung jetzt auch in den Verträgen der Europäischen Union garantiert wird. Das halte ich für ganz wichtig, damit die Spielräume in den Kommunen ausgeschöpft werden können.

Für mich, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass der Lissabon-Vertrag jetzt kommt und dass Kompetenzen zum Beispiel wieder auf die Mitgliedstaaten zurückverlagert werden können. Auch dazu muss es Möglichkeiten geben. Ich sehe hier insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, in dem wir mit regionalen Antworten besser auf die besondere Situation unserer Landwirte eingehen können, einen absoluten Handlungsbedarf.

Der Bundestag und der Bundesrat sowie der Ausschuss der Regionen sind bereits in den europäischen Gesetzgebungsprozess eingebunden. Dies war ein wichtiger Schritt für die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union.

Seit Anfang 2009 ist auch der Bayerische Landtag direkt beteiligt. Das ist absolut wegweisend, denn der Bayerische Landtag ist das erste Landesparlament in Deutschland, das sich bei der Subsidiaritätskontrolle einbringt. Aktuell rügt der Landtag in drei Fällen Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip, nämlich die Einrichtung eines europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, die Gebäudeeffizienzrichtlinie und den Vorschlag zur Einführung intelligenter Verkehrssysteme.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ihre Positionen dazu haben wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im Bundesrat aufgegriffen. Die Bun-

desregierung hat dazu auch schon ein absolut positives Signal gesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur über die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, sondern auch über eine stärkere Beteiligung der Bürger tragen wir zu einem bürgernahen Europa bei. Seit vielen Jahren wird immer ein sogenanntes Demokratiedefizit beklagt. Um dieses zu beheben, gibt es die Möglichkeit der direkten Bürgerbeteiligung durch Volksentscheide. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Bürger bei wichtigen Entscheidungen der Europäischen Union wie Erweiterung oder grundlegende Zuständigkeitsübertragungen mitentscheiden können. So erreichen wir in der Bevölkerung mehr Identifikation und Akzeptanz zu den großen europäischen Themen.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Gilt das auch auf Bundesebene?)

Die Staatsregierung wendet sich auch gegen eine Überforderung und Überdehnung Europas. Europa hat in den letzten Monaten bewiesen, dass es absolut handlungsfähig ist. Dies darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Nach einem Beitritt Kroatiens muss die Europäische Union zunächst institutionell gestärkt werden und im politischen Alltag zusammenwachsen.

Weitere Beitritte können derzeit nicht auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist absolut blauäugig, schon jetzt wieder neue Erweiterungsrunden mit den neuen Bewerbern Albanien, Bosnien, Serbien zu eröffnen, bevor sich die Europäische Union konsolidiert und neu aufgestellt hat.

(Beifall bei der CSU)

Europa braucht eine klare Identität. Diese ergibt sich aus der gemeinsamen Wertearchitektur, wie sie in der Grundrechtecharta ihren Ausdruck gefunden hat. Die Wertegemeinschaft Europa ist geprägt durch ihre christlich-abendländischen Wurzeln, wie sie in unserem Erbe natürlich wiederzufinden sind. So hat die Kultur in der Kunst, der Musik und Architektur, in den europäischen kulturellen Strömungen wie Barock und Renaissance in Europa ihren sichtbaren und hörbaren Ausdruck gefunden. Das Europa der Werte ist für mich ein zentrales, identitätsstiftendes Element des Zusammenhalts der Europäischen Union und des Zusammenhalts Europas.

Diese gemeinsamen Werte, diese Grundlage unserer europäischen politischen Kultur unterscheiden sich deutlich von den Werten und von der politischen Kultur der Türkei.

Seit über 40 Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, will sich die Türkei in Europa integrieren. Sie hat es aber seither nicht geschafft, fundamentale Menschenrechte oder Pressefreiheit zu akzeptieren. Dies hat der türkische Ministerpräsident Erdogan bei vielen Gelegenheiten in den letzten Jahren immer wieder deutlich gemacht, angefangen von der Rede in der Köln-Arena bis hin zum Verhalten bei der Wahl des NATO-Generalsekretärs.

Die Türkei versteht sich als Stimmführer der islamischen Staaten nach Europa. Eine Brückenfunktion der Türkei, die europäische Interessen in den arabischen Raum transportiert, ist eine Erfindung von Illusionisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein EU-Beitritt der Türkei steht für mich deshalb überhaupt nicht zur Debatte.

(Franz Maget (SPD): Für niemanden!)

Von den 35 Kapiteln des Acquis communautaire sind mittlerweile neun Kapitel eröffnet worden und ein einziges geschlossen. Deshalb sage ich ganz klar, dass es nicht zur Debatte steht.

(Franz Maget (SPD): So ist es! Deshalb steht es für niemanden zur Debatte!)

Wir brauchen für die Europäische Union nicht nur klare Grenzen nach außen; innerhalb der Europäischen Union müssen wir Überregulierungen und Bürokratie aus Brüssel klare Grenzen setzen.

Die Richtschnur der bayerischen Europapolitik lautet: Europa muss sich auf die großen Themen, wie Außenund Sicherheitspolitik oder Energieversorgung, konzentrieren. Was die Bürger dagegen stört, sind übertriebene Regulierung und bürokratische Vorgaben aus Brüssel. Bayern steht für Subsidiarität, Deregulierung und eine Konzentration der EU-Kompetenzen auf das Wesentliche.

Trotz einzelner Fortschritte hat die Europäische Union in einer Reihe von Fällen die Kritik an vorhandenen oder geplanten Überregulierungen ignoriert. In einer vom bayerischen Kabinett beschlossenen Antibürokratieliste haben wir plakative Beispiele aus allen Politikbereichen zusammengestellt, die gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen oder überflüssige bürokratische Vorgaben enthalten. Ich nenne als Beispiele nur die Bodenschutzrichtlinie oder die Antidiskriminierungsrichtlinie. In beiden Fällen sind die Vorgaben aus Brüssel überflüssig, weil wir bereits bewährte und ausreichende Regelungen auf nationaler Ebene haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Statt zu viel Regulierung und Bürokratie brauchen wir von Europa Antworten auf die wirklich europäischen und globalen Herausforderungen. Hier brauchen wir mehr Europa.

Wir brauchen im Bereich der inneren Sicherheit europäische Antworten auf die grenzüberschreitende, vor allem organisierte Kriminalität und auf die Terrorgefahren. Es ist ein Erfolg bayerischer Politik, dass die Erweiterung des Schengenraums zu keiner Erhöhung der Kriminalität geführt hat. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere wegweisende Schleierfahndung ein Modell für andere europäische Staaten wird.

Die Sicherheit der Energieversorgung lässt sich auch nur auf europäischer Ebene sicherstellen. Mit einer gemeinsamen Energieaußenpolitik, dem Aufbau neuer Versorgungsleitungen von und nach Europa und einer starken eigenen Energieproduktion stellt sich Europa für zukünftige Krisen besser auf. Für die Staatsregierung gehört hierzu ein breiter Energiemix, der den Ausbau regenerativer Energien ebenso einschließt wie die weitere Nutzung der Kernenergie.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen europäische Lösungen in der Umwelt- und Klimapolitik. Die Europäische Union hat wegweisend konkrete Klimaschutzziele mit der Formel "20-20-20-Klimaschutzziele" vorgegeben. Wir wollen bis zum Jahr 2020 europaweit eine Deckung des Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen zu 20 %, die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % und eine Steigerung der Energieeffizienz ebenfalls um 20 %. Beim Kopenhagener Klimagipfel muss Europa die Führungsrolle behalten und Antworten anbieten, die die Frage der gerechten Finanzierung der Klimaschutzprogramme betreffen.

In der Außenpolitik muss Europa eine stärkere Rolle im globalen Kontext übernehmen. Hierzu wird die gestärkte Position des Hohen Vertreters der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik eine ganz wichtige Rolle spielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen ein starkes Europa, um unseren Wohlstand und unsere Rolle bei der Lösung der globalen Probleme zu wahren. Die Staatsregierung hat ein ganz klares Ziel: Wir brauchen ein Europa, das den Bürgern nützt und die Bürger schützt.

Europa braucht die Stimme und das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Europawahl findet in einem Monat statt. Wir alle stehen in der Verantwor-

tung, Europa ins Zentrum der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Bayern zu rücken.

Wir wollen eine starke Wahlbeteiligung haben,

(Christa Naaß (SPD): Das wollen wir auch!)

und dafür werbe ich auch in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es ist notwendig, dass wir wieder eine starke bayerische Repräsentanz im Europäischen Parlament haben, damit bayerische Interessen dort auch vertreten werden.

(Christa Naaß (SPD): Jawohl!)

Ich bitte Sie, überall, wo Sie jetzt sind, für Europa zu werben, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Ministerin, vielen Dank.

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Erste Wortmeldung Herr Kollege Förster.

**Dr. Linus Förster** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Staatsministerin Müller, ich möchte Ihnen mit dem, was ich jetzt sage, persönlich nicht schaden. Aber heute muss ich Sie gleich in meinem ersten Satz ausdrücklich loben, und zwar für die Überschrift dieser Regierungserklärung: "Mit Europa die Krise bewältigen". Das ist gut, denn es besagt, was wir seit Jahrzehnten sagen, dass nämlich die europäische Integration die Lösung und nicht das Problem ist.

(Beifall bei der SPD)

Glücklicherweise, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir heute nach dem gestrigen Votum des Tschechischen Senats zum Reformvertrag von Lissabon nicht dazu gezwungen, darüber zu diskutieren, wie wir die Krise der EU in Europa bewältigen können oder müssen. Wir vermögen uns gar nicht vorzustellen, wie groß der Scherbenhaufen heute wäre, wenn die tschechischen Senatoren gestern anders abgestimmt und den Vertrag abgelehnt hätten. So aber ist das Ja beider Kammern des tschechischen Parlaments ein wichtiger Schritt nach vorn, ein Schritt zur tatsächlichen Stärkung und zu größerer Geschlossenheit der Europäischen Union. Damit steigen auch die Chancen, dass wir mit Europa die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise besser bewältigen können als ohne und dass die EU durch den Nachweis ihrer Handlungsfähigkeit, durch

das Sichtbarmachen ihres Mehrwerts auch in der Wertschätzung der Bürgerinnen und Bürger steigt und wieder bzw. endlich eine größere Akzeptanz erfährt.

Ihrer Pressemittelung 229 vom gestrigen Tage habe ich entnommen, dass Sie sich mit uns über das tschechische Votum freuen können, Frau Ministerin, und sich ausdrücklich auch zum Vertragswerk von Lissabon bekennen, wie Sie es auch in Ihrer Rede getan haben.

Das freut mich auch als Mitglied der Europa-Union, der wir beide angehören und die zumindest bundesweit auch nicht von dieser Haltung je abgerückt ist. Schade, dass ausgerechnet der Landesvorsitzende der Bayerischen Europa-Union, Ihr Spitzenkandidat Markus Ferber, kurzzeitig - vielleicht aus populistischen Gründen, wer weiß? - von diesem guten und richtigen Ziel abgerückt war. Aber ich hoffe, dass Sie, Frau Ministerin, Ihre Autorität nutzen werden, um dieses verirrte Schaf zur Herde zurückzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber jetzt wollen wir erst einmal über das Abstimmungsergebnis im tschechischen Parlament freuen. Wir danken nicht zuletzt unseren Parteifreunden von der CSSD. Denn ohne die tschechischen Sozialdemokraten wäre der Vertrag in Prag gescheitert, weil viele Abgeordnete der konservativen Regierungspartei dagegen gestimmt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Eberhard Sinner (CSU): Die ODS ist ein Problem, ja!)

Unser Verhältnis als Sozialdemokraten zu den tschechischen Kolleginnen und Kollegen ist sehr gut. Das haben wir erst vor wenigen Tagen in Weiden bei einem gemeinsamen deutsch-tschechischen Treffen unter dem Motto "Tschechien-Deutschland-EU - fünf Jahre unter Freunden" mit Müntefering, Paroubek, Martin Schulz und den bayerischen Sozis unter Führung von Franz Maget feststellen dürfen.

Herr Ministerpräsident Seehofer, ich möchte Sie ein weiteres Mal ganz ausdrücklich auffordern, die von Ihrem Vorvorgänger übernommene Eiszeit sichtbar zu beenden und endlich im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten in die Hauptstadt unseres wichtigen Nachbarlandes zu reisen.

(Beifall bei der SPD)

- Ich habe mich so gefreut, dass er da war und jetzt ist er gerade weg.

(Zuruf: Links sitzt er!)

- Er sitzt auf der anderen Seite.

Herr Ministerpräsident, Sie wären nicht der Erste - eher einer der Letzten. Hunderttausende von Privat- und Geschäftsleuten tun es längst. Die Menschen hier und drüben sind gute Nachbarn geworden. Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen entwickeln sich prächtig. Die Politik sollte dem nicht länger nachstehen.

Die eben in der Regierungserklärung gehörte Herangehensweise an das Thema Europa seitens der Staatsregierung ist aus meiner Sicht ein Fortschritt, weil das in der Vergangenheit nicht immer - und schon gar nicht von allen - so intoniert worden ist. Es ist gut, dass die europäische Integration nicht mehr nörgelnd, sondern vielmehr lobend und anerkennend kommentiert wird, und dass wir uns heute über vieles, wenngleich nicht alles, einig sind. Ich hoffe nur, dass diese Ursache nicht primär auf den Umstand zurückzuführen ist, dass in Bayern gerade Europa-Wochen sind, also dass es aus feierlichem Anlass eine Art gehobene Sonntagsrede ist und draußen im Wahlkampf gleich wieder andere Töne zu hören sein werden. Apropos Wahlkampf: Ich hätte schon ganz gern noch eine Erklärung von der Staatsregierung, warum die Wahlkämpfer verschiedenster Parteien in einer bestimmten Zeit vor den Wahlen nicht mehr in Behörden auftauchen dürfen, aber bei der feierlichen Eröffnung der Europa-Wochen im Goldenen Saal meiner Heimatstadt Augsburg durch die Staatsregierung ausschließlich CSU-Redner zu Wort gekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Tanja Schweiger (FW))

Verstehen Sie mich nicht falsch. Wenn der Wähler es so will, dann ist der Oberbürgermeister ein Mann mit einem CSU-Parteibuch und die Ministerin eine Frau mit diesem Parteibuch; sie reden kraft ihres Amtes, und das ist auch gut so. Aber dass ausgerechnet der Spitzenkandidat der CSU, Herr Markus Ferber, der vor Ort natürlich der erste Kandidat für ein politisches Mandat ist, hier ein Forum bekommt und hier in Szene gesetzt wird, das ist mit Verlaub eben genau der Filz, den Ihnen der bayerische Bürger in Ihren Meinungsumfragen vorgehalten hat.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Tanja Schweiger (FW))

Ich komme aber auf die Rede der Frau Ministerin zurück, denn die war viel erfreulicher als die offensichtliche Wahlwerbung von Herrn Ferber in Augsburg. Frau Ministerin, ich sage Ihnen, ich kann weiten Teilen Ihrer heutigen Ausführungen im Prinzip zustimmen, wenn Sie Europa als beispiellose Erfolgsgeschichte zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger darstellen, wenn Sie die EU einen Stabilitätsanker in der Krise nennen und ihren weltweiten Modellcharakter hervorheben,

wenn Sie vom Nutzen der EU und insbesondere der Osterweiterung für das europäische Herzland Bayern sprechen - für seine Wirtschaft, aber nicht minder für seine Bürger -, wenn Sie das Subsidiaritätsprinzip unterstreichen - denn daran arbeiten wir im Ausschuss ganz intensiv fraktionsübergreifend, Frau Professor Männle - und von Europas Vielfalt sprechen. Aber, Frau Ministerin Müller, ich brauche hier nicht Ihre Rede zu wiederholen, auch nicht in den Punkten, bei denen wir erfreulicherweise beieinander liegen.

Frau Ministerin Müller, in der Überschrift Ihrer Regierungserklärung sprechen Sie von Stärke und Geschlossenheit der EU. Da kann ich nur sagen: Ja, natürlich, da sind wir uns alle einig. Sie fordern eine Neuausrichtung der EU. Da rennen Sie bei uns offene Türen ein; ja, natürlich. Aber es fragt sich, wie diese Neuausrichtung aussehen soll. Wohin soll sie gehen? Hier unterscheiden wir uns natürlich in einigen Punkten. Wir sind der Meinung, dass es höchste Zeit ist, die EU von einem grenzenlosen Wirtschaftsclub neoliberaler Marktderegulierer - ich nenne nur die Stichworte: Sparkassen und kommunale Daseinsvorsorge - zu einem Europa der Bürger weiter zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen mehr als eine EU, die nur bürgernah ist. Wir wollen eine EU der Bürger, ein Europa der Bürger, in dem beispielsweise vor der Verabschiedung von Richtlinien danach gefragt wird, was diese für die Leute vor Ort und für die Gesellschaft bedeuten. Das heißt für uns, die Europäische Union muss von einer bloßen Wirtschaftsunion zu einer sozialen Union fortentwickelt werden, zu einem Europa des sozialen Fortschritts. Wir treten für eine EU ein, die wirtschaftliches Wachstum mit mehr sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Verehrte Frau Ministerin, auch wir sehen die EU als Wertegemeinschaft, selbstverständlich. Nur: Als Gemeinschaft welcher Werte? Mit Verlaub gesagt, manche Werte sind uns rein gar nichts wert; denn in den vergangenen Jahren sind so oft die falschen Werte ausschlaggebend gewesen, die - wie sich herausgestellt hat - dann auch nichts mehr wert waren. Es wurden die falschen Götter des möglichst ungezügelten freien Marktes angebetet. Um ein Wort von Johannes Rau abzuwandeln: Viele haben nur nach den Kosten gefragt, nicht aber nach dem Wert. Die EU muss, wie es einst Jacques Delors beschworen hat, für ihre Menschen zum Fahrstuhl nach oben werden, der alle zu möglichst großem Wohlstand und zu bestmöglicher sozialer Sicherheit bringt. Ja, wir brauchen eine neue Ausrichtung. Wir brauchen eine Stärkung der sozialen Kräfte.

Wir als Sozialdemokraten sagen: Werte wie sozialer Zusammenhalt, Solidarität und Sozialstaat müssen gestärkt werden. Soziale Grundrechte und soziale Standards dürfen nicht durch Wettbewerb und Liberalisierung im europäischen Binnenmarkt ausgehöhlt und eingeschränkt werden.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): So ist es!)

Nur ein Europa des sozialen Fortschritts wird langfristig Wohlstand und Beschäftigung sichern und die Unterstützung der Menschen gewinnen und erhalten. Aber die Erreichung dieser Ziele verlangt klare politische Vorgaben. Deshalb fordern wir konkret, im Primärrecht durch eine soziale Fortschrittsklausel klarzustellen, dass die EU nicht nur dem wirtschaftlichen Fortschritt den wir wollen -, sondern auch dem sozialen Fortschritt verpflichtet ist. Sozialer Fortschritt ist nichts Abstraktes; er bedeutet konkret die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen. Deshalb treten wir dafür ein, dass eine soziale Fortschrittsklausel in Form eines rechtlich verbindlichen Protokolls Bestandteil der Europäischen Verträge ist.

Zur Stärkung der EU durch eine konsequente soziale Neuausrichtung gehört weiter auch die Klarstellung, dass die EU-Entsenderichtlinie nicht, wie sie der Europäische Gerichtshof auslegt, eine Maximalrichtlinie ist, sondern dass sie Mindeststandards vorgibt. Sie muss zu einer Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen und darf die Sozialpartner nicht daran hindern, günstigere Bedingungen zu vereinbaren. Der Schutz von Arbeitnehmerrechten und die Verhinderung von Sozial-Dumpings sind in einem Binnenmarkt gemeinsame europäische Aufgaben.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort, dieses Prinzip muss europaweit verbindlich gelten.

(Beifall bei der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und der Abgeordneten Tanja Schweiger (FW))

Sozialer Fortschritt, wie meine Partei und ich ihn definieren, beinhaltet auch, dass Behinderte barrierefrei einkaufen können, dass sich ältere Mitmenschen versichern und zwei Männer, wenn sie wollen, auch gemeinsam ein Hoteldoppelbett nehmen können.

Schauen wir das Abstimmungsverhalten Ihrer konservativen Kollegen im Europäischen Parlament an, das Sie, verehrte Ministerin, in einer Pressemitteilung begrüßt haben, als es um die neue Antidiskriminierungs-

richtlinie ging. Da komme ich zu dem Ergebnis, dass sich die CSU bei dieser Haltung offenbart hat: Sie will bestimmte Diskriminierungen weiter ungestraft hinnehmen und beispielsweise nach wie vor Homosexuelle in ihren Rechten einschränken. Schaut so soziale Politik aus? Das kann nicht sein. Das wäre für Millionen von europäischen Diskriminierungsopfern ein Schlag ins Gesicht. Nein, Ihre fadenscheinigen Einwände gegen diese Richtlinien entziehen sich meinem Verständnis von Menschenwürde. Diese Richtlinie versucht, bei der Antidiskriminierung ein Mindestmaß herzustellen, und das sind die EU und wir den Menschen schuldig. Durch Ihr ablehnendes Verhalten, werte Kolleginnen und Kollegen der CSU, beweisen Sie wieder einmal, dass Sie nicht näher am Menschen, sondern dass Sie vom Menschen unterirdisch weit entfernt sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und: Kommen Sie mir bitte nicht wieder mit der Bürokratie. Hätten Sie diese Richtlinie konzentriert durchgelesen, dann wären Sie auch über den Passus gestolpert, wonach Maßnahmen zur Antidiskriminierung keine unverhältnismäßigen Belastungen verursachen dürfen.

Auch wir sind für Entbürokratisierung, wo immer sie sinnvoll ist. Diese Forderung ist immer und überall wohlfeil, auch gegenüber Brüssel bestimmt nicht grundlos. Wir sind, wie alle Vernünftigen, gegen übertriebene Regulierungen und bürokratische Vorgaben aus Brüssel. Auch wir sind für Subsidiarität, selbstverständlich. Ihre vorgestern im Kabinett beschlossene Antibürokratie-Initiative, mit der - ich zitiere - "die überbordende Bürokratie aus Brüssel eingedämmt werden soll", ist deshalb eine wahrhafte Großtat. Allerdings gilt hier der Satz eines Aphoristikers: Bei uns wird ständig versucht, mit mehr Bürokratie die Bürokratie abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Thema Bürokratie sollten Sie einmal intensiv in der Bibel lesen, nämlich jene Stelle, wo es um den Splitter im Auge des Nächsten und um den Balken im eigenen Auge geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich denke dabei an das jüngste Beispiel von bayerischem Bürokratismus, nämlich an das Konjunkturpaket. Die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket an die Kommunen war wohl eine überaus bürokratische Prozedur, oder? Da hat der bayerische Amtsschimmel so laut gewiehert, dass die Bürgermeister regelrecht erschrocken sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von Ihrer Bürokratie können sogar die Bürokraten in Brüssel noch etwas lernen.

Laut einer dpa-Meldung hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags Grund gesehen, die Bayerische Staatsregierung zu ermahnen, keine sinnlosen Gutachten mehr in Auftrag zu geben, und hat sie verpflichtet, bis zum 30 November zu klären, wie sie - die Staatsregierung - teure und überflüssige Gutachten künftig verhindern will. Laut Oberstem Rechnungshof gaben Ihre Ministerien - ich wiederhole: Ihre Ministerien, nicht Brüsseler Bürokraten - von 2003 bis 2006 sage und schreibe 1000 Gutachten in Auftrag.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Nach Einschätzung der Rechnungsprüfer hätten Ihre Ministerialbeamten aber viele dieser Fragen problemlos selbst erforschen können.

(Beifall bei der SPD - Franz Maget (SPD): Na, und jetzt?)

Deshalb begrüßen wir die an Sie selbst gerichteten Forderungen nach einem EU-Bürokratie-Stopp in der Landwirtschaft. Wir wollen mit Ihnen zusammen die Bauern entlasten, aber eben nicht nur von überflüssiger Brüsseler, sondern auch von überflüssiger bayerischer Bürokratie.

(Beifall bei der SPD)

Wie kann die Akzeptanz von Europa und die Begeisterung dafür gesteigert werden? - Ein wichtiger Schritt zur dringend notwendigen Akzeptanzsteigerung ist auch, die EU für die Bürger nachvollziehbarer zu machen und den Bürgern mehr Einblick zu geben. Dazu gehört meiner Meinung nach, auch offenzulegen, wie viel Gutes die EU in Euro und Cent bringt, beispielsweise die Direktzahlungen an Landwirte, die wir ausdrücklich unterstützen. Wir sind uns sicher alle in der Zielsetzung einig, gerade der bäuerlichen bayerischen Landwirtschaft zu einem stabilen Einkommen zu verhelfen, das ihnen der Markt leider nicht mehr garantiert. Wir müssen also dafür sorgen, dass wenigstens die Unterstützung aus den EU-Fonds wirklich denen zugutekommt, für die sie gedacht ist, nämlich der bäuerlichen Landwirtschaft, nicht aber den Agrarfabriken, einer Lufthansatochter oder anderen schwarzen Schafen.

(Beifall bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zum Beispiel!)

Um solche skandalösen Fehlentwicklungen zu vermeiden, unterstützen wir die Feststellung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, dass die Steuerzahler einen Anspruch darauf haben, dass EU-Gelder rechtmäßig, zielgerichtet, wirtschaftlich und sparsam verwendet werden. Dazu gehört - so der ORH-Bericht 2007 weiter -, dass sich alle ein Bild von der Identität der Empfänger

und Höhe der Zuwendungen machen können, damit verhindert wird, dass die Falschen das Geld kassieren.

Für uns ist deswegen nicht verständlich, warum Sie sich dagegen sperren, diese Liste zu veröffentlichen. Die Argumente des Datenschutzes greifen nicht; das hat selbst der oberste Datenschützer vor einigen Tagen festgestellt. Ihr Argument, damit würde Unfrieden und Neid auf den Dörfer geschürt, greift auch nicht; denn wir können gemeinsam festlegen, dass die Empfänger nur ab einer bestimmten Förderhöhe, zum Beispiel ab 50.000 Euro, veröffentlicht werden. Frau Kollegin Männle, an diesem Punkt waren wir in der Diskussion im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten schon angekommen. Der kleine Bauer Huber - vielleicht sollte ich sagen: der kleine Bauer Sprinkart -

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

hat erstens nichts zu verbergen, und zweitens würde sein Name hier auch nicht auftauchen. Vielleicht geht es Ihnen aber mehr um andere Leute, zum Beispiel um Fürstin Gloria von Thurn und Taxis.

(Georg Schmid (CSU): Was?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer die EU durch eine Neuausrichtung stärken will, wird nicht darum herumkommen, die Agrarpolitik auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und die bisherige Förderpraxis daraufhin zu überprüfen, ob sie bei uns in Bayern wirklich noch den Zweck erfüllt, vor allem in kleinen und mittleren Betrieben ein verdientes und gerechtes Einkommen zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, Sie sprachen in Ihrer Rede soeben auch von der Notwendigkeit einer weiteren Nutzung der Kernenergie. Bei diesem Punkt bekommen Sie mein aufrichtiges Beileid für den schlechten Berater Ihrer Partei, der Ihnen diesen Floh ins Ohr gesetzt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

In grundsätzlichen Fragen hat sich nichts geändert. Die Atomkraft birgt erhebliche Sicherheitsrisiken, die Entsorgungsfrage ist ungeklärt, und die benötigten Uranvorkommen sind endlich. Jetzt wollen Sie mir weismachen, dass diese Art der Energieerzeugung eine geeignete Lösung ist, um Umwelt und Klima nachhaltig und zukunftsfähig zu schützen und die Energieversorgung sicherzustellen. Unser sozialdemokratisches Ziel ist es, aus momentan 1,8 Millionen Jobs im Umweltbereich bis zum Jahr 2020 vier Millionen zu machen. Unser Ziel ist es, in Deutschland 500.000 neue Arbeitsplätze allein durch erneuerbare Energie zu schaffen, weil wir wollen, dass auch die zukünftigen Gene-

rationen die saftigen Äcker und den weiß-blauen Himmel Bayerns genießen können.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich komme ich jetzt auch noch auf die angesprochene Frage der EU-Erweiterung zu sprechen. Dieses Thema gehört für Sie wie ein Mantra stets zu dieser Art von Debatte. Das war auch bei der Umfrage unter den Kollegen, welche Themen wohl kommen werden, das am meisten genannte Thema. Ich glaube, Sie brauchen das Türkeigespenst einfach für den Wahlkampf; das wissen wir alle schon längst. Genauso gut wissen wir, zumindest die Kundigen, dass auf absehbare Zeit nicht - und sicher nicht in dieser Wahlperiode - über einen Beitritt der Türkei entschieden wird. Wir wissen auch alle, dass es keinen Beitrittsautomatismus gibt. Dass eine Türkei, so wie sie heute ist, nicht beitreten kann, ist auch allen klar. Dass man aber heute nicht wissen kann, wie die Welt in zehn Jahren aussieht und welche Antwort dann von uns Europäern verlangt wird, wissen auch alle, die es wissen wollen, nur scheinbar die Kollegen der CSU nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema "Türkei" ist nach wie vor eine Ihrer Wahlkampfmaschen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU. Da schrecken Sie nicht einmal vor dem Liebäugeln mit einem Volksentscheid zurück. Zu Volksentscheiden in zentralen EU-Fragen gibt es guer durch die politischen Familien unterschiedliche Ansichten. Das gilt auch für die Sozialdemokraten und die SPÖ, auch für die CDU und sogar für die CSU. Ich glaube aber nicht, dass Ihr künftiger Ehrenvorsitzender vor 15 Jahren die Einführung des Euro einem Volksentscheid hätte unterwerfen wollen. Er hätte ihn wohl verloren. Heut aber preisen Sie, sehr geehrte Frau Staatsministerin, genau diesen Euro über alle Maßen. Ich sage: mit Recht. Stellen Sie sich vor, wir hätten vor 2004 eine Befragung zum Thema Osterweiterung der EU durchgeführt, was Sie in Ihrer Rede ganz ausdrücklich für Bayern gelobt haben. Ich glaube nicht, dass wir vor 2004 eine Mehrheit für die Osterweiterung gehabt hätten. Das zeigt vor allem eines: G'scheitheit schützt vor Irrtum nicht, Frau Staatsministerin. Wir sollten also vorsichtig sein. Da Sie sich seit Jahr und Tag weigern, der Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene zuzustimmen, wirkt Ihre jetzige Wahlkampfforderung nach eben diesen Instrumenten auf EU-Ebene nicht gerade überzeugend.

(Beifall bei der SPD)

Diese Idee ist noch zu unausgereift, um jetzt darüber zu entscheiden. Wir halten es jedenfalls für nicht unbedenklich, wenn ein Land über Angelegenheiten eines anderen abstimmt. Ihr Parteifreund Elmar Brock hat das Ganze vor wenigen Tagen im ORF sogar "Schwachsinn" genannt.

Sie sehen: Trotz vieler Gemeinsamkeiten in Grundfragen der EU-Politik gibt es viele unterschiedliche Standpunkte, über die es sich zu diskutieren lohnt, über eines allerdings nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nämlich über Ihren Wahlslogan "Nur wer CSU wählt, gibt Bayern eine eigene Stimme in Europa".

(Zuruf des Abgeordneten Walter Nadler (CSU))

Tut mir leid, liebe Kolleginnen und Kollegen, daraus spricht die alte Hybris der CSU und der bereits im Landtagswahlkampf manifestierte Größenwahnsinn, CSU und Bayern gleichzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben bei der Landtagswahl von 56 % der Wählerinnen und Wähler dafür eine anständige Watschn bekommen.

(Zurufe von der CSU: Aber Sie auch!)

aber offenbar nichts daraus gelernt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Professor Männle.

Prof. Ursula Männle (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Förster, zu Ihrem letzten Satz: In einem werden Sie mir wohl zustimmen: Die CSU ist die einzige Partei, die eine eigenständige bayerische Liste hat. Damit gibt sie Bayern eine wesentliche Stimme.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Schauen Sie einmal in das gegenwärtige Europäische Parlament, wie viele Abgeordnete aus Bayern dort vertreten sind.

(Dr. Linus Förster (SPD): Nach den nächsten Wahlen werden wir ein anderes Verhältnis haben!)

Dort sitzen neun Vertreter und Vertreterinnen der CSU. Herr Dr. Förster, wie viele haben Sie?

(Dr. Linus Förster (SPD): Nach dieser Wahl werden wir mehr haben! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Männle, wir sprechen uns am 8. Juni wieder!)

Deshalb ist es gerechtfertigt, dass wir hier entsprechend auftreten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor 30 Jahren fand zum ersten Mal eine Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Vor 20 Jahren fiel der Eiserne Vorhang, und die Grenzen zum Osten wurden geöffnet. Vor zehn Jahren haben wir den Euro eingeführt. Vor fünf Jahren fand die Osterweiterung statt. Das sind europäische Daten, die deutlich machen, welche Bedeutung Europa in unserer Geschichte hat.

Frau Staatsministerin Müller hat in ihrer Regierungserklärung eindrucksvoll die Bedeutung des vereinten Europa dargelegt. Sie hat an vielen Beispielen aufgezeigt, welchen Vorteil Europa gerade für uns in Bayern darstellt und welche Vorteile dieses Europa in der Finanzund Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, hat. Sie hat auch deutlich gemacht, dass es andere Bedrohungen gibt, denen wir in Europa nur gemeinsam begegnen können. Herr Kollege Dr. Förster, Sie haben den Grundzügen der Regierungserklärung von Frau Staatsministerin Müller zugestimmt und gesagt, die Ziele seien alle richtig, aber in Einzelpunkten gebe es Unterschiede.

Ich möchte aufgreifen, was Sie zu den kontroversen Punkten gesagt haben. Es ist richtig, dass wir der Antidiskriminierungsrichtlinie II nicht zugestimmt haben. Wir haben ihr deswegen nicht zugestimmt, weil damit privatrechtliche Verhältnisse von Europa geklärt werden, die, wie wir meinen, vom Nationalstaat geklärt werden sollten. Das sind die tatsächlichen Gründe und nicht die, die Sie populistisch in den Mittelpunkt gestellt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gründungsväter der Europäischen Union wie Robert Schuman oder Konrad Adenauer haben deutlich gemacht, dass Krieg in Europa nur durch eine europäische Einigung verhindert werden kann. Frauen standen damals eher in der zweiten Reihe. Ich möchte aber feststellen, dass Maria Probst eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat. Maria Probst wäre in dieser Woche 102 Jahre alt geworden. Sie war eine der Mitbegründerinnen der Europäischen Union. Sie war entscheidend an der Aussöhnung mit Frankreich beteiligt. Damals sind Männer und Frauen für die Aussöhnung und für die Verhinderung von kriegerischen Auseinandersetzungen eingetreten. Das können wir nicht hoch genug einschätzen. Der Frieden sollte durch eine wirtschaftliche Verknüpfung gesichert werden. Das ist in Europa eindrucksvoll gelungen. Das ist der große Erfolg Europas.

Ich weiß, dass wir uns heute hart tun, dies der jüngeren Generation zu vermitteln, die den Krieg, die Nachkriegszeit, die Zerstörung und den Hass zwischen den Völkern nicht mehr miterlebt hat. Ich erinnere mich aber sehr gut an ein Erlebnis, das ich kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hatte. Ich war in Moskau auf einer

Tagung, an der Vertreter und Vertreterinnen aus dem früheren Ostblock teilgenommen haben. Wir hatten eine Diskussion mit der Staatsduma. In der Staatsduma saßen auch Offiziere in voller Uniform. Ein General in Uniform stellte den Vertretern der neu entstandenen Staaten die Frage, warum sie in die Europäische Union wollten. Da erhob sich eine junge Frau aus Tschechien und sagte: Weil ich nie wieder russische Panzer auf dem Wenzelsplatz sehen möchte. Dieses Erlebnis beeindruckt mich noch heute. Wir müssen uns vor Augen halten, dass es eine echte historische Leistung Europas ist, den Frieden sicherer gemacht zu haben.

Die EU ist für viele Länder attraktiv. Vor fünf Jahren sind acht ehemals kommunistische Länder der EU beigetreten. Rumänien und Bulgarien sind später gefolgt. Wir wissen, dass dieser Beitritt in gewisser Weise knirscht, dass es unterschiedliche Mentalitäten gibt und dass in diesen Ländern noch vieles zu bereinigen ist. Der Beitritt dieser Länder zur EU hat aber zur Stabilisierung Europas beigetragen. Die Ministerin hat darauf hingewiesen, dass weitere Länder folgen sollen. Mazedonien, Albanien und Serbien werden an die Türe klopfen oder haben bereits ihren Anspruch angemeldet. Gerade nach den Erfahrungen der letzten Beitritte müssen wir deutlich sagen: Die Kriterien müssen erfüllt werden. An den Kriterien ist nicht zu rütteln. Es muss überlegt werden, wie aufnahmefähig die EU ist und ob wir noch Möglichkeiten haben.

(Beifall bei der CSU)

Selbst westeuropäische Länder erkennen inzwischen den Vorteil der EU, obwohl sie noch vor kurzem ziemlich gelästert haben, wenn es um die EU ging. Denken Sie nur an Island.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Förster und die Ministerin haben schon darauf hingewiesen, dass Europa gestern einen wichtigen Schritt vorangekommen ist. Der Tschechische Senat hat dem Lissaboner Vertrag zugestimmt. Der Arbeitskreis für Bundes- und Europaangelegenheiten der CSU-Fraktion war im März in Prag und hat mit Vertretern des für Europaangelegenheiten zuständigen Ausschusses des Senats diskutiert. Wir haben ernsthaft darüber gesprochen, was eine Ablehnung des Lissaboner Vertrages bedeuten würde. Wir sind sehr froh, dass die tschechische Seite zugestimmt hat, auch wenn Präsident Vaclav Klaus noch unterzeichnen muss. Wir sind einen großen Schritt vorangekommen. Jetzt fehlen nur noch die Zustimmung Irlands und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Wir können feststellen: Der Lissaboner Vertrag wird Europa weiter voranbringen. Wir haben auch in diesem Hause kontrovers über diesen Vertrag diskutiert. Meine Fraktion hätte sich zu vielen Einzelfragen andere Formulierungen gewünscht. Denken Sie nur an die Frage der Kompetenzen. Wir hätten uns in vielen Fällen Kompetenzverlagerungen nach unten vorstellen können, sodass entweder die Nationalstaaten, die Regionen oder die Kommunen mehr Kompetenzen erhalten hätten. Wir haben aber gesehen, dass der Lissaboner Vertrag Europa insgesamt demokratischer macht. Das Europäische Parlament bekommt künftig mehr Kompetenzen, zum Beispiel in der Agrarpolitik. Das Europäische Parlament kann Vorlagen verhindern. Das Europäische Parlament stimmt über den Haushalt ab. Es ist damit Haushaltsbehörde. Jetzt fehlt nur noch das Gesetzgebungsinitiativrecht des Europäischen Parlaments. Das ist aber schon ziemlich das einzige, was fehlt. Ansonsten ist das Europäische Parlament bedeutsam geworden. Wer verfolgt hat, wie sich die Kompetenzen des Parlaments Schritt für Schritt, von Legislaturperiode zu Legislaturperiode ausgeweitet haben, kann nicht sagen, dass das Europäische Parlament ein zahnloser Tiger ist. Das Parlament hat mehrfach bewiesen, dass es sich als echtes Kontrollorgan gegenüber der Kommission versteht. Manchmal kritisiert es auch das, was im Rat passiert. Das Europäische Parlament nimmt diese neuen Kompetenzen wahr. Schon lange gilt nicht mehr der Satz: "Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa." Deswegen ist diese Europawahl so wichtig. Zukünftig findet demokratische Kontrolle statt.

Der Lissaboner Vertrag stärkt auch uns. Er stärkt die Parlamente, den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag. Das Wort Subsidiarität ist keine Worthülse mehr, die nur in den Verträgen steht. Subsidiarität wird inzwischen mit Leben erfüllt. Es ist schon deutlich angesprochen worden, dass wir in Bayern als erstes Parlament noch vor Inkrafttreten des Lissaboner Vertrags versuchen, die Subsidiaritätskontrolle auszuüben. Sie ist entscheidend dafür, welche Kompetenzen Europa zukünftig wahrnehmen soll. Sollen wir alles, was regelbar ist, tatsächlich von Europa geregelt bekommen? Oder sollen wir kritisch überprüfen, ob die Nationalstaaten oder die Regionen ein Problem viel besser regeln können? Jetzt haben wir das Recht, dazu Stellung zu nehmen. Wenn wir uns mit den anderen Landesparlamenten vereinen, wenn wir uns vor allem mit Österreich und Belgien, die auch föderale Strukturen haben, verbünden, dann können wir etwas verhindern. Das müssen wir tun.

#### (Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Heute steht im "Straubinger Tagblatt" eine Überschrift: "Nicht jedes Problem in Europa darf ein Problem für Europa sein." Das ist ganz richtig. Ich weiß es aus leidvoller Erfahrung im Ausschuss der Regionen. Wenn Regelungen erlassen werden, sagen viele, sie könnten

es auf nationaler Ebene nicht durchsetzen, also geben sie es nach Europa. Hier gibt es mit Sicherheit viele Gefahren. Wir, die über eine lange demokratische Erfahrung verfügen und in föderalen Strukturen denken, können die positiven Erfahrungen mit dem Föderalismus in die europäische Diskussion einbringen.

#### (Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir sagen Ja zu Europa. Wir wollen aber auch in Europa bestimmen, wo die Grenzen sind. Ich spreche von realen Grenzen zum Beispiel im Osten. Ich spreche aber auch von Grenzen im übertragenen Sinne. Bei den Kompetenzen erwähne ich nur das Stichwort Daseinsvorsorge. Das ist für uns eine echte Grenze für Europa. In diesen Fragen lassen wir uns von Europa nichts vorschreiben. Damit meinen wir es ernst.

#### (Beifall der CSU)

Wir wollen nicht, dass die Regionen und die Kommunen von Europa durch Kompetenzübertragungen und eine überbordende Bürokratie bevormundet werden. Wir sind echte Wächter darüber, ob dies passiert oder ob es nicht passiert. Wenn wir das verständlich machen können, können wir die Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Wir wissen, dass wir Europa nicht ausgeliefert sind, sondern dass wir Gestalterinnen und Gestalter Europas sind. Diese Aufgabe, Gestalter von Europa zu sein, müssen wir ernst nehmen.

(Beifall bei der CSU)

# Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Pauli.

Dr. Gabriele Pauli (FW): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir haben von der Europaministerin eine Rede gehört, die sie fast ohne Emotionen vorgetragen hat. Wahrscheinlich war sie von ihren eigenen Inhalten wenig überzeugt. Sie konnte damit auch nicht überzeugen. Nur wenn man persönlich hinter einer Meinung steht, nur wenn man persönlich zu seinen Worten steht, ist es auch möglich, die Herzen der Menschen zu erreichen. Dann ist es auch möglich, für Europa so einzutreten, dass die Bürger Ja sagen, dass sie verstehen, warum wir uns auf diesem vielleicht doch etwas weit entfernten Gebiet engagieren.

## (Beifall bei den Freien Wählern)

Ausfluss dieses Denkens ist, dass die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich meinen, die EU-Abgeordneten hätten zum großen Teil keinerlei Interesse an der Wirklichkeit vor Ort. Sie sind kaum zu sehen. Sie sind nicht interessiert. Wer in der Kommunalpolitik tätig ist oder war, wird es noch nie erlebt haben, dass einmal ein EU-

Abgeordneter vorbeigekommen ist und zu den Kommunalpolitikern gesagt hat: Das oder jenes steht an, ich möchte eure Meinung dazu hören.

(Widerspruch bei der CSU - Josef Miller (CSU): Das stimmt doch nicht!)

- Gerade die CSU braucht mir überhaupt nichts zu sagen. Ich kenne es. Ich war 18 Jahre lang Landrätin aus ihren Reihen. Bei mir hat sich niemals ein Ingo Friedrich gemeldet und gesagt: Jetzt steht diese oder jene Verordnung an.

(Beifall bei den Freien Wählern - Georg Schmid (CSU): Der Ingo ist aber einer der fleißigsten! - Weitere Zurufe von der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Jetzt wird es wenigstens lebendig! - Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Pauli hat das Wort.

**Dr. Gabriele Pauli** (FW): Ich bitte Sie, die Aufregung etwas zu dämpfen, sonst verstehen Sie meine Worte nicht mehr.

Eine unsinnige Glühbirnenverordnung steht zur Entscheidung an, die den Kommunen noch einmal viel Geld aus den Taschen ziehen wird. Ich frage mich wirklich, ob wir im Moment nichts Wichtigeres zu tun haben, als immer mehr bürokratische und belastende Verordnungen zu beschließen, ohne die Kommunalpolitiker einzubeziehen. Diese Verordnungen führen zu Aktionen, die kein Bürger mehr versteht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Stewens?

**Dr. Gabriele Pauli** (FW): Lassen Sie mich erst meine Rede halten. Am Schluss können Sie fragen.

(Zuruf von der CSU: Das ist auch Bürgernähe!)

Wir geben unheimlich viel Geld nach Europa und können nicht mehr kontrollieren, wohin diese Mittel fließen.

(Erwin Huber (CSU): Das steht doch im Haushalt!
- Hubert Aiwanger (FW): In die Bundesbank!)

In der totalen Intransparenz und der totalen Vernebelung aller Finanzströme fühlen sich viele EU-Abgeordnete wohl. Vielleicht mag es polemisch klingen, aber es ist wahr: Tatsache ist, dass viele Sitzungsgelder kassiert haben, indem sie die Anwesenheitsliste einer Sit-

zung, an der sie gar nicht teilgenommen haben, unterschrieben haben.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Bei welcher Partei?)

- Aus allen Parteien.

(Erwin Huber (CSU): Sonst fällt Ihnen nichts ein!)

Wenn solche Abgeordnete über Verantwortung für Bürger reden, brauchen sie sich doch nicht zu wundern, wenn ihnen die Bürger nicht mehr zuhören und sagen, wir wollen mit der EU nichts mehr zu tun haben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir fragen, was die hier vertretenen Parteien unternommen haben, um Missstände einzudämmen. Wir reden über Entscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments. Wir alle möchten, dass es mehr Zuständigkeiten bekommt. Wir alle möchten, dass die Zuständigkeiten abgegrenzt werden und dass die Kommission nicht mehr so viel im Alleingang entscheiden kann. In vielen Punkten sind wir uns einig. Wichtige Themen sind aber zum Beispiel die Schwarzmärkte, die sich in der EU gebildet haben, denen wir sehr viele Freiheiten ermöglichen, die aber nicht mehr kontrollierbar sind. Wir müssen unterscheiden: Freiheit bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir stellen fest, dass Menschen über die Grenzen geschoben werden und die EU dem machtlos zusieht. Wir stellen fest, dass sich andere Märkte bilden, egal ob es der riesige Markt für Fleischtransporte ist oder die Arzneimittelmärkte sind, die illegal funktionieren. Das hat wirklich die EU zu verantworten, und dafür sind auch die CSU, die CDU und andere Gruppierungen verantwortlich.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie sollten ihr Augenmerk darauf richten nachzuprüfen, ob die Subventionsschiebereien in den Griff zu bekommen sind.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es ist mafiös, was hier abläuft. Es gehört viel, viel Mut dazu, dies anzugehen. Man muss als Abgeordneter standhaft sein, wenn Sie wissen, was ich meine; denn hier wird sehr viel Geld bewegt.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zurufe von der CSU)

Es gibt Fälle von Betrieben, die zig Millionen Euro erhalten und keine Nachweise führen müssen, wohin sie das Geld stecken. Sie müssen nur einer Bedingung folgen, nämlich einen Betrieb, der zunächst als maroder Betrieb angekauft wurde, innerhalb von fünf Jahren nicht weiter zu veräußern. Es wird angenommen, dass das Sanierung sei. Das ist aber keine Sanierung. Wo bleibt die Kontrolle seitens der EU-Abgeordneten, die dem Ganzen mit kritischen Fragen nachgehen müssten?

(Eberhard Sinner (CSU): Kennen Sie die Betrugsbehörde OLAF?)

Festzustellen ist, dass Zigmillionen und Milliarden an Mitteln in dunklen Kanälen verschwinden. Die Ohnmacht, die das Europaparlament und die vielleicht auch Sie gegenüber diesen Problemen empfinden, kommt daher, dass man nicht mehr an die eigenen Kräfte glaubt, die jeder mit seinen vollen Talenten und seinem Sachverstand in die Politik einbringen könnte, sondern man sich nur noch populistisch danach ausrichtet, was im Moment gerade opportun ist.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Wenn wir dahin zurückkommen könnten, die Themen redlich und ehrlich anzugehen und nicht nur wahlkampfmäßiger Propaganda, ob vor oder nach Wahlkämpfen, - eigentlich ist das die politische Sprache insgesamt geworden - zu folgen, sondern ihr überhaupt nicht mehr nachzugehen und nur noch den Bürgern verantwortlich zu sein, könnten viele Missstände gar nicht diese Blüten treiben.

Der Lobbyismus - ich habe das in keiner Rede gehört - ist eines der Hauptübel in der EU.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Was haben die EU-Abgeordneten denn unternommen, damit zumindest der Lobbyismus transparent gemacht wird und wir verbindliche Listen von Lobbyisten haben, damit wir wissen, wer welcher Gruppierung angehört? Solche Initiativen sind nicht erwünscht. Es gab bereits solche Initiativen im Parlament, die aber keine Unterstützung gefunden haben. Vor allen Dingen haben sich bestimmte Parteien lieber mit der Wirtschaft verbündet anstatt mit dem Bürger, der ein wahres Interesse daran hat, zu wissen, wie Entscheidungen zustande kommen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Kommission erhält von 3.054 Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen in der EU Vorarbeiten. Die EU-Kommission, die weitreichende Entscheidungskompetenzen hat, ist damit

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

von diesen Gruppierungen total abhängig, in denen vor allen Dingen Lobbyisten in undurchschaubarer Weise tätig sind. Man schätzt, dass es circa 20.000 sind, die in der EU die Fäden ziehen, und die Vorlagen, die in der EU-Kommission beschlossen werden, maßgeblich beeinflussen und steuern. Die Vorlagen kommen zwar aus der Feder von Beamten, sie wurden aber von Lobbyisten vorverfasst. Parlamentarier und Kommissionsmitglieder kümmern sich in den seltensten Fällen darum, das alles kritisch zu hinterfragen.

Ich war gestern in Straßburg und war Gast bei der letzten Sitzung des Europäischen Parlaments. Als es darum ging, sich die Unterlagen für die Sitzung abzuholen, kam jemand auf mich zu, gab mir die Hand und stellte sich mit einem sehr bekannten Namen vor. Er sagte: Ich bin Cheflobbyist der Deutschen Bank; es ist schön, dass wir uns unterhalten können.

(Zuruf von der CSU: Na und?)

So einfach geht das. Weil alle sagen "na und?", wird ganz selbstverständlich damit umgegangen. Es sollte transparent gemacht werden, wer für wen die Interessen steuert. Vor allen Dingen sollten sich das Parlament und die Kommission von diesem Lobbyismus befreien.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zurufe von der CSU!)

Wo sind die Initiativen, den EuGH betreffend? EU-Recht bricht Landesrecht. Es ist unglaublich, dass die 27 Richter des EuGH keine Berufsrichter sein müssen.

(Ingrid Heckner (CSU): Das Niveau ist schlimm!)

Wieso lassen wir uns das gefallen? Wieso leben wir damit, als wäre es Normalität? Die Richter sind zum Teil über die Beziehungsschiene in ihre Positionen gekommen und ganz eindeutig nicht über demokratische Voten.

(Erwin Huber (CSU): Das ist Bierzeltniveau!)

Dass Sie sich wehren und vor allen Dingen Angst haben, wie Sie in Interviews kundtun, ist verständlich. Natürlich haben Sie Angst und greifen hie und da mal an. Aber eigentlich sind das Angriffe auf sich selbst,

(Erwin Huber (CSU): Niveaulos ist das!)

weil Sie spüren, dass Sie in der Vergangenheit vieles nicht in die richtigen Bahnen gebracht haben. Es funktioniert auch nicht mit einer Rede, die Europa mit plakativen Worten beschreibt, um dem Thema den Anstrich von mehr Offenheit und Modernität zu geben. Die Bürger durchschauen das. Sie durchschauen auch

die Abgeordneten, über die wir in den Zeitungen lesen, dass sie sehr persönliche Interessen im EU-Parlament verfolgen. Ein Bürger in Deutschland hat eine durchschnittliche Rente von 822 Euro im Monat.

(Erwin Huber (CSU): Jetzt wird es immer billiger!)

Ein EU-Abgeordneter hat eine gesunde Rente, die mit der des Bundestags vergleichbar ist. Was wir über die Presse vernehmen mussten, ist, dass es seit vielen Jahren einen Pensionsfonds für eine Zusatzpension gibt, in den die Abgeordneten zu einem Drittel einzahlen und der zu zwei Dritteln mit Steuergeldern aufgefüllt wird. Die Abgeordneten zahlen aus ihren Bürokosten 1.200 Euro ein. Aus staatlichen Mitteln kommen zwei Drittel hinzu, sodass man sich eine schöne weitere Pension erwirtschaften kann. Es wäre traumhaft, wenn alle deutschen Bürger dies könnten. Zahlt man 20 Jahre lang 1.200 Euro ein, bekommt man 5.600 Euro zusätzlich Pension.

(Erwin Huber (CSU): Sie wollten auch die Landratspension!)

Wollte man als Normalbürger eine solche Summe erreichen, müsste man 210 Jahre lang arbeiten.

(Zurufe von der CSU)

Besonders bemerkenswert ist, dass dieser Pensionsfonds, der jetzt ein Defizit von 120 Millionen Euro aufweist, aus einem Aktienportfolio besteht.

(Zurufe von der CSU)

Dieses Aktienportfolio setzt sich aus Aktien der Rüstungsindustrie, der Zigarettenindustrie und von Ölkonzernen wie BP und Shell zusammen. Daraus finanzieren sich die EU-Abgeordneten ihre Pensionen. Trotzdem wollen sie noch glaubwürdig Forderungen wie "Nichtraucherschutz" vertreten, wollen noch glaubwürdig sagen, die Benzinpreise seien zu hoch? Da die EU-Abgeordneten diese Themen nicht angehen, sprechen wir Freie Wähler von Verfilzung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Verfilzung - -

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin Pauli, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Matschl?

**Dr. Gabriele Pauli** (FW): Verfilzung, und nach außen totale Schönfärberei.

(Beifall bei den Freien Wählern - Eberhard Sinner (CSU): Warum haben Sie 3.900 Euro Pension gefordert? - Zurufe von der CSU)

#### Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Noch einmal die Frage: Frau Kollegin Pauli, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Matschl?

**Dr. Gabriele Pauli** (FW): Am Schluss. - Ich möchte die EU-Abgeordneten inklusive derjenigen, die speziell aus den Reihen der CSU kommen, zum Pensionsfonds ansprechen, weil sich dann vielleicht einige stärker betroffen fühlen.

Sie sprechen von einer Wertegemeinschaft. Wo sind denn unsere Werte geblieben, wenn die Wähler nur noch den Eindruck haben, dass es denjenigen, die uns vertreten, nur darum geht, in die eigene Tasche zu wirtschaften?

(Eberhard Sinner (CSU): 3.900 Euro Pension!)

Das ist nicht die Wertegemeinschaft, die wir in Europa möchten. Das ist inzwischen die Gemeinschaft eines abgeschotteten Politikerkreises geworden, der das eigene Interesse und nicht mehr die Interessen der Bürger im Vordergrund sieht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn Sie jetzt kommen und vom christlichen Abendland sprechen,

(Erwin Huber (CSU): Die Ehe für sieben Jahre oder was?)

dann frage ich Sie: Wo haben Sie Ihre Werte gelassen, wenn Sie auf der einen Seite so handeln, während Sie auf der anderen Seite so reden?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Die Art Ihres Handelns hat nichts mehr mit dem zu tun, was Sie nach außen zu tun vorgeben. Sie sagen, die Türkei entspreche nicht der passenden Religion, sie vertrete eine andere Kultur.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wer sagt das? - Georg Schmid (CSU): So ein Schmarrn!)

Das ist genau das, was übrig bleibt. Denn wenn alle Kriterien erfüllt sind wie Menschenrechte, Gerichtsbarkeit und so weiter, wenn alles erfüllt wird, was auch bei der privilegierten Partnerschaft gefordert wird, wenn all dies erfüllt wäre, würden Sie dennoch Nein sagen?

(Georg Schmid (CSU): Wenn die Frauen nicht geachtet werden!)

Da bleibt dann nichts als die Frage der Religion. Wenn Sie diese Frage als Kriterium nehmen wollen, dann muss man sich allerdings schon fragen: Ist das christliches Verhalten? Ist es richtig, wenn man die einen einbezieht und die anderen mit Scheinargumenten über Jahre und Jahrzehnte hinhält?

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf von der CSU: Die Türkei gehört nicht zu Europa!)

Das sind Scheinargumente, und das möchte ich jetzt gleich weiter ausführen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind die Freien Wähler für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union?)

Im Jahr 2004 hat die Europäische Kommission mit den Stimmen der Bundesrepublik beschlossen: "Die Aufnahmekriterien für die Türkei sind ausreichend erfüllt."

(Eberhard Sinner (CSU): Sie sind also für die Aufnahme der Türkei!)

Das war der Beschluss der Kommission 2004. Die Aufnahmekriterien sind also ausreichend erfüllt. Danach kam ein weiterer Katalog von 35 Kapiteln, die zusätzlich erfüllt werden müssen. Man sollte doch einmal klipp und klar sagen, was man eigentlich will. Wollen Sie die Türkei in der EU, ja oder nein?

(Erwin Huber (CSU): Das gilt doch für alle! - Prof. Ursula Männle (CSU): Das ist doch für alle gleich!)

Was jetzt stattfindet, ist das unwürdige Beispiel einer Hinhaltetaktik, das ist die scheibchenweise Inaussichtstellung eines möglichen EU-Beitritts.

(Georg Schmid (CSU): Was wollen die Freien Wähler? - Hubert Aiwanger (FW): Wir wollen was anderes!)

Es gehört Klarheit mit vernünftigen Argumenten dazu. Jeder Staat hat das Recht, dass man mit ihm würdig umgeht, dass man die Frage des Beitritts nicht als Wahlkampfthema missbraucht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir haben es immer mit Menschen zu tun. Wenn man in der Türkei registriert, mit welcher Abfälligkeit hier zum Teil diskutiert wird, mit welcher Emotion in Richtung Ausländerfeindlichkeit - -

(Georg Schmid (CSU): Oho! Entschuldigung!)

Sie haben noch nicht herausgefunden, wie Sie zu Ausländern und zu anderen Nationen wirklich stehen. Mit einem Kurs, der zum Teil auch ausländerfeindliche

Emotionen enthält, werden Sie den Menschen in der Türkei aber nicht gerecht.

Was Sie erreichen können, das ist, dass sich die Türkei wieder mehr und mehr dem Islam zuwendet. Ich weiß nicht, ob Sie das möchten, und ob Sie abschätzen können, was das für unsere Europäische Union bedeutet. Ich plädiere deshalb einfach dafür, dass wir mit diesem Land auf gleicher Augenhöhe kommunizieren, dass wir es nicht immer wieder abwerten, dass wir dieses Land nicht in Gespräche einbinden, bei denen nicht klar ist, welches Ziel eigentlich dahinter steht. Es geht um ein großes Land, das sicherlich, auch wenn es einmal zur EU käme, an uns große strukturelle Herausforderungen stellen würde. Es geht aber auch darum, bei diesem großen Land zu sehen, welche sicherheitspolitische Bedeutung es für uns hat. Ich möchte noch einmal sagen, ein Brückenkopf zum Islam kann für uns sehr wichtig sein. Wir haben Zeiten gehabt, da wäre ein solcher Brückenkopf für uns sehr wertvoll gewesen. Wir sind deshalb dagegen, von vornherein alle Türen zuzuschlagen. Wir sollen stattdessen einen realistischen Zeitplan machen und unsere Ziele klar nennen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Es ist lächerlich, unwahr, wenn Sie jetzt einen Volksentscheid zum Thema EU-Beitritt der Türkei wollen. Jetzt, nachdem alle anderen Staaten beigetreten sind, sagt die CSU: Wir wollen keine weiteren Staaten aufnehmen. - Warum haben Sie nicht bei allen anderen Staaten, deren Beitritt anstand, eine Abstimmung gewollt?

(Beifall bei den Freien Wählern)

Warum entdecken Sie gerade jetzt die Demokratie des Volkes, obwohl es in der Vergangenheit viele Initiativen gab, von verschiedensten politischen Initiativen, aber auch von der SPD und den GRÜNEN? Viele dieser Initiativen sind nie auf die Resonanz der CSU und der CDU gestoßen. Nun aber, auf einmal, in der Hoffnung, die Bevölkerung möge diesem Beitritt nicht zustimmen, entdecken Sie den Volksentscheid in der Beitrittsfrage. Auch das ist etwas, was die Menschen registrieren und als ungradlinig wahrnehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Frau Ministerin, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, wer einen Fehler nicht korrigiert, der begeht einen weiteren. Sie haben die Chance, vieles in Europa zu korrigieren. Ich stelle mir vor, dass es über die Parteigrenzen hinweg ein Bündnis derjenigen geben kann, die wirklich ehrlich an die dunklen Machenschaften herangehen wollen. Die sollte man nicht in die Ecke stellen, die wirklich Aufklärung wollen, sondern sie, die Wichtiges ans Tageslicht bringen, sind für uns wichtig. Wir haben in

unserem Land mit Konjunkturprogrammen zu kämpfen, wir haben darum zu kämpfen, dass vieles im sozialen Bereich nicht dem Standard entspricht, den wir gerne hätten. Wir haben ein riesiges Landesbankdesaster. Trotzdem sind die Millionen und die Milliarden Euro, die in der EU verschwinden, in weitaus größerem Ausmaß bedenklich. Ihr Verschwinden sollte von uns sehr konsequent angegangen werden, und zwar gerade deshalb, weil wir in eine Wirtschaftskrise hineingerasselt sind. Wir müssen uns sehr bewusst um unsere Steuergelder kümmern. Dazu gehört auch der Bürokratieabbau - das ist ein sehr schönes Schlagwort.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Vor allem aber geht es um eines, einen Wandel in unseren Köpfen. Es geht darum, dass wir den Bürger wieder ernsthaft sehen, dass wir den Menschen wieder entdecken. Solange einige das nur vorspielen, solange sie nur unwahre Worte sagen, werden sie die Bürger nicht erreichen.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Dr. Pauli, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es wurde uns im Präsidium eine Zwischenintervention von Frau Stewens angemeldet. Ich bitte um die Wortmeldung.

Christa Stewens (CSU): Frau Kollegin Pauli, Sie haben das Fehlen von Leidenschaft bei unserer Europaministerin Emilia Müller moniert. Ich kann keineswegs sagen, dass ich in Ihrer Rede irgendeine Leidenschaft zur Europapolitik ausgemacht habe.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Aber in der CSU eine ausgelöst!)

Ich bin der festen Überzeugung, Frau Kollegin Pauli, wenn Sie schon so hehre Maßstäbe an die Wahrheit anlegen, dann sollten Sie diese Maßstäbe auch an Ihre eigenen Aussagen anlegen. Wissen Sie nicht, dass Frau Kollegin Niebler im Ebersberger Kreistag sitzt, dass sie lange Zeit unsere finanzpolitische Sprecherin war und sich intensiv in die Ebersberger Kreispolitik einbringt? Ist Kreispolitik für Sie keine Kommunalpolitik?

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch eine Bemerkung machen. Leider Gottes haben Sie alle wesentlichen Themen zur Europapolitik, die den Menschen derzeit auf den Nägeln brennen, beispielsweise die Wirtschaftskrise, bei der es ungeheuer wichtig ist, dass wir den europäischen Währungs- und Wirtschaftsraum haben, konsequent ausgelassen.

(Beifall bei der CSU)

Ich vermisse in Ihrer Rede völlig die wichtigen europapolitischen Themen, die den Menschen auf den Nägeln brennen.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Pauli hat die Möglichkeit, auf diese Zwischenintervention zu erwidern.

**Dr. Gabriele Pauli** (FW): Zur Kommunalpolitik: Ich habe in meiner Rede - das ist vielleicht etwas untergegangen; Sie können es aber im Protokoll nachlesen - auch gesagt, dass auch aus deren Reihen Kommunalpolitiker hier sind. Das will ich gar nicht in Abrede stellen, das ist ja klar.

Zur Leidenschaft: Dass ich Sie jetzt nicht begeistern konnte, liegt vielleicht an etwas anderem.

(Lachen bei den Freien Wählern)

Auch die Krise habe ich erwähnt, natürlich. Da sehen wir eine große Verantwortung für die Krise auch bei der Landesbank. Wir haben eine Kommission eingerichtet, und da wird noch weiter geprüft. Diese Krise spürt man in der EU überall, sie ist aber auch von Ministern mit großer Verantwortung aus Ihrer Mitte mit herbeigeführt worden. Da kann man natürlich noch sehr in die Tiefe gehen. An anderer Stelle habe ich das auch schon gemacht.

Zum Euro noch eines: Na klar, man kann zu vielem etwas sagen. Aber ich erinnere mich an die Euro-Einführung. Die hat ein Bundesfinanzminister mit sehr großem Elan vorangetrieben, aber die eigenen Leute sind ihm in den Rücken gefallen. Ich kann mich noch an das Stichwort "Esperanto-Geld" erinnern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir können alles vertiefen. Gerne. - Waren da noch weitere Fragen, ich glaube, von Frau Matschl?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Sind Sie fertig? - Frau Dr. Pauli, vielen herzlichen Dank. Wenn Sie eine Zwischenfrage gestatten, könnte Frau Matschl noch etwas sagen. Wenn Sie keine Zwischenfrage gestatten, wäre das nicht möglich. Gestatten Sie eine Frage?

Dr. Gabriele Pauli (FW): Ja, bitte.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Matschl!

Christa Matschl (CSU): Frau Pauli, Sie haben mit großem Engagement viele Missstände in Europa angeprangert, die Intransparenz, die Schwarzmärkte, Subventionsdschungel usw. Sie haben sehr viel angeprangert.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Matschl, Sie müssen eine Frage stellen.

Christa Matschl (CSU): Also gut. Konkret: Wie stehen Sie zur Sicherung der Energie in Europa? Wir brauchen ein gemeinsames Konzept. Wie stehen Sie dazu? Die Finanzmärkte wurden angesprochen. Wie stehen Sie zur Entwicklung einer europäischen - -

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Eine Frage, keinen Fragenkatalog!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Eine Frage!

**Christa Matschl** (CSU): Eine Frage also. Wie stehen Sie zur Energieentwicklung in Europa?

Dr. Gabriele Pauli (FW): Tatsache ist, dass wir Energiekonzerne haben, in deren Aufsichtsräten auch Politiker sitzen und die monopolartig vorgehen, Preise absprechen. Wir als Verbraucher merken, wie uns die Preise davongelaufen sind. Angeblich kann man gegen diese Absprachen, Verflechtungen und Verfilzungen nichts machen. Wir brauchen mehr Wettbewerb, nicht nur im Energiebereich insgesamt. Vor allen Dingen sollte uns ein Ziel für Europa wirklich führen: Wir sollten anstreben, energiepolitisch autark zu werden. Wir sind nicht mehr frei nach außen, wenn wir von Erdgas, von Erdöllieferungen und von Drittstaaten abhängen. Wir sind nicht mehr frei in unserem Handeln, solange wir am Nerv getroffen werden können. Deshalb sollten wir auf Alternativen setzen. Das wäre auch durchaus möglich. Nur so können wir uns abkoppeln und wieder in Freiheit nach außen agieren.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Dr. Pauli.

Nachdem jetzt wieder eine Woche sitzungsfrei war, möchte ich die Geschäftsordnung in Erinnerung rufen. Das Problem ist: Eine Zwischenbemerkung, eine Zwischenintervention steht einer Fraktion jeweils nur einmal zu. Wenn die Rednerin am Pult noch Redezeit hat und eine Zwischenfrage zulässt, die üblicherweise während der Rede gestellt werden sollte - Frau Pauli hat gesagt, Sie möchte die Zwischenfrage erst am Ende der Rede zulassen; deshalb habe ich das mit Frau Matschls Frage so gehandhabt -, dann geht es in Frageform und auch nur einmal. Das sage ich, bevor hier irgendwelche Irritationen auftreten.

Die nächste Wortmeldung liegt bei Herrn Dr. Runge. Ich bitte Sie ans Rednerpult.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, geschätzte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer! Die Staatsregierung hat diese Regierungserklärung betitelt "Mit Europa die Krise bewältigen: ..." Bei mir stand zunächst einmal die Überlegung im Raum, welche Krise Sie denn meinen: Meinen Sie das Finanzmarktdebakel und die Weltwirtschaftskrise, meinen Sie die existenzielle Krise in der CSU oder meinen Sie die Krise im europäischen Integrationsprozess? - Wahrscheinlich sind alle drei Krisen irgendwie gemeint gewesen. Alle drei sind auch in Fragmenten zumindest schon angesprochen worden.

Ich komme zuerst zur europäischen Integration. Ich denke, da können wir gemeinsam festhalten, dass die europäische Integration ein Erfolgsmodell ohnegleichen ist. Frieden, Freiheit, wirtschaftliches Wohlergehen sind mitgetragen vom Zusammenwachsen der Staaten Europas, zuerst in den Europäischen Gemeinschaften und dann in der Europäischen Union. Für Deutschland hat die Mitgliedschaft die endgültige Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft bewirkt. Was die osteuropäischen und mitteleuropäischen Staaten anbelangt, war damals die Beitrittsoption und ist jetzt die Mitgliedschaft der Reformmotor schlechthin.

Frau Ministerin, ich bin Ihnen auch sehr dankbar für Ihre dezidierte Lobpreisung der letzten großen Erweiterungsrunde. Es ist sehr erfreulich, dass das an dieser Stelle klar gesagt wurde. Denn in früheren Jahren hat man das gerade von Ihren Parteifreunden und -freundinnen oft anders hören müssen.

Immer mehr Regelungsbereiche lassen sich auf nationaler Ebene nicht mehr hinreichend oder zielführend steuern. Das ist wichtig; da sind wir uns alle einig, glaube ich. Das ist der Klimawandel mit seinen drohenden, dramatischen Auswirkungen, die weltweite Verknappung fossiler Energieträger, die Welternährungskrise und vieles mehr. Da muss man einfach sagen: Hier ist gemeinschaftliches Handeln sicher weitaus besser und zielführender, als wenn das nationalstaatlich versucht werden würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf der anderen Seite müssen wir festhalten, dass der europäische Integrationsmotor in den letzten Jahren heftig ins Stottern geraten ist. Wir hatten vor ein paar Jahren diesen elenden Streit um den Finanzrahmen. Dann gab es immer wieder Auseinandersetzungen und unterschiedliche Auffassungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur Erweiterungsfrage, und selbstverständlich spielt hier auch das Scheitern zuerst des Verfas-

sungsvertrages und dann des Vertrages von Lissabon mit herein.

Dieses sind Krisenzeichen; das ist klar. Wir alle müssen erkennen, dass es bei den politischen Entscheidungen in der Europäischen Union wie auch bei den politischen Entscheidungen zur Europäischen Union, also auch den nationalen Entscheidungen zu europäischen Themen, massiv an Transparenz mangelt. Damit hängt zusammen, dass die Identifikation und damit auch die Begeisterung der Bürgerinnen und Bürger für Europa leidet. Das heißt: Hieran müssen wir alle arbeiten. Neulich musste ich zu meinem großen Erschrecken in der "Staatszeitung" vom 30.04. lesen, dass sich der frühere Ministerpräsident Stoiber zu der Frage ausgelassen hat: Wie ist denn das Verhältnis der Berichterstatter zu Europa? Er hat gesagt: Die berichten doch nur, wenn der Ferber sich im Parlament auszieht. - Schon um uns alle davor zu bewahren, gilt es, dafür zu sorgen, die Leute mehr mitzunehmen und mehr zu begeistern. Da ist auch entscheidend: Die Debatte um die Zukunft der europäischen Integration darf sich nicht mehr vor der Frage der Finalität der Integration in räumlicher wie auch in inhaltlicher Hinsicht drücken.

Auf jedem Fall stellen wir fest, dass die europäische Integration zu wichtig ist, um sie Biertischbrüllern und Dumpfrednern zu überlassen.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

CSU und Europäische Union - das ist ein ganz spezielles Kapitel. Ich denke, Frau Ministerin, Sie haben damit schon hinreichend Ihre leidvollen Erfahrungen gemacht. Ich würde das Verhältnis zwischen CSU und Europäischer Union an zwei Überschriften festmachen; die eine lautet: "Populismus, Scheinheiligkeit, Wankelmütigkeit und Unglaubwürdigkeit", die andere Überschrift heißt: "Defizite im Einsatz für sehr wichtige Anliegen".

Ich fange mit der ersten Überschrift an. Bis vor wenigen Jahren, ja Monaten hatten wir eine klare Schlachtordnung. In Brüssel, in Berlin haben sich die CSU-Politiker staatsmännisch und europäisch gegeben, am Biertisch und auch in manchem lokalen Gremium sah das anders aus. Da wurde gepoltert, da wurde häufig verzerrt. Heute haben wir eine neue Situation. Heute ist es ein Hü-hott, ein Brummkreisel; das ist auf jeder Ebene festzustellen. Ich bringe einige wenige Beispiele. Manches ist schon angesprochen worden.

Ich habe mir hier auf einer Seite den Antrag von CSUund FDP-Abgeordneten zur Veröffentlichungspflicht für Zuwendungen an Landwirte, den wir vorgestern bei uns im Ausschuss diskutiert haben, kopiert. Da heißt es: Veröffentlichungspflicht für Zuwendungen an Landwirte stoppen! Sie haben damals zwar als Bundesregierung der Veröffentlichungspflicht zugestimmt, aber jetzt gibt es hier munter den Antrag, die Veröffentlichungspflicht zu stoppen.

Unter den Antrag habe ich mir einen Artikel aus dem "Donaukurier" kopiert, in dem es heißt: "Veröffentlichungspflicht als Druckmittel - CSU-Europapolitiker Ferber sieht Transparenz bei Agrarsubventionen als Chance gerade für die bayerischen Bauern." Wie ist es denn jetzt? - In dem Fall hat Herr Ferber recht, die Veröffentlichungen sind erst der Anlass für Änderungen. Zurzeit ist es so, dass große Unternehmen und sachfremde Unternehmen massiv profitieren.

#### (Zuruf von der SPD: Lufthansa!)

- Lufthansa zum Beispiel oder RWE. Ich könnte hier viele Beispiele nennen. Bayern zeichnet sich hingegen durch eine kleinteilige bäuerliche Landwirtschaft aus. Transparenz und damit auch Änderungen im Subventionsgebaren würden den bayerischen Bauern an allererster Stelle zugutekommen. Deswegen verstehen wir hier Ihren falschen Einsatz überhaupt nicht.

( Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Linus Förster (SPD))

Ich will das Thema noch ein wenig ausleuchten. Die Transparenzinitiative der EU ist eine segensreiche Einrichtung. Die Veröffentlichungspflicht bei Direktzahlungen an die Landwirtschaft gehört mit dazu. Wie gesagt, Sie haben damals als Bundesregierung - das ist noch gar nicht so lang her - zugestimmt; jetzt wird dagegengehalten, und zwar nicht nur deswegen, weil es ein untergerichtliches Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden gibt. Vielmehr haben Sie in der Debatte gesagt, Sie wollen das grundsätzlich nicht haben. Es wurde argumentiert: Dann brauchen wir überall eine Veröffentlichungspflicht. Wie wäre das dann bei Sozialhilfeempfängern, bei Hartz-IV-Empfängern und bei Empfängern von Leistungen nach dem SGB XII? - Dazu sage ich: Meine Damen und Herren, Sie liegen völlig falsch. Selbstverständlich können wir zwischen Wirtschaftsförderung auf der einen Seite und Sozialtransfers auf der anderen Seite unterscheiden.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Hierzu gibt es hinreichend genug einschlägige Urteile. Sehen Sie sich einmal an, wie die Fraktion der GRÜ-NEN gegen Edmund Stoiber und andere vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof - ich glaube, drei Jahre ist das her - gewonnen hat. Der Verfassungsgerichtshof hat fein ziseliert dargestellt, wie es um das Recht auf informationelle Selbstbestimmung bestellt ist, was Persönlichkeitsrechte sind, was Datenschutz ist und was Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse sind, und zwar angelehnt an die Artikel 12 und 14 unseres Grundge-

setzes. Wir fordern Sie auf, in diesem Punkt umzusteuern und in die richtige Richtung zu gehen. Herr König, Sie haben sich dazu gerade im Ausschuss geäußert.

Ein weiteres Beispiel sind die 7 % Umsatzsteuer für Gastronomie und Hotellerie. Das Thema hängt auch mit Europa zusammen, weil wir seit 1967 die Umsatzsteuerharmonisierungsrichtlinien haben. Seit 1992 gibt es den Katalog von Ausnahmen und ermäßigten Sätzen. Die Hotellerie war immer dabei, die Gastronomie für Deutschland nicht, für andere Länder aber schon. Das Interessante ist, dass Sie bis vor wenigen Jahren jeden Vorstoß, den Umsatzsteuersatz für die Gastronomie und die Hotellerie zu senken, abgelehnt haben. Wie gesagt, bei der Gastronomie hätten Sie über den Umweg Brüssel gehen müssen. Sie haben es abgelehnt, aktiv zu werden, zum Teil mit den krudesten Argumenten. Ich kann mich erinnern, dass ein Kollege gesagt hat, wir erhöhen die Mehrwertsteuer auf 19 % und davon profitieren insbesondere die Gastwirte, weil dann die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden. Tragen Sie das heute einmal den Gastwirten vor; die sind sicher begeistert. Jetzt auf einmal spielen Sie aber den großen Retter der Wirtshauskultur und der Gastwirte in Bayern. Meine Damen und Herren, eine solche Brummkreiselpolitik ist schlicht nicht glaubwürdig.

# (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu einem anderen Beispiel. Am Vorläuferwerk zum Lissabon-Vertrag, dem Konvententwurf zum Verfassungsvertrag, haben viele von Ihnen - zu Recht, wie wir meinen - heftig Kritik geübt. Ich kann mich an Zeitungsartikel erinnern, bei denen das schon in der Überschrift so war. Das Ganze spielte sich 2004/ 2005 - so um den Dreh - ab. Damals haben Sie gesagt, es muss etwas geändert werden. Der Einsatz hat aber gefehlt.

Der nächste Punkt, nämlich die Volksabstimmung, ist schon angesprochen worden. Alle zwei Jahre haben wir einen Antrag gestellt, der in den Ausschüssen und im Plenum behandelt worden ist. Immer haben Sie dagegen gestimmt. Jetzt auf einmal haben Sie unter Federführung des Ministerpräsidenten die Volksabstimmung zu wichtigen europapolitischen Fragen als Wahlkampfschlager entdeckt. So haben es auch die Zeitungen betitelt. Wir sagen dazu: Das ist wunderbar, aber Sie dürfen sich dann nicht durch Beliebigkeit auszeichnen. Eine Rosinenpickerei kann es nicht geben. Dann muss auch über wichtige andere Fragen auf Bundesebene wenn Sie Volksabstimmungen fordern, da wo zum Beispiel Vertragswerke in elementarer Weise geändert werden, worüber auf Bundesebene zu entscheiden ist - durch Volksabstimmung entschieden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Müller, ich darf Sie zitieren. Sie haben es jetzt in Ihrer Regierungserklärung genauso gebracht wie gestern. Sie sagen: "Bayern steht für Deregulierung, Subsidiarität und eine Konzentration der EU-Kompetenzen auf Wesentliches." - Dann kommen Beispiele. Genannt wird unter anderem die neue Antidiskriminierungsrichtlinie. Ich muss sagen, das ist eine unschöne Aktion. Das kommt einer Hetze nahe. Ich frage Sie: Wie haben Sie sich denn bei der Vorläuferrichtlinie und deren Umsetzung ins Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz -AGG - verhalten? - Das war ein Theater hier im Parlament. Sie haben gesagt, das gäbe eine Flut von Klagen. Sie haben gesagt, das gäbe einen Milliardenschaden. Das Ganze wurde evaluiert und ist nahezu im Nichts verpufft. Die neue Richtlinie betrifft vor allem den Zugang zu Bildung und zu Sozialleistungen. Auch hier werden die Probleme eines Erachtens massiv überspitzt dargestellt. Auf diese Weise schaden Sie dem europäischen Gedanken.

## (Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf bei dem Satz bleiben: "Bayern steht für Deregulierung." Wir haben uns in der letzten Sitzung darüber ausgetauscht, ob die Breitbandinitiative ein Bürokratiemonster ist. Herr Kollege Förster hat vorhin zu Recht die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II angesprochen. Ich bitte doch, zuerst einmal vor der eigenen Haustür zu kehren.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Linus Förster (SPD))

Geradezu grandiose Beispiele für Ihr Hin und Her und die Tatsache, dass Sie in Brüssel so und woanders anders reden, sind der Beitritt von Rumänien und Bulgarien und der mögliche Beitritt der Türkei zur EU. Die Diskussion über den Beitritt Rumäniens und Bulgariens ist gar nicht so lang her. Ich kann mich erinnern, dass CSU-Politiker hier und auch in Brüssel gesagt haben, diese Länder wären noch nicht weit genug, man werde einen Antrag stellen, dass der Beitritt noch nicht stattfindet. Stellen wollte man den Antrag über die Schiene der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament. Den Antrag gab es tatsächlich, aber sehen Sie bitte im Protokoll nach, wer ihn tatsächlich gestellt hat. Den Antrag hat die Fraktion der GRÜNEN im Europäischen Parlament gestellt. Die CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament waren froh, unter den Rock der Fraktion der GRÜNEN schlüpfen zu können.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Ministerin Müller, was die Türkei betrifft, darf ich Sie zitieren. Sie haben gerade gesagt:

Seit 40 Jahren will sich die Türkei in Europa integrieren. Sie hat es seitdem aber nicht geschafft, fundamentale Menschenrechte oder Pressefreiheit zu akzeptieren oder die Kurdenfrage zu lösen.

- Hat die Türkei das vor zehn Jahren geschafft, Frau Ministerin Müller? - Nein, sie hat es auch nicht geschafft. Aber vor zehn Jahren waren Sie in Deutschland der größte Trommler für einen Beitritt der Türkei zur EU. Über viele Jahre hinweg war die CSU die politische Kraft, die sich am heftigsten für einen EU-Beitritt der Türkei eingesetzt hat.

Frau Kollegin Pauli - ich sehe Sie gerade nicht - muss man in einem Punkt korrigieren. Sie hat gesagt, die Kriterien wären bereits erfüllt. Es ist aber ganz klar, dass die Türkei aktuell noch meilenweit von der Beitrittsreife entfernt ist. Es gibt den "Acquis communautaire" und die Kopenhagener Kriterien, die es abzuarbeiten gilt. Wir sagen aber ganz klar: Pacta sunt servanda. Jetzt die Tür zuzuschlagen und das, was zugesichert worden ist zurückzunehmen, das wollen wir nicht; denn damit würde gewaltiger Schaden angerichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf Ihnen aus einer Presseerklärung vorlesen. Dort heißt es:

Die Türkei darf auf dem Weg nach Europa nicht diskriminiert werden. Es dient nicht europäischen Interessen, wenn die Türkei auf ihrem Weg nach Europa durch Übertaktieren vor den Kopf gestoßen wird. Für Europa und die Türkei muss klar sein, dass ein türkischer Beitrittsantrag grundsätzlich an den gleichen Kriterien gemessen wird wie der jedes anderen europäischen Staates.

Ich fahre mit dem Zitat fort:

Angesichts der Dimension ist die Heranführung der Türkei an Europa sicher eine größere und schwierigere Aufgabe als in jedem anderen Fall. Das kann aber nur bedeuten, dass die Anstrengungen größer, die Fristen großzügiger bemessen sein müssen. Am Ziel darf es keinen Zweifel geben. Es ist vor allem im deutschen Interesse, die Türkei in Europa zu sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe. Das Zitat stammt von Michael Glos in den Endzeiten der vorletzten Regierung unter Ihrer Beteiligung, also im Dezember 1997. Er hat gesagt, es ist ein schwieriger und langwieriger Prozess, aber er hat auch gesagt, die Türkei ist ein europäisches Land, was hier immer bestritten wird. Er hat aber vor allem auch gesagt, der Beitritt sei im deutschen Interesse. Meine Damen und Herren, dann bleiben Sie doch bei Ihren Positionen und

betreiben Sie nicht aus Wahlkampfgründen billigen Populismus.

Zu den Einsatzdefiziten - das ist jetzt meine zweite Überschrift. Die erste Überschrift war, wie Sie hoffentlich herausgehört haben: Brummkreisel, das Hin und Her, Herumtaktieren, mal so, mal so, je nachdem, wo man gerade spricht und wann man spricht.

Zu den Einsatzdefiziten könnten wir jetzt viel ausführen: zur Umweltschutzpolitik, zur Verbraucherschutzpolitik. Da haben wir nicht das entsprechende Anschieben aus Bayern, seitens der CSU, in Richtung Brüssel gesehen. Das Gleiche gilt für den Anlegerschutz, beispielsweise für die Finanzmarktregeln. Ich mag aber nur ein Kapitel etwas detaillierter ausführen, nachdem es hier auch angesprochen worden ist und nachdem falsche Dinge behauptet worden sind: Das sind die kommunale Selbstverwaltung und die kommunale Daseinsvorsorge.

Sie erinnern sich hoffentlich: Im Dezember 2003 gab es zu diesem Thema den ersten hier diskutierten Antrag zum - wie er damals hieß - Verfassungsvertrag. Er stammte - wie kann es auch anders sein? - aus der grünen Fraktion und hieß "EU-Verfassungsvertrag - kein explizites Recht zur europäischen Gesetzgebung im Bereich der Daseinsvorsorge". Dieser Antrag ist - erfreulicherweise - einstimmig angenommen worden, aber die Staatsregierung hat sich dann eben nicht entsprechend "eingespreizt", hat nicht den entsprechenden Einsatz gebracht, um das, was eigentlich hier beschlossen worden ist, auch durchzudrücken.

Im Februar 2008 beispielsweise haben wir noch einmal die gleiche Causa auf die Tagesordnung hier setzen lassen. Damals haben wir in einem Dringlichkeitsantrag gefordert:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich über den Bundesrat und auf allen ihr ansonsten zur Verfügung stehenden Wegen dafür einzusetzen, dass die Möglichkeiten der Organe der EU, horizontal in Angelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge hineinzuregieren, verhindert bzw. begrenzt werden.

Auch da - bedauerlicherweise - wieder Fehlanzeige. Jetzt, im Vertrag von Lissabon, finden wir zum ersten Mal exakt die Möglichkeit, dass hier horizontal hineinregiert wird. Ich kann auch den Wortlaut vortragen. Im EGV - er heißt ja dann anders: Vertrag über die Zusammenarbeit der Organe der Union - gibt es den Artikel 16 bzw. die Ergänzung des alten Artikel 16, der lautet:

Diese Grundsätze und Bedingungen werden vom Europäischen Parlament und vom Rat gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren festgelegt.

Das Problem ist - das wissen Sie, Frau Kollegin Müller: Es geht hier immer um die Definitionen: Was sind Dienste von allgemeinem Interesse, was sind nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen auf der anderen Seite? Da ist die Union und da ist die Kommission immer sehr schnell dabei, Dinge, von denen wir sagen, die wollen wir ganz ausschließlich selber geregelt wissen, in die andere Kategorie hineinzudefinieren, also als Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse.

Ich erinnere hier an die Mitteilung der Kommission vom - wie ich glaube - vorletzten November, in der es um die Sozialdienstleistungen ging. Da haben sie dann aber irgendwann auch einmal Wasser und andere Kategorien in die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse hineingerechnet.

Da, meinen wir, ist einfach die entsprechende Formulierung nicht hinnehmbar und wird uns - bedauerlicherweise - vor große Probleme stellen.

Wir alle wissen, dass europäische Regelungen immer mehr und mehr das Handeln in und von Kommunen bestimmen: Die Binnenmarktregeln mit dem Zug zur Liberalisierung und partiell auch zur Privatisierung, das strikte Beihilferegime, das Wettbewerbs- und Vergaberecht zwängen die kommunale Selbstverwaltung mehr und mehr in ein enges Korsett. Beispiel: In-Haus-Vergaben sind ohne vorherigen Wettbewerb nur mehr dann zulässig, wenn die Kommune als Auftraggeber die auftragnehmende Einrichtung auch zur Gänze wie ein eigenes Amt beherrschen kann und wenn gleichzeitig der kommunale Auftragnehmer hauptsächlich für die öffentliche Hand seine Aufgaben erbringt.

Es gibt andere Beispiele wie die interkommunale Kooperation, also beispielsweise Zweckvereinbarungen, Zweckverbände. Das ist doch eigentlich nichts anderes als Aufgabendelegation, trotzdem soll es nach dem Willen der Kommission mehr und mehr wie eine Vergabe behandelt werden. Da - meinen wir - müssen wir gemeinsam aufmerksam sein und immer wieder dort, wo es angesagt ist, gegenhalten.

Nachdem ich an dieser Stelle schon einige wenige Ausführungen zum Vertrag von Lissabon gemacht habe, nur noch einige weitere Gedanken in ein paar Überschriften. Wir haben immer gesagt: Es gibt in diesem Vertragswerk viele sinnvolle Regelungen, aber es gibt auch Dinge, die wir nicht hinnehmen. Deswegen haben wir ja auch Ihren beiden - SPD und CSU - Jubelanträgen hier im Bayerischen Landtag nicht zustimmen können.

Kritische Punkte haben Sie, Frau Kollegin Männle, angesprochen, aber nicht hinreichend, meine ich. So werden die Demokratiedefizite meines Erachtens nicht ausreichend geheilt, indem ich den Katalog des Mitentscheidungsverfahrens erweitere. Wir sagen: Da, wo wir wirklich vergemeinschaftete Zuständigkeiten haben wollen, wollen wir ein Initiativrecht für das Europäische Parlament, wir wollen auch eine allumfassende Kontrolle.

An dieser Stelle erinnere ich an eines, nämlich an das Instrument der offenen Methode der Koordinierung. Das heißt im neuen Vertrag "Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedsstaaten". Es ist ein weiches Instrument, ein Benchmark-Instrument, aber geht völlig an den Parlamenten vorbei. Ihnen sagt man am Schluss "Vogel friss oder stirb!", und sie haben keine andere Möglichkeit der Einflussnahme.

Dieses Instrument wird auf weite Felder der Sozialpolitik, auf die Gesundheitspolitik ausgeweitet. Auch da müssen wir meines Erachtens wachsam sein.

Oder nehmen wir die fehlende Kompetenzabgrenzung. Der Zug geht in Richtung mehr Zentralisierung zum Beispiel durch die Flexibilisierungsklauseln oder durch die schon genannte offene Methode der Koordinierung.

Das alles sind Punkte, die wir weiterhin für kritikwürdig halten und die uns - auch als Bayerischer Landtag - in der Zukunft möglicherweise vor große Probleme stellen werden.

Zeitbedingt kann ich dazu leider keine weiteren Ausführungen machen, weil wir uns auch noch mit dem dritten Krisenfeld befassen wollen, nämlich dem Finanzmarktdebakel und der Wirtschaftskrise, selbstverständlich im Kontext mit der europäischen Integration.

Gleich vorweg - wir haben es an dieser Stelle schon öfter ausgeführt -: Dieses Finanzmarktdebakel hat uns jetzt abrupt in eine Krise hineingestoßen; sie wäre aber mit großer Wahrscheinlichkeit gekommen. Ich erinnere an die Explosion der Energiepreise, an die Welternährungskrise, an den Klimawandel und an vieles andere mehr.

Wenn wir uns jetzt anschauen, was die bisherige europäische Agenda und was der Vertrag von Lissabon an Antworten zur aktuellen Situation enthalten, müssen wir leider konstatieren: Herzlich wenig bis gar nichts; es ist wirklich so. Der Reformvertrag würde ein bisschen im sozialen Bereich tun, indem da die entsprechenden Kapitel zur Grundrechtecharta aufgenommen werden würden. Aber er sagt nichts zur Frage der sozialen Dimension der Europäischen Union. Umgekehrt würde die mit früheren Verträgen, vor allem mit der Einheitli-

chen Europäischen Akte, angelegte Dominanz von Liberalisierungszwängen und finanzmarktradikaler Doktrin gegenüber öffentlich-wirtschaftlicher Betätigung und gegenüber sozialem Ausgleich verfestigt werden.

Da gilt es einfach noch einmal festzustellen, dass unter dem Dach der EU - ich spreche bewusst vom "Dach der EU", weil es die EU nicht per se macht, sondern es sind eigentlich die Staats- und Regierungschefs, die Exekutiven - möglichst einseitig auf weitgehend marktkonkurrenzielle Steuerung wirtschaftlicher Abläufe auch in nichtwirtschaftlichen Lebensgebieten gesetzt wurde. Also Gesundheitswesen, Sozialbereich - immer mehr musste hier nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten gesteuert werden. Das war das Ergebnis einer erfolgreichen Lobbyarbeit derjenigen, die die Partikularinteressen einiger weniger vertreten haben, das war aber auch das Ergebnis der Tatsache, dass manche in Brüssel erkannt haben: Wir sind zuständig für die Wirtschaft, also schauen wir uns die wirtschaftliche Seite von Lebensgebieten an, die eigentlich nicht unbedingt die Wirtschaft sind, und dann haben wir auch irgendwie etwas mitzureden!

Jetzt befinden wir uns in einer Phase, in der man befürchten muss, dass wir doch eine längere Zeit der Schrumpfung haben werden, einer Schrumpfung im relativ globalen Maßstab. Da ist - sagen wir - der Staat ganz besonders gefordert - als Regulierer, aber auch als Anbieter von Dienstleistungen, damit - in Krisenzeiten gibt es Krisengewinnler - eben die Umverteilung von unten nach oben, von Süd nach Nord, von morgen nach heute nicht noch weiter ansteigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt, wir brauchen da einen starken Staat, wir brauchen eine Gemeinwirtschaft. - Immer, wenn ich über Gemeinwirtschaft rede, ist der Kollege Wörner leider nicht da.

(Dr. Linus Förster (SPD): Doch! Der sitzt sehr gut da, der Ludwig!)

- Ja richtig, Ludwig!

Wir brauchen eine Stärkung oder Wiederbelebung der Gemeinwirtschaft, wobei Gemeinwirtschaft eben gar nicht nur heißt: öffentlich-wirtschaftliche Betätigung des Staates; es sind Teile des Genossenschaftswesens, es ist die frei-gemeinnützige Wirtschaft, und es ist vieles mehr. Das gilt es jetzt zu beleben.

Wenn wir uns anschauen, was Europa bisher gepredigt hat, was es bisher verlangt hat, was im Vertrag von Lissabon steht, sehen wir: Es ist genau das Gegenteil. Also auch da, meine Damen und Herren, müssen wir hinschauen und versuchen gegenzusteuern.

Wenn wir uns das Finanzmarktdebakel anschauen und die Folgerungen - was muss der Politiker eigentlich aus dem Finanzmarktdebakel lernen, was hat die Bundesregierung alles angerichtet, indem sie in den letzten Jahren, gleich in welcher farblichen Konstellation, windige Finanzmarktprodukte gefördert hat? -, müssen wir einfach feststellen: Das, was Brüssel bisher macht, und das, was im Vertrag von Lissabon steht, geht überhaupt nicht mit den Realitäten zusammen.

Wir können durchaus die Frage stellen, ob jedes wirtschaftspolitische Handeln dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet sein muss, so wie es im Vertrag steht. Mit Sicherheit nicht mehr angesagt ist die Verankerung der Liberalisierung des Kapitalverkehrs und der Liberalisierung der mit dem Kapitalverkehr verbundenen Dienstleistungen der Banken und Versicherungen in den Ziele- und Pflichtenagenden der Mitgliedstaaten oder das Verbot jeglicher Beschränkung des Kapitalverkehrs und des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten wie auch zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten. Genauso, meinen wir, ist auch nicht angesagt eine Formulierung im Vertrag von Lissabon, in der es heißt: Die Mitgliedstaaten sind gehalten, über das Ausmaß der Liberalisierung der Dienstleistungen, zu welcher sie aufgrund von EU-Richtlinien verpflichtet sind, hinauszugehen. Das gilt für soziale Dienstleistungen gleichermaßen wie für Finanzmarktdienstleistungen. Hier ist, meine ich - als Botschaft für uns alle -, ein massives Umsteuern angesagt. Es reicht nicht zu sagen, wie es gestern im Europäischen Parlament klang - auch das ist vorher schon gesagt worden -, Private Equity Fonds und Hedgefonds gehen jetzt ab einem bestimmten Volumen, das sie verwalten, in die Aufsicht ein.

Ich möchte zunächst einmal wissen, was das heißt. Ich möchte wissen, wie es um die materielle Regulierung steht, die wir ganz dringend brauchen. Ich werfe beispielsweise die Frage auf, ob es weiterhin Leerverkäufe geben darf. Oder geht es nicht darum, die eingesetzten Hebel, also ganz viel Fremdkapital, mit dem ich eine entsprechende Eigenkapitalrendite erzielen kann, zu begrenzen und zu zügeln, um umgekehrt nicht die ganz üblen Auswirkungen haben zu müssen?

Nun bin ich beim Europäischen Parlament. Da wurde gestern beschlossen, dass die Banken fünf Prozent Eigenkapital hinterlegen müssen - ich drücke es in vereinfachter Form aus - für das Zeug, das sie an verbrieften Krediten raushandeln. Das ist einfach viel zu wenig. Es muss eine höhere Quote hineingeschrieben werden.

Ein letzter Gedanke dazu, der mir gerade so einfällt. Wir müssen klar sagen: Weg mit den Zweckgesellschaften in der jetzt gelebten Form, nämlich nur um Bilanzen zu verschleiern und Zahlen zu verschleiern, um vorgegebene Eigenkapitalhinterlegungen umgehen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem zuletzt eingegrenzten Kapitel für Finanzmarktaufsicht und Finanzmarktregulierung sowie in der Sozial- und in der Wirtschaftspolitik sind wir alle gefordert - der Bayerische Landtag, der Bundestag aber auch die Organe der Europäischen Union -, umzusteuern. Kollege Förster hat einiges zu den sozialen Anforderungen gesagt. Die mag und kann ich bedauerlicherweise nicht mehr wiederholen. Ich konfrontiere Sie, geschätzte Frau Ministerin Müller, Herr Seehofer und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mit einem Zitat eines Parteifreundes, eines Landtagskollegen, der zurzeit aber nicht im Saale ist. Der Kollege Herrmann hat in der "Freisinger Zeitung" gesagt - Kollege Magerl hat mir diese Ausgabe dankenswerterweise gleich gegeben -: Die Vision ist, dass Europa endlich sozial statt marktorientiert denkt. Das ist das, was der Kollege Förster kritisch hinterfragt hat und wozu ich jetzt auch kritische Fragen gestellt habe. Es heißt, endlich einmal sozial zu denken statt immer nur marktorientiert zu denken und zu handeln. Dahin müssen wir kommen.

Wir GRÜNE bekennen uns als überzeugte Europäer zur europäischen Integration. Selbstverständlich erlauben wir uns immer wieder, den einen oder anderen Punkt kritisch zu betrachten, vielleicht auch sehr kritisch zu betrachten. Wir alle, so meine ich, sollten in der Richtung arbeiten, dass Europa noch sozialer wird, dass Europa noch demokratischer wird und dass es noch transparenter wird. Wir hoffen, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege. Für die FDP-Fraktion wurde uns Frau Dr. Bulfon gemeldet. Sie stehen schon hier am Pult. Ich bitte Sie um Ihren Wortbeitrag.

**Dr. Annette Bulfon** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach so viel Polemik von Frau Pauli möchte ich jetzt wieder zu etwas mehr Sachlichkeit zurückkehren.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Wir Europäer machen sieben Prozent der Weltbevölkerung aus, deshalb können wir die gegenwärtige Krise nur gemeinsam bewältigen.

(Beifall bei der FDP)

Europas Wirtschaft gerät zunehmend in Turbulenzen. Der Europäische Haushaltskommissar Almunia sagte am Montag: Wir erleben die schwerste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg. Jetzt ist auch Europa selbst Opfer der Finanzkrise geworden. Aber es gibt auch Zuversicht und Hoffnung. Gerade jetzt in der Krise erweist sich Europa als Glücksfall. Hätten wir Europa nicht, wir hätten es jetzt erfinden müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die Europäische Zentralbank hat in dieser kritischen Situation Augenmaß bewiesen und die Zinsen gesenkt. Europa erweist sich in der Krise als Stabilitätsanker. Aus der Finanzkrise ist keine Währungskrise geworden. Wir müssen gestärkt aus dieser Krise hervorgehen. Das ist das Ziel auch und gerade der FDP. Aber der Test ist noch nicht bestanden. Die Europäische Union muss auch und gerade in dieser Krise geschlossen und entschlossen handeln. Sie muss an ihren Grundsätzen festhalten. Auch darin sind wir uns einig. Es darf keinen Rückfall in überwunden geglaubtes Denken, in Protektionismus, in Abschottungspolitik und in Subventionswettläufe geben.

(Beifall bei der FDP)

Ursprung der Krise ist Politikversagen und nicht Marktversagen.

(Bernhard Pohl (FW): Beides!)

Machen wir uns nichts vor. Staatliche Eingriffe setzten den falschen Rahmen. Wer die Marktwirtschaft für die Finanzkrise verantwortlich macht, verwechselt Ursache und Wirkung.

(Beifall bei der FDP)

Am Beginn der Krise standen staatliche Eingriffe in den US-Immobilienmarkt. Die Menschen passten sich den politisch falschen Rahmenbedingungen an. Der Markt für massenhaft faule Kredite war geboren, die skrupellosen Geschäftemachern erlaubten, Gewinne in die eigene Tasche zu wirtschaften, und damit wurden die Risiken der Allgemeinheit aufgebürdet. Die Risiken wurden sozialisiert und die Gewinne individualisiert. So kann eine soziale Marktwirtschaft nicht funktionieren.

(Beifall bei der FDP)

Im Wege der Refinanzierung landeten die Kreditrisiken bei deutschen Banken, und das Politikversagen setzte sich in einer unzureichenden Bankenaufsicht diesseits des Atlantiks fort. Hierfür trägt die Bundesregierung die politische Verantwortung. Wir Liberale wissen: Kein Markt funktioniert ohne klare Regeln. Deswegen brauchen wir eine große Transparenz auf den Finanzmärkten.

(Christa Naaß (SPD): Und deshalb muss man alles liberalisieren!)

Die Bundesminister Lafontaine, Eichel und Steinbrück haben nicht gehandelt. Jetzt muss neues Vertrauen geschaffen werden. Die gegenwärtige Krise erfordert ein gemeinsames Vorgehen sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene. Die gegenwärtige Krise ist eine Herausforderung für das zwischen essenzieller Solidarität und nationalem Egoismus zerrissene Europa. Das ist gleichzeitig auch eine Chance für uns.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte. Lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm zu?

**Dr. Annette Bulfon** (FDP): Nicht jetzt, aber später.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Eine Frage oder eine Zwischenintervention anschließend?

**Dr. Annette Bulfon** (FDP): Das, was geschäftsordnungsmäßig richtig ist.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Kollegin Kamm, Sie haben es gehört.

**Dr. Annette Bulfon** (FDP): Das gilt auch für Europa, wenn wir diese Krise bewältigen wollen. Deshalb hat sich beim Frühjahrsgipfel auch der Europäische Rat mit dieser Frage auseinandergesetzt. Er will die Realwirtschaft stützen und die funktionierenden Finanzmärkte wieder herstellen. Er trifft auch Maßnahmen für die Arbeitnehmer und auch er sieht diese Krise in einem globalen Zusammenhang.

Unsere Botschaft ist eindeutig: Europa muss einig und entschlossen sein. Dann können wir den Kampf, der jetzt auf uns zukommt, auch gewinnen. Wir haben in den letzten Monaten schon viel erreicht und müssen jetzt eng zusammenarbeiten, um Spareinlagen und erschwingliche Kredite zu sichern.

Der Maßnahmenplan der EU-Kommission versucht, das Vertrauen in die Märkte wieder herzustellen. Die 27 Staaten geben in diesem Jahr ungefähr 3,3 % des Bruttoinlandsproduktes der EU für Programme zur Wachstumsförderung aus. Die Kommission ruft dazu auf, klare Grundsätze für weitere Maßnahmen zu beschließen, darunter die Unterstützung des freien Handels, eine Wirtschaft mit geringem Kohlenstoffdioxidausstoß und mehr Haushaltsdisziplin.

Die wesentliche Strategie Europas ist ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen. Die Krise hat Be-

fürchtungen aufkommen lassen, dass die EU-Länder dem Protektionismus verfallen könnten. Deshalb gab es auch einen ersten informellen Gipfel am 1. März. Es besteht große Sorge, dass die Arbeitslosenquote bis zum Jahr 2010 die 10-%-Marke erreichen könnte. Da muss man natürlich gegensteuern. Es geht für Europa nicht mehr um Worte, sondern um Taten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Deshalb möchte ich ganz konkret werden: Was muss in dieser Krise nun getan werden? Erstens geht es um die Währung. Wir brauchen eine stabile Währung. Den Amerikanern muss gesagt werden, dass sie sich an unserer Währungspolitik orientieren sollen und keine Schulden planen sollen. Wir brauchen diese stabile Währung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zweitens geht es um offene Märkte. Das Schlimmste, was wir in dieser Situation machen könnten, wäre, uns abzuschotten. Wir verkaufen unsere guten Produkte in die ganze Welt. Würden wir aus protektionistischen Gründen unsere Märkte schließen, dann würde das dazu führen, dass auch andere ihre Märkte schließen. Das wäre ganz schlecht für uns, denn es hieße, dass wir unsere Autos, Maschinen, Anlagen, einfach alles, was wir ins Ausland verkaufen, nicht mehr in andere Märkte verkaufen könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das wäre schlecht für uns, schlecht auch für die Arbeitsplätze und ganz schlecht für Europa. Deshalb darf es keinen Subventionswettlauf geben. Wenn die Franzosen jetzt ihre Autoindustrie mit Geld stützen, dann sagen die Italiener: Wir müssen unsere Autoindustrie auch stützen, und Deutschland sagt: Wir müssen Opel finanziell unterstützen. Das halte ich nicht für richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir können die Fehler, die die Autoindustrie in den letzten Jahren gemacht hat, indem sie Fahrzeuge produzierte, die die Bevölkerung nicht kaufen wollte, jetzt nicht mit Steuergeldern ausgleichen. Ich halte es für einen Fehler, wenn wir jetzt mit Geldern der Steuerzahler die Fehler der Industrie ausbessern. Wir müssen darauf achten, dass es zu keinem Wettbewerb der Subventionen innerhalb Europas kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen allenfalls dafür sorgen, dass den Banken keine großen Unglücke passieren. Bei den Banken

sieht die Sache anders aus. Aber bei der Industrie muss man sich zurückhalten.

Wir denken natürlich an die gemeinsame Zukunft Europas und werden diese weiterverfolgen. Die Europäische Union ist eine einmalige Erfolgsgeschichte. Wir müssen daran denken: 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern mit 23 Sprachen und unterschiedlichen Kulturen leben friedlich unter einem großen Dach, können reisen ohne Visum und Reisepass, zahlen größtenteils mit der gleichen Währung und profitieren vom gemeinsamen Binnenmarkt. Diese Einheit in Vielfalt gilt es zu festigen.

Gleichzeitig ist es aber an der Zeit, die im Laufe der Zeit entstandenen Spielregeln des Zusammenlebens in der großen europäischen Familie zu überprüfen. Wir brauchen eine schlanke, aber auch starke EU. Wir brauchen eine schlanke EU, wenn sie in Sachen Bürokratie überbordet, wenn sie Richtlinien erlässt, die niemand brauchen kann. Dafür tritt auch der Bayerische Landtag ein. Gerade wir im Europaausschuss beschäftigen uns jetzt sehr stark mit der Subsidiaritätskontrolle, wo wir Nein sagen zu viel europäischer Bürokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber Europa muss auch stark sein. Es muss stark sein, wenn es darum geht, gemeinsam zu handeln, wenn einzelne Mitgliedsstaaten nicht die Möglichkeit haben, Wirkung nach außen zu entfalten. Es geht dabei zum Beispiel um die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Hier ist es sehr sinnvoll, dass wir im neuen Lissabon-Vertrag eine Vertretung haben, die Europa nach außen repräsentieren wird. Wir werden einen gemeinsamen "Außenminister" haben, auch wenn er nicht so genannt werden darf, der Europa repräsentieren wird, und das ist gut so. Europa wird ein Gesicht bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber es geht auch um den Klimaschutz. Auch hier ist es sinnvoll, gemeinsam zu agieren.

Wo noch? Mir ist es natürlich ein besonderes Anliegen, dass Europa bürgerfreundlicher wird, dass man die Maßnahmen, die Europa trifft, auch besser versteht. So ist ein Glühbirnenverbot nicht unbedingt sinnvoll, um die Bürger in Deutschland für Europa zu begeistern. Hier regiert Europa einfach zu stark in die privaten Haushalte hinein. Es gab noch nicht einmal eine Beteiligung des Europäischen Parlaments. Insofern ist das kontraproduktiv für Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Europa soll spürbare Verbesserungen für die Bürger bringen. Es gibt auch eine Strategie dahinter: die Lissabon-Strategie. Bis zum Jahr 2010 soll die EU zum weltbesten Lebensraum für die Menschen in Europa werden.

Deswegen begrüßen wir es ausdrücklich, dass sich der Tschechische Senat jetzt zum Lissabon-Vertrag bekannt hat. Der Lissabon-Vertrag ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Krise macht Europa populärer. Selbst in Irland wird diese Chance genutzt, um endlich den dringend benötigten Lissabon-Vertrag umzusetzen.

Wir als FDP sind dafür, dass die Europäische Union demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger wird. Wir halten deshalb an den Zielen des Lissabon-Vertrages fest, denn er enthält die wesentlichen Elemente für eine grundlegende Reform der Union: eine erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments, verbesserte Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente, also sowohl des Landtags hier in Bayern als auch des Bundestags, eine besser koordinierte EU-Außenpolitik - darauf bin ich bereits eingegangen - und effizientere Entscheidungsmechanismen. Hier geht es um die doppelte Mehrheit. Endlich wird die EU handlungsfähiger. Das war die ganze Zeit nicht machbar. Jetzt ist der EU-Vertrag, wie wir mitbekommen haben, auf einem sehr guten Weg.

Für Liberale zentral ist die Demokratisierung der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik. Der Vertrag von Lissabon bezweckt, die Rechtsgrundlage der EU zu reformieren und zu ersetzen. Hierdurch soll den seit Beginn der Europäischen Einigung vor fast 60 Jahren eingetretenen Veränderungen insbesondere im Zuge der letzten großen Erweiterungsrunde um insgesamt zwölf neue Staaten auf nun 27 Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden. Damit soll Europa handlungsfähig bleiben und zugleich demokratischer werden. Die Rolle der nationalen Parlamente ist klar definiert. Bürgerbegehren auf europäischer Ebene werden ermöglicht. Das alles würde zur Annäherung der EU an die Bürger führen.

Wichtig ist vor allem der Reformprozess, und das ist ein ganz entscheidender Schritt; denn würde die EU selbst einen Antrag stellen, damit die Türkei in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen wird, würde der Antrag abgelehnt mit der Begründung: keine Demokratie. Ich möchte es wiederholen: Würde die Europäische Union einen Antrag stellen und um Aufnahme der Türkei bitten, so würde dieser Antrag abgelehnt werden, weil die demokratischen Voraussetzungen nicht gegeben sind. So wurden bisher immer mehr Kompetenzen auf die Gremien der EU übertragen, ohne dass die Strukturen demokratischer geworden sind. Gleichwohl

stellt der Vertrag von Lissabon aus unserer Sicht eine Verbesserung der derzeitigen vertraglichen Grundlage der EU dar.

Ich möchte an dieser Stelle auf die Chancen für Europa eingehen. Europa darf europäisch bleiben, wenn es um die Sprachen geht. Wir wollen, dass die Sprachenvielfalt in der Europäischen Gemeinschaft erhalten bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Wir unterstützen auch die Donauinitiative der Staatsregierung. Wir halten diese Initiative für eine Möglichkeit, die Chancen für Bayern bietet. Ich will auch noch einmal gerade auf die Chancen in der Forschung hinweisen, insbesondere was das EU-Forschungsrahmenprogramm angeht. Hier sind immerhin 64 Milliarden Euro zu erhalten, und das ist für die deutsche und bayerische Forschungslandschaft von großem Interesse.

Zu guter Letzt geht es um den Türkei-Beitritt, der auch innerhalb unserer Fraktion heiß diskutiert wird. Seit dem 3. Oktober 2005 verhandelt die Europäische Union mit der Türkei über einen möglichen EU-Beitritt. Um es klar zu sagen: Ich halte diese Verhandlungen für einen Fehler - nicht, weil sich die Türkei in vielen gesellschaftlichen Eigenschaften wie etwa der Religion vom Rest Europas unterscheidet. Dies ist für viele Liberale - anders als für viele Konservative - kein entscheidendes Argument. Ich glaube aber, dass derzeit weder die Türkei für einen Beitritt zur Europäischen Union noch umgekehrt die Union für einen Beitritt der Türkei reif ist.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Letzteres gehört ebenfalls zu den Kopenhagener Kriterien, was vielfach vergessen wird. Es geht dabei nicht darum, der Türkei die Türe vor der Nase zuzuschlagen, sondern darum, jenseits des Beitritts eine vernünftige Perspektive für die EU und die Türkei zu finden, die realisierbar und akzeptabel ist.

(Dr. Linus Förster (SPD): Und auf welcher Basis, Frau Kollegin?)

Zudem halte ich es für aufrichtig, der Türkei schon heute die Wahrheit zu sagen,

(Zuruf von der SPD: Über was?)

statt die Probleme aufzuschieben und das Land möglicherweise erst in einigen Jahren durch eine negative Entscheidung vor den Kopf zu stoßen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das weiß man jetzt schon!)

- Insofern ist es dann ganz gut; das muss man sagen.

Aktuell gilt: Wir müssen Europa gemeinsam meistern. Alle Verantwortlichen stehen hier in der Pflicht. Deutschland war immer stark, wenn alle zusammengehalten haben, angefangen vom Wiederaufbau nach dem Krieg bis hin zum Aufbau des vereinten Deutschlands. Diese Stärke müssen wir auch in Europa beweisen. Deshalb gilt in der aktuellen Krise: Gemeinsam handeln, gemeinsam sind wir stark.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Frau Dr. Bulfon, Sie dürfen dann darauf nochmals zwei Minuten erwidern.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Dr. Bulfon, es war aufgrund der sich widersprechenden Argumente manchmal schwierig zuzuhören. Sie sagen, man solle der Türkei die Türe nicht zuschlagen, solle ihr aber gleich sagen, dass sie nicht beitreten könne. Das passt nicht zusammen. Ebenso war es bei Ihren Ausführungen zu den Finanzmärkten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben dabei beklagt, dass es für die Finanzmärkte zu wenige Rahmenbedingungen gebe. Das ist wohl wahr, von der FDP hört man aber meistens das Gegenteil. Können Sie mir daher bitte eine einzige Initiative der FDP, beispielsweise im Bundestag oder im Europäischen Parlament, nennen, um hier die Finanzmärkte besser zu regulieren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dr. Annette Bulfon** (FDP): Wir brauchen zum Beispiel eine europäische Bankenaufsicht. Das wäre eine wichtige Forderung.

Zum Beitritt der Türkei möchte ich sagen, da habe ich mich klar geäußert: Damit, dass wir der Türkei die Türe nicht vor der Nase zuschlagen sollen, wollte ich sagen, dass wir keine Hoffnungen wecken wollen. Wir wollen vielmehr klar sagen: Wir fühlen uns derzeit als Europäische Union auch überfordert und sollten jetzt erst einmal unsere Krise bewältigen, um dann den Blick nach vorne zu richten. Insofern halte ich jetzt eine Diskussion über einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union für eine Geisterdiskussion. Das kommt derzeit nicht in Frage, aber meines Erachtens eben nicht aus kulturellen Gründen, sondern deshalb, weil es für die Europäische Union derzeit zu viel wird.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als nächsten Redner hat uns hier im Präsidium die CSU den Herrn König genannt. Bitte.

Alexander König (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Fast alle haben es schon gesagt: Europa steht für Frieden, Freiheit, Demokratie, wirtschaftliche Prosperität, Wohlstand und auch für Solidarität. Damit ist Europa das Erfolgsmodell einer Wertegemeinschaft, die auf der gemeinsamen christlichen Kultur basiert. Wir profitieren alle davon, und die Menschen wissen das auch. Die Menschen wissen um die Vorteile des riesigen Binnenmarktes, des Euros, der Zoll- und Reisefreiheit usw. Trotzdem identifizieren sich nur wenige Menschen bewusst und ausschließlich positiv mit dem Begriff "Europa".

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer ist jetzt da schuld?)

Warum? Nicht nur, weil es Populisten wie Frau Pauli gibt,

(Lachen bei der SPD)

die ihr Werk damit vollenden, dass sie alles schlecht machen und dann anschließend hinausgehen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da ist die CSU total unschuldig?)

was ein gewisses Licht auf das Verständnis von parlamentarischer Demokratie wirft. Ich will das schon ansprechen, weil es nicht das erste Mal ist, dass dies passiert.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD)

Die Menschen identifizieren sich auch deshalb mit dem Begriff "Europa" nicht nur positiv, weil Europa aus der Sicht der Menschen auch für Zentralisierung steht.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜ-NE))

Die Menschen merken, dass immer mehr Vorschriften zentral aus Europa kommen und ihr Leben bestimmen.

Europa steht auch für Bürokratisierung. Die Menschen merken, dass Europa immer mehr und tiefer in ihr Leben eingreift.

Und: Die Menschen fragen sich, wo dieses Europa, diese Entwicklung endet, und welche Risiken für sie selbst mit einer möglichen zusätzlichen Erweiterung unserer heutigen Europäischen Gemeinschaft verbunden sind.

Die CSU nimmt diese Bedenken sehr ernst. Wir setzen uns dafür ein, dass weniger Entscheidungen in europäischen Institutionen zentralistisch getroffen werden. Kollege Dr. Runge hat auch das Beispiel der kommunalen Daseinsvorsorge angesprochen, das wir bekanntermaßen genauso sehen. Wir haben uns mit Erfolg für das Subsidiaritätsprinzip auf europäischer Ebene eingesetzt. Dass dieses Prinzip zum Tragen gekommen ist, geht nicht unwesentlich auf uns zurück. Wir sind zudem im Bereich Entbürokratisierung tätig. Ich erinnere auch an die Tätigkeit unseres langjährigen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber, der hier einen großen und vielfach noch unterschätzten Beitrag leistet

(Beifall bei der CSU)

Natürlich müssen wir die Ängste der Menschen bezüglich der weiteren Ausgestaltung unseres Europas sehr ernst nehmen. Deshalb treten wir, die CSU, zunächst einmal für eine Konsolidierung und Vertiefung der Beziehungen in der bestehenden Europäischen Union ein. Wir warnen dringend davor, das Erweiterungstempo der letzten Jahre fortzusetzen.

Wir treten für klare Grenzen ein. Frau Professor Männle hat bereits angesprochen, warum wir keine Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union sehen, weil dafür nämlich nicht die notwendigen kulturellen und historischen Wurzeln vorhanden sind. Ich habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Freien Wähler hier offensichtlich anderer Meinung sind. Die Ausführungen von Frau Kollegin Pauli zeigen, dass die Freien Wähler offensichtlich der Meinung sind, die Türkei sollte Mitglied der Europäischen Union werden. Es wäre schon interessant, wenn Sie uns das näher erläutern könnten, weil die Menschen draußen das sehr gerne wissen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Für die weitere gute Entwicklung von Europa ist entscheidend, dass die Menschen Europa und das Handeln seiner Institutionen positiv sehen. Wir müssen die Akzeptanz für Europa erhöhen, aber das wird man nicht dadurch erreichen, dass man eine Rede hält, wie das Frau Pauli hier getan hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wenn wir alles nur schlechtmachen, werden wir die Akzeptanz von Europa bei den Menschen nicht erhöhen. Ich gebe Frau Pauli schon recht, dass es unser aller Aufgabe ist, den Finger in die jeweilige Wunde zu legen. Kolleginnen und Kollegen, ob gerade Frau Pauli die geeignete Person ist, sich im Europäischen Parlament mit Pensionsfonds auseinanderzusetzen, wage ich angesichts der politischen Veränderung von Frau Pauli zu

bezweifeln. Ich erinnere an die Diskussionen im Fürther Kreistag um die vorzeitige und völlig verfrühte Pension für eine Landrätin, die keine Lust mehr hatte, das Amt auszuüben. Das wage ich also wirklich zu bezweifeln. Ich bitte, hier redlicher an die Dinge heranzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zurufe von den Freien Wählern)

Wenn wir die Akzeptanz für Europa erhöhen wollen, müssen wir uns alle miteinander für mehr Demokratie auf europäischer Ebene einsetzen. Hier spreche ich ausdrücklich das Thema Volksabstimmungen an. Natürlich gibt es Argumente dagegen und Argumente dafür. Ein Argument, das immer angeführt wird, lautet: Das funktioniert doch alles, das repräsentative System hat sich bewährt. Als Argument dagegen wird auch angeführt, dass der europäische Einigungsprozess und die Erweiterung der Europäischen Union vielleicht anders vonstatten gegangen wären, wenn die Menschen jeweils abgestimmt hätten. Vielleicht wäre auch die Einführung des Euro nicht so positiv verlaufen, wenn die Menschen darüber hätten abstimmen können. Das sind Argumente, die gegen Volksabstimmungen vorgebracht werden und die man auch gewichten muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sollen wir denn mehr Demokratie auf europäischer Ebene erreichen, wenn wir den Menschen in Europa nicht die Möglichkeit geben, sich mehr und unmittelbarer an der Regelung der ganz entscheidenden Fragen zu beteiligen, die sie interessieren? Deshalb plädiere ich nach Abwägung dieser Argumente für eine kluge und wohlüberlegte Einführung von Volksabstimmungen über wesentliche Fragen der Europäischen Union. Damit würden wir mehr Demokratie und mehr Akzeptanz europäischer Institutionen und ihres Handelns bei den Menschen erreichen. Zunächst aber müssen wir die Europäische Union, die wir jetzt haben, stabilisieren und im Bewusstsein der Menschen stärker verankern. Das muss Priorität haben. Dann müssen wir auch sehen: Die Menschen sind für mehr Demokratie in Europa reif. Nirgendwo auf der Welt haben die Menschen einen vergleichbar hohen Bildungsstandard wie in der Europäischen Union. Die technischen Voraussetzungen sind heute anders als früher. Der Informationsfluss geht mit den neuen Technologien schnell. Wir haben mit Volksabstimmungen und einer unmittelbaren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gute Erfahrungen gemacht; denken Sie nur an die Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene in Bayern, denken Sie nur an die Volksentscheide auf Landesebene in Bayern. Das alles spricht dafür, Volksabstimmungen auf europäischer Ebene einzuführen.

Lieber Kollege Dr. Runge, das gilt nach unserer Überzeugung aber nicht für jede Richtlinie und für jede Ent-

scheidung. Damit würde man das System völlig überfordern. Deshalb habe ich vorhin von einer klugen und wohlüberlegten Einführung gesprochen. Ich plädiere dafür, Volksabstimmungen über wesentliche Fragen einzuführen. Als wesentliche Frage betrachten wir auf der einen Seite vor allem die Übertragung von Zuständigkeiten von der nationalen Ebene auf die europäische Ebene und auf der anderen Seite Angelegenheiten, die eine Erweiterung der Europäischen Union betreffen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Günther Felbinger (FW))

- Zwischenfragen kann ich aus zeitlichen Gründen im Moment leider nicht zulassen.

Deshalb setzen wir uns dafür ein. Ich bitte alle, in sich zu gehen und darüber nachzudenken, ob wir diesen Weg der Weiterentwicklung miteinander gehen müssen. Vor ein paar Jahren hätte ich in Abwägung aller Aspektete vielleicht noch anders argumentiert, aber aus heutiger Sicht und angesichts der Weise, wie sich Europa entwickelt, ist es an der Zeit, ein Mehr an Demokratie zu wagen. Die Menschen wollen ein Europa, das ihnen nützt; Frau Staatsministerin hat es angesprochen. Die CSU will das auch. Wir wollen Europa weiterentwickeln, wir wollen die Menschen beteiligen, und wir wollen bei solch wichtigen Fragen auch Volksentscheide.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Herr Kollege König, bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Kollege Dr. Runge hat sich zu einer Zwischenintervention gemeldet, bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege König, auch eine Vernebelung der Tatsachen hilft nicht als Ausrede für Ihr von der Argumentation immer wieder abweichendes Abstimmungsverhalten. Wir haben in unseren Anträgen - damit meine ich gar nicht den Antrag, den wir erst unlängst behandelt haben, sondern die ganze Reihe von Vorgängeranträgen - Volksabstimmungen immer sehr genau definiert. Wir haben gesagt, dass man über europäische Volksabstimmungen selbstverständlich diskutieren kann, aber nur in den Bereichen, die bereits vergemeinschaftet sind. Viel spannender ist es aber, wenn ein Staat Zuständigkeiten der Europäischen Union überantwortet. Wenn also ein Land Zuständigkeiten an Europa abgibt, muss darüber jeweils der nationale Souverän entscheiden, je nachdem, wie er das politisch und gesetzlich geregelt hat. Wir meinen, wenn Deutschland Zuständigkeiten an die Europäische Union abgibt, dann ist das ein so wichtiger Vorgang, dass darüber auf nationaler Ebene per Volksentscheid entschieden werden soll. Sie haben sich vor einer Aussage dazu gedrückt, obwohl man vorher gelesen hat,

dass Herr Seehofer für Volksentscheide im Falle wesentlicher Vertragsänderungen ist. Ein solcher Volksentscheid muss doch national stattfinden, oder man muss zumindest eine nationale Wertung durchführen, weil das sonst nur gaga wäre. Wenn Sie einerseits Volksabstimmungen wollen, wenn wichtige vertragliche Änderungen anstehen, wenn beispielsweise Deutschland Kompetenzen an Brüssel abgibt - oder - das habe ich auch in den Anträgen drin - eine Erweiterung ansteht, dürfen Sie auf der anderen Seite nicht sagen, dass Sie eine Volksabstimmung nicht bei anderen wichtigen Fragen haben wollen. Das ist Beliebigkeit und Rosinenpickerei. Es geht aber nicht um Volksabstimmungen über jede Richtlinie und jede Verordnung, sondern nur um Volksabstimmungen über essentielle Fragen. Ich bitte Sie, sich einmal den hinteren Teil unseres Grundgesetzes anzusehen; vielleicht werden Sie dann ein klein wenig klüger.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Alexander König (CSU): Lieber Kollege Dr. Runge, Sie sollten sich eigentlich darüber freuen, dass wir in dieser Frage gar nicht so weit voneinander entfernt sind, sondern dass wir uns in gewisser Weise auf einem gemeinsamen Weg befinden. Wir unterscheiden uns von Ihnen darin, dass wir die Menschen an der Bushaltestelle mitnehmen wollen, an der sie gerade stehen, während Sie oft etwas voraus sind. Das passt nicht. Wir können Europa nur dann weiterhin positiv gestalten, wenn wir auch die Menschen dabei mitnehmen, und zwar jeweils an der Bushaltestelle, an der sie gerade stehen. Deshalb gehen wir in unseren Forderungen nach Volksabstimmungen nicht so weit, wie Sie das eben dargelegt haben.

**Präsidentin Barbara Stamm**: Eine weitere Zwischenintervention: Herr Kollege Pohl, bitte.

Bernhard Pohl (FW): Herr Kollege König, Ihnen sollte bekannt sein, dass zahlreichen kommunalen Wahlbeamten, die vorzeitig ausgeschieden sind, Pensionen gewährt wurden. Sie sind zwar kein kommunaler Wahlbeamter - vielleicht wären Sie es gerne geworden -, aber das sollte Ihnen doch klar sein.

Es ist ja schön, dass Sie sich beim Thema Volksabstimmungen ganz langsam unseren Positionen annähern. Ich bin mir aber nicht sicher, ob die von Ihnen hierzu vertretene Position auch in der eigenen Partei mehrheitsfähig ist.

Alexander König (CSU): Herr Kollege Pohl, ich bin Ihnen außerordentlich dafür dankbar, dass Sie das Thema Pension noch einmal angesprochen haben. Es ist ein Unterschied, ob ein kommunaler Wahlbeamter deshalb in Pension geht, weil er nicht mehr aufgestellt wurde oder nicht mehr kandidiert, oder - wie es bei Frau

Pauli der Fall war -, weil er keine Lust mehr dazu hat. Sie will im Alter von rund 50 Jahren eine Pension haben. Das ist der entscheidende Unterschied. Deshalb habe ich vorhin gesagt, dass es angebracht wäre, dieses Thema mit mehr Redlichkeit zu behandeln. Die zweite Frage habe ich soeben Herrn Kollegen Dr. Runge beantwortet. Sie werden das Ergebnis sehen, wenn der Kleine Parteitag der CSU am Wochenende zusammentritt.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Güller das Wort erteilen.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass dieses Parlament mit der Mehrheit der Redebeiträge, die gerade gekommen sind, eine Chance vergeben hat, die Sie, Frau Staatsministerin Müller, eröffnet haben. Sie haben gesagt, dass durch eine Neuausrichtung der Europäischen Union Stärke und Geschlossenheit gezeigt werden sollten. Sie haben in Ihrer Rede - teilweise auch selbstkritisch - Punkte aufgezeigt, bei denen eine Neuausrichtung der Politik dieses Landtags und der Staatsregierung in Richtung Europa notwendig wäre. Wir brauchen eine Neuausrichtung für mehr soziale Gerechtigkeit und in Richtung auf die Bürger. Sie haben von mehr Bürgernähe gesprochen. Wir wollen ein Europa der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in dieser Regierungserklärung geglaubt, einen gewissen Konsens zu erkennen. Ein Großteil der folgenden Redebeiträge beschäftigte sich dann jedoch mit Nebenkriegsschauplätzen. So wurde zum Beispiel die Chimäre des Beitritts der Türkei an die Wand gemalt. Ich glaube, wir sollten in diesem Hause redlich miteinander umgehen und feststellen, dass in der aktuellen Situation auf absehbare Zeit für niemanden der Beitritt der Türkei infrage kommt. Es wurde jedoch ein Prozess in Gang gesetzt, von dem wir nicht wissen, wohin er in etwa einem Jahrzehnt führen wird. Das gehört ebenfalls zur Redlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Andere Rednerinnen und Redner haben das Thema "Glühbirne" angesprochen. Das ist absurd in einer Debatte, in der wir den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen wollen, um was es bei der Europawahl in 31 Tagen geht und über was sie entscheiden sollen. Über die Glühbirne sollten wir heute wirklich nicht sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten heute über die verschiedenen Auffassungen reden, die es in den Parteien und den parteiähnlichen Gruppierungen gibt, die bei der Europawahl antreten. Wir sollten klarstellen, warum die Bürgerinnen und Bürger im Juni zur Wahl gehen sollten, was sich für die Menschen ändern kann und in welcher Richtung. Ich sage eindeutig und klar: Für uns Sozialdemokraten geht es darum, dass neben die Wirtschafts- und Währungsunion endlich und gleichberechtigt eine europäische Sozialunion tritt.

#### (Beifall bei der SPD)

Wir nehmen die Menschen ernst und stellen fest, dass für uns die Themen "Lohndumping" und "Mindestlohn" nicht nur in Deutschland eine Rolle spielen. Zu diesen Themen muss es auch in Europa einen Mindeststandard geben. Das muss das Europäische Parlament in der nächsten Legislaturperiode regeln. Es geht auch darum, dass gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gleiche Arbeit am gleichen Ort gelten. Das Entsendegesetz und die entsprechenden Richtlinien sind daher zu überarbeiten. Den Menschen muss die Angst genommen werden, dass die Europäische Union die Sozialstandards zum Beispiel in Deutschland untergräbt, oder dass zum Beispiel durch den Zusammenschluss von Unternehmen im europäischen Raum die Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmungsrechte beschnitten werden. Die Aufgabe der Politik in den kommenden Wochen wird es sein, den Menschen dies klarzumachen.

#### (Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokraten sagen klar, dass es mit uns im Europäischen Parlament keine weiteren Privatisierungen bei der kommunalen Daseinsvorsorge geben wird. Es kann nicht sein, dass öffentliche Dienstleistungen nicht erbracht werden können, weil das Europa so will. In der EVP, zu der auch die CSU gehört, gibt es Leute, die auch noch die Wasserversorgung in Europa privatisieren wollen. Solche Umtriebe werden im Europäischen Parlament nach der nächsten Wahl hoffentlich keine Mehrheit haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darum geht es.

#### (Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Frau Kollegin Pauli, natürlich geht es auch darum, wie das Parlament in den nächsten Jahren arbeiten wird. Natürlich geht es auch darum, dass sich selbstbewusste Volksvertreter nicht Tausenden von Lobbyisten gegenübersehen. Das ist aber wirklich nicht das Hauptthema, das wir in den nächsten Wochen nach oben fahren sollten. Dieses Problem wird das Europäische Parlament hoffentlich durch Offenlegungsrichtlinien und entsprechende Aktivitäten in den Griff bekommen. Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen

Parlament tritt schon lange dafür ein. Das ist jedoch nicht das Hauptwahlkampfthema. Das Wahlkampfthema muss es sein, den Menschen zu zeigen, wie die Europäische Union sozialer werden kann und was sie den Menschen bringt. Frau Staatsministerin Müller, hierzu haben Sie einen Aufschlag gemacht. Ich bin enttäuscht, dass Ihre Fraktionsmitglieder diesen Aufschlag nicht angenommen haben. Das ist die Aufgabe für die Sozialdemokraten in Europa.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Jetzt darf ich für die Fraktion der Freien Wähler Herrn Professor Dr. Piazolo das Wort erteilen.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, noch ein paar wenige Gedanken in diese lange Debatte einzustreuen. Frau Staatsministerin Müller, mich hat es natürlich gefreut, dass Sie beantragt haben, heute über das Thema "Europa" zu sprechen. Wir stehen vier Wochen vor der Europawahl. Das ist ein guter Zeitpunkt, über dieses Thema zu sprechen, Probleme aufzuzeigen und das Positive in der Europäischen Union herauszustreichen. Das sollten wir häufiger tun, nicht nur vor Wahlen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Ich habe der Regierungserklärung aufmerksam gelauscht. Die angesprochene Neuausrichtung ist mir ein wenig zu kurz gekommen. Ich werde es in sechs Minuten nicht schaffen, dieses Thema intensiv zu durchleuchten. Ich möchte aber das eine oder andere ansprechen und zunächst zur Erweiterung Stellung nehmen, weil Herr Kollege König angeregt hat, dazu etwas zu sagen.

Die CSU schreibt und sagt ganz deutlich, dass derzeit keine weiteren Beitritte auf der Tagesordnung stünden. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, meinen Sie, dass Kroatien doch aufgenommen werden sollte. In den Reden taucht jedoch nie das Land Mazedonien auf. Dazu habe ich in letzter Zeit von der CSU nichts gehört. Ein Aufnahmegesuch liegt aber vor, und Beitrittsverhandlungen werden geführt. Ich wüsste gerne von Ihnen, wie Sie zu Mazedonien stehen.

Nun zum Zusammenhang zwischen Erweiterung und Volksabstimmung. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich bin seit vielen Jahren ein Anhänger von Volksabstimmungen. Wir müssen die Bevölkerung mehr beteiligen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich habe aber große Probleme damit, dass die CSU die Einführung von Volksabstimmungen im Zusammenhang mit dem Beitritt der Türkei fordert. Wir müssen uns genau überlegen - das wurde bereits angesprochen -, ob wir über andere Völker abstimmen lassen sollten. Bei der Frage, wo man hingeht, sollte man sich immer überlegen, wo man herkommt. Denken Sie einmal darüber nach, was geschehen wäre, wenn im Jahre 1952 Europa darüber abgestimmt hätte, ob Deutschland in die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl eintreten darf. Ich hätte mir eine solche Abstimmung nicht gewünscht.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Prof. Dr. Barfuß (FDP))

Ich möchte als Deutscher und als Bayer dazu animieren, bei der ganzen Europa-Debatte etwas mehr Bescheidenheit walten zu lassen. Diese Europäische Union hat uns unglaublich viele Vorteile gebracht. Sie wurden bereits erwähnt. Ich sage ganz deutlich, dass wir Freien Wähler hinter der Idee der Europäischen Union stehen und sie vehement vertreten werden, auch im Europawahlkampf.

Ich sage aber auch, es ist immer kritisch, Türen von Anfang an zuzuschlagen. Bei der Türkeidebatte gehen wir auch nicht den ehrlichen Weg. Ich sage ganz deutlich, dass auch ich nicht für den Beitritt der Türkei plädiere, sowohl im Moment als auch aus verschiedenen Gründen in den nächsten Jahren. Anderseits können wir aber auch nicht die Augen davor verschließen, dass es ein Beitrittsgesuch der Türkei gibt, welches nicht abgelehnt worden ist. Wir befinden uns in Beitrittsverhandlungen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Deshalb stelle ich mir schon die Frage, warum der Türkeibeitritt für Sie keine Frage ist. Darüber wird im Moment debattiert. Darüber debattieren auch CSU-Abgeordnete im Europäischen Parlament. Es ist gut so, dass sie darüber debattieren. Insofern haben wir eine Debatte. Wir haben, wie Sie, Frau Ministerin, zu Recht gesagt haben, schon neun Kapitel eröffnet. Davon ist zwar nur eines abgeschlossen, aber in diesen neun Kapiteln wird um den Beitritt gekämpft. Insofern sollten wir diese Debatte offen und ehrlich führen. Wir sehen zum aktuellen Zeitpunkt keine Chance für einen baldigen Beitritt der Türkei. Wir wollen ihn aber auch nicht ein für allemal ausschließen, denn wir wissen nicht, wie die Welt in 20 oder 30 Jahren aussehen wird. Vor wenigen Jahren wussten wir noch nicht einmal, dass der Eiserne Vorhang fallen wird. Wir alle müssen uns selbstkritisch eingestehen, dass sich die Welt schnell verändern kann, sodass man politisch schnell agieren muss.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Eine letzte Bemerkung zur Neuausrichtung. Sie haben auf Seite 21 Ihres Konzepts, ziemlich am Ende, die großen Themen angesprochen. Trotzdem finde ich es ein bisschen abenteuerlich. Sie sprechen von der Außen- und Sicherheitspolitik und von Energie- und Klimaschutz. Das alles kann ich unterstreichen. Das alles ist richtig. Bei den Kompetenzen fehlt mir aber die Wirtschafts- und Währungsunion. Sie taucht überhaupt nicht auf. Bei den wichtigen Aufgaben, auf die sich Europa in nächster Zeit konzentrieren soll, tauchen viele Kompetenzen nicht auf. Wollen Sie diese Kompetenzen ähnlich wie die Landwirtschaftspolitik wieder auf die nationale Ebene zurückführen? Dazu hätte ich ganz gerne eine Antwort.

Lassen Sie mich meine letzten 15 Sekunden Redezeit dafür verwenden, zu überlegen, wohin die Europäische Union führen soll. Vor fünf Jahren hatten wir eine sehr spannende Debatte mit vielen Leuten und großen Namen: Habermas, Derrida, Muschg und viele andere könnte man nennen, die ihre Meinung in Zeitungen öffentlich gemacht haben. Das war der richtige Ansatz. Dahin müssen wir wieder zurück. Diese Debatte darf nicht nur im Parlament geführt werden. Sie muss in der europäischen Öffentlichkeit geführt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ganz Europa muss in diese Neuausrichtung, von der Sie sprechen, eingebunden werden. Wir müssen uns gemeinsam über Parteigrenzen hinweg - in diese Richtung gibt es bereits Versuche - Gedanken machen, wie wir die Bürger für Europa noch mehr gewinnen können. Wir Freien Wähler stehen für Europa. Wir werden diese Debatte führen. Wir werden die Öffentlichkeit mit einbinden. Wir werden die neuen Ideen, die es in der Wissenschaft gibt, mit einbeziehen. So können wir weiter diesen erfolgreichen Weg gehen.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dr. Kirschner das Wort erteilen.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Europa ist in der Krise. Darin sind wir uns wohl alle einig. Wir stehen vor enormen Herausforderungen. Wir haben eine Finanzkrise und eine Wirtschaftskrise in allen Bereichen, wie sie uns seit dem Krieg nicht mehr widerfahren ist. Die Menschen im Land haben Sorge und Angst um ihre Arbeitsplätze und ihren Wohlstand. Diese Entwicklung hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Wohlstand ist Arbeit und Arbeit ist Wohlstand. Die Krise, die wir derzeit haben, wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus, auf das Sozialwesen, auf die Ökologie und auf die Ökonomie.

Erste und zentrale Aufgabe der Europäischen Union muss es sein, Deutschland, Bayern und alle Länder, die der Europäischen Union angehören, zu stabilisieren. Die Banken müssen stabilisiert werden. Das tun wir bereits, ob es uns gefällt oder nicht. Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft muss stabilisiert werden. Ich sage für die FDP ganz laut und deutlich: Die derzeit laufende Kurzarbeit in Deutschland ist zu begrüßen. Die Erweiterung ist ebenfalls zu begrüßen.

Wir müssen in Europa die Bürokratie abbauen. Sie belastet die Menschen und die Unternehmen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Auch in Bayern!)

Wir brauchen keinen Protektionismus, und wir brauchen auch keinen Subventionswettlauf - schon gar nicht mit den uns benachbarten Staaten Slowakei, Tschechien und anderen.

Ich sage auch ganz ausdrücklich: Die Europäische Union ist in ihrer jetzigen Zusammensetzung ein Segen für alle Menschen, die hier leben, insbesondere auch für uns in Bayern. Ich darf es mit ein paar Zahlen hinterlegen. Seit 2004 ist der Export um 65 % gestiegen. Allein in Lettland und in Estland ist der Export um 100 % gestiegen. Zwischen 1998 und 2008 - innerhalb von zehn Jahren - ist das Exportvolumen aus Bayern von 75 Milliarden auf 155 Milliarden gestiegen. Das bedeutet Arbeitsplätze. In gleichem Maße ist das Importvolumen von 62 Milliarden auf 130 Milliarden gestiegen. Das bedeutet Arbeitsplätze und Wohlstand in unseren Nachbarländern. Allein in den zehn Beitrittsländern ist das Exportvolumen um 168 % auf 18 Milliarden und das Importvolumen um 170 % auf 21 Milliarden gestiegen. Das bedeutet Wohlstand für Bayern und Wohlstand für alle angrenzenden Nachbarländer innerhalb der EU.

Das Schengener Abkommen, das von so vielen kritisiert wird, ist zu begrüßen. Wir haben freie Wege, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch für die Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Was bedeutet die Krise für die Menschen in Europa, für die Menschen in Deutschland, für die Menschen in Bayern und was ist dagegen zu tun? Mein sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich sage es ausdrücklich: Wir müssen uns erst konsolidieren, bevor wir den nächsten Schritt der Erweiterung tun.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Es ist wie zu Hause, wenn man ein kleines Unternehmen hat. Die Makroökonomie ist mit der Mikroökonomie vergleichbar. Der Staatsbetrieb ist mit einem kleinen Unternehmen oder mit der Familie vergleichbar. Wenn

ich in der Mikroökonomie, also in der Familie oder einem kleinen Unternehmen, eine Krise habe, kann ich mir nicht noch weitere Probleme aufladen. Weitere Probleme würden die EU, die in der EU lebenden Menschen, wie auch die Menschen in Deutschland und in Bayern genauso belasten. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP)

Die Staaten der EU sind derzeit so hoch verschuldet, dass in den nächsten drei Generationen nicht daran zu denken ist, diese Schulden überhaupt zu reduzieren. Estland, Lettland und Polen stehen vor dem Staatsbankrott. Die Länder - ich sage es auf gut bayrisch - wären pleite, wenn es die EU nicht geben würde. Es kann nicht sein, dass wir in einer solchen Verfassung noch weitere Länder aufnehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Die FDP steht für ein freies Europa. Wir sind für weitere Verhandlungen mit der Türkei, wir sind derzeit aber nicht für eine Aufnahme. Dieser Auffassung schließe ich mich an.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Radwan das Wort erteilen.

Alexander Radwan (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, herzlichen Dank dafür, dass wir heute, in der Europawoche und einen Monat vor der Europawahl, eine Europadebatte führen können. Ich danke den Rednern, die sich konstruktiv und kritisch mit Europa auseinandergesetzt haben. Dass man als Landrätin in Mittelfranken einem Ingo Friedrich nicht begegnet, ist schon ein Kunststück. Man weiß, wie quirlig Ingo Friedrich ist. Dass man die EuGH-Besetzung mit dem Parlament in Verbindung bringt, ist erstaunlich, weil der EuGH auf Vorschlag der Mitgliedstaaten im Konsens mit den Regierungen berufen wird. Dass man von Leidenschaft für Europa spricht, obwohl man darüber nachdenkt, nach der möglicherweise - wohl auch eher nicht - geglückten Europawahl gleich für den Bundestag zu kandidieren, ist auch spannend.

(Hubert Aiwanger (FW): Das macht ihr doch auch!)

Wunderbar ist, dass eine Frage heute geklärt wurde, nämlich welcher Fraktion die Partei der Freien Wähler angehören wird. Die anderen Fraktionen im Bayerischen Landtag gehören einer Fraktion des Europäischen Parlaments an. Eine Fraktion im EU-Parlament ist noch frei. Die Spitzenkandidatin der Freien Wähler hat sich dafür bestens empfohlen. Das ist die Partei der Europakritiker, die überwiegend von Polen und Briten besetzt ist und die die Europäische Union abschaffen will. Allen anderen ging es heute darum, über die Zukunft der Europäischen Union zu reden.

Dabei geht es einerseits darum, die geografischen Grenzen und andererseits die inhaltlichen Grenzen zu diskutieren. Die CSU will den Türkei-Beitritt kritisch hinterfragen. Heute haben viele von Redlichkeit geredet. Meine Damen und Herren, die europäische Integration hat bisher gezeigt: Je länger Beitrittsverhandlungen geführt werden, desto unwahrscheinlicher ist ein Nicht-Beitritt. Darum sollten all diejenigen, die heute sagen, wir wollen Verhandlungen führen und in 10 oder 15 Jahren schauen, ob es zum Beitritt kommt, die Realität zur Kenntnis nehmen, dass jede weitere Verabschiedung eines Kapitels den Beitritt der Türkei wahrscheinlicher macht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linus Förster (SPD))

Ein zweiter Punkt ist die Integrationstiefe. Gerade Sie, Herr Dr. Förster, haben die kritische Frage zur Entscheidung des EuGH zur Entsenderichtlinie gestellt. Sie möchten aber mehr Kompetenzen an Europa geben.

Sie möchten ein soziales Europa. Ihr Nachredner von der SPD hat die Entscheidung über Mindestlöhne auf europäischer Ebene gefordert. Wir können diese Diskussion gerne führen, wo der Mindestlohn auf europäischer Ebene liegen soll, der im Europäischen Parlament und im Europäischen Rat beschlossen wird, dem Polen, Ungarn und - wie Sie möchten - die Türkei zustimmt. Ist das ein Niveau, das wir in Deutschland positiv begleiten können? Sie werden einen Teil der Politik europäisieren, obwohl Sie wissen, dass wir die Standards, die wir heute in Deutschland haben, auf europäischer Ebene nicht mehr halten können.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Güller?

**Alexander Radwan** (CSU): Machen wir das am Schluss.

Darum gilt es heute, nicht isoliert über Integration und separat über Erweiterung zu reden, sondern das muss Hand in Hand gehen. Heute ist ein Tag - das ist bis jetzt nicht erwähnt worden -, an dem die Europäische Union mit sechs weiteren Staaten im Osten über eine Partnerschaft und Zusammenarbeit verhandelt. Das sind unter anderem die Ukraine und Weißrussland. Sind das für Sie potenzielle Mitgliedstaaten? - Ich habe die Angst - das sage ich aus eigener Erfahrung -, dass wir die Europäische Union überdehnen könnten. Das dürfen

wir nicht. Wenn wir möchten, dass die Europäische Union mehr inhaltliche Kompetenzen erhält, muss sie handlungsfähig sein und bleiben. Das gilt für das Parlament, den Rat und die Kommission. Wir brauchen deshalb den Lissaboner Vertrag, weil dort die Nachbarschaftspolitik vorgesehen ist, die wir für Staaten wie die Ukraine oder der Türkei brauchen. Bitte, überdehnen wir die Europäische Union nicht. Sie würde die Integration Stück für Stück zurückwerfen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von den Freien Wählern)

Europa ist die Antwort auf die globalen Herausforderungen. Das wurde für die Bereiche Umwelt, Klima und Energie angesprochen. Natürlich wurden auch die Finanzmärkte angesprochen. Wichtig ist, dass die Europäische Union die Vorstellungen aus Bayern und Deutschland von sozialer Marktwirtschaft, davon, wie man mit Kapitalmärkten umgeht, was die Ziele sind - die kurzfristige Rendite auf der einen Seite oder die stabile langfristige Ausrichtung - im weltweiten Wettkampf mit anderen Kulturen, insbesondere der US-amerikanischen, übernimmt. Wir können es nur schaffen, unsere gemeinsamen Vorstellungen, was Rating-Agenturen, Aufsicht oder Hedgefonds betrifft, über die Europäische Union einzubringen. Das wird schwierig genug. Ich hoffe, dass wir eine gemeinsame Position auf europäischer Ebene finden.

In Aufsichts- und Währungsangelegenheiten war die Europäische Zentralbank die Institution, die als erste richtig und schnell reagiert hat. Deshalb kann ich das, was Frau Staatsministerin Müller gesagt hat, nur unterstützen, nämlich dass wir ein europäisches Aufsichtsregime bei der Europäischen Zentralbank unter den Zentralbanken ansiedeln, damit wir eine bessere Integration und Kooperation bekommen; denn ein Problem war, dass heutzutage die Aufseher zwar einigermaßen gut wissen, was im eigenen Land vorgeht, dass es ihnen bei grenzüberschreitenden Unternehmen und Produkten aber nicht möglich ist zu wissen, was in anderen Länder passiert und welche Folgewirkungen das hat.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, die bayerischen Interessen in Brüssel zu vertreten. Europa ist zu unterschiedlich. Bestimmte Sachverhalte, die für uns selbstverständlich sind, gibt es in anderen Nationen nicht. Darum ist es wichtig, den Menschen zu vermitteln, dass aus der eigenen Region und dem eigenen Land Vertreter im Europäischen Parlament sind. Gute Europapolitik ist nicht nur, regelmäßig zu erzählen, was falsch läuft und negativ ist, sondern Europapolitik im positiven Sinne ist, Politik in unserem Sinne und nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Was uns wichtig ist, müssen wir in den europäischen Prozess einbringen, an-

statt immer nur zu erzählen, was die Kommission nicht machen soll.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Zu einer Zwischenintervention, Herr Kollege Güller.

Harald Güller (SPD): Kollege Radwan, Sie haben soeben kritisiert, dass Sozialdemokraten auf europäischer Ebene gegen Lohndumping Mindestlöhne fordern. Deshalb frage ich, ob Ihnen die Systematik der europäischen Gesetzgebung bekannt ist. Auf europäischer Ebene werden Mindeststandards festgesetzt. Das sind Standards, die in keinem der einzelnen Mitgliedstaaten unterschritten werden dürfen. Es widerspricht sich nicht, dass man dann - was die Sozialdemokraten auch fordern, was aber bisher an Ihnen in der Koalition im Bund scheiterte - die Mindestlöhne in Deutschland erhöht. Wir wollen einen Mindeststandard auf europäischer Ebene, und wir wollen bessere Standards in Deutschland. So funktioniert Europa. Ich hoffe, dass das inzwischen auch bei Ihnen angekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Alexander Radwan (CSU): Ich bedanke mich nun wirklich herzlich, dass Sie mich über die Systematik der europäischen Gesetzgebung informieren; denn im Gegensatz zu Ihnen habe ich sie neuneinhalb Jahre erfolgreich gestaltet.

Sie wissen, dass es das Prinzip der Mindestharmonisierung und insbesondere im sozialen Bereich Vorstöße der Maximalharmonisierung gibt.

(Harald Güller (SPD): Vorstöße!)

- Es gibt auch entsprechende Gesetzesvorgaben.

Wenn Sie auf europäischer Ebene Mindestlöhne mit Zustimmung zum Beispiel von Polen, Ungarn und - wie Sie möchten - der Türkei fixiert haben

(Harald Güller (SPD): Lassen Sie doch mal die Türkei!)

- wir müssen schon so reden, wie Sie sich äußern -, werden Sie eine muntere Diskussion in Deutschland bekommen, wieso man hier weitaus höhere Standards hat als anderswo.

Was Herr Steinbrück regelmäßig macht, ist spannend. Er ist auf europäischer Ebene zu einem einstimmigen Beschluss unterwegs. Er hätte die Regelung bezüglich des niedrigeren Mehrwertsteuersatzes verhindern können. Herr Steinbrück stimmt zu, dass andere Staaten der Europäischen Union die Mehrwertsteuer heruntersetzen können. Er lässt also rechtstechnisch zu, dass

andere Staaten einen Konkurrenzvorteil haben. Er erklärt aber gleichzeitig, dass wir diesen Vorteil für unseren Mittelstand in Deutschland nicht haben wollen. Es wird also bewusst die Schlechterstellung der deutschen Wirtschaft in Kauf genommen. Das war Ihre Entscheidung. Sie wollen das wohl weiter so machen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Damit ist die Rednerliste geschlossen und die Aussprache beendet. Für eine zusammenfassende Stellungnahme hat sich Frau Staatsministerin Müller zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die offene und zum Teil sehr konstruktive Diskussion. Ich möchte zusammenfassen, dass wir uns über die Fraktionsgrenzen hinweg einig sind, dass wir zum Integrationsprozess der Europäischen Union stehen, zum Friedensprozess, zum Europa der Regionen und zu einem Europa der Vielfalt. Uns ist allen bewusst, dass die Europäische Union unsere Zukunft ist. Ich habe mich übrigens gefreut, Herr Förster, dass Sie in Augsburg dabei waren und gemeinsam mit mir auf dem Rathausplatz die Europawoche eröffnet haben. Soweit zur Teilnahme der Kollegen. In den Regionen sind wir immer bereit, die Kollegen einzubinden. Wenn Sie mir sagen können. welchen SPD-Kandidaten oder welchen Kandidaten einer anderen Fraktion Sie in Schwaben haben, außer Herrn Ferber, dann bitte ich um Information.

(Christa Naaß (SPD): Das ist doch lachhaft!)

Ich möchte kurz auf die Energiefrage eingehen, über die Sie vorhin auch gesprochen haben, insbesondere auf die Kernenergie. Wir sind für einen breiten Energiemix. Das bedeutet, dass wir alle Energien fördern wollen. Wir wissen aber genau, dass wir in Bayern beim Strom zu 60 % von der Kernenergie abhängig sind. Ich bin davon überzeugt, auch wenn wir alle Anstrengungen unternehmen, werden wir bis zum Jahr 2019 diese 60 % Stromanteil aus der Kernenergie nicht durch alternative Energien kompensieren können. Ich plädiere deshalb dafür, die Kernenergie weiter zu nutzen. Wenn Sie sich das Ausstiegsszenario näher anschauen, und wenn wir ohne ideologische Scheuklappen miteinander diskutieren, dann stellen wir fest: Wir schalten das erste Kernkraftwerk im Jahr 2011 ab und das letzte in Bayern im Jahr 2019. In dieser kurzen Zeitspanne müssen wir es schaffen, wenn wir nicht Strom aus den mittel- und osteuropäischen Ländern importieren wollen, diese Lücke zu überbrücken. Wir haben keine grenzüberschreitenden Leitungen, wir könnten das überhaupt nicht tun. Ich bitte deshalb darum, dass wir mit Vernunft über die Energieversorgung in Europa diskutieren.

Ich möchte sehr gerne darauf eingehen, was Frau Pauli gesagt hat. Frau Pauli, Sie haben in diesem Hohen Haus heute Ihre blanke europäische Inkompetenz bewiesen.

# (Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich finde es schon ziemlich dreist, den Europaabgeordneten ihre Kompetenz abzusprechen, und ihnen auch abzusprechen, dass sie in den Kommunen verankert sind. Die meisten Europaabgeordneten sind in den Kreistagen, viele sind auch in dem Gemeinderäten tätig. Ich habe das selbst so praktiziert. Mein ehemaliger Bürgermeister ist heute Ihr Kollege und kann das auch bestätigen. Die Europaabgeordneten haben 44 Sitzungswochen, sie leisten eine gute Arbeit. Ich gehe davon aus, dass das in der Bevölkerung auch anerkannt ist.

### (Beifall bei der CSU)

Was ich bei Ihren Ausführungen aber vermisst habe, das war die Tatsache, dass Sie überhaupt nichts Inhaltliches ausgesagt haben, aber auch rein gar nichts. Ich möchte Sie deshalb fragen: Warum kandidieren Sie eigentlich für das Europäische Parlament? - Ich hoffe, Sie machen das nicht ehrenamtlich, das würde nämlich sonst schnell zum Ruin führen.

Ich möchte auch klar zum Ausdruck bringen, Frau Pauli, dass ich es bedauere, wenn Sie gestern im Europäischen Parlament den falschen Informationen eines einzigen Kollegen auf den Leim gegangen sind, ohne sie zu überprüfen. Ich finde es schon etwas dreist, diese Informationen hier auch noch zu verbreiten.

# (Beifall bei der CSU)

Ich möchte Ihnen noch etwas mit auf den Weg geben, und ich hoffe, dass das die Bürgerinnen und Bürger heute auch mitbekommen haben. Es ist für uns wichtig, dass die Wählerinnen und Wähler wissen, welche Auffassung die Spitzenkandidatin der Freien Wähler im Hinblick auf die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union hat. Sie wollen den Beitritt der Türkei aus politischen Gründen und nicht nach den allgemeingültigen Kriterien.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

Ich möchte Ihnen einen kurzen Nachhilfeunterricht zum Beitritt der Mitgliedstaaten geben. Diese Staaten müssen zunächst einmal die Kopenhagener Kriterien erfüllen: Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus muss die wirtschaftliche Prosperität eines Landes gewährleistet sein. Das Zweite ist der sogenannte Acquis communautaire mit über

20.000 Rechtsvorschriften auf über 80.000 Seiten, der in 35 Kapiteln zusammengefasst ist. Für die Türkei sind mittlerweile neun Kapitel der 35 Kapitel eröffnet, ein einziges ist geschlossen. Die Türkei hat über 40 Jahre die Strategie verfolgt, in die Europäische Union einzutreten. Ich muss schon einmal fragen, was ist hier passiert? - Gar nichts. Aus diesem Grund möchte ich noch einmal zum Ausdruck bringen, dass die CSU immer eine klare Linie verfolgt hat, nämlich kein Beitritt der Türkei in die Europäische Union. Wir sind für eine privilegierte Partnerschaft in Annäherung an die östliche Nachbarschaft, so wie wir das derzeit praktizieren. Das halte ich für den richtigen Weg.

### (Beifall bei der CSU)

Ich finde es großartig, dass die Kollegen konstruktive Beiträge in der Debatte geliefert haben. Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Runge, der die kommunale Selbstverwaltung und die Daseinsvorsorge angesprochen hat. Ich danke auch Herrn Kollegen Förster. Ich glaube, wir waren uns in der Vergangenheit einig, das wollen wir alle gemeinsam. Das war auch die Initiative der Staatsregierung, die hierauf hingewiesen hat. Deshalb ist der Passus der Staatsregierung in den Verträgen auch enthalten. Auch das ist ein richtiger Weg in die Zukunft Europas.

Wir wollen Europa positiv gestalten, dazu brauchen wir die Unterstützung aller. Ich bedanke mich bei Ihnen allen für diese offene Diskussion.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf an die Geschäftsordnung erinnern. Wir haben die Aussprache geschlossen. Frau Staatsministerin Müller hatte das Wort zu einer Zusammenfassung. Nach der Geschäftsordnung ist dann weder eine Zwischenfrage noch eine Intervention möglich. Ich bitte um Nachsicht, das ist nun einmal so. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen.

Ich rufe <u>Tagesordnungspunkt 2</u> auf:

#### **Erste Lesungen**

zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Anpassung von Landesgesetzen an das Bayerische Beamtengesetz (Drs. 16/1153)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

# zur Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (Drs. 16/1229)

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden beiden Gesetzentwürfe mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich der Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Danke. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann werden die Gesetzentwürfe diesen Ausschüssen zur Federführung zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Verfassungsstreitigkeit Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. März 2009 (Vf. 32-IVa-09), betreffend die Verfassungsstreitigkeit über die Frage, ob der Beschluss des Bayerischen Landtags vom 13. November 2008 über die Mitgliederzahl der Ausschüsse, Plenarprotokoll 16/5, S.135, die Antragsteller in ihren Rechten aus Art. 2 Abs. 2 Art. 4, 5, 13 Abs. 2 Satz 1, Art. 14 und 16 a BV verletzt PII/G-1310/09-4

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurden fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf als erstem Herrn Kollegen Güller das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute nicht um eine Neuauflage der Geschäftsordnungsdebatte vom Anfang der Legislaturperiode, in der wir nicht nur verfassungsrechtliche Aspekte, sondern auch allgemein das Thema Fairness zu beachten hatten und auch, wie man miteinander umgeht. Es geht heute darum, ob die Entscheidung, die von der Mehrheit in diesem Hause getroffen wurde, noch verfassungskonform ist und sich innerhalb der Regeln der Bayerischen Verfassung hält.

Wir, die Klägerinnen und Kläger, die drei Fraktionen von SPD, Freien Wählern und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sind hier der eindeutigen Auffassung, dass die Entscheidung, die Ausschüsse in einer neuen Größenordnung zu formieren, nämlich mit geraden statt ungeraden Zahlen an Mitgliedern und in der gewählten Größenordnung, nämlich 12, 16 und 22 Personen, das Mehrheitsprinzip und das Prinzip der Spiegelbildlichkeit in der Bayerischen Verfassung nicht mehr einhält. Es heißt: Mehrheit entscheidet. "Mehrheit entscheidet" heißt aber auch, dass die Minderheit nicht entscheidet. Die Minderheit in diesem Haus darf dann in den Aus-

schüssen keine Blockademehrheit haben. Das heißt, aus einem Wahlergebnis von 43,4 % der Stimmen wird eine Mandatszahl von 49,2 % der Stimmen. Das ist sicherlich demokratisch in Ordnung und wird von den Klägern nicht beanstandet. Dass aber aus diesen 49,2 % in den Ausschüssen jetzt plötzlich eine Blockademehrheit wird, also eine Zahl von Abgeordneten, gegen die im Ausschuss nichts entschieden werden kann, verstößt nach unserer Auffassung gegen die Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wird wieder argumentiert: Alles, was die Ausschüsse machen, kann das Plenum irgendwie korrigieren. Dieses Argument verkennt die Funktion unserer Ausschüsse im Bayerischen Landtag eklatant. Die Ausschüsse sind nicht ein kleines Anhängsel des Plenums, die praktisch nur etwas vorbereiten, sondern die Ausschüsse sind selbstständige Organe und selber in Teilen auch entscheidungsbefugt, insbesondere bei Themen, die eilbedürftig sind. Vorhin haben wir über das Thema Subsidiaritätskontrolle und -verstöße geredet. Wenn es dort terminliche Engpässe gibt, kann der jeweilige Ausschuss - hauptsächlich ist das der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten - endgültig entscheiden. Wir haben die Grundstücksangelegenheiten und die Beteiligungsangelegenheiten im Haushaltsausschuss, und wir haben die Bundesratsangelegenheiten wiederum in Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Man kann also nicht sagen, dass die Entscheidungen der Ausschüsse nicht auch existenziell für die Arbeit dieses Parlaments seien.

Deshalb bitten wir, dass der Bayerische Landtag entgegen dem Votum des Verfassungsausschusses diese Klage für begründet hält und dass er zum Vertreter des Bayerischen Landtags den Kollegen Franz Schindler bestellt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt darf ich dem Kollegen Kreuzer das Wort erteilen. - Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir unterhalten uns nicht zum ersten Mal über das Thema. Es war vielmehr schon eine streitige Auseinandersetzung, als wir dies so beschlossen haben. Wir haben uns kürzlich im Verfassungsausschuss zu der Thematik ausgetauscht und sind hier einfach rechtlich unterschiedlicher Auffassung.

Vollkommen klar ist, dass Spiegelbildlichkeit und die anderen Verfassungsgrundsätze gewahrt werden müssen. Dies schreibt die Verfassung vor, und dies ist auch nach dem Demokratieprinzip zwingend erforderlich.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Eben!)

Die Frage ist hier nur: Ist dieser Gestaltungsspielraum durch diese Ausschusszusammensetzung überschritten worden? - Ich kann nur sagen, dass sich die CSU-Fraktion zusammen mit der FDP-Fraktion - sonst wäre es so nicht gegangen - Gedanken darüber gemacht hat, wie die Ausschussgröße zu gestalten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Wir haben uns von dem Gedanken an die Arbeitsfähigkeit des Parlaments leiten lassen. Wir müssen sehen, dass wir fünf Fraktionen haben. Wir haben eigentlich mit Ausnahme eines einzigen Ausschusses, nämlich des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, zwei Ausschussstaffeln, sodass ein normaler Abgeordneter bei dem Parlamentsbetrieb hier nur zwei Ausschüssen angehören kann. Ansonsten gibt es Überschneidungen, wenn man jetzt vom Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes absieht. Somit muss die Ausschussgröße so festgelegt werden, dass die Fraktionen dies insgesamt schaffen können. Auf der anderen Seite muss trotzdem der Aufgabenumfang eines Ausschusses berücksichtigt werden. Hier sind wir eben dann zu der Auffassung gekommen: Der Haushaltsausschuss muss der größte sein; das war er auch schon in der letzten Periode. Wir haben zwei Ausschüsse, nämlich den Innenausschuss und vor allem auch den Umweltausschuss, die aufgrund der Aufgabenverteilung größer sein sollten als die anderen. Der Umweltausschuss hat ja zusätzliche Aufgaben bekommen. So ist diese Ausschussgröße und die gerade Zahl der Ausschusssitze entstanden.

Meines Erachtens, meine Damen und Herren, gibt es keine Blockademehrheit. Entweder hat man eine Mehrheit oder man hat keine.

(Beifall bei den Freien Wählern - Bernhard Pohl (FW): Genau!)

Eine "Blockademehrheit" ist eine Wortschöpfung, meine Damen und Herren, die insgesamt so natürlich falsch ist und nicht passt. Wenn wir von der Spiegelbildlichkeit her denken, haben wir bei dieser Zahl eine möglichst enge Annäherung zwischen Opposition und Regierungsparteien; die von Ihnen gewählte Verteilung ergibt stärkere Abweichungen in diesem Bereich. Sie sagen also: Wenn ich von der Zusammensetzung des Plenums stärker abweiche, ist dies mehr verfassungsgemäß als eine geringere Abweichung. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass der CSU-Fraktion hier nur zwei

Sitze zur Mehrheit fehlen. Dies sind zwei zu wenig, aber dies sind eben nicht viel zu wenig. Wir haben aber auch in diesen Ausschüssen keine Mehrheit.

Wir sind also der Auffassung, dass wir den Gestaltungsspielraum so genutzt haben, wie es verfassungsgemäß möglich ist und wie die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gewährleistet ist. Wir wissen auch - das sage ich ganz klar -, dass in 99,9 % aller Fälle mit ganz wenigen Ausnahmen eine Entscheidung sowieso im Plenum herbeizuführen ist, sodass es überhaupt nichts nutzt, wenn eine große Fraktion im Ausschuss eine andere Entscheidung herbeiführen würde. Jede Entscheidung muss im Plenum bestätigt werden, und hierfür braucht man immer eine zweite Fraktion; normalerweise oder praktisch in allen Fällen braucht man den Koalitionspartner. Somit wird die Angelegenheit mit dem Ausdruck "Blockademehrheit" völlig überbewertetet. Sie spielt in der praktischen Folge der Politikgestaltung keinerlei Rolle, wie Sie selbst wissen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Spiegelbild-lichkeit! Spiegelbildlichkeit!)

Wir halten deswegen diese Verteilung für rechtlich nicht zu beanstanden. Der Landtag hat hier einen Gestaltungsspielraum, eine Organisationshoheit. Dass man dies anders auch machen kann und dass dies rechtlich zulässig wäre, will ich nicht bestreiten. Dies ist nicht die Frage bei dem Gerichtsverfahren. Die Frage ist vielmehr, ob dies hier rechtswidrig ist. Wir sind der Auffassung, dass es dies nicht ist. Ich bitte deshalb, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, den Beschluss des Verfassungsausschusses zu bestätigen, dass nämlich der Antrag unbegründet ist und dass zum Vertreter des Landtags der Abgeordnete Kreuzer bestellt wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Vielen Dank, Herr Kollege. Um das Wort hat Kollege Professor Dr. Piazolo gebeten. - Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kreuzer, Sie haben das Problem im Grunde genommen in einem einzigen Satz auf den Punkt gebracht: Entweder man hat eine Mehrheit oder man hat keine. Die CSU hat keine Mehrheit.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD - Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Richtig! Jawohl! - Thomas Kreuzer (CSU): Auch im Ausschuss!)

Im Ausschuss haben Sie zumindest die Möglichkeit der Blockade. Nun, auch das haben wir erläutert, gibt es natürlich - das wollen wir hier gar nicht mit Schaum vor dem Mund diskutieren - verschiedene Rechtsprinzipien: Die Spiegelbildlichkeit ist erwähnt worden, das Mehrheitsprinzip und natürlich das Selbstorganisationsrecht des Parlaments. Diese drei rechtlichen Prinzipien stehen hier im Feuer. Die Frage ist: Wo ist das Prä? Das ist sicherlich einfach zu erklären. Wenn die CSU in einem 16er-Ausschuss 9 Abgeordnete hätte, würde das sicherlich nicht dem Mehrheitsprinzip entsprechen, auch nicht dem Erfordernis der Spiegelbildlichkeit. Das Selbstorganisationsrecht wäre ebenfalls nicht gewahrt. Wenn wir als Freie Wähler 9 Sitze hätten, wäre es genauso fehlerhaft.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das wäre vielleicht ein bisschen mehr Abweichung!)

- Das wäre noch mehr Abweichung; da stimme ich Ihnen natürlich zu. Aber es wäre auch nicht ungerechter.

Jetzt ist also die Frage, und darum streiten wir, ob das gewählte Verfahren, die gewählten Sitze diesem Verfahren entsprechen oder widersprechen. Da besteht, das hatten Sie auch erwähnt, ein Rechtsproblem. Aber in der Folge Ihrer Rede sind Sie dann nur auf tatsächliche Fragen eingegangen. Ich verstehe nicht ganz, warum gerade die CSU mit diesen tatsächlichen Problemstellungen Schwierigkeiten hätte. Denn wenn es so käme, wie die Opposition es möchte, wäre es ja nur eine Person mehr im Ausschuss, und die käme nicht von Ihnen. Insofern ist dieses tatsächliche Problem sicherlich keines der CSU.

(Harald Güller (SPD): Darüber machen schon wir uns einen Kopf!)

- Darüber können wir uns den Kopf zerbrechen. Wir haben da mit Sicherheit keine Probleme, weil wir alle in der Opposition fleißige Abgeordnete haben, die locker auch noch ein bisschen mehr arbeiten können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir sind der Auffassung, dass eine Gruppierung, die im Plenum nicht mehr die absolute Mehrheit hat, auch nicht die Hälfte der Sitze in einem Ausschuss besetzen kann. Das entspricht nicht der Spiegelbildlichkeit. Dass man darüber streiten kann, ist uns auch klar. Deshalb sind wir zu Gericht gegangen. Wir haben gemeinsam Klage beim Verfassungsgerichtshof eingereicht. Wir stehen dem positiv gegenüber. Wir sehen natürlich auch, dass man - das ist vor Gericht immer so - auch unterliegen kann. Aber deshalb fordern wir den Landtag auf, dass er unseren Antrag für begründet hält. Ich würde da unsere Fraktion vertreten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tausendfreund. Bitte schön.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Bayerischen Verfassung heißt es in Artikel 2 Absatz 2 ganz einfach: "Mehrheit entscheidet". Es steht dort nicht, dass eine Sperrminorität vorgesehen ist. Sie müssen diese nicht einmal Blockademehrheit nennen, sondern man kann sich auf den Begriff der Sperrminorität einigen. Das Ergebnis bleibt das gleiche: Ohne die CSU geht in den Ausschüssen nichts.

Dies widerspricht dem Mehrheitsprinzip. Die Größe der Ausschüsse ist gegenüber der letzten Legislaturperiode ohne Not geändert worden. Weil man gern klare Mehrheitsverhältnisse möchte, ist es auch eher ungewöhnlich, dass man eine gerade Zahl von Ausschussmitgliedern hat. Die Pattsituation, die entstehen kann, ist willkürlich und ohne Not gewählt worden. Dass es sich hier nicht nur um eine theoretische Debatte handelt, hat die Abstimmung im Rechts- und Verfassungsausschuss zum Antrag zur Aufnahme der Guantánamo-Flüchtlinge gezeigt. Einziger Grund für die Wahl der Ausschussgröße ist die Absicherung der Mehrheit der CSU gegenüber einem eventuell aufmüpfigen Koalitionspartner. Dieser Koalitionspartner hält dafür auch noch den Steigbügel. Im Ergebnis haben wir eine Verzerrung der Mehrheitsverhältnisse im Landtag, die sich in den Ausschüssen nicht widerspiegeln.

Was die Entscheidungskompetenz der Ausschüsse anbelangt, kann ich mich der Auffassung von Herrn Kollegen Güller anschließen. Er hat einige Beispiele genannt. Im Haushaltsausschuss geht es um die Grundstücks- und Beteiligungsangelegenheiten. Die Petitionen kann man zwar ins Plenum hochziehen, aber in der Regel sind die Ausschüsse abschließend tätig. Daneben gibt es die Eilsachen. Besonders erwähnen möchte ich die Arbeit der Untersuchungsausschüsse. Die einzelnen Schritte, die im Untersuchungsausschuss stattfinden, kann man nicht einfach auf das Plenum übertragen, weil die Untersuchungsausschüsse nach den Regeln der Strafprozessordnung funktionieren. Weiter haben wir den Zwischenausschuss zu beurteilen, der zwischen den Legislaturperioden, wenn kein Parlament existiert, monatelang sämtliche Entscheidungen trifft, die sonst der Landtag zu treffen hat. Die Ausschüsse haben also eigene Informations-, Kontroll-, Untersuchungs- und Entscheidungskompetenzen.

Die Sacharbeit findet in den Ausschüssen statt. Im Plenum sind die Redezeiten begrenzt. Wenn man Dinge ausführlich diskutieren will, dann findet die Debatte im Ausschuss statt. In der Realität sind die Entscheidungen schon festgezurrt, bevor die jeweiligen Punkte ins Plenum kommen.

Wir haben das Gebot der Proportionalität und das Prinzip der Spiegelbildlichkeit zu beachten. Wir sind als Landtag auch gehalten, das Optimierungsgebot zu beachten. Das bedeutet, wenn es eine optimale Lösung für die Größe der Ausschüsse gibt, muss diese Lösung auch gewählt werden. Unseres Erachtens sind die Grenzen des Willkürverbots hier überschritten. Die Klage ist nach unserer Auffassung begründet. Ich schließe mich dem Antrag des Kollegen Güller an, den Kollegen Schindler als Beauftragten ins Rennen zu schicken. Wir werden diesem Vorschlag zustimmen. Ich bin guten Mutes, dass wir mit unserer Klage durchdringen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Dr. Fischer.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Dr. Fischer!)

- Entschuldigen Sie, Herr Dr. Fischer.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Bei der Frisur könnte es schon sein! Der sieht aus wie Frau Sem!)

- Das war ein Fehler von mir. Ich war gerade etwas abwesend.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meinen Ausführungen einige grundsätzliche Bemerkungen vorausschicken. Herr Kollege Güller, Sie haben es gesagt: Es geht hier nicht um eine politische Bewertung der Ausschussgrößen, sondern um die Frage der Verfassungsmäßigkeit, und auf die Diskussion dieser Frage sollten wir uns beschränken. Weiter möchte ich meinen Ausführungen vorausschicken, dass die FDP-Fraktion von der gewählten Ausschussgröße nicht profitiert, aber durch sie auch nicht benachteiligt wird. Das heißt, wir sehen das Thema sachlich und werden auch entsprechend entscheiden.

Nun zur verfassungsrechtlichen Beurteilung selbst einige Worte. Der Grundsatz ist - das stellt auch die Klageschrift der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der Freien Wähler ausdrücklich fest - die Autonomie des Landtags. Die Bayerische Verfassung trifft gerade keine Regelung, wie die Ausschüsse besetzt werden müssen. Der Grundsatz in der Bayerischen Verfassung wird aber durch zwei wesentliche Gesichtspunkte eingeschränkt: zum einen durch das Spiegelbildlichkeitsprinzip, zum anderen durch das Mehrheitsprinzip.

**Präsidentin Barbara Stamm**: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Pohl?

**Dr. Andreas Fischer** (FDP): Eine Zwischenintervention am Ende meiner Rede gestatte ich gern, aber keine Frage jetzt.

Das Spiegelbildlichkeitsprinzip besagt, dass die Zusammensetzung der Ausschüsse möglichst nah an der Zusammensetzung des Plenums sein muss. Das bedeutet, dass die Abweichung - das weist die Klageschrift sehr schön nach - umso kleiner ist, je größer die Ausschüsse sind. Daraus lässt sich also keinerlei Rückschluss ziehen, weder in die eine noch in die andere Richtung.

Es bleibt also das Mehrheitsprinzip. Hier ist schon sehr schön gesagt worden, die Mehrheit muss die Mehrheit bleiben. Mathematisch ist es so, dass 50 % keine Mehrheit sind. Die Mehrheit sind über 50 %.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Rechnen: Eins!)

50 % sind auch im Ausschuss keine Mehrheit. Die CSU-Fraktion hat auch im Ausschuss keine Mehrheit. Sie hat nicht die Kraft zur positiven Gestaltung. Das ist das Entscheidende.

(Harald Güller (SPD): Gegen sie kann aber nichts entschieden werden!)

Deswegen bleibt es hier bei der Autonomie. Der entscheidende Gesichtspunkt ist aber ein anderer. Der entscheidende Gesichtspunkt ist, dass nahezu jede Frage auch gegen den Willen der Regierungsfraktionen hier im Plenum hochgezogen werden kann. Meine Damen und Herren, die heutige Debatte ist das beste Beispiel dafür. Sie haben das Thema der Ausschussbesetzung ins Plenum hochgezogen und können bei fast jedem anderen Thema genauso verfahren.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen ist die Autonomie hier das Entscheidende, was wir betonen werden. Wir als FDP-Fraktion - wenn Sie sich darüber Gedanken machen sollten - sind im Übrigen selbstbewusst genug, unseren politischen Einfluss hier im Plenum geltend zu machen. Wir werden unsere politischen Vorstellungen durchsetzen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Herr Kollege Dr. Fischer, würden Sie bitte am Rednerpult verbleiben. Zwischenbemerkung: Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FW): Herr Dr. Fischer, über Verfassungsrecht kann man streiten, aber die Bemerkung, die FDP werde durch die bestehende Ausschussbesetzung nicht benachteiligt, heißt in der Konsequenz, dass Sie gedenken, immer gemeinsam mit der CSU zu stimmen. Denn so haben Sie nicht die Möglichkeit, mit allen anderen Fraktionen des Bayerischen Landtags ein Patt herbeizuführen. Ich denke hier zum Beispiel an die Sache mit den Uiguren, wo eine einzige Stimme durchaus Bedeutung gehabt hat.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): So ist es!)

**Dr. Andreas Fischer** (FDP): Herr Kollege Pohl, ich freue mich, dass Sie sich so viele Sorgen um die FDP-Fraktion machen. Ich kann Sie aber beruhigen: Wir haben natürlich die Möglichkeit. Wir haben die Möglichkeit politisch - das ist die wichtige Seite -, und wir haben die Möglichkeit auch rein mathematisch und rechtlich, weil wir genauso wie jede andere Fraktion eine Frage, die uns wichtig ist, ins Plenum hochziehen können, wenn wir uns zunächst nicht durchsetzen können.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das hat doch damit nichts zu tun!)

Das kann jede Fraktion tun. Insofern sehe ich da überhaupt kein Problem, da können Sie ganz beruhigt sein.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das ist Kelheimer Landrecht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Fischer. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf der Drucksache 16/1195 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Ohne FDP ging das jetzt nicht! - Gegenruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Bei Gegenstimmen der Fraktion der Freien Wähler, der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Franz Schindler, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

# Keine Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes (Drs. 16/527)

Ich eröffne die Aussprache - wiederum fünf Minuten pro Fraktion. Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort erteilen. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! "Staatsregierung unter Druck - Rücktritt wegen Landesbank"; "Das Versagen der Minister als Bankenaufseher"; "Schlamperei noch schlimmer als vorgesehen, als angenommen" - meine Damen und Herren, sind es Schlagzeilen wie diese, die die Bayerische Staatsregierung hat verhindern wollen? - Es war nämlich die Staatsregierung von Horst Seehofer, die eine umfassende Informationszugangssperre für sämtliche Informationen aus dem Bereich der Finanz-, Wertpapier- und Versicherungsaufsicht in einer Bundesratsinitiative durchsetzen wollte.

Ministerpräsident Horst Seehofer, also jener Ministerpräsident, der hier im Hohen Hause einen anderen Regierungsstil von mehr Offenheit und Transparenz angekündigt hatte, wollte mit dieser Änderung die Recherchemöglichkeiten von Journalisten und die Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger erheblich einschränken - und das nur drei Jahre nach Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes, ausgerechnet auf einem Gebiet, das gerade im Freistaat Bayern heute mehr denn je der Aufklärung und der Beleuchtung bedarf: auf dem Gebiet der Finanzaufsicht.

Wir alle haben die Krokodilstränen des Ministerpräsidenten noch in lebhafter Erinnerung, die er hier im Hohen Hause vergossen hat, als er sich für die Milliarden entschuldigte, die verschleudert wurden in der BayernLB-Krise, verantwortet auch durch das Versagen von CSU-Protagonisten in dem Kontrollgremium, verbunden mit dem Versprechen, hier für eine größtmögliche Aufklärung zu sorgen.

Was, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist von einer solchen Entschuldigung zu halten und von einem solchen Versprechen, wenn genau dieser Ministerpräsident wenige Wochen später eine große Verschleierung initiiert?

(Beifall bei der SPD)

Die Beratungen des Gesetzentwurfes zur Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Zahlungsdiensterichtlinie mussten dafür herhalten, den Deckel auf die Finanzaufsicht der vergangenen Jahre draufzumachen. Dünn wie Hechtsuppe waren die hierfür angeführten Beweggründe: Die Informationspflichten gegenüber Privatpersonen würden die Tätigkeiten der Aufsichtsbehörden beeinträchtigen.

Dabei sind im Informationsfreiheitsgesetz schon zahlreiche Ausnahmen vorgesehen, die die Wahrung von Geschäftsgeheimnissen der Finanzunternehmen sicherstellen. Es drängt sich geradezu der Eindruck auf, dass die Initiative der Staatsregierung zum Ziel hatte, die Gründe für die in Not geratene Landesbank zu verschleiern.

(Beifall bei der SPD)

Was ist das für ein ungeheuerlicher Vorgang, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Ministerpräsident Seehofer und sein Finanzminister gerade in der Hochphase der Wirtschaftskrise und angesichts milliardenschwerer staatlicher Rettungsprogramme die Transparenz in der Finanzaufsicht abbauen wollen?!

Exakt das Gegenteil ist doch das Gebot der Stunde, nämlich durch Aufklärung und Durchlässigkeit von Informationen Akzeptanz und Vertrauen auch in staatliches Handeln zurückzugewinnen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in der Finanzkrise brauchen wir ein umfassendes Informationsbild und einen möglichst freien Zugang zu den relevanten Daten und Fakten, um die richtigen Lehren aus den Vorgängen zu ziehen.

Da beruft der Ministerpräsident eine Kommission ein, die die soziale Marktwirtschaft neu definieren soll, und zeitgleich kämpft er hinter verschlossenen Türen für eine Zensur von Informationen, die die tatsächlichen Probleme unseres Wirtschaftslebens zumindest in Einzelfragen möglicherweise offenlegen würden. Das ist Horst Seehofer, meine Damen und Herren! Er spricht anders, als er handelt,

(Beifall bei der SPD)

er handelt anders, als er spricht, und das muss an dieser Stelle auch einmal deutlich gesagt werden.

(Zurufe von der SPD)

Es ist in diesem Zusammenhang übrigens überaus irritierend, dass sich die FDP hier vor den Karren des Koalitionspartners spannen lässt.

(Allgemeine Unruhe)

Selbst die FDP-Kollegen auf Bundesebene reiben sich verwundert die Augen, mit Stirnrunzeln - auch die bayerischen Jungliberalen -, was die FDP-Landtagsfraktion hier gemeinsam mit der CSU angezettelt hat.

Ich sage: Der schwächste Kontrast zu Schwarz ist ein rabenschwarzes Gelb, und Ihr Gelb, liebe Kolleginnen

und Kollegen, entspricht viel mehr einer unheimlichen Form der Sonnenfinsternis.

(Lachen bei der SPD)

Das ist ein Sonderfall der Okkultation.

(Beifall bei der SPD)

bei dem das Vorbeiziehen des größeren Himmelskörpers an einem kleineren die Folge hat: Man sieht am Ende nur noch Schwarz.

Am Ende sind wir froh, dass alle Fraktionen im Deutschen Bundestag von der Initiative von Horst Seehofer abgesehen haben. Sogar die CSU-Parteifreunde haben - man höre und staune! - die Initiative nicht durchgehen lassen. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl nannte das Ansinnen aus München "politisch instinktlos".

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Gesetz ist mittlerweile verabschiedet, glücklicherweise ohne Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes, und damit komme ich zum Ende, Frau Präsidentin. Ich bedanke mich bei den Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die unseren sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag in den Ausschüssen unterstützt haben. Wir erklären diesen Dringlichkeitsantrag hiermit vor dem Hintergrund des im Bundestag verabschiedeten Gesetzes als in unserem Sinne für vollumfänglich positiv erledigt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Gegen die Pläne der CSU!)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Vielen Dank, Herr Kollege. - Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt einiges gehört an völlig absurden und bisweilen durchaus amüsanten Spekulationen und Fantastereien der Marke "Semper aliquid haeret", irgendetwas wird schon hängenbleiben.

(Allgemeine Unruhe)

Gut, wir haben das jetzt gehört; dadurch wird es aber nicht wahrer.

Richtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren: Das Ziel dieser Initiative im Bundesrat war ausschließlich, auf eine verfassungskonforme Abwägung zwischen der Gewährleistung eines effektiven Aufsichtsbereiches sowie dem Schutz der Daten der Beaufsichtigten auf der einen Seite und dem allgemei-

nen Informationsinteresse der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen hinzuwirken.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das heißt, die Lösung verbiegen!)

Richtig ist auch, dass auf diese Problemlage in einem Gutachten von Professor Dr. Rupert Scholz ausdrücklich hingewiesen wurde.

(Hans Joachim Werner (SPD): Sehr neutral!)

Richtig ist auch, dass die Angelegenheit am 05.03.2009 im Ausschuss für Recht, Verfassung, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz behandelt wurde.

Bereits zu diesem Zeitpunkt ging dieser Antrag ins Leere. Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung im Bundesrat gefallen. Bereits zu diesem Zeitpunkt war der Bundestag Herr des Verfahrens.

In der Folge fand dann - wenn sich jemand wundern sollte, ich rede immer noch vom selben Antrag, ich habe mich nicht geirrt, aber vielleicht der Kollege - fand auf Bundesebene eine Anhörung zu dem Zahlungsdiensteumsetzungsgesetz - so sein Titel - statt, und fraktionsübergreifend bestand aufgrund dieser Anhörung Konsens darüber, dass man der Informationsfreiheit Vorrang einzuräumen habe

(Zuruf von der SPD)

und man das Gesetz nicht im Sinne des Bundesratsbeschlusses ändern wolle.

Am 26.03. - also noch einmal: Wir wissen alle, dass wir heute den 07.05. haben - ist der Bundestag dann diesem Votum gefolgt. Auf dieser Basis, also auf Basis der Anhörung, haben dann auch die befassten Bundesratsausschüsse am 30.04. dieses Votum akzeptiert; auch Bayern hat es akzeptiert. Ich gehe davon aus, dass deshalb auch der Bundesrat am 15.05. ein entsprechendes Votum abgeben wird.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir fragen uns jetzt natürlich, wofür und mit welchem Ziel dieser Antrag gestellt wurde. Das muss man sich schon fragen. Anträge sind eigentlich dazu da, etwas rechtspolitisch zu gestalten. Dieses Ziel hatte dieser Antrag sicherlich nicht. Das gibt schon allein die Zeitfolge nicht her. Es drängt sich die Vermutung auf, dass es hier ausschließlich um eine durchsichtige Stimmungsmache ging.

(Lachen bei der SPD)

Es geht hier ausschließlich um Aktionen um der Aktionen willen.

(Zurufe von der SPD)

Nun ja, wir haben die Europawahl und die Bundestagswahl, da geht es um Stimmungsmache und Wahlkampfgetümmel.

Ich verbinde meine Äußerungen mit der Hoffnung, dass wir spätestens im Oktober auch seitens der SPD wieder die Sachebene erreichen und eine Abkehr von der Eventpolitik mittels Gespensterdiskussionen haben werden.

(Lachen bei der SPD)

Dann können wir hoffentlich wieder gemeinsam erfolgreich für Bayern arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Danke, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: der Kollege Streibl.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Initiative Bayerns im Bundesrat im Jahre 2008 ist erneut ein schönes Beispiel bzw. ein Meilenstein auf dem Weg zur Politikverdrossenheit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Eine rechtsstaatliche Demokratie lebt von der Freiheit der Information und von der Transparenz. Informationsfreiheit hat letzten Endes etwas mit Wahrheit zu tun. Diese sollte vertuscht werden. Gott sei Dank hat man das in Berlin rechtzeitig gesehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Nur dem, was der Bürger einsehen und verstehen kann, kann er letzten Endes auch vertrauen. Dem, was in geheimen Akten schlummert oder irgendwo ausgemauschelt wird, kann man kein Vertrauen entgegenbringen, sondern nur Misstrauen. Nicht die Öffentlichkeit der Information birgt eine Missbrauchsgefahr, sondern viel mehr noch das Vertuschen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Das muss man immer wieder sagen. Und genau das haben auch die Medien bei diesem Vorgehen von Bayern aufgegriffen. Im ARD-Magazin "Kontraste" wurde am 5. Februar darüber berichtet, dass von Bayern aus eine Art Black Box geschaffen werden sollte, hinter der sich Verantwortliche verschanzen können. Es sei auch beabsichtigt, kleinen geprellten Anlegern im Gegensatz zu den finanzwirtschaftlichen Imperien die Waffengleichheit zu entziehen. Aber auch der kleine Bürger muss Informationsfreiheit haben, damit er sich wehren kann, wenn er um seine Guthaben gebracht wird. Das

bedeutet, man muss dem bösen Anschein von Anfang an entgegenwirken; denn wenn man Akten wegschließt, muss es irgendwie einen Grund dafür geben, warum sonst scheute man das Licht der Öffentlichkeit?

Sensible Daten werden in § 3 des Informationsfreiheitsgesetzes geschützt. Dort sind personenbezogene Daten, Geschäftsgeheimnisse und ähnliches geschützt, und dafür braucht es kein strengeres Gesetz.

Mittlerweile pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass man mit dem Antrag eine Art Lex Landesbank schaffen wollte, hinter der man sich verstecken kann.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Aber gerade durch ein solches Vorgehen leistet man sich, der Politik und letztlich auch der Demokratie in Deutschland einen Bärendienst. Denn die Bürger sind mündig und wollen Informationen, und sie wollen auch mündig und ehrlich behandelt werden. Sie wollen Offenheit, sie wollen Ehrlichkeit, sie wollen Klarheit und sie wollen Wahrheit. Danke sehr.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf als Nächster Frau Kollegin Tausendfreund das Wort erteilen.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Diskussion der letzten Jahre um die Informationsfreiheit ansieht, erkennt man schon, dass es ein wenig bizarr ist, wenn in Berlin die CDU/CSU-Fraktion gegen einen Antrag der Bayerischen Staatsregierung gestimmt hat, in dem gefordert wurde, die mühsam erkämpfte Informationsfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Presse schnell wieder zu zerstören. Es ist besonders dann bezeichnend, wenn dies in einem Bereich der Wirtschaftspolitik geschieht, bei der in Bayern ein FDP-Minister die Verantwortung trägt. Da fragt man sich schon, ob bei der FDP die Rechte noch weiß, was die Linke tut.

Sie stimmten im Bundesrat im Jahre 2005 gegen das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, weil es Ihnen nicht weit genug gegangen ist. Unseren Antrag, in Bayern endlich ein Informationsfreiheitsgesetz für die Behörden des Landes und der Kommunen einzuführen und endlich die Bürgerinnen und Bürger vom Status der Bittsteller zu befreien, lehnen Sie ab. Man müsse ja erst evaluieren, wie das im Bund gelaufen ist, so die Begründung. Und kaum sind Sie in Bayern an der Regierung, fordern Sie im Bundesrat über die Bundesratsinitiative, um die es hier geht, eine Einschränkung der Informationsfreiheit, um die Bankenlandschaft zu schützen.

Auf Ihrem Landesparteitag im Februar fordern Sie schließlich, genau diesen Antrag im Bundesrat abzulehnen. Ich glaube, eine glaubwürdige, widerspruchsfreie Politik sieht etwas anders aus.

Angesichts der Finanzkrise ist der Versuch der Bayerischen Staatsregierung ein fatales Zeichen in Bezug auf die Erschwerung der Aufklärung. Gerade die Misere der Finanzkrise zeigt doch, wie wichtig Transparenz und ein uneingeschränkter Zugang zu Informationen sind. Es ist geradezu dreist, wenn auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, in der einfache Leute ihre gesamten Ersparnisse verloren haben und versuchen, ihr Geld zu retten, den Geschädigten, der Presse und der Justiz Steine in den Weg gelegt werden, wenn versucht wird, diese Machenschaften aufzuklären.

Auslöser für die Bundesratsinitiative, also Ihre Initiative, war eine gerichtliche Niederlage der BaFin im März vergangenen Jahres, bei der die Anwälte von 3.000 Anlegern, die bei der inzwischen insolventen Phoenix Kapitaldienst GmbH um die 80 Millionen Euro verloren haben, Einsicht in die Unterlagen erstreiten mussten, die ihnen die BaFin verweigern wollte. Das Urteil der Richter war vernichtend. Die Richter haben erklärt, dass Informationen über strafbare Handlungen und sonstige Rechtsverstöße schlecht als Betriebsgeheimnisse geschützt werden könnten. Und nur wegen dieses Urteils haben Sie dann die Initiative im Bundesrat eingebracht. Sie meinten, dass dieses Urteil Verunsicherung bei der Kreditwirtschaft ausgelöst habe. Und da mussten Sie natürlich handeln. Aber die Verunsicherung hat in Wirklichkeit ganz woanders stattgefunden, nämlich bei den kleinen Leuten, die um ihre Ersparnisse gebracht worden waren. Aber diese interessierten Sie anscheinend nicht.

Sie machen sich in der Begründung dann auch noch lustig über die Bedürfnisse dieser Leute nach mehr Anlagesicherheit, wenn Sie am Ende Ihrer Initiative schreiben, dass aus der Tatsache, dass die Klagen Schadensersatzklagen von Geschädigten waren, kein Anspruch auf Transparenz und Akteneinsicht hergeleitet werden könne, weil es private Interessen seien und nicht ein öffentliches Interesse.

Ein solcher Satz, in einer Zeit, wo die Sparer und Anleger in ständiger Unsicherheit und Angst um ihr Erspartes leben, ist ein Satz, der an Zynismus kaum zu übertreffen ist.

Die FDP büßt viel von ihrer Glaubwürdigkeit ein, wenn sie mehr Transparenz verspricht und gleichzeitig solche Initiativen startet bzw. mitträgt.

(Harald Güller (SPD): Na ja, welche Glaubwürdigkeit? Die war niemals da!)

Ja, das setzt voraus, dass eine Glaubwürdigkeit vorhanden gewesen wäre.

Wir sind froh, dass in Berlin der Versuch gestoppt wurde, dieses Gesetz in Kraft treten zu lassen. Ein solches Gesetz hätte uns wieder ein Stück in die Nähe eines Obrigkeitenstaates gebracht, in dem für die Bürgerinnen und Bürger Transparenz nur ein Fremdwort gewesen wäre. Wir wollen genau in eine andere Richtung. Wir wollen mehr Transparenz schaffen und sind deshalb froh, dass dieser Versuch kläglich gescheitert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie am Rednerpult für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Geschätzte Frau Kollegin Tausendfreund, ich gehe davon aus, dass Sie meine Einschätzung teilen, dass die Äußerungen Ihrer Vorvorrednerin nicht akzeptabel waren, die gemeint hat, es handele sich bei dem Antrag und bei dem Reinziehen dieses Antrags heute ins Plenum um eine durchsichtige Stimmungsmache. Eine unserer vornehmsten Aufgaben ist die Kontrolle der Staatsregierung. Wenn die Staatsregierung durch einen solchen "Amoklauf" glänzt, dann ist es selbstverständlich wichtig, darauf hinzuweisen.

Den Begriff "Gespensterdiskussion" lassen wir gelten. Gespenster sind nämlich diejenigen aus der Staatsregierung, die diese Aktion initiiert haben, eine Aktion, die überhaupt nicht in die heutige Zeit, in die Debatte und in die heutige Problematik passt. Er passt, Herr Staatsminister Zeil - nachdem Sie gerade da sind -, einfach in die Debatte, die wir über viele Jahre im Landtag geführt haben. Ich erinnere an die Überschriften, Herr Schindler: "Bavern als Eldorado für Kapitalmarktbetrüger". "Süddeutsche" wie "Frankfurter Allgemeine". Das ging durch die Republik. Was war der Hintergrund? Alle Bundesländer haben Kapitalmarktbetrügereien, die über falsche Ad-hoc-Mitteilungen oder über fehlerhafte Darstellungen in Börsenzulassungsprospekten begangen wurden, erst nach fünf Jahren verjähren lassen. Nur in Bayern ist das Ganze nach gerade einmal sechs Monaten verjährt, weil man sich auf das Bayerische Pressegesetz bezogen hat.

Sie knüpfen tatsächlich an dieses völlig verfehlte Verhalten an. Mit solchen Initiativen schaden Sie nicht nur Anlegern, sondern zerstören das Vertrauen in Finanzmärkte.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie hätten der Frau Tausendfreund zuhören sollen!)

- Verzeihung. Lesen Sie die Geschäftsordnung. Es ist eine Zwischenintervention, keine Zwischenfrage.

Mit solchen völlig inakzeptablen Aktionen zerstören Sie letztlich auch das Vertrauen in den Finanzplatz München.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Mein lieber Kollege Martin Runge, ich habe natürlich gern den Raum für die Zwischenintervention eingeräumt. Ich stimme Ihnen vollständig zu. Wir sind hier im Landtag. Unsere Aufgabe ist es, die Staatsregierung zu kontrollieren. "Amoklauf" ist tatsächlich der richtige Ausdruck für die Bundesratsinitiative, die aus Bayern gestartet wurde. Sie ist kläglich gescheitert, und ich hoffe, dass so etwas nicht noch einmal vorkommt.

Gerade in diesem Bereich, wo es um so wichtige Interessen der Anlegerinnen und Anleger geht, um Einsichtsmöglichkeiten, wenn einmal etwas schiefgegangen ist, etc. müssen wir den Finger in die Wunde legen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das ist eine künstliche Verlängerung der Redezeit!)

Wir nehmen als GRÜNE unsere Kontrollaufgaben im Parlament wahr und bedanken uns noch einmal dafür, dass die SPD damals diesen Antrag gestellt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm**: Frau Kollegin, verbleiben Sie bitte am Rednerpult zu einer weiteren Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kollegin Guttenberger.

(Markus Rinderspacher (SPD): Künstliche Verlängerung der Redezeit von Frau Tausendfreund!)

Die Geschäftsordnung ist für alle Kolleginnen und Kollegen gleich.

**Petra Guttenberger** (CSU): Frau Kollegin Tausendfreund, ist Ihnen entgangen, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem der Antrag im Ausschuss war, bereits der Deutsche Bundestag Herr des Verfahrens war?

Ist Ihnen zudem entgangen, dass eine öffentliche Anhörung stattfand, nach der man sich dann aufgrund neuer Tatsachen einer anderen Abwägung anschloss?

Ist Ihnen das wirklich alles entgangen, oder ist das für Sie völlig obsolet?

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Es ist ja nicht so, dass man keine Anträge mehr stellen kann, wenn die Sache schon durch den Bundesrat ist und sich nur noch der Bundestag damit beschäftigt. Wir können natürlich als Landesparlament auch den Bundestag zu einem gewissen Verhalten aufrufen.

(Petra Guttenberger (CSU): So wollen wir das nicht!)

Man hätte es vielleicht etwas eher in den Ausschuss nehmen können, das wäre auch noch eine Variante gewesen. Aber wir hatten auf alle Fälle noch Entscheidungskompetenz zu dem Zeitpunkt, als die Sache im Ausschuss behandelt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD - Harald Güller (SPD): Genau!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil ums Wort gebeten. - Herr Kollege Fischer, heute habe ich es nicht mit Ihnen. Sie müssen sich etwas einfallen lassen, wie ich das wieder gutmachen kann.

**Dr. Andreas Fischer** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Was wir jetzt vonseiten der Oppositionsparteien erlebt haben, ist eine Mischung aus Verschwörungstheorien und Märchenstunde à la Tausendundeinenacht.

(Tobias Thalhammer (FDP): À la Tausendfreund!)

Ich bin sehr froh, dass sich die Kontrolltätigkeit der Opposition auf solche Initiativen beschränkt, die politisch erledigt sind, weil das offensichtlich bedeutet, dass alles, was noch am Laufen ist, gut funktioniert und die Staatsregierung gut arbeitet.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) - Harald Güller (SPD): Oh, oh! Träumen Sie weiter!)

Hintergrund der Bundesratsinitiative war der Interessenkonflikt zwischen Datenschutz und Informationsfreiheit. Ich sage ganz klar: Ich persönlich halte es für richtig, hier dem Informationsinteresse und dem Informationsanspruch der Bürgerinnen und Bürger den Vorrang einzuräumen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜ-NE))

Das ist nicht nur die Position der Jungen Liberalen, sondern ganz klar auch die der FDP Bayern, wie wir sie auf dem Landesparteitag beschlossen haben. (Franz Schindler (SPD): Aber nicht die des FDP-Wirtschaftsministeriums!)

Es ist aber auch unbestritten - und deswegen will ich jetzt keine längeren Ausführungen zu diesem Thema machen -, dass der Deutsche Bundestag einstimmig zu der gleichen Auffassung gekommen ist und das Zahlungsdiensteumsetzungsgesetz ohne Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes angenommen hat. Am 15. Mai wird der Bundesrat diesem Votum folgen.

Die Bayerische Staatsregierung akzeptiert dieses Votum, und damit komme ich zurück zum Ausgangspunkt. Das Thema ist politisch tot, es ist in genau acht Tagen endgültig erledigt, und Ihre Wiederbelebungsversuche sind überflüssig. Lassen Sie die Toten ruhen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

**Präsidentin Barbara Stamm**: Herr Kollege, kommen Sie bitte noch einmal ans Rednerpult.

Horst Arnold (SPD): Herr Dr. Fischer, es gibt Kausalitäten. Was Sie jetzt für tot erklärt haben, würde überhaupt nicht entstanden sein, hätten Sie nicht die Initiative ergriffen. Stimmen Sie mir da zu?

**Dr. Andreas Fischer** (FDP): Ich stimme Ihnen nicht zu.

(Heiterkeit)

Ich habe den Eindruck, dass Ihre Wortmeldung der Versuch ist, eine Debatte weiter in die Länge zu ziehen, die sich erledigt hat.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die Ihnen unangenehm ist!)

Wir kommen mit wenig Zeit aus und versuchen nicht, künstlich etwas zu verlängern, was nicht nötig ist.

**Präsidentin Barbara Stamm**: Jetzt hat Herr Staatsminister Zeil das Wort. Vielleicht kann man bitte der Debatte auch wieder etwas folgen.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat kann man über die Frage streiten, ob es Sinn macht, in dieser Weise weiter über Anträge zu diskutieren, die in der Sache längst erledigt sind.

Aber wenn von einem "Amoklauf" die Rede ist und das jetzt zum Test für Glaubwürdigkeit gemacht wird, dann möchte ich doch noch einmal die Fakten darstellen, auch weil der Ministerpräsident angegriffen wurde, als sei dies eine Initiative von ihm zu bestimmten Zwecken.

(Markus Rinderspacher (SPD): Waren Sie es?)

Es war so, dass diese Initiative bereits zuzeiten der früheren Staatsregierung eingeleitet und dann später im zuständigen Ausschuss des Bundesrats behandelt wurde. Und jetzt wird es interessant, weil Sie das Thema Glaubwürdigkeit so aufgeblasen haben: Lediglich die Länder Berlin und Brandenburg haben dagegen gestimmt. Das schwarz-grün regierte Hamburg, Frau Kollegin Tausendfreund, hat ausdrücklich zugestimmt.

Ich sage das deshalb, weil es sich hier offensichtlich um einen Vorgang gehandelt hat, dem jedenfalls die weitaus größte Anzahl der Länder ungeachtet ihrer politischen Zusammensetzung einen gewissen Prüfungsbedarf und eine gewisse Prüfungsfähigkeit eingeräumt hat. Sonst wäre dieses Votum nicht zustande gekommen und sonst hätte sich auch der Bundesrat diese Prüfung nicht zu eigen gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Um es wieder herunterzuholen auf den Tatbestand, meine Damen und Herren: Frau Kollegin Guttenberger und auch der Kollege Rinderspacher haben ausführlich dargestellt, wie es weitergelaufen ist. Ich will nur noch einmal sagen, dass auch in der Anhörung des Finanzausschusses dieser Überlegung - übrigens mit großer Sachlichkeit und Ausführlichkeit - eine Grundberechtigung nicht abgesprochen worden ist. Aber man hat dann in der Abwägung dieser Frage dieses Zielkonflikts zwischen der Gewährleistung einer effektiven Aufsicht sowie dem Schutz der Daten der Beaufsichtigten einerseits und dem allgemeinen Informationswunsch der Bürger andererseits dem Informationsanspruch den Vorrang gegeben. Das hat der Kollege Fischer bereits dargestellt, und das mache natürlich ich mir und macht sich auch die Staatsregierung insgesamt zu eigen. So ist es im Bundestagsfinanzausschuss einhellig beschlossen worden. Deswegen ist diese Initiative vom Tisch. Ich kann Ihnen versichern, dass natürlich auch die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat diesem über alle Fraktionen hinweg getragenen Votum folgen wird.

Aber eines möchte ich abschließend schon nochmals sagen, weil dieses Thema hier so hochgezogen worden ist: Niemand - auch nicht die Länder, die beispielsweise wie Schwarz-Grün diesem Prüfungsauftrag zugestimmt haben - beabsichtigt mit dieser Initiative, wie es hier wider besseres Wissen behauptet wird, dem Bürger eine Informationsmöglichkeit zur Verfolgung seiner rechtlichen Interessen zu nehmen, nur um Missstände bei Banken oder eventuelle Versäumnisse bei der Bankenaufsicht zu verschleiern. Wer so etwas behauptet, der handelt nicht redlich und unterstellt hier Motive, die nicht gegeben waren. Aber wir sollten jetzt unsere kost-

bare Zeit, die wir weitaus Wichtigerem für unser Land zu widmen haben, nicht länger dafür in Anspruch nehmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt, den Dringlichkeitsantrag abzulehnen.

(Harald Güller (SPD): Wir haben den Antrag für erledigt erklärt!)

- Sie haben ihn für erledigt erklärt.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

- Gut, dann brauche ich darüber nicht abstimmen zu lassen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

# **Abstimmung**

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt: Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat mitgeteilt, dass Herr Kollege Dr. Christian Magerl als Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ausscheidet. An dessen Stelle wurde als neues Mitglied Frau Claudia Stamm benannt. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank. Damit gehen wir in die Mittagspause. Wir beginnen bitte pünktlich wieder um 14.00 Uhr mit den Dringlichkeitsanträgen.

(Unterbrechung von 13.23 bis 14.02 Uhr)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hoffe Sie haben die Mittagspause genutzt, um sich zu stärken. Ich begrüße die nächsten Besuchergruppen. Wir fahren nun in der Tagesordnung fort.

Ich rufe den <u>Tagesordnungspunkt 6</u> auf: **Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge** Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erfolgreiche Zusammenarbeit im
Beratungsnetzwerk der
Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen
Rechtsextremismus fortsetzen - Ausschluss der
Antifaschistischen Informations-,
Dokumentations- und Archivstelle München e.V.
(a.i.d.a.) zurücknehmen (Drs. 16/1256)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)

Rücknahme der Einstufung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) (Drs. 16/1267)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erster Rednerin erteile ich Kollegin Tausendfreund von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben wahrscheinlich in der letzten Woche selber in der Presse verfolgt, dass die Diskussion um a.i.d.a. ziemlich hochgeschwappt ist. Wir GRÜNEN protestieren gegen die Weisung des Kultusministeriums, a.i.d.a. aus der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, also dem bayernweiten Beratungsnetzwerk, auszuschließen. Wir setzen uns dafür nicht alleine ein, da viele namenhafte Organisationen ebenfalls ihre Solidarität mit a.i.d.a. erklärt haben. Die Einstufung als linksextremistische Organisation und die Bezeichnung ihrer Vertreter als bekannte Linksextremisten ist verfehlt und kontraproduktiv. Der Verfassungsschutz versucht krampfhaft, a.i.d.a. eine Unterwanderungsstrategie anzudichten. Dem Verein wird unterstellt, sich nur deshalb

gegen Rechtsextremismus einzusetzen, um seine eigentlichen Ziele zu verbergen.

In Wahrheit haben wir ganz andere Probleme: Wallfahrten zu Gräbern von alten und neuen Nazis, Zulauf und Wahlerfolge bei der NPD und anderen Naziorganisationen, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt gegen Ausländer, Antisemitismus, Anschläge auf Synagogen, rechte Schlägertrupps, die durch die Straßen ziehen, und Konzerte, bei denen den Besuchern Hass und Gewalt eingehämmert werden. Die Entwicklung der gewaltbereiten Gruppen, der Ideen- und der Geldgeber in der rechtsextremistischen Szene sind äußerst bedenklich und gefährlich für unsere Gesellschaft. Ein breites gesellschaftliches Bündnis muss hierzu Flagge zeigen und sich diesen Entwicklungen entgegenstellen.

Vorbildlich Flagge zeigt seit 1990 die Antifaschistische Informations- und Archivstelle München e.V., kurz a.i.d.a. Trotz ihrer wertvollen Arbeit ist a.i.d.a. ins Visier des Verfassungsschutzes gekommen. Dies geschah jedoch völlig zu Unrecht. Damit wird das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Nazis empfindlich geschwächt, und die lachenden Dritten sind die rechten Gruppen.

Der gemeinnützige Verein a.i.d.a. sammelt allgemein zugängliche Informationen über die rechte Szene und deren Aktivitäten. Darüber hinaus werden diese Informationen aufbereitet und als Hintergrundmaterial zur Verfügung gestellt. a.i.d.a. leistet journalistische Recherchearbeit, die nötig ist, um einen Überblick über die rechte Szene zu erhalten und ihr wirksam entgegenzutreten. a.i.d.a. ist für die geleistete Arbeit mehrfach ausgezeichnet worden: 2005 und 2006 vom bundesweiten Bündnis für Demokratie und Toleranz sowie 2008 von der Landeshauptstadt München, dem Ausländerbeirat und dem Verein Lichterkette.

Obwohl die Vorwürfe nicht stichhaltig und einfach nur lächerlich sind, hat das Kultusministerium den Bayerischen Jugendring, der Träger der Landeskoordinierungsstelle ist, trotz dessen Protest angewiesen, a.i.d.a. aus dem Beratungsnetzwerk auszuschließen. Ungeachtet dessen, dass a.i.d.a. die ohnehin sehr vagen und aus der Luft gegriffenen Vorwürfe samt und sonders schriftlich entkräftet hat. a.i.d.a. wird die Strategie unterstellt, Bündnisse mit demokratischen Organisationen einzugehen. Das ist einer der vielen Vorwürfe. Einem Vertreter von a.i.d.a. wird vorgeworfen, dass er nicht unter seinem richtigen Namen auftrete. Dabei handelt es sich um einen Journalisten, der unter einem Pseudonym arbeitet. Die Verwendung eines Pseudonyms ist bei vielen Journalisten, Autoren und Künstlern üblich. Loriot heißt auch nicht Loriot, und Carl Amery heißt auch nicht Carl Amery.

(Tobias Thalhammer (FDP): Claudia Jung heißt auch nicht Claudia Jung!)

Stimmt, Claudia Jung heißt auch nicht Claudia Jung. Was in der Regel als normal bezeichnet wird, wird in diesem Fall als gravierendes Indiz herangezogen. Dem Journalisten wird unterstellt, ein Verfassungsfeind zu sein. Dabei handelt der Verfassungsschutz fahrlässig, da die Sicherheit des betroffenen Journalisten gefährdet wird. Aufgrund der Veröffentlichung des richtigen Namens kann die rechte Szene durch entsprechende Recherche an den Journalisten herantreten. Dadurch kann er schnell in Gefahr geraten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

A.i.d.a. wird vorgeworfen, dass ein Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz bei einer Veranstaltung den Saal verlassen musste. Bei dieser Veranstaltung ist der Journalist als Referent aufgetreten. Jedoch war a.i.d.a. nicht der Veranstalter. Da es eine Abstimmung gegeben hat, sollte der Verfassungsschützer den Saal verlassen. Der Journalist hat an der Abstimmung überhaupt nicht teilgenommen. Hierbei handelt es sich auch um einen völlig leeren Vorwurf.

A.i.d.a. werden die Inhalte eines Flugblattes zur Last gelegt, das nachweislich nicht von a.i.d.a. stammt und nicht von a.i.d.a. verbreitet worden ist. A.i.d.a. werden Inhalte auf Internetseiten zur Last gelegt, die mit der a.i.d.a.-Internetseite verlinkt sind oder auf einen Link verweisen, der auf die a.i.d.a.-Internetseite aufmerksam macht. Darauf kann jedoch kein Einfluss genommen werden, sodass a.i.d.a. für die Verlinkungen nicht verantwortlich gemacht werden kann. Übrigens wird vom Verfassungsschutz auch Kapitalismuskritik als linksextrem eingeschätzt. Darüber kann man sich doch wahrlich streiten.

Den Vertretern von a.i.d.a. werden frühere Straftaten vorgehalten. Bei näherer Betrachtung bleibt von diesen Vorwürfen allerdings nichts übrig. Die Straftaten waren entweder harmlos, erklärbar, oder das Verfahren hat sich als ungerechtfertigt herausgestellt, und sie standen auch überhaupt nicht im Zusammenhang mit der Arbeit von a.i.d.a. Verfahren aus dem Jahr 1990 oder aus dem Jahr 1996 werden herangezogen. Ich war damals auch jedes Wochenende in Wackersdorf und habe dort protestiert. Ich wäre da auch leicht in ein Verfahren hineingeraten. Ich hatte wegen einer Sitzblockade gegen die Stationierung von Pershing-Raketen ein Nötigungsverfahren am Hals.

Absurd werden die Argumentationen des Verfassungsschutzes, wenn a.i.d.a vorgeworfen wird, sich mit den Beschreibungen und Auswirkungen des Rechtsextremismus der Mitte auseinanderzusetzen; das ist ja ein ganz schwerer Vorwurf. Hierzu gibt es allerdings viele

Untersuchungen anerkannter Wissenschaftler und Universitäten, die sich mit genau diesem Thema auseinandersetzen. Zu nennen sind die Untersuchungen von Oliver Decker und Elmar Brähler in der Studie der Friedrich- Ebert-Stiftung "Vom Rand zur Mitte - rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland" aus dem Jahr 2006, die Untersuchungen "Deutsche Zustände" von Wilhelm Heitmeyer und die Studie der Universität Leipzig von Doris Liebscher und Christian Schmidt "Grenzen lokaler Demokratie" aus dem Jahr 2007. In der zuletzt genannten Studie heißt es: "Die These von Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft ist mittlerweile gut belegt."

Bereits im Jahr 2000 sagte der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse - ich zitiere:

Jetzt begreifen wir, dass der Rechtsextremismus nicht nur am Rande der Gesellschaft angesiedelt ist, nicht isolierbar ist, sondern dass ausländerfeindliche Einstellungen, Intoleranz, zunehmende Gewaltbereitschaft weit bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen.

Nach der strengen Auffassung des Verfassungsschutzes wäre also diese Aussage von Wolfgang Thierse ein Paradoxon in einer freiheitlich-demokratisch geprägten Gesellschaft, wäre ein Argumentationsmuster eines linksextremistischen Antifaschismusverständnisses. Da ist das Landesamt für Verfassungsschutz wohl nicht auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die notwendige Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Rechtsextremismus' der Mitte jetzt als Verfassungsfeindlichkeit zu brandmarken, ist abwegig und zeugt von Blindheit gegenüber den Tatsachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Verfassungsschutz und beim Innenministerium muss bei den Einschätzungen dessen, was gegen die freiheitlich- demokratische Grundordnung verstößt, was zu tolerieren und was gerade im Sinne unserer Demokratie ist, dringend nachjustiert werden. Für die wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, nazistischen Tendenzen und stiller Unterstützung in der Bevölkerung von rechtsextremistischem Gedankengut ist jedenfalls die Zusammenarbeit mit Institutionen wie a.i.d.a. sehr wichtig und sehr hilfreich. Wir wollen, dass a.i.d.a wieder an diesen Tisch zurückkehren kann. Wir halten die Haltung des Verfassungsschutzes, diese wertvolle Infrastruktur zivilgesellschaftlichen Engagements zu zerschlagen, nicht für gerechtfertigt und fordern Sie auf, dieses zurückzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als nächster Rednerin erteile ich für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Helga Schmitt-Bussinger das Wort.

Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich will anfangs deutlich machen, dass es natürlich Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, auf demokratiefeindliche Tendenzen und Entwicklungen hinzuweisen. Weiterhin ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, dabei Links- und Rechtsextremisten gleichermaßen im Auge zu behalten und diese gegebenenfalls zu erfassen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wenn entsprechende Erkenntnisse vorliegen. Sie, verehrter Herr Minister Herrmann, stufen zusammen mit der Verfassungsschutzbehörde die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München, kurz a.i.d.a., als linksextremistisch ein, ohne eine stichhaltige und nachvollziehbare Begründung zu liefern, im Gegenteil: Sie setzen noch eins drauf und lassen a.i.d.a. aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus ausschließen. Hier sind Sie eindeutig zu weit gegangen. Her Innenminister Herrmann, ich fordere Sie dazu auf: Nehmen Sie das zurück, kehren Sie zu einer Politik des Augenmaßes zurück!

(Beifall bei der SPD)

Beenden Sie die Hetze gegen den allgemein anerkannten Verein und dessen Diffamierung. Was werfen Sie a..i.d.a. überhaupt vor? Im Verfassungsschutzbericht nennen Sie lediglich eine Vortragsveranstaltung über den Stand der extrem rechten Szene in München, das im Café Marat stattgefunden hat, auf die Gegenproteste von Rechtsextremen folgten. Interessanterweise war das Motto der rechten Gegenproteste anlässlich dieser Veranstaltung "Linksextreme Strukturen erkennen - a.i.d.a.-Archiv verbieten". Sollen die Rechtsextremen tatsächlich ihr Ziel erreichen?

Frau Kollegin Tausendfreund hat die weiteren, nicht im Verfassungsschutzbericht genannten, aber in den Medien veröffentlichten und von Ihnen auch weitergegebenen Vorwürfe ausführlich vorgetragen. Ich glaube, all diese Vorwürfe können entkräftet werden. Sie stehen nicht im Verfassungsschutzbericht.

Ich will darauf hinweisen - wie das auch Frau Kollegin Tausendfreund schon getan hat -, dass a.i.d.a. von der Stadt München und von verschiedenen Organisationen und Gruppierungen, zuletzt vom Bündnis für Demokratie und Toleranz, in dessen Beirat Abgeordnete und namhafte Wissenschaftler sitzen, geehrt wurde. Zuletzt bekam a.i.d.a. den "Förderpreis Münchner Lichtblicke". Der Vereinsvorsitzende arbeitet inzwischen in einer von der Stadt München eingerichteten und finanzierten Recherchestelle.

Herr Innenminister, Sie stellen hier eine Gruppe aktiver, nachweislich anerkannter Experten, die in einzigartiger und unvergleichlicher Weise rechtsextreme, rassistische Tendenzen und Strukturen erfassen, an den Pranger. Sie diffamieren einzelne Personen dieses Vereines und nehmen in Kauf, dass die bundesweit anerkannte Arbeit von a.i.d.a. nicht weitergehen kann und dass Sie diskreditiert und zerstört wird. Sie nehmen darüber hinaus in Kauf, dass die gewünschte, von Ihnen ins Leben gerufene Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus praktisch nicht mehr arbeiten kann; denn ohne a.i.d.a. - das sagen diejenigen, die in dieser Koordinierungsstelle arbeiten - ist diese Einrichtung nicht mehr arbeitsfähig.

Ich verhehle meine Meinung nicht, dass diese Vorgehensweise fatal an den Radikalenerlass der 70er-Jahre erinnert.

(Christian Meißner (CSU): Das ist weit übertrieben!)

- Nein, ich bin auf diesem Gebiet vielleicht etwas sensibler als Sie. Das erinnert mich tatsächlich an die Situation in den 70er-Jahren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt beachtliche Solidaritätsbekundungen - Frau Kollegin Tausendfreund hat das schon genannt - von Gruppen und Personen, die nicht im Verdacht stehen, linksextremistisch zu sein, zum Beispiel vom Bayerischen Jugendring, von den Jusos, den GRÜNEN, vom Kreisjugendring München, vom Ausländerbeirat München. Sie alle, die bisher eng mit a.i.d.a. zusammengearbeitet haben, betrachten Ihre Vorwürfe, Herr Innenminister, und die des Verfassungsschutzes als aus der Luft gegriffen. Sie alle erkennen die gute fachliche Arbeit von a.i.d.a. an. Ich frage Sie deshalb ernsthaft, Herr Innenminister: Was bezwecken Sie mit dieser Diffamierungskampagne?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Fakt ist: Sie zerstören die außerordentlich gute Arbeit des Beratungsnetzwerkes, und Sie tun den Neonazis und anderen Rechtsradikalen einen großen Gefallen. Wollen Sie denn das tatsächlich?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Anschuldigungen, die Sie, Herr Innenminister, und die zuständigen

Behörden bisher nicht einmal gegenüber den Betroffenen konkretisiert haben - wohl gegenüber der Presse, aber nicht gegenüber den Betroffenen -, sind haltlos und inzwischen vollkommen entkräftet. Deshalb fordern wir Sie dringend auf, erstens diese haltlosen Anschuldigungen zurückzunehmen, zweitens die wertvolle Recherchearbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement von a.i.d.a. anzuerkennen und drittens dafür zu sorgen, dass die Weisung zurückgenommen und a.i.d.a. wieder in die Landeskoordinierungsstelle aufgenommen wird. Die SPD stimmt dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zu und bittet um Zustimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Christian Meißner das Wort.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich allen Ernstes, ob Sie sich, ohne nachzurecherchieren, vor so einen Karren spannen lassen. Die sonst so geschätzte Kollegin Tausendfreund hat nicht einmal eine Minute bis zu ihrem Schwenk auf den "bösen Rechtsextremismus" gebraucht, der jetzt schalten und walten könnte, weil der Verfassungsschutz seiner eigentlichen Tätigkeit nachgeht.

Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, ich begrüße, was Sie am Anfang Ihrer Rede gesagt haben. Sie haben das aber mit Ihrer Ankündigung der Unterstützung dieses Dringlichkeitsantrags wieder ad absurdum geführt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass der Extremismus bekämpft werden muss, egal, woher er kommt. Es gibt keinen Extremismus erster und zweiter Klasse. Ich bin dankbar dafür, dass dies der Verfassungsschutz in Bayern genauso sieht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Kollegin Tausendfreund, Sie haben gemeint, die Vorwürfe gegen a.i.d.a. seien entkräftet. Ich sehe das nicht so. Der Minister wird sicherlich auch noch darauf eingehen. Ich möchte einen anderen Aspekt aufgreifen: Wir haben momentan eine verkehrte Welt. A.i.d.a. wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Die GRÜNEN haben nichts Eiligeres zu tun, als zu fordern, dass diese Beobachtung wieder zurückgenommen wird. Das gilt auch für den Bayerischen Jugendring und den Münchner Stadtjugendring. Ich fordere alle, die sich sofort hinter a.i.d.a. gestellt haben, auf, einmal zu schauen, wie sich die Verantwortlichen bei a.i.d.a. selbst verhalten haben, und dann zu prüfen, ob sie auf dem richtigen Weg sind.

Die Reaktion von a.i.d.a. auf diese Beobachtung müsste eigentlich anders sein. Das ging los, als a.i.d.a. aufgefordert wurde, die Links auf ihrer Homepage zu überprüfen. Nun könnte man einwenden, dass es einen Hinweis gebe, wonach a.i.d.a. für die Inhalte der verlinkten Seiten keine Verantwortung übernehme. Auf dieser Homepage wird jedoch - ich habe es heute Vormittag noch überprüft - auf großartige und interessante Seiten verwiesen. Dies wurde bis heute nicht geändert. Ich werde Ihnen nachher noch ein paar Zitate nennen. Es geht weiter: Im "Radio Lora" in München wurde am 10. April von einem Vertreter von a.i.d.a., den ich hier nicht nennen will, erklärt: Wir waren einfach zu faul, diesen Satz zu den großartigen und interessanten Seiten zu ändern. Dazu kann ich nur sagen: Das ist nicht zu fassen.

Das Radio hat daraufhin - weil das ja höfliche Leute sind - nachgefragt, dass es bestimmt kein Problem wäre, diese Links aus der Homepage herauszunehmen. Ich zitiere wieder den Vertreter von a.i.d.a.: Wir haben momentan keine Veranlassung, irgendwas zu ändern. Der Verein, den Sie hier in Schutz nehmen wollen, sagt nach wie vor, er sei entweder zu faul oder er habe keine Veranlassung, etwas zu ändern. Diese Homepage ist verlinkt auf Seiten wie die der Antifa NT. Ich zitiere aus dieser Seite: Wir wollen unsere Arbeit als radikale Kritik der Verhältnisse begreifen, mit dem Ziel, diese Verhältnisse zu überwinden. Auf einer anderen Seite, die mit der Seite von a.i.d.a. verlinkt ist, ist zu lesen: Somit ist der politische Kampf für sozialrevolutionäre Änderung auch immer ein Kampf gegen den Staat und die Polizei. Ein weiteres Zitat: ... denn die einzige Sprache, die der Staat und seine Organe verstehen, ist die Sprache der Gewalt.

Meine Damen und Herren, a.i.d.a. war zu faul, den Link zu entfernen. Dann wundert es mich nicht, wenn diese Stelle vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Ich verstehe auch nicht, warum Sie Anträge einbringen, um an dieser Beobachtung etwas zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

A.i.d.a. würde es gut zu Gesicht stehen, diese Trägheit zu überwinden. Frau Kollegin Tausendfreund, Sie haben uns die Theorie vorgeführt. Ich habe mir auch über die Antifaschismus-Theorie Gedanken gemacht und möchte aus einem Gutachten der Bundeszentrale für politische Bildung zitieren. Wenn wir uns über dieses Thema unterhalten, müssen wir die Begriffe sauber definieren. Die Definition für Antifaschismus, worauf sich die Links von a.i.d.a. immer beziehen, lautet in diesem Gutachten: Damit beabsichtigt konsequenter Antifaschismus in diesem Sinn die Abschaffung der Wirtschaftsordnung, des Kapitalismus und damit der als bürgerlich geltenden parlamentarischen Demokratie.

Meine Damen und Herren, das sind wir und der Freistaat Bayern. Ich meine, hier muss eine solche Stelle ihre Trägheit überwinden und zumindest die Kraft aufbringen, ihren Internetauftritt zu ändern, vor allem, weil sie in einer öffentlichen Debatte steht.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass unser Verfassungsschutz wachsam ist. Er hat auch allen Grund, wachsam zu sein. Im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN wird gefordert, die Weisung bezüglich der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus zurückzunehmen. Dieser Antrag ist auf keinen Fall zustimmungsfähig. Aus meiner Sicht hat der Verfassungsschutz richtig gehandelt. Derzeit gibt es keinen Anlass, diese Weisung zurückzunehmen. A.i.d.a. und die Betroffenen hätten die Möglichkeit, diese Anordnung zu überwinden, wenn sie nicht gar so faul und träge wären.

Ich möchte mir zum Schluss noch eine Bemerkung erlauben: Wir im Parlament sind sozusagen auf dem Oberdeck der Demokratie. Wir liegen selten im Liegestuhl, weil wir viel arbeiten. Wir sollten daran denken, dass wir einen Verfassungsschutz haben. Dieser arbeitet sozusagen im Maschinenraum dieser Demokratie. Wir sollten ihn seine Arbeit tun lassen. Wenn jemand in das Visier des Verfassungsschutzes gerät, kann er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe entkräften. Wenn er nicht zu träge ist, seinen Internetauftritt zu ändern, kann auch die Beobachtung wieder aufgehoben werden, und alle sind glücklich. Zum jetzigen Zeitpunkt und mit diesen Erkenntnissen ist der Dringlichkeitsantrag abzulehnen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Ich gebe bekannt, dass zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Harald Güller (SPD): Wer hat das beantragt?)

Die CSU-Fraktion.

(Harald Güller (SPD): Haben wir wieder Präsenzprobleme? - Margarete Bause (GRÜNE): Zu faul, ins Plenum zu kommen!)

Ab jetzt tickt die Uhr. Die Abstimmung kann in einer Viertelstunde erfolgen. Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich Herrn Kollegen Streibl das Wort.

Florian Streibl (FW): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir alle sind uns in diesem Hause einig, dass rechtsradikales nationalsozialistisches Gedankengut eines der größten Übel ist, welches unser Planet jemals gesehen hat. Unzählige Menschen und Familien litten und leiden immer noch

unter diesem Gedankengut und den Folgen. Jede Gesellschaft und jede Politik muss ihr Augenmerk darauf richten, dass der braune Sumpf trockengelegt wird. Das ist aber nicht durch irgendwelche Vereine möglich. Wir haben ein gesellschaftliches Problem: Der französische Staatspräsident Sarkozy sagt: Politik folgt der Gesellschaft. Wenn dem so ist, sind wir in den Parlamenten aufgefordert und berufen, zu handeln.

Wir haben in Deutschland eine Situation, in der ungefähr 10 % unserer Bevölkerung von staatlichen Zuwendungen und Unterstützungen leben müssen. Menschen mit mittlerem Einkommen können inzwischen durch Hartz IV innerhalb von wenigen Jahren in eine Sozialhilfe-Falle geraten. Die Volksparteien leiden unter einem zunehmenden Glaubwürdigkeitsverlust. Nach Umfragen ist jeder dritte Deutsche davon überzeugt, dass die Demokratie unsere Probleme nicht mehr lösen kann. Das ist ein ganz gefährlicher Nährboden für alle extremistischen Tendenzen, ob von rechts oder von links. Wir als bürgerliche Mitte, die wir noch an Demokratie glauben und demokratische und rechtstaatliche Werte verteidigen, sind hier gefordert.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Zu a.i.d.a.: Ich muss zugeben, bis vor einiger Zeit habe ich Aida für eine Oper von Verdi gehalten. Ich habe mich inzwischen eines Besseren belehren lassen. Wenn ich mir die Sachen ansehe, stelle ich fest, dass darin schon ein Jargon der Linksextremen gepflegt wird. Ich lese, dass eine Verlinkung mit wichtigen, großartigen Seiten angekündigt wird. Auf diesen Seiten stehen Zitate, die weitgehend schon vorweggenommen wurden. Ein Zitat möchte ich aber doch erwähnen: "Wir sehen die Gewalt jedoch als ein notwendiges Mittel, um die aktuellen Zustände endgültig zu überwinden." Zu revolutionären Unruhen aufzurufen kann nicht im Sinne einer Demokratie sein. Dazu kann man nur sagen: Deine Sprache verrät dich.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Für uns gibt es zurzeit keine Veranlassung, dem Verfassungsschutz zu misstrauen. Er wird schon nicht aus Jux und Tollerei solche Bemerkungen in seinen Bericht schreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Er wird schon seine Gründe dafür haben. Unser Vertrauen in den Verfassungsschutz ist höher als unser Vertrauen in einen Verein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Aus diesem Grund können wir die Anträge leider nicht unterstützen. Trotzdem müssen wir unser Augenmerk

darauf richten, dass es Sache eines rechtsstaatlichen, demokratischen und freiheitlichen Volkes ist, allen extremistischen Tendenzen, egal ob von links oder rechts, standhaft und wehrhaft entgegenzutreten und für eine humanitäre Politik in Deutschland einzutreten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich darf bekanntgeben, dass auch für den SPD-Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde. Wir werden beide Abstimmungen gemeinsam in zirka elf Minuten durchführen. Als nächstem Redner darf ich für die FDP-Fraktion Herrn Dr. Andreas Fischer das Wort erteilen.

**Dr. Andreas Fischer** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag richtet sich darauf, die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München nicht länger als linksextremistische Organisation einzustufen und den Bayerischen Jugendring nicht länger zu verpflichten, die Zusammenarbeit mit a.i.d.a. einzustellen. Dies wird vor allem damit begründet, dass sich a.i.d.a. antifaschistisch engagiere.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ganz klar: Faschisten sind gegen die Demokratie und müssen deshalb von uns bekämpft werden. Der Rückschluss, dass deshalb alle Antifaschisten für die Demokratie sind, ist in dieser Pauschalität aber nicht richtig. Auch die Linke wirbt mit dem Slogan "Rechte Ideen, Naziideen aus den Köpfen". Der Antifaschismus war erklärtermaßen die Staatsdoktrin der DDR, eines Unrechtsregimes, das, so glaube ich, von keinem von uns als Vorbild gesehen wird. Dies zeigt, dass der Begriff Antifaschismus von Linksradikalen missbraucht wird. Deshalb ist hier höchste Wachsamkeit geboten.

Der Übergang zwischen denjenigen, die aus demokratischer Überzeugung gegen rechte Extremisten eintreten, und denen, die selbst diese Demokratie bekämpfen, ist fließend. Wir müssen auch diejenigen schützen, die aus demokratischer Überzeugung gegen Antisemitismus, Rassismus, Militarismus, Totalitarismus und Nationalismus eintreten. Wir müssen sie davor schützen, dass sie in einen Topf mit anderen Totalitaristen von der linken Seite geworfen werden.

(Beifall des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Darüber sollte zwischen Demokraten genauso Konsens bestehen wie über den Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Deswegen vertritt die FDP die Position, dass wir mit Augenmaß vorgehen. Frau Kollegin Schmitt-Bussinger, Sie fordern eine Politik mit Augenmaß. Deshalb bitte ich Sie darum, die Politik des Augenmaßes nicht so zu betreiben, als ob Sie auf dem linken Auge blind wären.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Die politische Einstellung Autonomer, die das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit weder dem politischen Gegner noch dem als Repressionsorgan bezeichneten, für den Staat tätigen Polizeibeamten zugestehen, ist nicht akzeptabel.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Was hat das mit a.i.d.a. zu tun? )

Nun komme ich zum Fall a.i.d.a. und möchte konkret dazu Stellung nehmen. Die Einstufung von a.i.d.a. im Verfassungsschutzbericht ist neu. Das ist richtig. Richtig ist auch, dass im Verfassungsschutzbericht selbst wenig an Begründung zu lesen ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Null Begründung!)

Der Verfassungsschutzbericht ist aber nicht die einzige Stelle, an der die Begründung erfolgen kann. Mehrfach ist auch auf die Verlinkung hingewiesen worden, die nicht aus Versehen entstanden ist, sondern in der bestimmte Seiten ausdrücklich als wichtig und großartig bezeichnet worden sind. Ich möchte den Zitaten noch zwei weitere hinzufügen. Auf einer der Seiten, auf die verwiesen wird, heißt es: "Die einzige Sprache, die der Staat und seine Organe verstehen, ist die der Gewalt." Das ist deutlich und spricht für sich.

(Beifall bei der FDP)

Gefordert wird auch, dass Kapitalismuskritik erlaubt sein müsse. Dazu wird aber auf einer Seite gesagt:

Wir begreifen Antifa-Politik nicht bloß als reinen Kampf gegen die Nazis, sondern immer auch als Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Damit ist nicht irgendeine abstrakte Ordnung, sondern unsere Gesellschaftsordnung gemeint, die bekämpft werden soll. Deswegen sage ich ganz klar: Wir können diesem Antrag nicht zustimmen. Es ist ein Antrag, der das Ergebnis der Prüfung vorwegnimmt und der die Begründung viel mehr schuldig bleibt als die Einstufung im Verfassungsschutzbericht. Ich möchte in Ruhe die Begründung hören, bevor ich Schlussfolgerungen ziehe. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tut das Gegenteil. Dem können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Als letztem Redner in dieser Debatte darf ich für die Bayerische Staats-

regierung Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort erteilen.

### Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministeri-

um): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns sicherlich einig im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Wir freuen uns, wenn sich möglichst viele Bürger an diesem Kampf beteiligen. Wer aber gegen Rechtsextremismus kämpft - ich greife gerne das auf, was Kollege Fischer zuletzt gesagt hat -, darf nicht gleichzeitig auf dem linken Auge blind sein.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Wichtig ist, dass man sich immer wieder vergegenwärtigt, in welchem größeren Zusammenhang die antifaschistische Bewegung von Seiten des Linksextremismus verstanden wird. Antifaschismus linksextremistischen Sinn bedeutet eben nicht nur Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern zugleich Kampf gegen den Kapitalismus und alles das, was mit herkömmlichem Bürgertum verbunden ist. Der Theorie nach - gerade darüber wird momentan in antifaschistischen Kreisen sehr intensiv diskutiert - folgt wirtschaftlichen Krisen automatisch der Faschismus aus dem Kapitalismus heraus. Deswegen muss aus Sicht des Antifaschismus der Kapitalismus genauso bekämpft werden. Konsequenter Antifaschismus im linksextremen Sinn zielt auf eine Beseitigung unserer Wirtschaftsordnung und auf Abschaffung unserer parlamentarischen Demokratie ab. Deshalb ist es zwar richtig, dass jeder gute Demokrat gegen Faschismus kämpfen muss. Keineswegs ist aber jeder Antifaschist ein guter Demokrat.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

In der Szene der gewaltbereiten Linksautonomen zeigt sich dieses Verständnis immer wieder auf erschreckende Art und Weise. Gerade in den letzten Tagen haben wir es wieder intensiv erlebt. Sie brauchen nur die Geschehnisse am 1. Mai zu verfolgen. In Mainz war für den 1. Mai eine Demonstration von Rechtsradikalen angemeldet worden. Diese Veranstaltung der Rechtsradikalen ist wieder abgesagt worden. Das hat die Linksextremisten aber nicht daran gehindert, trotzdem gegen die nicht stattfindende Demonstration der Rechtsextremisten zu demonstrieren. Bei dieser Gelegenheit sind dann 350 autonome Antifaschisten gegen die Polizei gewalttätig geworden, obwohl das rechtsextremistische Feindbild überhaupt nicht vorhanden war. Sie haben nach dem Motto gehandelt: Jetzt sind wir schon einmal da, jetzt machen wir auch Krawall und gegen die Polizei sind wir sowieso. Dieses Denken treffen wir in solchen Kreisen an

Dasselbe hat sich auch in Berlin abgespielt. Was ist im Moment die Zwischenbilanz in Berlin? 479 verletzte Polizeibeamte gab es am 1. Mai.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was hat das mit a.i.d.a. zu tun?)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hallitzky?

**Staatsminister Joachim Herrmann** (Innenministerium): Gerne.

**Eike Hallitzky** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, ich habe Herrn Fischer diese Frage schon gestellt und keine sinnvolle Antwort bekommen. Können Sie uns in kurzer Form sagen, was Ihre gesamte Rede mit a.i.d.a. zu tun hat?

**Staatsminister Joachim Herrmann** (Innenministerium): Das sage ich Ihnen gerne. Es geht darum, deutlich zu machen, was manche Leute unter antifaschistischem Kampf verstehen. Darum geht es in der Tat, Herr Kollege.

(Adelheid Rupp (SPD): Trotzdem hat das nichts mit a.i.d.a. zu tun! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich darf zwei Aussagen von Pressekonferenzen in Berlin bringen, die zwei Tage vor dem 1. Mai gemacht wurden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es geht nicht darum!)

- Doch, darum geht es schon.

Es wurde schon zwei Tage vor dem 1. Mai wörtlich angekündigt: "Wir wollen soziale Unruhen, und wir werden alles tun, um sie zu erreichen." So der Klassenkämpferische Block.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hat das a.i.d.a. gesagt?)

- Dazu komme ich gleich.

Es heißt weiter: "Das System ist gewalttätig." So bezeichnen sie den Staat. Man hat angekündigt: Wir können nur sagen: "Wie es in den Wald ruft, so schallt es zurück." Der Sprecher der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin hat ebenfalls zwei Tage vorher, nämlich am 29. April 2009, erklärt: "Wir wollen, dass sich die Bullen auf der 1.-Mai-Demo nicht blicken lassen, sonst können wir für nichts garantieren." So war die Ankündigung schon zwei Tage vorher, meine Damen und Herren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): War der Sprecher von a.i.d.a.?)

Ich sage Ihnen: Das gehört hierher, weil es dafür wichtig ist, wie wir in einem Rechtsstaat agieren. Für mich wäre eine solche Ankündigung in Bayern ein hinreichender Grund, das Verbot einer solchen Demonstration zu beantragen, weil die Gewalttätigkeit gegen die Polizeibeamten von vornherein angekündigt und zur Gewalttätigkeit aufgerufen worden ist.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was hat das mit a.i.d.a. zu tun?)

Schauen Sie sich auf der Homepage von a.i.d.a. - das wurde von den Kollegen schon angesprochen - um. Dort finden Sie in der Tat eine Vielzahl von Links zu autonomen und anderen linksextremistischen Seiten. Es wird, wenn der Verfassungsschutz nachfragt, warum Links zu solchen Seiten hergestellt werden, gesagt, es stehe im Kleingedruckten - wie das inzwischen ieder inzwischen auf seiner Homepage macht -, dass man sich mit einem Link den Inhalt anderer Seiten nicht zu eigen mache. Aber, meine Damen und Herren, auf den Seiten von a.i.d.a. steht ausdrücklich vor den Links, dass man auf wichtige und großartige andere Seiten verweise. Das bedeutet, dass a.i.d.a. sich sehr wohl das mit zu eigen macht und es toll findet, auf welche anderen - ich sage linksextremistischen - Seiten verwiesen wird.

Meine Damen und Herren, wenn man den "antifaschistischen Newsletter" von a.i.d.a. ansieht, findet, dass dort beispielsweise der rechtsstaatliche Einsatz der Polizei als Repression gegen Antifaschisten diffamiert und als Skandal bezeichnet wird. Die unverzichtbare Arbeit unserer Polizei wird verunglimpft und in den Schmutz gezogen. Dies entspricht der linksextremistischen Strategie, das Gewaltmonopol des Staates infrage zu stellen.

Meine Damen und Herren, die Bewertung von a.i.d.a. als linksextremistisch wird ganz klar auch dadurch gestützt, dass führende Aktivisten des Vereins mit langjährigen linksextremistischen Aktivitäten bekannt sind. Bei dieser klaren Sachlage muss jede Art von Zusammenarbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring mit a.i.d.a. außer Betracht bleiben.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist in der Tat in unserer Demokratie fundamental wichtig. Gerade deshalb, weil er so wichtig ist, dürfen wir ihn um seiner Glaubwürdigkeit willen nicht den Linksextremisten überlassen, sondern es muss eine klare Abgrenzung gegenüber den linksextremistischen Bereich geben.

(Beifall bei der CSU)

Das gilt gerade im Hinblick auf viele junge Menschen in unserem Land. Jemand, der in Kontakt mit einer Organisation kommt, die ihrerseits mit dem Bayerischen Jugendring in Verbindung stand und gefördert wird, der muss die Gewissheit haben, in eine demokratische Organisation zu kommen und sich für etwas Sinnvolles zu engagieren. Wenn wir erkennen, dass mit dem Demokratiebegriff Schindluder getrieben wird und unter dem Deckmantel des Antifaschismus Linksextremismus betrieben wird, sind wir es gerade der Aufklärung junger Menschen schuldig, ihnen rechtzeitig zu sagen, wo das demokratische Spektrum aufhört und wo die Umtriebe auf der linksextremistischen Seite beginnen. Um nichts anderes geht es in der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes.

(Beifall bei der CSU)

Es geht nicht um Strafbarkeit und anderes, sondern es geht um die Warnung vor extremistischen Umtrieben. Deshalb bitte ich Sie, die Anträge der SPD und der GRÜNEN abzulehnen, weil sie für unsere Demokratie schädlich sind.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Mir liegt noch eine Wortmeldung zu einer persönlichen Erklärung vor. Bevor ich diese aufrufe, möchte ich erst einige Ehrengäste auf der Tribüne begrüßen. Aus Israel sind Herr Abba Naor und seine Ehefrau zu uns gereist. Er ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung "Bayerische Gedenkstätten". Er ist ehemaliger Gefangener des KZ-Außenlagers Kaufering, das zum KZ Dachau gehörte. Wir freuen uns, dass Sie mit bayerischen Schülerinnen und Schülern diskutieren, um das Vergangene nicht vergessen zu machen und für die Zukunft zu ermahnen. Herzlich willkommen hier in unserem Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Er ist in Begleitung des ehemaligen Bürgermeisters von Gauting, Herrn Knobloch. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Nun erteile ich zu einer persönlichen Erklärung der Kollegin Adelheid Rupp das Wort.

**Adelheid Rupp** (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Innenminister!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich mache diese persönliche Erklärung, weil ich seit Langem Mitglied bei a.i.d.a. bin.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin bei a.i.d.a. Mitglied, weil ich die Arbeit von a.i.d.a. seit vielen Jahren kenne und sehr schätze. Es ist ein Defizit des Innenministeriums, nicht anzuerkennen, dass uns a.i.d.a. Informationen über die rechtsextremistische Szene liefert, die wir sonst nicht erhalten und die für jeden Demokraten wichtig sind, um Widerstand leisten zu können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unser aller Pflicht ist es, Nazis und Neonazis entschlossen entgegenzutreten. Dafür müssen wir umfassend informiert sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

a.i.d.a. hat nachweislich und von vielen Stellen ausdrücklich anerkannt hervorragende Arbeit geleistet.

Was Sie, Herr Innenminister, gemacht haben, war keine Rede, die sich ernsthaft mit a.i.d.a. befasst hat. Das war eine Rede, die damit gar nichts zu tun hatte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, wofür Sie diese Rede vorbereitet und warum Sie sie gehalten haben. Ich erwarte einen ernsthaften Umgang mit einer Organisation, die für unsere Demokratie ungeheuer viel leistet.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich fühle mich als Mitglied von a.i.d.a. von dieser Rede und der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht sehr betroffen. Ich halte es für einen Skandal, sich nicht hinter all diejenigen zu stellen, die Nazis und Neonazis in unserem Land entschlossen bekämpfen.

(Lebhafter und anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Zu beiden vorliegenden Anträgen wurde namentliche Abstimmung beantragt, was bereits vor mehr als 15 Minuten geschehen ist, sodass die Fristen gewahrt sind.

Ich lasse zunächst über den Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/1256 abstimmen. Wir haben an den Ausgängen des Saales und vorne am Stenografentisch die Urnen aufgestellt. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten abzugeben. Sie haben fünf Minuten Zeit, um die Abstimmung durchzuführen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 14.49 bis 14.54 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer Minute schließe ich die erste Abstimmung. Noch eine Minute. Wo sind noch Stimmkarten zum Antrag auf Drucksache 16/1256 abzugeben? - So, meine Damen und Herren, ich sehe keinen Kollegen mehr durch die Gänge hetzen. Ich schließe die Abstimmung zum Antrag 16/1256. Das war der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichkeitsantrag.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum gleichen Thema. Das ist der Antrag auf Drucksache 16/1267. Auch hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen wurden geleert und stehen wieder zur Abstimmung zur Verfügung. Sie haben drei Minuten Zeit, um die Abstimmung durchzuführen. Ich eröffne die Abstimmung und bitte Sie um die Abgabe Ihrer Stimme.

(Namentliche Abstimmung von 14.54 bis 14.57 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung zu diesem Dringlichkeitsantrag. Wir werden die Ergebnisse der Auszählung so bald als möglich bekannt geben. Das Ergebnis wird von den Offizianten am Rande der Sitzung ermittelt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Thomas Dechant u. a. und Fraktion (FDP)
Rückzug der Kreditversicherer verhindern (Drs. 16/1257)

Als erstem Redner erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Franz Xaver Kirschner das Wort. Bitte schön.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme wieder mit einem Dringlichkeitsantrag, bei dem es um Finanzen geht. Am 16.04.2009 habe ich ein Fax bekommen, das ich in Auszügen vorlesen möchte. Wir haben am vergangenen Samstag eine richtige Welle von Faxen erhalten. Mit diesem Schreiben wurde bei einer großen Anzahl von Handwerksbetrieben die Kreditversicherungssumme herabgesetzt. Das führt automatisch zu einer Reduzierung der Linie der Warenkredite. An einem Beispiel verdeutlicht: Ein Kunde hat einen Warenkredit der Versicherung in Höhe von 100.000 Euro. Wir haben noch einmal 100.000 Euro Limit draufgegeben, sodass der Handwerksbetrieb ein Limit bis zu 200.000 Euro hatte. Aufgrund dieser Wa-

renkreditversicherungsreduzierung reduziert sich diese Summe nun auf 10.000 Euro.

Ich habe hier eine ganze Liste. Ich möchte nun kurz erklären, was dies für einen Handwerksbetrieb und auch für die Bevölkerung vor Ort bedeutet. Der Handwerker, der Einzelhändler oder auch der Textilhändler kauft beim Großlieferanten ein, er bezieht von dem die Ware. In dem Augenblick, in dem bestellt wird, möchte der Großhändler eine Sicherheit haben, dass der Abnehmer auch bezahlen kann. Deshalb gibt es die Kreditversicherungen. Man hat das Risiko des Händlers auf 20, 30 % der Ratensumme reduziert. Nun schreiben die Kreditversicherer: "Anpassung aufgrund der konjunkturellen Situation. Die Reduzierung tritt einen Monat nach Erhalt der Kreditmitteilung in Kraft."

In Deutschland sind derzeit etwa 400.000 Unternehmen mit Versicherungspolicen versehen. Dabei handelt es sich überwiegend um Handwerksbetriebe und Einzelhändler. Es geht um ein Gesamtvolumen in Höhe von 280 Milliarden Euro.

Diese Reduzierung der Kreditlinie erfolgt ad hoc. Nicht, weil der Handwerker eine schlechte Bonität hätte, sondern weil die wirtschaftliche Situation schwierig ist. Was bedeutet das nun für den Einzelnen vor Ort? - Wir bekommen einen Rückgang des Warenaustausches, die Handwerker werden weitgehend gezwungen, Vorkasse zu bezahlen. Die Folge davon ist, dass die Handwerker künftig an den Auftraggeber, also an die Privatperson, herantreten müssen, um ebenfalls Vorkasse zu bekommen. Das wird vor allem für die Handwerksbetriebe zu heftigen Ausfällen führen, dabei sind es gerade die Handwerksbetriebe, die die Stabilität in unserer Wirtschaft darstellen. Gerade in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten wollen sich Handwerksbetriebe mit Kreditversicherungen verstärken. Das hat auch Auswirkungen auf die Arbeitsplätze.

Man muss wissen, wer hinter diesen Kreditversicherern steckt. Es gibt keine große Palette von Kreditversicherern, sondern es handelt sich im Wesentlichen um drei, die sich den Markt in Deutschland teilen und die sich wohl auch absprechen. Zum ersten ist das Euler Hermes. Wer steckt dahinter? - Das ist die Allianz-Versicherung. Dann gibt es die Atradius-Kreditversicherung. Hinter ihr stecken die Schweizer Rückversicherung, die Deutsche Bank und Sal. Oppenheim. Schließlich gibt es noch Coface, das ist ein französisches Unternehmen. Diese drei Unternehmen zusammen decken 90 % des Marktes ab. Die Aussagen der Herren sind wie folgt: Man muss das Kreditrisiko an das derzeitige Risikoumfeld des allgemeinen Marktes anpassen. Deshalb würden diese Mitteilungen gemacht. Die Folge wird sein, dass wir Druck auf das Handwerk bekommen und damit erheblichen Druck auf die finanzielle Situation des Handwerks. Ich bitte Sie, dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, massiv hiergegen vorzugehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächstem Redner erteile ich für die CSU-Fraktion dem Kollegen Schöffel das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzmarktkrise bringt gerade kleine und mittelständische Unternehmen in Finanzierungsschwierigkeiten mit entsprechend gravierenden Auswirkungen auf ihre Innovationstätigkeit. Nach einer Umfrage der KfW-Bankengruppe spüren 62 % der Mittelständler Probleme bei der Finanzierung; 72 % der Mittelständler sehen dadurch ihre Innovationstätigkeit behindert. Das gefährdet die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Mittelstandes.

Wir müssen alles tun, um die Abwärtsspirale aus schlechterer Geschäftslage, mangelnder Finanzierung und unterlassener Innovation mit der Folge weiterer schlechterer Geschäftslage abzuwenden. Dabei sind alle Beteiligten gefragt. Wir appellieren an die Kreditversicherer und unterstützen den vorliegenden Antrag. Unser Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg hat das bereits mehrfach getan. Wir appellieren an die Kreditversicherer, sich in der aktuellen Krise nicht zurückzuziehen. Die zunehmenden Schwierigkeiten der Unternehmen, für ihre Lieferung eine Kreditversicherung zu erhalten, geben Anlass zur Sorge. Insbesondere im Fall von Firmenkonsolidierungen kommt es zu zusätzlichen Erschwernissen. Gerade in schwierigen Zeiten sind alle Teilnehmer des Wirtschaftskreislaufs aufgefordert, diesen Kreislauf auch am Laufen zu halten.

Natürlich ist auch die Wirtschaft selbst gefordert. Hier tut sich durchaus Positives. Beispielsweise geben die großen Hersteller in der Automobilindustrie Garantien für ihre Zulieferer bzw. finanzieren Investitionen der Zulieferer vor. um eine Kreditklemme abzuwenden.

Der Antrag richtet sich an den Bund. Der Bund hat entsprechende Kredit- und Bürgschaftsprogramme für die Wirtschaft und die Banken aufgelegt. Nach der Garantieübernahme für den Finanzsektor müssen die Banken nun als Erstes in vollem Umfang wieder ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen und vor allem den Mittelstand mit Liquidität versorgen. Es hat den Anschein und es ist nicht zu akzeptieren, dass sich manche Banken in der Krise von bestimmten Branchen konsequent trennen und versuchen, die Sicherheiten zu erhöhen, was gerade bei Unternehmen, die überhaupt keine Krise zu beklagen haben, zu Verunsicherung und Verärgerung

führt. Wir halten nichts von einem Rating per EDV, sozusagen von der Stange.

Der Bund verstärkt derzeit seine Anstrengungen, den stockenden Geldfluss zwischen Finanz- und Realwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Ging es bislang dabei um angeschlagene Kreditinstitute und um die reibungslose Kreditvergabe für die Firmen, rückt jetzt verstärkt auch die existenziell wichtige Absicherung von geschäftlichen Forderungen der Unternehmen ins Blickfeld der Regierungen. Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg hat die Problematik selbstverständlich bereits aufgegriffen. Die Bundesregierung führt angesichts der verschärften Situation seit geraumer Zeit Gespräche mit den Versicherungsgesellschaften. Das Bundeskabinett erteilte einen Prüfauftrag, der zur Entscheidung ansteht und in dem es auch darum geht, inwieweit der Bund mit eigenen Mitteln ins Risiko gehen muss, um die Liquidität der bayerischen und deutschen Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Dies wird von der FDP, Herr Dr. Kirschner, als Staatswirtschaft kritisiert. Wir sind aber der Meinung, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen. Zusätzlich zu dem Kredit- und Bürgschaftsprogrammen auf Bundesebene hat der Freistaat zu Jahresbeginn einen Mittelstandsschirm aufgespannt. Um eine Kreditklemme zu verhindern, haben die Staatsregierung und die LfA-Förderbank 200 Millionen Euro für Rückbürgschaften zur Verfügung gestellt. Beim Mittelstandskreditprogramm wurden die Haftungsfreistellungen von 50 auf 70 % erhöht; die Zinssätze wurden ein weiteres Mal gesenkt.

Der Antrag der FDP unterstützt alle Bemühungen, dem Rückzug der Kreditversicherer entgegenzuwirken. Das ist im Sinne der bayerischen Wirtschaft. Das unterstützt auch die Arbeit unseres Bundeswirtschaftsministers zu Guttenberg. Deswegen stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei der CSU)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Paul Wengert das Wort.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die steigende Zahl der Insolvenzen und die zunehmenden Liquiditätsprobleme der Unternehmen infolge der Wirtschaftskrise haben zu einer deutlichen Erhöhung beim Schadensaufwand in der Warenkredit- und der Delkredereversicherung geführt. Das führt, wie versicherungsmathematisch nachzuvollziehen ist, zwangsläufig zu einer Erhöhung der Prämienzahlungen. In einigen besonders problematischen Bereichen und Branchen sind deutlich überdurchschnittliche Steigerungen zu verzeichnen, die

weit über 10, 20 oder 30 % hinausgehen. Das wächst sich vor allem für besonders von der Wirtschaftskrise betroffene Branchen - ich denke hier etwa an den Textilbereich, an die Spediteure und die Automobilzulieferer - neben der Zinspolitik der Banken und der Kreditklemme zu einem verstärkenden Faktor aus. Das Limitmanagement, also die Versicherung bis zu einem bestimmten Ausfallbetrag, und die Bonitätsprüfung führen für ein Unternehmen, das in Schwierigkeiten gekommen ist, dazu, dass es ohne Vorkasse - Kollege Kirschner hat schon darauf hingewiesen und hier gilt "Woher nehmen, wenn nicht stehlen?" - keine Lieferung oder Dienstleistung mehr erhält. So weit, so schlecht.

Dennoch wird die SPD-Fraktion Ihrem Antrag, werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, nicht zustimmen. Eigentlich, wenn Herr Kollege Schöffel folgerichtig zu Ende argumentiert hätte, dürfte auch die CSU-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Denn bei näherem Hinsehen entpuppt - oder besser gesagt: entlarvt - sich der vorliegende Antrag als reiner Schaufensterantrag

(Beifall bei der SPD)

mit dem Sie hier in Bayern Wahlkampf betreiben und Ihren Kollegen in der ungeliebten Berliner Opposition zur Seite stehen wollen. Schon am 25. März hat die FDP-Bundestagsfraktion unter der Überschrift "Bedeutung der Forderungsausfallversicherung für den deutschen Mittelstand" eine Kleine Anfrage gestellt und auf der Drucksache 16/12498 18 Fragen an die Bundesregierung gerichtet, die zwischenzeitlich alle beantwortet wurden. Darüber hinaus hat die Bundsregierung explizit den Auftrag erteilt - Herr Kollege Schöffel hat das bereits ausgeführt -, zu prüfen, wie den zunehmenden Problemen der Unternehmen bei der Absicherung von Forderungen abgeholfen werden könne.

Bundeswirtschaftsminister zu Guttenberg appelliert ausweislich einer Pressemitteilung seines Hauses vom 4. Mai an die Kreditversicherer, gemeinsam mit dem Bund nach adäquaten Lösungen zu suchen. Jetzt bin ich bei Ihnen, Herr Kollege Schöffel: Diesen Appell kann ich vorbehaltlos mittragen und unterstützen. Nicht unterstützen können wir hingegen das, was von der FDP heute beantragt wird, weil es längst auf einem guten Weg ist. Dringlichkeit bezüglich dieses Antrags ist mitnichten gegeben.

Die Kreditversicherer selbst erklären im Übrigen - ich darf aus einer Verbands-Pressemitteilung vom 20. Januar zitieren -, "dass weder von einem großflächigen Rückzug noch von einem Rückzug aus einzelnen Branchen der Kreditversicherung aus dem Ge-

schäft der Absicherung von Forderungsausfällen die Rede sein kann". - Zitatende.

Überhaupt nicht hilfreich und in völligem Widerspruch zu Ihrem Antrag steht die Erklärung des wirtschaftspolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion. Rainer Brüderle kritisierte die vom "Handelsblatt" am 17. April ins Gespräch gebrachten und zwischenzeitlich zum Teil bereits dementierten drei Varianten für den Einstieg des Bundes in das Kreditversicherungsgeschäft, nämlich: erstens selbst als Rückversicherer aufzutreten - das hat der Beamtete Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Dr. Walther Otremba noch am selben Tag ausgeschlossen -, zweitens Finanzmittel aus dem Wirtschaftsfonds bereitzustellen oder drittens die KfW mit eigenen Versicherungspolicen stabilisierend neben privaten Versicherungen agieren zu lassen. Dazu polterte Rainer Brüderle, der das Tätigwerden des Bundes als "Staatswirtschaft" bezeichnet hat, ebenfalls laut "Handelsblatt": "Wichtiger wäre es, für mehr Wettbewerb zu sorgen."

Da weiß offensichtlich die Linke nicht, was die Rechte tut. Auf jeden Fall sollten Sie dieses Hohe Haus künftig nicht mehr mit Anträgen behelligen, die sich bereits erledigt haben. Deswegen und nicht deshalb, weil wir die Probleme von Unternehmern mit den steigenden Kosten für Kreditversicherungen nicht sehen würden, werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Für die Fraktion der Freien Wähler erteile ich das Wort nun Herrn Kollegen Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist knapp zehn Jahre her, dass ein Immobilienzauberer namens Schneider die Bankenwelt durcheinanderbrachte. Es ist auch knapp zehn Jahre her, dass die Bundesrepublik Deutschland den Holzmann-Konzern vermeintlich vor der Pleite retten musste. Die Konsequenz dieser Aktionen war, dass die Banken bei der Kreditvergabe gegenüber dem Mittelstand zurückhaltender und ängstlicher wurden. Der Mittelstand musste die Versäumnisse und die Schieflage der Großen ausbaden. In dieser Situation sind wir jetzt wieder. Ob Sie große Kreditinstitute bis hin zu unserer Landesbank betrachten, ob Sie die großen Industriekonzerne betrachten: Deren Finanzprobleme schlagen jetzt mittelbar und unmittelbar auf den Mittelstand durch. Deswegen kann ich Ihre Analyse, Herr Dr. Kirschner, nur bestätigen. Sie ist richtig. Deswegen ist es auch richtig, sich dafür einzusetzen, dass dem Rückzug der Kreditversicherer entgegengewirkt wird.

Meine Damen und Herren, die Frage lautet aber: Wie wollen Sie das umsetzen? - Es wäre naheliegend, zu sagen, wenn wir schon ein staatliches Kreditinstitut haben, dann könnte dieses die Aufgabe übernehmen. Aber es ist doch eine gewisse Widersprüchlichkeit zu erkennen: Wenn man sich zum Beispiel auf Bundesebene vehement gegen die Verstaatlichung der Hypo Real Estate einsetzt und jeden staatlichen Einfluss auf das Kreditsystem zurückdrängen will, dann ist der vorliegende Antrag in der Tat überraschend.

Meine Damen und Herren, wir unterstützen den Antrag dennoch, weil wir ihn als Appell an die Kreditversicherer interpretieren, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. So interpretieren wir diesen Antrag. Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir heute einen Antrag der Freien Wähler zur Milchpreispolitik der großen Konzerne behandeln. Auch dieser Antrag ist ein Appell. Ich denke, Herr Dr. Kirschner, so ist auch Ihr Antrag zu verstehen. Als Appell können und müssen wir diesen Antrag unterstützen. Wir müssen aber auch so ehrlich sein, zu sagen, dass die Handlungsmöglichkeiten des Staates hier begrenzt sind. Es wäre aber gerade gegenüber dem Handwerk und dem Mittelstand ein fatales Zeichen, wenn wir sagen würden, der Bayerische Landtag lehnt dies ab. Ein gewisses Gewicht sollten wir dem Votum dieses Hauses schon beimessen. Wenn der Bayerische Landtag einen Appell ausspricht, dann ist das wohl schon etwas anders zu gewichten als ein Leserbrief oder ein Brief irgendeines Verbandes. Meine Damen und Herren, aus diesem Grund bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Wir werden es jedenfalls tun.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Ich darf Ihnen allen mitteilen, dass mittlerweile auch zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1257 von der FDP-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde. Das heißt, wir lassen den Timer laufen.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der ersten beiden namentlichen Abstimmungen dieses Tages mitteilen. Über den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN auf Drucksache 16/1256 wurde mit folgendem Ergebnis abgestimmt: Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 111 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den SPD-Antrag zu einem ähnlichen Thema, nämlich a.i.d.a., auf Drucksache 16/1267. Mit Ja haben 47 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 109 Abgeordnete. Es gab keine Enthaltung. Auch dieser Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Beratung fort. Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Eike Hallitzky für die GRÜNEN das Wort erteilen.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet diejenigen, die sich, solange die Sonne scheint, immer für den Staat als Nachtwächterstaat stark machen, der nicht ins heilige Marktgeschehen einzugreifen habe, dass weiter ausgerechnet diejenigen, die vor wenigen Wochen in der Debatte zur Regierungserklärung noch gesagt haben - ich glaube, es war Herr Kollege Hacker -, dass der Finanzmarkt einer der am dichtesten regulierten Märkte sei - Frau Kollegin Dr. Bulfon hat heute noch einen draufgelegt, indem sie sagte, die Finanzmarktkrise sei ein Problem von zu wenig Freiheit auf den Finanzmärkten -, dass also ausgerechnet die Wirtschaftsliberalen immer dann nach dem Staat und dem Feuerlöscher rufen, wenn es lichterloh brennt.

### (Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Tradition der Logik aus Absurdistan steht auch Ihr heutiger Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Der Sachverhalt, den Sie beklagen, stimmt. Das ist unstrittig. Der Markt der Kreditversicherer ist eingebrochen. Zugleich ist die Nachfrage gestiegen, weil gerade im Mittelstand die Nachfrage notwendigerweise größer geworden ist. Das Problem besteht darin, dass die Risikoprämien auf dem Markt - dem Markt, den Sie so hochhalten - für Kreditversicherungen mittlerweile so hoch sind, dass sie sich der Mittelstand nicht mehr leisten kann. Nur, liebe Wirtschaftsliberale: Was immer der Staat jetzt tun kann, ist wider den Marktmechanismus, weil der Marktmechanismus hier eben nicht zu akzeptablen Lösungen geführt hat und führt.

Die Varianten, die denkbar sind, hat Kollege Paul Wengert eben aufgeführt: Hermes-Bürgschaften - also: Rückversicherungen des Staates -, zusätzliche Finanzmittel des Bundes oder eigene Versicherungspolicen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau sind die wesentlichen. Warum aber sagen Sie in Ihrem Antrag nicht, wie Sie es denn umsetzen wollen,

# (Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

wie Sie aus der Kreditversicherungsklemme kommen wollen? - Der Grund ist ganz banal; auch das wurde kurz angesprochen, und ich zitiere auch noch einmal das "Handelsblatt" vom 17.04., noch einmal Ihren wirtschaftspolitischen Sprecher auf der Bundesebene, noch einmal Herrn Brüderle: "Die Bundesregierung setzt offensichtlich auf staatswirtschaftliche Lösungen."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann das Problem nicht lösen, indem man zusätzliche Entfesselungen des Marktes auslöst oder indem man zusätzliche Unternehmen auf den Markt bittet. Es ist kein Problem, das man auf dem Markt lösen kann, sondern man kann es nur mit dem Staat lösen. Das wollen Sie nicht, und das ist auch der wahre Grund, warum Sie bei Ihrer allgemeinen Forderung bleiben und gegen jede konkrete Lösung sind.

Das ist nämlich das Problem: Sie gefallen sich in der Rolle eines Menschen, der öffentlich nach der Feuerwehr ruft, und sprechen sich zugleich in Berlin gegen jede Variante von Löschen aus, egal ob mit Wasser oder Schaum.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist doppelzüngig, und deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen.

Der heute vorliegende Antrag ist aber nicht nur inhaltlich banal, sondern er ist auch von der Zeitachse her gesehen schlicht überflüssig, weil das Thema längst beim Bund ist. Auch Sie hätten wissen können, dass die Angelegenheit derzeit beim Bund unter Hochdruck geprüft wird. Das Thema ist längst auf der Tagesordnung; Sie hätten sich halt ein bisschen darum kümmern müssen, sich in Kenntnis setzen lassen sollen, dann hätten Sie auch gewusst, dass das Thema längst in Berlin ist.

Um also noch einmal bei dem Feuerwehrvergleich zu bleiben: Sie rufen nach der Feuerwehr, die schon längst am Brandherd ist, verweigern aber zugleich in Berlin alle Rettungsinstrumente.

Für so einen Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, kann man die Hand nicht heben; er ist überflüssig wie ein Kropf. Da kann man nicht dafür oder dagegen sein, da kann man sich nur entspannt zurücklehnen und sagen: Wir enthalten uns.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde**: Vielen Dank, Herr Kollege. - Als letztem Redner in dieser Debatte darf ich nun Staatsminister Martin Zeil das Wort erteilen.

### Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung ist dankbar, dass unsere Bemühungen, sich dieses Problems anzunehmen, im Rahmen dieser Debatte und durch den Antrag unterstützt werden. Interessant fand ich schon, dass sich eigentlich alle einig sind, wie wichtig das Thema ist, aber die Opposition - mit Ausnahme der Fraktion der

Freien Wähler - krampfhaft nach irgendeinem Weg sucht, dem Antrag nicht zustimmen zu können.

Die Erfahrungen, Herr Kollege Wengert, zeigen, dass es mit allgemeinen Appellen natürlich nicht allein getan ist. Ich weiß gar nicht, wie Sie auf die Idee kommen, hier einen Widerspruch zwischen der Haltung von Fraktionen auf der Bundesebene und der Landesebene zu konstruieren, weil im Antrag eben gerade nicht steht, dass in allererster Linie der Einstieg des Staates gefordert wird, sondern es geht darum, dass sich der Staat im Gespräch um das Thema kümmert.

Wenn Herr Kollege Hallitzky sagt, man habe sich den notwendigen Schritten auf Bundesebene verweigert, wundert mich das etwas, weil zum Beispiel meine Partei den Bankenschirm mitgetragen hat und wir alle wissen, dass in außergewöhnlichen Zeiten zum Teil auch außergewöhnliche Schritte erforderlich sind.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Wir sind uns, meine Damen und Herren, darüber im Klaren, dass sich die wesentlichen Kreditversicherer diesen Markt zum Teil in sehr großen Anteilen aufteilen. Es gibt hier leider zu wenig "Mitspieler" im Markt.

Bereits am 11. März haben wir bei mir im Hause mit hochrangigen Vertretern der Versicherungswirtschaft Gespräche geführt, um die Probleme für unsere betroffenen Unternehmen zu mildern und Lösungen auszuloten.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Unternehmen der Rückzug der Kreditversicherer eine erfolgreiche Konsolidierung erheblich beeinträchtigen kann. Wie wir erfahren haben, ist nicht auszuschließen, dass die Kreditversicherer die Lage eines Unternehmens falsch einschätzen. Es fehlt oft an einem Informationsaustausch und einer Kooperation zwischen Bank und Versicherung. Auch die Informationen seitens der Versicherungen selbst sind nicht immer ausreichend.

Deshalb haben wir bei dem Gespräch erreichen können, dass die Versicherungswirtschaft bei Vorlage begründeter Einzelfälle durch uns ihre Entscheidung noch einmal überprüft. Damit besteht Hoffnung, in Einzelfällen doch zu einer positiven Entscheidung der Versicherungen zu kommen.

(Zurufe von der SPD)

Sie sehen also, wir haben da nicht nur geredet, wir haben auch gehandelt. In diesem Sinne werde ich auch meinen Kollegen zu Guttenberg noch einmal anschreiben und ihn bei seinen Bemühungen unterstützen.

Aber lassen Sie mich darüber hinaus noch Folgendes sagen: Wir setzen hier auf eine verbesserte Kooperation zwischen allen Beteiligten. Was für die Kreditversicherer im Speziellen gilt, trifft auch auf die Kreditinstitute zu. Deshalb habe ich mich in den letzten Wochen nachdrücklich für eine Allianz der gesamten bayerischen Wirtschaft zur Sicherung der Mittelstandsfinanzierung eingesetzt. Die Allianz wurde gestern von Spitzenvertretern der bayerischen Kreditunternehmen, Bankenverbände, des Industrie- und Handelskammertages, des Handwerkstages und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft formell beschlossen.

(Zuruf von der SPD: Das ist alles nicht zur Sache!)

Wir konnten in einem Positionspapier wichtige Vereinbarungen treffen.

Meine Damen und Herren, wir haben - Herr Kollege Schöffel hat es bereits erwähnt - rechtzeitig den bayerischen Mittelstandsschirm errichtet, der eine ganz wichtige Stützung dieser strategischen Allianz darstellt.

In diesem Zusammenhang will ich abschließend darauf hinweisen, dass wir selbstverständlich über das hinaus, was wir heute besprochen haben, weitergehende Maßnahmen zur Sicherung der Mittelstandsfinanzierung brauchen. Wir müssen zum einen die bestehenden Regelwerke verbessern, um zukünftigen Finanzkrisen vorzubeugen, aber zum anderen jetzt auch schnell und entschlossen die bilanz- und aufsichtsrechtlichen Vorschriften auf den Prüfstand stellen, von denen eine krisenverschärfende Wirkung ausgeht.

Wenn wir dies alles zusammen tun, auch im Sinne dieses Antrags, dann können wir konkret Schritte für die Stärkung der Mittelstandsfinanzierung erreichen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit Beantragung der namentlichen Abstimmung sind erst etwa zehneinhalb Minuten vergangen. Wir müssen also noch etwa fünf Minuten warten, bis wir in die Namentliche Abstimmung eintreten können. Aus diesem Grunde rufe ich die nächsten Tagesordnungspunkte auf. Mir bleibt keine andere Wahl, wenn wir keine Zeit verlieren wollen.

Ich schließe erst einmal die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt, da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, und zur Abstimmung kommen wir später.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Gerhard Eck, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Thomas Dechant, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP)

Hilfe für die Fischereiwirtschaft und gefährdete Fischbestände (Drs. 16/1258)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FW)

Schutz der heimischen Fischereiwirtschaft vor erheblichen Schäden durch Kormorane! (Drs. 16/1266)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD) Hilfe für Fischer und Teichwirte ohne Aufweichung der gültigen Kormoranverordnung (Drs. 16/1272)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Steiner. Ich bitte um Ihre Antragsbegründung. - Entschuldigung! Zunächst ist Frau Brendel-Fischer aufgerufen. Bitte schön. Die Mitteilung kam eine Sekunde zu spät beim Präsidium an.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine der wesentlichen Herausforderungen in unserer Arbeit hier besteht darin, dass wir ökologische und ökonomische Interessen in den unterschiedlichsten Politikfeldern in Einklang bringen. Dringend erforderlich erscheint dieses Anliegen aktuell im Bereich unserer bayerischen Flüsse und Seen. Hier hat sich in den letzten Jahren in vielen Regionen des Freistaates eine Kormoran-Population entwickelt, die eine Regulierung unbedingt erforderlich macht.

(Beifall bei der CSU)

Hauptgrund dafür ist der fehlende natürliche Feind des Vogels, der pro Tag immerhin ein halbes Kilogramm Fisch vertilgt. EU-weit gibt es mittlerweile eine Million Kormorane; diese fressen circa 500 Tonnen pro Tag.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Von dieser Spezies haben wir allein im Winter circa zweieinhalbtausend in Ober- und Mittelfranken und dar- über hinaus auch in allen anderen Regionen des Freistaats. Ein Beispiel aus dem Aischgrund: Ein Teichwirt berichtet mir von 40.000 eingesetzten Karpfen, von denen er dann schließlich 17.000 aus den Teichen entnehmen und vermarkten konnte. Das bedeutet 35 Cent

pro verlorenen Fisch und es mindert die Chance, dass teichwirtschaftliche Anlagen weitergeführt werden.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das wiederum bringt nachteilige Folgen für unsere Gastronomie mit sich, die mit heimischen Fischspezialitäten lockt und auch den Fremdenverkehr bereichert. Das beliebte Tourismusangebot der Fliegenfischerei beispielsweise in der Fränkischen Schweiz könnte bald der Vergangenheit angehören, wenn die Fische fehlen.

Bei einer am Tag des Wassers über 150 m durchgeführten Elektroabfischung an der Wiesent wurden sieben Bachforellen und zwei Bachsaiblinge gefangen. Alle Fische waren durch Kormoranattacken verletzt. Normalerweise findet man hier den zehnfachen Fischbesatz, vor allem auch die unter Schutz stehende Äsche.

Im vergangenen Jahr wurde die bestehende Kormoranverordnung im Landtag vereinfacht und in eine artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung umgewandelt. Wir wollen nichts aufweichen, sondern wir wollen Änderungen im Vollzug ermöglichen, die zum einen den Schutz der Fischfauna verbessern und zum anderen den immensen Schaden der Teichwirtschaft reduzieren sollen.

Derzeit haben wir in Bayern über 3.000 Betriebe, die 7.500 Tonnen Forellen und über 8.000 Betriebe, die 6.000 Tonnen Karpfen erzeugen. Jeder Teich ist auch ein wertvolles Ökosystem, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben davon 20.000 Hektar in Bayern. Diese mit Netzen zu überspannen, na, viel Spaß!

Unsere Fraktion legt im Übrigen großen Wert darauf, dass die notwendigen Ausnahmeregelungen in Gebieten mit besonders hohem Kormoranbestand ohne aufwendige Formalitäten rascher und wirkungsvoller greifen.

Dies betrifft hohe Kormoranbelastungen an Teichen, Seen und Fließgewässern gleichermaßen und ist in Naturschutzbereichen und europäischen Vogelschutzgebieten zu ermöglichen. Der für diese Gebiete vorgesehene Abschusszeitraum bis zum 14. März muss auf regionaler Ebene gegebenenfalls auch erweiterbar sein, so wie dies bereits durch die Allgemeinverfügungen in Teilen Mittelfrankens und der Oberpfalz umgesetzt wurde. Deren Auswirkungen müssen wir alle konsequent beobachten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Einzelfallentscheidungen müssen unbürokratischer als bisher zu treffen sein. Sieben Seiten lange Genehmigungen für zehn Abschüsse, die innerhalb weniger Tage ausgeführt sein müssen, so stellen wir uns das künftig nicht mehr vor.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Im Übrigen wird auch die Entsorgung nicht mehr über Tierverwertungsanstalten erfolgen müssen, was pro Tier beispielsweise in Oberfranken mit sieben Euro Kosten für den Teichwirt verbunden ist.

Die Eindämmung von Brutkolonien, insbesondere deren Neuentstehung ist uns ein weiteres wichtiges vorbeugendes Anliegen. Und - das zum Antrag der Freien Wähler - Schusslinien werden bei uns nicht nachgemessen. Ich habe mir von Experten sagen lassen, dass sich der schlaue Kormoran am leichtesten in dem Moment schießt, wo er aus dem Wasser auftaucht. Da ist es besser, man ist näher dran.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Diese 300 m-Erweiterung ist also nicht notwendig.

Und noch ein Wort an SPD und GRÜNE gerichtet: Selbst im Naturschutz engagierte Kreisgruppen, die eigene Teiche betreuen, teilen unsere Position und sehen das Überhandnehmen des Kormorans auch als nicht mehr hinnehmbar an.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Naturschutz hört nicht an der Wasseroberfläche auf; ein alter Spruch! Auch die heimischen Fischarten müssen wir im Auge behalten.

(Beifall bei der CSU)

Wohl deshalb wurde der Kormoran aus dem Anhang der EG-Artenschutzverordnung gestrichen und damit gewissermaßen auch von seiner Bedeutung her etwas abgewertet.

Unser Antrag - darauf lege ich Wert - ist kein pauschaler Rundumschlag, sondern soll vor allem der individuellen Belastung einzelner Regionen besser gerecht werden.

Das Schweizer Modell ist uns kein Vorbild, weil es naturschutzfachlich nicht standhält. Aktionistische Programme für Geschädigte durch einen nachträglichen finanziellen Nachteilsausgleich finde ich mehr als umständlich und lächerlich. Das sehen wir nicht als zielführend an. Nein, wir schauen der Kormoranentwicklung nicht untätig zu, sondern handeln jetzt, sodass der akute Schadensfall im kommenden Winter nicht mehr auftritt. Wir wollen eine Win-Win-Situation für die Teichwirtschaft, für die Fischer und für die Natur. Deshalb stimmen Sie unserem, dem meines Erachtens besten Antrag zu.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD: Zweitbester Antrag!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich unterbreche nun kurz die Debatte zu diesem Dringlichkeitsantrag und komme zurück zum Antrag auf Drucksache 16/1257 betreffend Rückzug der Kreditversicherer, Antrag der FDP-Fraktion. Hier war namentliche Abstimmung beantragt. Die Wartezeit von 15 Minuten ist um. Wir haben wieder die gläsernen Urnen bereitstehen, so dass wir in die namentliche Abstimmung eintreten können. Wir haben noch eine Sekunde - ich eröffne die Abstimmung. Wir nehmen uns fünf Minuten Zeit, um über diesen Antrag namentlich abzustimmen.

(Namentliche Abstimmung von 15.37 bis 15.42 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Ich schließe damit die Abstimmung und bitte Sie die Plätze wieder einzunehmen.

Wir fahren fort im angefangenen Tagesordnungspunkt 6. Nächster Redner ist der Kollege Glauber für die Fraktion Freie Wähler.

Thorsten Glauber (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren! Es ist Zeit geworden, dass Sie als Staatsregierung, dass Sie als CSU das Thema, das Sie seit Jahren vor sich herschieben, endlich in einen Antrag gefasst haben.

(Reinhard Pachner (CSU): Das kennen wir doch schon lange!)

- Es ist schön, wenn Sie es kennen. Aber gehandelt haben Sie nicht. Umso besser, dass Sie jetzt einen Antrag gestellt haben, nachdem wir Freien Wähler das Thema vorangebracht haben. Das freut mich.

Ich hatte letzte Woche ein Gespräch mit der Regierung bei uns in der Region. Die Regierung hat gesagt: Wir handeln, aber wir haben keine Rückendeckung.

(Gerhard Eck (CSU): So ein Quatsch!)

Die Rückendeckung bekommen sie heute.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Wir von den Freien Wählern haben einen Antrag eingebracht, der auf vier Punkte aufgebaut ist. Erstens: Wir brauchen eine Überarbeitung der Haltungsziele in europäischen Vogelschutzgebieten. Wir haben in sieben Regionen in Bayern den Kormoran noch als schützenswert im Erhalt. Wir haben auf europäischer Ebene in SPA-Gebieten eine Rückstufung. Da stellt sich schon

die Frage: Wieso müssen wir ihn in Bayern dann noch als schützenswert einstufen?

Zweitens: Wir von den Freien Wählern fordern eine Ausweitung des Abschussradius. Wenn die Kollegin Brendel-Fischer meint, dass es sinnvoll ist, nah am Wasser und flach zu schießen, muss ich sagen, das ist absolut unwaidmännisch. Das zeugt nicht von besonders viel Ahnung, wie man einen solchen Vogel bejagt.

Das Dritte: Wir haben eine Überarbeitung der Allgemeinverfügung wie Sie auch in Ihren Ausführungen. Wir brauchen eine einheitliche Regelung. Momentan ist es so, dass jede Regierung - Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, und Oberbayern bastelt auch an einer - eigene Regelungen hat.

Das Vierte: Wir brauchen eine dauerhafte Lösung. Wir haben 22.000 Vögel, die im Winter durch Bayern ziehen. Wenn wir keine einheitliche Regelung kriegen, werden wir das Problem in Bayern nicht lösen. Wenn Sie einen Kormoran erschossen haben, kommt der nächste und besetzt diesen Platz. Es ist doch klar: Wir brauchen eine einheitliche Lösung. Wenn Sie das nicht begreifen wollen, dann lassen Sie es.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler - Gerhard Eck (CSU): Wenn Sie was davon verstehen würden!)

Minister Söder hat im Aischgrund bei den Teichgenossenschaften, die die Proteste eingebracht haben, erklärt: Ihr könnt darauf zujagen, wir machen hier eine Musterregion. - Man kann schon so eine Aussage treffen. Das betrifft jetzt auch die Kollegen der SPD: Im Aischgrund grenzt Mittelfranken an Oberfranken. Auf oberfränkischer Seite haben wir FFH-Gebiete, Naturschutzgebiete und SPA-Gebiete. Da hat ein und derselbe Teichbauer auf mittelfränkischer Seite zehn Teiche und auf oberfränkischer Seite zehn Teiche. Auf oberfränkischer Seite ist er im SPA- und Naturschutzgebiet, da darf er nicht jagen. Auf mittelfränkischer Seite darf er jagen. Sie müssen einem Bauern erst einmal erklären, welchen Sinn das hat. Nur weil sich damals die Regierungen bei der Ausweisung der Naturschutzgebiete nicht einigen konnten, haben wir an den Grenzen Gebiete, die überhaupt nicht logisch definiert sind. Das ist für die Bürger auch nicht verständlich. Dort brauchen wir eine einheitliche Regelung.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir haben Bereiche in der Wiesent mit Esche, Barbe, Rutte, Aal. Die wollen Sie mit Netzen, mit Leinen, mit was weiß ich was überspannen. Viel Spaß dabei! Der Kormoran hat in seiner Population absolut überhand genommen. Unsere Fischbestände in der Fränkischen Schweiz sind für uns ein wichtiges regionales Erhaltungsgut. Wir müssen dafür kämpfen, dass das in ganz Bayern so bleibt. Wenn wir wert auf unsere Kulturlandschaft in Bayern legen, dann brauchen wir den Schutz unserer Teichwirte und unserer Fischwirtschaft.

Noch zu den Kolleginnen und Kollegen der CSU. Ich denke, Sie werden unseren Antrag wie immer ablehnen. Damit können wir leben. Wenigstens ist der Antrag gekommen und wir kriegen eine Entscheidung für die Teichbauern. Danke schön.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer**: Vielen Dank, Herr Kollege Glauber. Nächster Redner ist Kollege Wörner für die Fraktion der SPD.

**Ludwig Wörner** (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte beinahe gesagt: Alle Jahre wieder fliegt ein Vogel über den Teich.

(Hubert Aiwanger (FW): Drum gehört er abgeschossen!)

- Ein bisschen ernster sollte man die Sache schon nehmen.

Für mich ist die Diktion der einzelnen Anträge interessant. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie mir nicht böse. Ich weiß, jetzt kommt gleich ein Aufschrei. Aber Sie sollten schon einmal darüber nachdenken. Sie verwenden gegenüber einem Lebewesen in Ihrem Antrag den Begriff "abschießen". Das kann man machen. Aber, meine Damen und Herren, wenn man tiefer darüber nachdenkt, könnte fast der Verdacht entstehen, man löst alles mit der Knarre in der Hand. Wenn wir ein Problem haben, nehmen wir die Knarre und lösen das Problem. Wenn das Ihr Ansatz ist, dann mag das so sein, unser Ansatz ist es nicht. Darüber bitte ich einmal nachzudenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Zweites. Wenn Sie unseren Antrag genau lesen, dann stellen Sie fest, dass wir uns sehr differenziert mit dem Problem auseinandersetzen. Wir erkennen sehr wohl die Not der Teichwirte, schlagen aber auch etwas vor. Das heißt nicht schießen, denn wir wissen genau- und wenn Sie sich intensiver mit der Sache beschäftigen, müssten Sie es auch wissen -, dass schießen nichts nützt, weil der Nachzug so heftig ist. Das heißt, Sie müssen mit dem Schießen in den Nordländern beginnen oder große Netze spannen, damit die Kormorane nicht durchkönnen. Sonst haben Sie sofort den Nachzug, weil die abgeschossenen Vögel sofort ersetzt werden.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer**: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nein, weil wir keine Zeit haben!)

**Ludwig Wörner** (SPD): Im Moment nicht, weil wir die Zeit nicht haben.

Ein Drittes will ich Ihnen zum Thema Teichwirte sagen. Fahren Sie in die Pupplinger Au. Dort hat die Landeshauptstadt München eine relativ große Fischzucht. Dort kann man Ihnen beweisen, dass man sehr wohl mit technischen Maßnahmen, zum Beispiel mit Selbstschussanlagen, die in regelmäßigen Abständen Krach machen, das Tier vergrämt. Ich habe Ihnen gesagt, ich empfehle Ihnen, sich das anzusehen, weil Sie es sonst sowieso nicht verstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dort sind Netze gespannt, und das funktioniert sehr wohl. Das gilt für die Teichwirtschaft.

Die Seefischer sollen gelegentlich selbst überprüfen, wie groß die Löcher ihrer Netze sind. Was sie nämlich in den letzten Jahren betrieben haben, war das Herausholen von zu kleinen Fischen. Da soll man nicht erzählen, dass der Kormoran das alles weggefressen hat. Kormorane - das ist wissenschaftlich bewiesen - fressen in erster Linie den Weißfisch, den eigentlich keiner mag.

Jetzt komme ich noch zu den Sportfischern, die meistens am allerlautesten mit diesem Thema umgehen. Ich verstehe, dass die Sportfischer verärgert sind, wenn die Fische, die sie einsetzen, ihnen dann weggefressen werden. Liebe Sportfischer, sehen Sie es ein bisschen sportlich. Machen Sie einen Wettbewerb auf zwischen Ihnen und den Kormoranen. Wer schneller ist, der fängt die meisten Fische. Da muss man also schon genauer hinschauen. Ich sage Ihnen auch: Leben und leben lassen gehört auch in der Natur dazu. Nicht umsonst ist der Kormoran unter Schutz gestellt worden.

(Beifall bei der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Also noch einmal, unser Angebot an die Teichwirte ist: Wir sollten gemeinsam mit dem Umweltministerium versuchen, zum Schutz der Teiche ein Förderprogramm aufzulegen. Das kann aber nicht heißen, Munition zu kaufen. Das wird nicht funktionieren, das wissen Sie ganz genau. Das kann vielmehr heißen, Netze zu spannen und diese Vergrämungs- und Schussanlagen aufzustellen, die immer wieder Lärm erzeugen, der diese Viecher aufscheucht und vertreibt.

Noch einmal zu der Frage, welche Genehmigungen es da gibt: Wir haben eine Ausnahmegenehmigung zum Schießen. Diese Genehmigung ist unserer Meinung nach in diesem Haus über alle Parteien hinweg diskutiert und einhellig gebilligt worden. Das heißt, wir haben schon eine Regelung, die weiter geht, als das europäische Schutzgesetz eigentlich zulässt. Darum ist meine Frage: Wohin wollen Sie eigentlich? Sagen Sie doch dann gleich, Sie wollen das Vieh nicht haben, Sie wollen es ganz weg haben und ausrotten. Das haben wir schon einmal zu verhindern versucht. Das ist uns auch gelungen. Jetzt müssen wir schauen, wie wir gemeinsam in der Natur mit diesem Tier, mit diesem Lebewesen umgehen können, um sicherzustellen, dass es überleben kann, aber auch, um den Teichwirten zu helfen, deren Existenz zwar nicht bedroht, aber schon in Schwierigkeiten ist. Wir müssen mit technischen Maßnahmen zu verhindern versuchen, dass das Problem übergreift.

Meine Damen und Herren von der CSU, ich darf Ihnen schon einmal eine Frage stellen: Seit wann stiften Sie die Leute, die nach Ihrer Meinung diese Vögel schießen sollen, dazu an, Rechtsbruch zu begehen, indem Sie sagen, die Kormorane bräuchten nicht in Tierverwertungsanstalten entsorgt zu werden? Wo wollen Sie sie dann entsorgen? Jede Katze, die verstirbt, müssen Sie in einer Tierverwertungsanstalt entsorgen. Sie schreiben - völlig rechtswidrig und zum Rechtsbruch auffordernd - in Ihren Antrag hinein, den Kormoran können Sie irgendwo beiseite räumen.

(Zuruf von der CSU)

- So steht es da drin. So kann mit dem Recht nicht umgehen. Das ist Rechtsbeugung, zu der Sie auffordern, eindeutig.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden Verständnis dafür haben, was ich gesagt habe: dass wir gerne bereit sind, den Fischerinnen und Fischern und Fischteichwirten zu helfen, aber nicht mit dem Gewehr in der Hand, sondern mit anderen Maßnahmen, die im Wesentlichen besser geeignet sind, als die Tiere zu bejagen. Die Tiere sind nämlich gelegentlich ein bisschen gescheiter als man meint; denn sie hocken häufig außerhalb der Schussweite, sobald sie wissen, dass geschossen wird. Daher glauben wir, dass Ihre beiden Anträge nicht zielführend sind. Lassen Sie uns gemeinsam mit dem Umweltministerium für Schutzmaßnahmen sorgen. Lassen Sie uns von mir aus ein Förderprogramm für die Teichwirte auflegen und Netze verwenden. Aber lassen Sie uns sicherstellen, dass in Bayern dieser Vogel ebenso wie alle anderen auch ein Lebensrecht hat.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer**: Herr Kollege Wörner, nachdem Sie bei der ersten Zwischenfrage Nein gesagt haben, habe ich angenommen, dass Sie keine weiteren zulassen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie haben richtig angenommen!)

Herr Steiner hat eine Zwischenbemerkung. Herr Wörner, vielleicht kommen Sie doch noch einmal kurz an das Rednerpult.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege Wörner, Sie leiden unter diesem Knut-Syndrom. Alles, was kuschelig, weich und warm ist, ist schützenswert; alles das, was unter der Wasseroberfläche ist, nicht. Sind Ihnen die Untersuchungen und Gutachten von Professor Schuhbeck und der Fischereifachberatung des Bezirks Oberbayern bekannt, wonach übergroße Kormoranbestände dazu führen, dass seltene Fischarten in unseren Fließgewässern in Bayern vom Aussterben bedroht sind? Sie beklagen, in unserem Antrag sei die Rede vom Abschießen. Ich lese Ihnen Ihre Anträge in Bezug auf den Schutz des Bergwaldes und das Abschießen der Rotwildbestände vor. Man kann nicht hier so und dort nicht anders argumentieren. Ich empfehle Ihnen noch einmal, sich bei der Fischereifachberatung der Bezirke zu erkundigen. Der Bezirk Oberbayern versucht jedes Jahr, im Chiemsee den Perlfisch einzusetzen; er produziert Fischfutter. Was hier produziert wird, ist Vogelfutter, und das ist ein Riesenproblem. Der wirtschaftliche Schaden - übrigens auch für die Berufsfischer am Chiemsee - ist das eine. Aber es geht auch um den Artenschutz. Keiner redet von Fischarten, die klammheimlich verschwinden und die für die Wissenschaftler wichtige Indikatoren für die Gewässergüte sind. Das sollten Sie sich auch einmal merken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Ludwig Wörner** (SPD): Herr Kollege, jetzt bezeichne ich Sie als einen Heuchler,

(Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

und zwar aus folgendem Grund: Wir sagen, der Kormoran muss genauso wie andere Tiere geschützt sein und darf nicht abgeschossen werden. Wenn Sie hier Ihren gesetzlichen Auftrag "Wald vor Wild" ernst nähmen - den haben Sie gerade angesprochen, wir haben hier "Wald vor Wild" festgelegt -, dann müssten Sie wesentlich mehr darauf achten, dass in Wäldern, gerade in Bergwäldern, die geschützt werden, mehr geschossen wird, als bei den Kormoranen, die gelegentlich einen Fisch herausholen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zuruf von der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor wir zum nächsten Redebeitrag kommen, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hacker, Dr. Kirschner, Dechant u.a. und Fraktion, betreffend Rückzug der Kreditversicherer verhindern, Drucksache 16/1257 bekannt: Mit Ja haben 105 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 29; es gab 16 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir fahren in der Sitzung fort. Für die Fraktion der FDP hat Herr Kollege Dechant das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Dechant (FDP): Sehr verehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir jetzt viel vom Schießen gehört haben, möchte ich als Allererstes mit etwas beginnen, was ich als FDPler eigentlich ein bisserl ungern tue: Ich möchte als Erstes die Freien Wähler und auch die SPD loben, dass sie das Problem erkannt haben, das wir in diesem Lande mit dem Kormoran haben.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir schon lange Jahre!)

Nichtsdestotrotz ist es natürlich so, dass ich die in den Anträgen der beiden Fraktionen angesprochenen Maßnahmen für nicht ausreichend halte. Dies sind Dinge, die wir nicht in der Hand haben.

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD möchte ich sagen: Ich fände es irgendwie lustig, wenn wir ihn umsetzen würden, weil es schön wäre, wenn unser Bayern bunter werden und es dann überall blinken würde, wenn wir überall Netze hätten und es aufgrund der akustischen und optischen Warneinrichtungen überall piepsen und pfeifen würde. Aber damit werden wir nicht weiterkommen.

Herr Kollege Steiner hat es eben gesagt: Wir haben ein Problem, das nicht nur die Fischereiwirtschaft betrifft. Wir haben bei uns in Bayern nicht nur wirtschaftliche Schäden, sondern es geht auch darum, dass das, was wir betreiben, auch Artenschutz ist. Wir haben in Fließgewässern Fische, die vom Aussterben bedroht sind. Wir haben hier einen dringenden Handlungsbedarf. Es kann schon sein, dass das jedes Jahr diskutiert wird. Wir sind hier, und wir müssen jetzt handeln, um dort eine Besserung zu erreichen. Wir müssen dort ökologisch handeln und unsere bedrohten Fischarten entsprechend schützen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Es gilt, alle Tiere gleichwertig zu schützen. Wir haben nicht nur die Aufgabe, die Vögel, sondern auch die Fischarten zu schützen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da muss man zum Beispiel die Donau frei fließen lassen!)

- Wir reden hier über den Kormoran. Das ist ein anderes Thema.

Des Weiteren ist es hier auch so, dass mit unseren Maßnahmen ein Stück weit auch Bürokratieabbau einhergeht. Wir alle reden über Bürokratieabbau. Auch dort gehen wir ein Stück weit in diese Richtung.

Was den Antrag der Freien Wähler betrifft, wurde, wie gesagt, das Problem erkannt; wunderbar. Sie bekommen von mir dafür ein dickes Lob. Aber wir müssen uns auf Lösungen und auf Maßnahmen konzentrieren, die wir in Bayern direkt beschließen und auch umsetzen können. Das Problem ist dringend. Deshalb werden wir unserem Antrag logischerweise zustimmen und Ihren Antrag sowie den Antrag der SPD ablehnen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer**: Für die Fraktion der GRÜNEN hat Herr Dr. Magerl das Wort, bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist weiß Gott nicht die erste Debatte zu diesem Thema. Ich bin kein Prophet. Trotzdem sage ich Ihnen, es wird sicherlich nicht die letzte Debatte darüber sein, dass es so ist, wie die Kollegin vorhin gemeint hat. Es wird nicht der Fall sein, dass wir damit das Problem lösen.

Ich möchte aus meiner Sicht als gelernter Ornithologe und Inhaber eines Fischereischeins auf Lebenszeit einiges von dem, was hier gesagt worden ist, zurechtrücken. Ich kenne beide Seiten. Ich bin an Projekten in München beteiligt, bei denen Karpfenteiche bewirtschaftet werden und wo wir acht Tonnen Ertrag im letzten Jahr hatten und das neben der größten Kormorankolonie in Bayern; das nur als Vorrede.

Hier wurde die Zahl von 500 Tonnen täglich genannt. Das ist eine Zahl aus dem Märchenland, die wir völlig vergessen können. Seit Erlass der Kormoranverordnung Mitte der 90er-Jahre sind in Bayern nach offiziellen Zahlen des Landwirtschaftsministeriums respektive des Umweltministeriums 59.094 Kormorane geschossen worden, davon 2.736 Exemplare in Schutzgebieten, die eigentlich von der Verordnung ausgenommen

worden sind. In die Bestände der Kormorane wurde also schon in der Vergangenheit in ganz erheblichem Umfang eingegriffen. Es handelt sich dabei durchaus um 4.000 bis 7.000 offiziell geschossene Kormorane pro Winter. Wer sich die Mittwinterbestandserfassungen - das sind auch wieder Zahlen des Umwelt- und des Landwirtschaftsministeriums - anschaut und die Anzahl der geschossenen Tiere, wird feststellen, dass die Werte teilweise bei über 100 % liegen. Die Tiere werden also geschossen, von außen kommen Zuwanderer, und der Effekt ist eher gering. Die Mittwinterzahlen schwanken zwischen 6.000 und 8.000 Stück. In den letzten fünf Jahren sind diese Bestände von 8.000 auf 6.000 zurückgegangen, also deutlich nach unten gegangen.

Wir wissen in der Tat nicht, was in den natürlichen Gewässern alles unter Wasser geschieht; ich wüsste gerne mehr. Da gibt es große Wissenslücken. Nicht nur der Kormoran ernährt sich unter Wasser, sondern auch etliche Fischarten leben unter Wasser von anderen Fischarten. Da gibt es noch große Dunkelziffern. Aus den Angaben des Bayerischen Agrarberichts zur Seenfischerei - das ist sehr interessant - geht hervor, dass wir im Jahr 2000 jährlich einen Ertrag von 250 Tonnen hatten. Laut Agrarbericht 2008 ist der Ertrag auf 400 Tonnen angestiegen. So dramatisch kann also die Entwicklung nicht sein.

Die Zahlen für die Karpfenwirtschaft ergeben für 2000 einen Ertrag von 5.700 Tonnen in Bayern, für 2008 einen Ertrag von 6.000 Tonnen. Die Zahlen ergeben also auch keinen Rückgang, sondern einen leichten Anstieg. Hier wird leichtfertig behauptet, Schäden würden im großen Umfang auftreten. Sie können aber nicht so gigantisch sein, wie das manchmal in Kampagnen vorgetragen wird. Wir müssen uns gewiss bei einigen Fischarten, die auf der Roten Liste stehen, Gedanken machen, zum Beispiel über die Äsche, aber wir können nicht so monokausal argumentieren, wie Sie das hier tun.

Es gibt verschiedene Ursachen. Wir müssten zum Beispiel mit Hilfe der Wasserrahmenrichtlinie an die Wiederherstellung des guten Gewässerzustandes mit entsprechenden Schutzprogrammen herangehen. Das aber, was Sie hier vorhaben, nämlich fast eine Bejagung von Kormoranen rund um die Uhr, kann's nicht sein. Sie wollen bei den Jungvögeln eine ganzjährige Abschussmöglichkeit. Wie wollen sie denn da eine Unterscheidung treffen? Das frage ich Sie als Ornithologe und nicht als Fischereiberechtigter. Weiter wollen Sie in Ihrem Antrag eine verlängerte Abschussmöglichkeit für nichtbrütende Altvögel bis zum 30. April. Die Brutzeit beginnt im März. Wie wollen Sie denn im April entscheiden, ob ein Altvogel ein Nichtbrüter oder ein Brüter ist? Wie wollen Sie das in der Praxis machen? Was Sie hier

vorschlagen, ist völlig hanebüchen. Was Sie hier tun, ist Wahlkampf vor der Europawahl, und Sie schielen dabei auf die rund 200.000 Angelfischer in Bayern. Das tun sowohl die Freien Wähler als auch die CSU und die FDP. Das ist ein billiges Manöver. Wir werden beide Anträge ablehnen; dem SPD-Antrag werden wir zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Magerl. Meine Damen und Herren, ich darf Ehrengäste auf der Tribüne begrüßen. Ich heiße den Präsidenten des Parlaments der Republik Kroatien, Herrn Luca Bebic, und seine Delegation sehr herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Gäste, über Ihren Besuch freuen wir uns sehr. Sie besuchen in diesen Tagen den Freistaat Bayern und führen Informationsgespräche mit Vertretern des Landtags, der Staatsregierung und der Bayerischen Wirtschaft. Dazu wünsche ich Ihnen einen angenehmen und interessanten Aufenthalt in München und alles Gute für Sie persönlich und die Republik Kroatien.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf bekannt geben, dass die Fraktion der Freien Wähler eine namentliche Abstimmung über ihren Dringlichkeitsantrag beantragt hat.

Dann können wir mit dem nächsten Redner fortfahren. Das ist Kollege Steiner für die CSU.

Klaus Steiner (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Kormorane nimmt an den Fließgewässern, den Seen und Teichen in Bayern deutlich zu. Ich will jetzt weniger auf die wirtschaftlichen Probleme eingehen. Es wurde übrigens nicht erwähnt, dass auch viele größere Fische von den Kormoranen verletzt werden, die dann verenden und unbrauchbar sind. Mit geht es vielmehr um den ökologischen Aspekt. Lieber Kollege Magerl, ich nehme an, dass Sie schon die fachliche Qualifikation der Fischereifachberatung des Bezirks Oberbayern kennen. Als langjähriger Bezirksrat war ich auch mit diesen Themen intensiv befasst. Es geht nicht nur um ein bisschen Gefahr für die Fischfauna in unseren Gewässern, sondern es gibt Gewässer, die von Fischen völlig leer sind. Es geht um die Äschenbestände und auch um kleine Fischarten, die kein Mensch kennt und die keinen Menschen interessieren.

In anderen Bereichen fordern wir Schutzmaßnahmen. So fordern wir zu Recht, zum Schutz des Bergwaldes

die Abschusszahlen von Schalenwild, Rehwild und Rotwild zu erhöhen. Die Fischfauna unter Wasser ist aber von wenig Interesse. Das kritisiere ich scharf. Wir können nicht einfach zusehen, wie unsere Gewässer fischleer werden, und unsere Gewässer ökologisch aufgeben.

Ich bitte nochmals um Zustimmung zum Antrag der CSU. Der Antrag der Freien Wähler übersieht genau diesen ökologischen Aspekt. Meine Damen und Herren Kollegen der Freien Wähler, es gibt sehr wohl Gewässer, die fischleer sind, und zwar nicht wegen irgendwelcher anderer Einflüsse; das sind saubere Gewässer. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Den Ausführungen zum Antrag der SPD ist nichts hinzuzufügen. Man kann nicht sämtliche Weiher und Fließgewässer überdachen. Man muss auf die Situation der Berufsfischer am Chiemsee hinweisen, die beträchtliche Einbußen haben. Herr Wörner, es ist eben nicht so, wie Sie sagen, dass von den Kormoranen nur ein bisschen Weißfisch gefressen wird, sondern es werden auch hochwertige Fische gefressen. Es stimmt, was Frau Kollegin Brendel-Fischer gesagt hat, dass nämlich der Kormoran ungefähr ein Pfund Fisch am Tag braucht und darüber hinaus noch viele Fische verletzt und tötet. Ich bitte Sie, dem Antrag der CSU zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer**: Vielen Dank, Herr Kollege Steiner. Nun folgt die Stellungnahme der Staatsregierung, Herr Staatsminister Dr. Söder, bitte.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat diskutieren wir jetzt über ein sehr wichtiges Thema, das sehr viele Menschen bewegt. Die entscheidende Frage ist - das hat man aus den vielen Beiträgen auch ersehen -, wie weit es in der praktischen Umsetzung gelingt, eine ökologische Balance zu halten und ein Gleichgewicht von unterschiedlichen Zielsetzungen im Naturschutz zu erreichen. Auf der einen Seite haben wir eine immer stärker wachsende Kormoranpopulation - das ist unbestritten, Herr Kollege Magerl - trotz aller Maßnahmen, die über die letzten Jahre hinweg ergriffen wurden. Herr Kollege Wörner, das waren Maßnahmen unterschiedlichster Natur. Man hat zu Maßnahmen ohne Abschuss gegriffen, es wurde aber auch mit Möglichkeiten des Abschusses gearbeitet. Obwohl wir in Bayern höhere Abschusszahlen haben, ist der Zuzug enorm. Auswirkungen nicht nur auf die Teichwirtschaft, sondern auf die Flussstruktur und die gesamte ökologische Balance sind unbestritten.

Herr Dr. Magerl hat selbst zugegeben, dass wir deshalb bei bestimmten Fischarten erhebliche Probleme haben und uns daher überlegen müssen, wie wir den Schutz voranbringen. Das hat nichts mit der Wasserrahmenrichtlinie zu tun. Wenn Fische mit entsprechenden Malen gefunden werden, liegt das nicht an der Wasserrahmenrichtlinie, sondern am Kormoran.

Lieber Herr Kollege Glauber, Sie sind neu im Landtag. Deshalb ist es völlig in Ordnung, wenn Sie glauben, alles hätte mit Ihrem Einzug in den Landtag begonnen. Ich muss Ihnen aber - wie Herr Kollege Dr. Magerl sagen, dass dieses Thema einen längeren Vorlauf hat und bereits seit Jahren diskutiert wird. Die CSU-Fraktion hat sich mit dieser Frage sehr intensiv beschäftigt und überlegt, wie eine effektive, auf den bisherigen Erfahrungen beruhende, sinnvolle, vernünftige und dem Naturschutz entsprechende Regelung gefunden werden könnte. Das ist nicht ganz einfach, weil es unterschiedliche Zielfragen gibt. Was jetzt gemacht wird, ist keine Aufweichung, sondern eine Weiterentwicklung aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre. Verschiedene Maßnahmen wurden ergriffen. Einige haben sich nicht als nützlich erwiesen. Deswegen müssen wir überlegen, was wir machen.

Lieber Herr Kollege Glauber, entscheidend ist, dass wir von einer sehr bürokratischen und im Endeffekt für die Natur nicht effizienten Form zu einer unbürokratischen und das Problem regulierenden und kontrollierenden Form kommen. Das ist die Allgemeinverfügung. Wir haben in den letzten Wochen begonnen, die Allgemeinverfügung zu entwickeln, unter anderem im Aischgrund. Diese findet übrigens auch die Zustimmung der Betroffenen, zum Beispiel der Teichwirte, die der Auffassung sind, dass ihnen dieses Instrument in ihrer dramatischen Situation weiterhelfen könnte. Hier geht es nicht darum - woran man bei Ihrem Antrag denken könnte, ich will das aber nicht unterstellen -, dass guer durch die Vogelschutzgebiete gezogen und damit nicht nur der Kormoran, sondern auch andere bedrohte Vogelarten in Mitleidenschaft gezogen werden sollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass dies eine mögliche Folge sein könnte. Bei einem Abschuss brütender Vögel könnte es sein, dass Jungvögel qualvoll verenden. Ich glaube, diese Folgen will niemand verantworten.

Lieber Herr Kollege Dr. Magerl, eigentlich dachte ich immer, ein Ornithologe wäre fit. Ich habe mich noch einmal informiert. Der Altvogel trägt ein schwarzes Brustkleid, der junge Vogel hat ein helles. Sie als Ornithologe hätten das wissen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Das ist so. Ich würde mich nicht trauen, einem gelernten Ornithologen zu widersprechen, wenn ich keine Belegquelle hätte.

Vor diesem Hintergrund sind die bisherigen Strukturen auf den Weg gebracht und Allgemeinverfügungen er-

lassen worden. Diese haben das Ziel, einen angemessenen Ausgleich zu erreichen. Lieber Herr Kollege Wörner, ich möchte noch einmal auf Ihre Vorschläge eingehen: Der Vorschlag, alle Teiche und Flüsse zu vernetzen, würde sicherlich nicht funktionieren. In einigen Fällen könnte man das versuchen, allerdings würde dadurch das Problem nicht gelöst. Dieses Problem gibt es nicht nur bei der Teichwirtschaft, sondern überall. Mit dem Vorschlag, einen kompletten finanziellen Ausgleich zu leisten, würden wir das Pferd von der falschen Seite aufzäumen. Ich glaube, der jetzige Weg ist vernünftig.

Ich stimme aber ausdrücklich einem umfassenden EU-Management zu; denn alle Maßnahmen, die wir einleiten, machen keinen Sinn, wenn auf europäischer Ebene nicht ähnlich vernünftig gedacht wird. Auch das wird in den Anträgen erwogen. Ich glaube, dies ist eine vernünftige, die ökologische Balance haltende und den Interessen der Teichwirtschaft entgegenkommende Regelung. Ich hoffe, dass wir damit die wünschenswerten Ziele in Einklang bringen können.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer**: Herr Minister, bleiben Sie bitte noch kurz am Rednerpult. Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Magerl zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Staatsminister, Sie haben mich direkt angesprochen. Natürlich ist es im Idealfall möglich, den Jungvogel vom Altvogel durch seine helle Brust zu unterscheiden. In der Färbung gibt es aber Nuancen. In der Regel ist es nicht so, dass der Jungvogel schön vor Ihnen sitzt und sich bestimmen lässt, sondern der haut in der Regel frühzeitig ab, fliegt über Sie drüber oder ist im Schwarm. Hier einen Altvogel von einem Jungvogel auf die Schnelle auseinanderzuhalten, möglicherweise noch in der Dämmerung, ist schwierig.

Eines sollten Sie dem Hohen Haus noch einmal auseinanderklamüsern: Wie wollen Sie im April die nicht brütenden Altvögel von den Brutvögeln unterscheiden?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch eine zweite Frage stellen: Was sagt denn der Naturschutzbeirat in Ihrem Haus zu dem Vorgehen, dass Sie in internationalen Schutzgebieten die Verfolgung einer Art und damit die Störung, die für andere Arten wesentlich schlimmer ist, ermöglichen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Kollege Dr. Magerl, erstens wird in den

Schutzgebieten sehr sensibel vorgegangen. Das ist genau der Punkt, um den es geht. In diesem Punkt unterscheiden wir uns auch von dem Antrag der Freien Wähler, mit dem eine querschnittsmäßige Vorgehensweise gefordert wird. Genau dadurch würden die Folgen entstehen, die Herr Kollege Dr. Magerl befürchtet. Genau das tun wir nicht. Wir nehmen Güterabwägungen vor, die jedoch vertretbar sind.

Zweitens. Das Vorgehen hängt natürlich auch damit zusammen, ob Brutkolonien vorhanden sind, von denen man weiß. Die Jäger treffen hier genaue Unterscheidungen. Man kann erkennen, wo brütende Vögel sind oder nicht.

Drittens. Wenn ein Vogel über einen Jäger fliegt, ist es leichter, hell von dunkel zu unterscheiden. Ich stimme Ihnen zu, dass nicht alles im Leben leicht ist. Ein geübter Jäger und ein kluger Ornithologe wie Herr Kollege Dr. Magerl kann sich nicht im Landtag hinstellen und behaupten, dass es keine Unterscheidungsmöglichkeit gebe. Das muss der Ornithologe Dr. Magerl zugeben. Das ist wie bei den Abgeordneten: Nicht alle Abgeordneten sind schwarz oder weiß. Es gibt auch viele Grau-Schattierungen. Die Grundrichtung ist aber erkennbar.

(Hubert Aiwanger (FW): Aber die Schwarzen kommen weg!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer**: Herr Staatsminister, ich erteile Herrn Kollegen Glauber das Wort zu einer weiteren Zwischenbemerkung.

Thorsten Glauber (FW): Herr Minister Söder, ich möchte wissen, wie Sie darauf kommen, dass wir Vögel querschnittsmäßig jagen wollen. Wo steht das in unserem Antrag? In unserem Antrag steht unter Punkt 4, dass wir ein Kormoran-Management nach dem Schweizer Vorbild einführen wollen. Dort wurden Runde Tische eingerichtet, an denen die Teichwirte und Vertreter des Vogelschutzes sitzen. Ich frage mich, an welcher Stelle unseres Antrags wir die von Ihnen genannten Maßnahmen fordern.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ein Runder Tisch, an dem nur die Abschusszahlen genannt werden, ist kein Runder Tisch, der dem Anliegen des Vogelschutzes gerecht werden würde. Sie sagen, dass sie in Vogelschutzgebieten eine Bejagung ohne größere Beschränkungen durchführen wollten. Das würde natürlich zu erheblichen Auswirkungen führen. Was wir vorschlagen, wurde bereits vor langer Zeit besprochen. Das ist der entscheidende Punkt. Wir haben einen sensiblen Kompromiss zwischen den Interessen der Teichwirtschaft, den Interessen des Gewässerschutzes, den Interessen der Fische und den Interessen des Kormorans getroffen. Deshalb glaube ich, dass der Antrag der Regierungsfraktionen ein sinn-

voller und vernünftiger Weg ist, den wir gemeinsam gehen sollten.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Über zwei Anträge wird eine einfache Abstimmung und über einen Antrag eine namentliche Abstimmung durchgeführt. Wir beginnen mit den einfachen Abstimmungen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1258 - das ist der interfraktionelle Antrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CSU, der FDP und der Freien Wähler gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1272 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der Freien Wähler. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, die notwendigen 15 Minuten bis zur Durchführung der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag 16/1266 der Freien Wähler sind noch nicht vorbei. Soll ich noch eine Minute reden? Es macht keinen Sinn, jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt aufzurufen. Deswegen schlage ich vor, dass wir mit der Abstimmung solange warten, bis die 15 Minuten vorbei sind. Das ist jetzt noch etwas mehr als eine halbe Minute. - Bei den Stenografen und an den Ausgängen stehen die Urnen bereit. Ich eröffne jetzt die namentliche Abstimmung. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.20 Uhr bis 16.25 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben. Ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Wir fahren fort in der Tagesordnung.

Zur gemeinsamen Behandlung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Johanna Werner-Muggendorfer, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD) Die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern anerkennen Wertschätzung der Erzieherinnen und Erzieher (Drs. 16/1259)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beruf Erzieherin und Erzieher: unersetzlich und unattraktiv (Drs. 16/1273)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Annette Bulfon u. a. und Fraktion (FDP)

Stärkung der Erzieherinnen und Erzieher (Drs. 16/1276)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Werner-Muggendorfer. Sie haben das Wort.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Rücken kaputt, Geldbeutel leer", dieser Titel war heute in einer Zeitung zu lesen. Gestern war ein Streik der Erzieherinnen und Erzieher, was eigentlich sehr ungewöhnlich ist. Dieser Berufsstand hält sich sehr damit zurück, auf sich aufmerksam zu machen. Es ist aber höchste Zeit, genau hinzuschauen, wie es den Erzieherinnen und Erziehern und dem pädagogischen Personal in den Einrichtungen geht. So kann es einfach nicht mehr weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind es gewohnt, dass die Ärzte mit den Mitteln des Streiks auf sich aufmerksam machen. Dass Erzieherinnen und Erzieher und das pädagogische Personal so etwas tun, ist ein ungewöhnlicher Schritt, er ist aber höchst notwendig.

Ich will etwas vorausschicken, denn ich gehöre selber diesem Berufsstand an. Der Erzieherberuf ist ein sehr schöner Beruf und er macht Spaß. Bei den Anforderungen, die von der Gesellschaft und denen, die mit Erziehung etwas zu tun haben - egal ob Träger der Einrichtungen, Gesetzgeber oder Eltern -, an diesen Beruf gerichtet werden, ist aber sehr bald das Ende der Fahnenstange erreicht. Man kann erkennen, dass die Arbeit nicht mehr zu leisten ist. Die beruflichen Anforderungen, die wir als Gesetzgeber mit dem BayKiBiG und dem Bildungs- und Erziehungsplan dem pädagogischen Personal gewissermaßen aufhalsen, und natürlich auch der eigene Anspruch, die Arbeit gut zu leisten, sind nicht mehr einlösbar unter den Bedingungen, die die Kolleginnen und Kollegen vor Ort vorfinden.

Wir wollen heute mit unserem Antrag erreichen, dass wir gemeinsam - darum hoffe ich auch darauf, dass wir dieses Thema nicht streitig behandeln - diesem Berufsstand unsere Wertschätzung und Anerkennung aussprechen und dass wir unsere Solidarität mit dem pädagogischen Personal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre mir ein großes Anliegen, dass von diesem Haus aus heute den Beschäftigten in den Einrichtungen gesagt wird: Ihr leistet eine hervorragende Arbeit; das, was ihr macht schätzen wir, und wir unterstützen euch in eurem Anliegen.

Ich will es gerne ein bisschen untermauern. Natürlich darf diese Wertschätzung nicht nur auf dem Papier stehen. Wenn es um Pädagogik und Erziehung geht, sagen alle, wie wichtig die frühkindliche Bildung und wie wichtig dieser Zeitabschnitt im Leben eines Kindes ist und weshalb diesem Zeitraum so große Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Ich vergleiche die Bildung immer mit einem Haus. Die frühkindliche Bildung ist mit dem Fundament eines Hauses zu vergleichen. Wenn das Fundament nicht gut ist, ist auch das restliche Haus nicht zu halten. Deshalb wollen wir nicht nur davon reden, dass wir die Bildung hoch einschätzen, sondern wir müssen dafür auch etwas tun.

Ich will auch noch etwas zu dem gestrigen Streik sagen. Dieser hatte eine ganz bestimmte Zielrichtung. Bei diesem Streik der Erzieherinnen und Erzieher ging es um die Gesundheit und um die Beeinträchtigungen, die das pädagogische Personal erleben muss. Der Lärm, den das Personal den ganzen Tag auszuhalten hat, wird mit dem Lärm eines Düsenflugzeugs verglichen. Die körperliche Belastung ist bekannt. Fast alle Beschäftigten haben Haltungsschäden, weil sie auf zu kleinen Stühlen sitzen müssen. Das muss ich nicht weiter erläutern. Hinzu kommt noch die psychische Belastung, weil man den Anforderungen nicht gerecht werden kann.

Unsere Forderungen beziehen sich auf Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Gruppen sollen kleiner gemacht werden. Die Altersgruppen sind zu berücksichtigen. Eine bessere Bezahlung soll auch erreicht werden. Dabei muss ich etwas zu den Anträgen sagen, die die anderen Fraktionen eingereicht haben. Die Anträge der anderen Fraktionen, vor allem der Regierungsfraktionen, sind nicht falsch. Den Regierungsfraktionen muss man allerdings sagen, dass wir schon längst auf dem Weg sein könnten. Wenn die Regierung die Wertschätzung der Erzieherinnen und Erzieher ernst genommen hätte, könnten wir schon wesentlich weiter sein.

(Beifall bei der SPD)

Das, was geschrieben ist, ist nicht falsch. Mich ärgert es aber ein bisschen, wenn alles auf die Tarifvertragsparteien abgeschoben wird. Wir wollen uns nicht in die Tarifverhandlungen einmischen. Das steht uns nicht zu. Ich halte aber auch nichts davon, nur zu sagen, die Tarifparteien sollen dies regeln. Würde der bayerische Staat mehr Geld im Haushalt einstellen für die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, könnte mehr bezahlt, kleinere Gruppen gebildet und für die Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals sehr wohl etwas getan werden.

#### (Beifall bei der SPD)

Unsere Forderungen beziehen sich auf die besseren Arbeitsbedingungen, nämlich für kleinere Gruppen den Anstellungsschlüssel zu verkleinern und das Alter der Kinder und ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen. Wegen der besseren Bezahlung möchte ich eines unterstreichen, weil ich in den Berichten zum gestrigen Tag einiges gelesen habe. 2.000 Euro brutto für einen Beruf mit fünfjähriger Ausbildung und vorheriger mittlerer Reife, sind Konditionen, mit denen niemand zufrieden sein kann und mit denen man in München nicht leben kann. Man muss sehen, dass diese Bezahlung nicht ausreicht und man viel tun muss, um die Wertschätzung in Bezahlung auszudrücken.

#### (Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt die Gesundheitsprävention, um die es gestern ganz besonders ging. Wir müssen darauf achten, dass die Menschen, die mit unseren Kindern arbeiten, nicht krank werden, sondern dass sie bei der Bewahrung ihrer Gesundheit unterstützt werden. Untersuchungen, die einige Institute durchgeführt haben, zeigen, dass keine 20 % hoffen, gesund in Rente gehen zu können, und immer mehr Erzieherinnen und Erzieher krank werden.

Wegen der Bezahlung wird stets argumentiert, man könne sich das nicht leisten, weil das Geld nicht vorhanden sei. Ich frage deshalb: Sind die frühkindliche Bildung und das pädagogische Personal systemrelevant? Wenn ja, muss das Geld dafür da sein.

#### (Beifall bei der SPD)

Eines will ich abschließend unterstreichen: Anerkennung definiert sich auch über Bezahlung. Erziehungspersonal verdient mehr als nur ein Dankeschön.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als nächste Rednerin wurde von der Fraktion des BÜNDNIS-

SES 90/DIE GRÜNEN Renate Ackermann gemeldet. Bitte.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hätte sich die CSU-Fraktion in den letzten Jahren mit demselben Engagement für die Erzieherinnen in das Zeug gelegt, wie das heute bei den Kormoranen der Fall war, wären wir deutlich weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Berufsstand der Erzieherinnen ist nicht dafür bekannt, streikwütig zu sein. Sie sind sehr zurückhaltend, sehr idealistisch, versuchen für die Kinder gute Arbeit zu machen und nehmen dabei sehr viel Negatives in Kauf. Wenn diese Berufsgruppe auf die Straße geht, heißt das viel. Dann ist es mindestens fünf vor zwölf, wenn nicht schon nach zwölf. Wenn Zeitungen titeln "Überforderte Erzieherinnen"; "Gute Betreuung braucht gutes Geld"; "Rücken kaputt, Geldbeutel leer", also Zeitungen sich dieses Problems bewusst werden, ist es wirklich höchste Zeit, dass auch das bayerische Parlament allmählich bemerkt, dass ein Problem vorliegt.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Erzieherinnen ist die Benachteiligung auf allen Ebenen spürbar. Ich fange mit der finanziellen Ebene an. Eine Vollzeiterzieherin - davon gibt es sehr wenige, denn die meisten arbeiten Teilzeit - verdient zwischen 1.900 Euro und 2.000 Euro brutto. Die meisten Erzieherinnen, die Vollzeit arbeiten, sind Alleinerziehende und müssen eine Familie ernähren. Dieser Hungerlohn ist ein Tiefschlag für eine hochwertige Arbeit.

Die Tarifparteien sind seit Jahren damit beschäftigt, die Gehaltsstufen zu überprüfen. Ich kann allmählich das Wort "überprüfen" nicht mehr hören. Man weiß genau, dass der Betrag zu gering ist. Deshalb gibt es nichts zu überprüfen. Man muss nur zur Kenntnis nehmen, was die Frauen - überwiegend sind es Frauen - arbeiten und leisten, dann weiß man, dass der Betrag zu gering ist. Dann muss man nicht mehr prüfen, sondern man muss handeln.

#### (Beifall bei den GRÜNEN)

Benachteiligt sind Erzieherinnen aber auch in punkto Gesundheit. Das war der Streikgrund. 65 % berichten von einer sehr hohen Lärmbelastung, und nur 13 % geben an, dass sie keine gesundheitlichen Beschwerden empfinden. Besonders verbreitet an gesundheitlichen Beschwerden sind Kopf-, Rücken- und Nackenschmerzen, Erschöpfungszustände, Atemwegsbeschwerden und Hörverschlechterungen. Was an diesem Beruf aber wirklich krank macht, ist die mangelnde Anerkennung der täglichen Arbeit.

Weiterhin benachteiligt sind Erzieherinnen insbesondere in Bayern in punkto Arbeitsplatzsicherheit. Das BayKiBiG hat die ansonsten schlechten Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen noch getoppt. Erzieherinnen in Bayern müssen sowohl die Arbeit am Kind als auch die Elternarbeit, die Vor- und Nachbereitungszeiten und die Verwaltungsarbeit vereinbaren. Da die Buchungszeiten mal mehr und mal weniger Arbeit bringen, sind Änderungskündigungen und begrenzte Arbeitsverhältnisse vorprogrammiert. Das bringt massive psychische Belastungen für Erzieherinnen mit sich. Wenn man Tag für Tag darauf eingestellt sein muss, im nächsten Jahr vielleicht keinen Arbeitsplatz mehr zu haben oder weniger Stunden arbeiten und weniger verdienen zu können, macht das Druck. Das macht Druck auf die Gesundheit. Dem vorzubeugen, sind wir gefordert.

### (Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle haben die Sonntagsreden im Ohr, wonach frühkindliche Bildung wichtig und der Grundstein einer jeglichen Bildung sei. Aber wir handeln nicht danach. Wir schätzen einen Berufsstand, der dieses Fundament legt, gering. Wir schätzen ihn geringer als den Berufsstand der Lehrkräfte, und wir schätzen ihn noch viel, viel geringer als den Berufsstand der Hochschullehrer. Eigentlich steht unser Bildungssystem damit auf dem Kopf. Dann, wenn die Kinder am besten gebildet werden können, wenn sie am aufnahmefähigsten sind, dann, wenn die Weichen für ein ganzes Leben gestellt werden, zahlen wir Hungerlöhne, die sich dem Niedriglohnsektor nähern. Das ist für unsere reiche Gesellschaft unsäglich.

### (Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir etwas ändern wollen, dann müssen wir als allererstes das Spargesetz BayKiBiG entrümpeln. Wir müssen endlich anfangen, die Gruppen wesentlich kleiner zu machen. Wir müssen anfangen, die Ausbildung besser zu qualifizieren und an die Hochschulen zu verlagern. Wir müssen den Basiswert anheben, und da kann der Freistaat sehr wohl etwas machen. Wir haben das immer wieder gefordert. Nach unserer Ansicht muss der Basiswert verdoppelt werden, um den Anstellungsschlüssel zu halbieren.

### (Beifall eines Abgeordneten)

Dann brauchen wir nämlich keine Gewichtungsfaktoren, sondern wir können alle Kinder nehmen und alle Kinder individuell fördern. Wir sparen uns dann Bürokratie und Ungerechtigkeiten. Damit nützen wir den Kindern, den Eltern und den Erzieherinnen.

Wenn ich mir den CSU-Antrag ansehe, dann frage ich mich: Wo waren die Herrschaften denn in den letzten fünf Jahren, wenn sie es jetzt nötig haben nachzufragen, wie die Auslastung ist und was passieren würde, wenn man den Qualifikationsschlüssel anhebt? Wo waren Sie, dass Sie jetzt eine Bedarfsanalyse fordern? Seit fünf Jahren kritisieren Wohlfahrtsverbände und Erzieherinnenverbände wie auch die Opposition im Bayerischen Landtag genau all diese Dinge. Heute fragt nun die Regierungskoalition, was passieren würde, wenn wir das ändern würden. Das kann doch nicht ihr Ernst sein!

### (Beifall bei den GRÜNEN)

Nach so vielen Jahren eines fehlgeschlagenen BayKi-BiG stellen Sie solche Fragen? - Genau deshalb können wir diesem Antrag, der für uns eine Fortführung Ihrer Verzögerungstaktik ist, nicht zustimmen. Sie wollen nicht handeln, Sie wollen nur Fragen stellen. Sie wollen hinterfragen, hinausziehen, aber Sie wollen die aktuellen Probleme nicht angehen. Wir können Ihrem Antrag deshalb nicht zustimmen. Renovieren Sie das mangelhafte BayKiBiG, zeigen Sie endlich Taten anstatt Worte.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sem für die CSU. Bitte.

Reserl Sem (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf ganz grundsätzlich für die CSU sagen: Auch wir wollen Taten sehen. Es ist aber auch guter Stil, dass man Fragen stellt.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

- Frau Ackermann, ich habe Sie auch ausreden lassen. Danke schön. Das ist auch guter Stil unter Kolleginnen, nachdem ich schon über 35 Jahre diesem Berufsstand der Erzieher angehöre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Antrag zur Stärkung der Erzieherinnen und Erzieher ist auch ein Antrag der Gesamtgesellschaft. Wenn ich aus meiner eigenen Praxis kurz berichten darf: Für mich war Kinderlärm, und das Wort will ich in Anführungszeichen setzen, nie sehr belastend, sondern ein Teil meiner Arbeit. Das ist doch genau das, was wir wollen. Gerade die Opposition sollte aufhören, und hier muss ich einmal ganz persönlich werden, zu jammern.

(Erwin Huber (CSU): Sehr richtig! - Beifall bei der CSU)

- Danke. Ich darf Ihnen sagen, ich bin geradezu stolz darauf, dass die CSU die Erzieherinnen und Erzieher schon sehr früh unterstützt hat und deren Anliegen weitergetragen hat.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Was das BayKiBiG anbelangt: Hier war die CSU-Fraktion federführend. So manches Bundesland beneidet uns darum.

(Beifall bei der CSU - Renate Ackermann (GRÜ-NE): Dann braucht Ihr keinen Antrag stellen!)

- Ist ja gut, ist ja recht. Das heißt aber doch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir stehen bleiben.

(Zuruf der Abgeordnete Christa Steiger (SPD))

Heute heißt es weiterzugehen. Eines möchte ich Ihnen noch ans Herz legen. Wenn wir heute vom Geld reden, dann ist das total in Ordnung. Aber wer muss sich denn da am meisten bewegen? - Der Tarifpartner.

(Christa Naaß (SPD): Wer ist denn das?)

- Entschuldigung. Die Staatsregierung würde sich doch nie und nimmer hinstellen und sagen, ich gebe kein Geld dazu. Das ist der Weg, doch das vermisse ich in dieser Frage.

(Christa Naaß (SPD): Wer sind denn die Tarifpartner?)

Das haben wir versäumt. Als Erzieherin sage ich immer wieder: Wir müssen auf die Ganzheit des Menschen schauen. Wer das erste Knopfloch verfehlt, der kommt mit dem Zuknöpfen nicht zurecht.

(Allgemeine Heiterkeit)

- Das ist übrigens von Goethe. Das ist genau der Punkt, an dem wir bei den Erziehern ansetzen und weitergehen müssen.

(Lachen von Abgeordneten der SPD, der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Die Opposition hat das in diesem Bereich versäumt. Ich bin fest davon überzeugt, das trifft gerade für den Lärm zu. In den Discos haben wir Lärm ohne Ende, dort nimmt man ihn einfach so hin. In anderen Bereichen aber wird der Lärm beklagt.

Kommen wir noch einmal zu unserem Antrag. Dieser Antrag ist sachlich und fachlich korrekt. Liebe Vorrednerinnen, ich komme noch einmal auf die Frage der Tarifparteien zurück.

(Christa Naaß (SPD): Wer sind denn die Tarifparteien? Sagen Sie das doch endlich einmal!)

Sie ist sozusagen der Spielball, um in einem erzieherischen Bild zu reden, bei dem wir anfangen müssen. Wir müssen anfangen, mehr Geld in die Hand zu nehmen. Die höhere Bezahlung wird es ermöglichen, mehr mitzugestalten, sei es durch die Kommune oder - -

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

- Das ist nicht zum Lachen, das ist nach wie vor ernst. Genau in diesem Bereich werden die Kommunen und auch die anderen Träger mitziehen müssen.

Zur Berechnung der kindbezogenen Förderung, liebe Damen und Herren, dürfen wir sagen: Der Mindestanstellungsschlüssel ist ein Kriterium der Qualität, die wir draußen in den Kindergärten vorfinden. Hierin haben alle Erzieherinnen und Erzieher unsere Unterstützung. Was die Frage anbelangt, diese Stellen auch männlich zu besetzen, so nehme ich auch das Hohe Haus in die Pflicht. Wir müssen über unsere Erzieherinnen und Erzieher und über den pädagogischen Bereich positiv reden. Auch das ist unsere Aufgabe.

(Beifall des Abgeordneten Joachim Unterländer (CSU) - Christa Naaß (SPD): Dann sind alle Probleme gelöst!)

Abschließend bitte ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Antrag der Rot-Grünen abzulehnen. Er ist sachlich und fachlich nicht korrekt. Ich wünsche mir, dass die CSU-Fraktion unseren Antrag unterstützt, denn wir brauchen nach wie vor zufriedene Erzieher, und wir wissen alle, dass die Erziehung der erste Schritt ist, um gebildete und zufriedene Menschen zu haben. Was wir mit unserem Antrag heute beschließen, das bedeutet die Zukunft für unsere Erzieherinnen und Erzieher.

(Erwin Huber (CSU): Sehr gut! - Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Die nächste Wortmeldung liegt uns hier im Präsidium von der FDP vor, von Frau Meyer. Bitte.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wenn ich mir die einzelnen Anträge ansehe, dann liegen wir in der Sache und im Prinzip ziemlich nah beieinander, sind wir gar nicht so weit auseinander.

(Unruhe bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Ich finde es ein bisschen traurig, wenn hier unterstellt wird, man würde den Berufsstand der Erzieher nicht wertschätzen, oder wenn unterstellt wird, man nähme die Erzieherinnen und Erzieher nicht ernst, nur weil man

vielleicht nicht die Motivation hat, Ihre Anträge zu unterstützen. Das ist eine unfaire Unterstellung. Wie gesagt, ich denke, wir sind uns alle einig, dass die Erzieherinnen und Erzieher hervorragende Arbeit an den kleinen Kindern leisten. Die Qualität der frühen Bildung ist hoch und die Anerkennung derer, die diese Bildung leisten, verbindet alle fünf Fraktionen hier im Landtag. Sie liegt uns gleichermaßen am Herzen.

(Susann Biedefeld (SPD): Von Lippenbekenntnissen haben wir nichts!)

- Sie sollten uns einfach auch die Chance geben, dass wir jetzt Änderungen anpacken. Wenn Sie behaupten, hier würden nur Lippenbekenntnisse gemacht, so verweise ich auf einen Beschluss, den wir bereits gefasst haben: Der Stellenschlüssel soll geändert werden. Man muss auch immer bedenken, und das weiß ich aus eigener Erfahrung, denn ich bin im Kreistag auch in der Opposition, es ist ein Privileg der Opposition, Dinge zu fordern, ohne dass man dafür die jeweilige Gegenfinanzierung vorlegt.

(Christa Steiger (SPD): Oh nein! Das tun wir sehr wohl! - Hubert Aiwanger (FW): Sie können gerne die Seiten wechseln!)

- Das brauche ich nicht, weil ich da, wo ich bin, sehr gut aufgehoben bin.

(Beifall bei der FDP)

Eine gute personelle Ausstattung mit pädagogischen Fachkräften ist ganz, ganz wichtig; dafür die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, ist ebenfalls ganz wichtig. Beides, Qualität der Bildungs- und Erziehungsarbeit wie auch die Professionalität der Erzieherinnen und Erzieher, hängt auch davon ab, ob es gelingt - das kommt in unserem Antrag dann auch zum Ausdruck -, die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse zum frühkindlichen Lernen fortwährend in die Praxis zu übertragen, das heißt, auch in Aus-, Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen aufzunehmen. Auf diesen wichtigen Punkt legen wir großen Wert. Das muss dem Personal in den Kindergärten garantiert werden.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir festgelegt, dass wir ein Gesamtkonzept zur Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle pädagogischen Berufe vom Kinderpfleger bis zum Lehrer erstellen wollen. Das steht in unserem Koalitionsvertrag; Sie können es dort nachlesen. Die Entrümpelung des BayKiBiG ist ein Punkt, den wir aufgegriffen haben und den wir nicht nur in Form von Lippenbekenntnissen anpacken wollen; Sie finden diesen Punkt auch auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung unseres Ausschusses. Hier werden wir diese Aufgabe angehen. Nach vier Jahren Praxis müssen wir die Dinge fortschreiben und müssen dort eingreifen, wo

sich gezeigt hat, dass Änderungen und Verbesserungen notwendig sind. Wir werden beweisen, dass wir da auch handeln, nicht nur reden.

(Beifall der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Wir wollen den Ausbau der Kindertageseinrichtung perspektivisch unter dem Aspekt der Bildung sehen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie es gelingen kann, dass allen Kindern möglichst frühzeitig ein Zugang zu guter Bildung ermöglicht wird. Dabei sind wir uns alle einig, dass es möglich ist, Stärken zu fördern und Benachteiligungen zu verringern. Wir glauben, dass nicht alleine die finanzielle Ausstattung solche Verbesserungen schafft, sondern auch Weiter- und Fortbildung.

Mit unserem Antrag wollen wir eine genaue Bedarfsanalyse zum zukünftigen Bedarf an pädagogischen Fachkräften sowie eine Analyse, wie die angestrebten Verbesserungen in die personellen Standards einbezogen werden können. Dann kann ein Gesamtkonzept entwickelt werden, das den weiteren Ausbau der frühkindlichen Betreuungseinrichtungen vorsieht. Natürlich wollen wir auch die Attraktivität des Berufes steigern. Dazu gehört neben der sozialen Anerkennung auch die entsprechende Finanzierung. Aber man muss zur Kenntnis nehmen, dass wir als Staat hier keine Möglichkeiten haben, sondern dass das eine Aufgabe der Tarifparteien ist. Wir als Staat können da nicht einwirken. Wir können darauf hinwirken und können das Problem immer wieder bewusst machen, aber wir haben hier keinen Handlungsspielraum. Das muss man einfach deutlich sagen und zur Kenntnis nehmen.

Nicht zuletzt stellen wir uns vor, dass die Staatsregierung mit geeigneten Maßnahmen - das ist auch ein ganz wichtiger Punkt, bei dem wir uns einig sind - dafür wirbt, dass das Berufsbild des Erziehers attraktiver wird, auch für junge Männer, die wir in diesem Erzieherberuf auch dringend brauchen. In den letzten Wochen hatten wir hier Haus einen Girls' Day; vielleicht können wir auch einmal einen Boys' Day machen.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

bei dem wir nach außen hin deutlich machen, dass es auch für einen jungen Mann attraktiv sein kann, als Erzieher in einem sozialen Beruf tätig zu sein.

(Erwin Huber (CSU): Kinder brauchen Väter!)

- Eben. Die brauchen wir auch. Die machen sich nämlich oft aus dem Staub, lieber Herr Huber, leider.

(Erwin Huber (CSU): Den Namen Huber streichen Sie jetzt aber!)

- Ich kann auch "Meier" sagen; das ist so ähnlich.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Ich glaube, solche Erfahrungen sind fraktionsübergreifend.

Brigitte Meyer (FDP): Unser Antrag, der gemeinsam von der FDP und der CSU gestellt wurde, ist einfach faktisch konkreter, er ist klarer, er entspricht den Tatsachen im Tarifbereich eher als die anderen Anträge. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem gemeinsamen Antrag.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Meyer. Für die Freien Wähler bitte ich Frau Schweiger ans Pult.

Tanja Schweiger (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es wurde bereits vieles gesagt, aber noch nicht von allen. Die Fraktion der Freien Wähler kann sich der Aussage anschließen, dass der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher deutlich aufgewertet werden muss. Der erste Schritt dazu ist, dass man an die Tarifparteien appelliert, die monatliche finanzielle Vergütung in diesem Bereich anzupassen. Natürlich muss man immer schauen, wie das Ganze zu finanzieren ist, aber zumindest auf moralischer Ebene können wir appellieren und versuchen, darauf hinzuwirken.

Das nächste Thema ist der Anstellungsschlüssel, an dem noch deutlich geschraubt werden muss. Das Bay-KiBiG war sehr gut gedacht, aber in der Ausgestaltung ist es dann nicht ganz so gut gelungen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es war nicht einmal gut gedacht!)

Vor allem im ländlichen Bereich beschweren sich die Kommunen sehr stark darüber, dass keine Rücksicht darauf genommen wird, dass es berufstätige Eltern gibt, die ihre Kinder gerne in den Betriebskindergarten mitnehmen würden oder in einen Kindergarten, der neben dem Betrieb ist. Dann wären die Kinder nah bei ihnen.

(Manfred Ländner (CSU): Das müssen sie mit dem Bürgermeister regeln!)

- Klar, aber es hat finanzielle Gründe, warum die Bürgermeister dagegen sind. Es liegt am BayKiBiG. Es gibt einfach Eltern, denen es lieber wäre, wenn sie ihr Kind mit zu ihrer Arbeitsstätte nehmen könnten. Das sollte möglich sein, ohne dass die Heimatkommune einen finanziellen Nachteil hat.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Ganz wichtig ist, dass der Betreuungsschlüssel nach dem BayKiBiG nicht nur im Durchschnitt, sondern auch zu den Stoßzeiten einigermaßen eingehalten wird. Es geht nicht, dass gesagt wird, wenn man von 7.00 bis 19.00 Uhr geöffnet hat, reicht es, wenn wir in der Früh an zwei Stunden und die letzten drei Stunden nur ganz wenig da sind, dann passt es unter dem Strich schon mit dem Schlüssel. Man muss vielmehr schauen, dass die Kinder auch in Stoßzeiten vernünftig versorgt werden können.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

In der heutigen Diskussion ist die Qualität der Ausbildung viel zu kurz gekommen. Sie muss verbessert werden. Man muss aber auch die Frage stellen, ob es unbedingt fünf Jahre sein müssen, oder ob nicht auch eine kürzere Ausbildung gehen würde. Man muss eben fragen, was heute wichtig ist und wie sich die Anforderungen verändert haben. Immer mehr Kinder gibt es in der Schule, die hyperaktiv sind, an ADHS, an Lese-/ Rechtschreibschwäche oder Dyskalkulie leiden. Man muss einfachen schauen, was man im Kindergarten tun kann. Da gäbe es tausend Möglichkeiten: Es gibt unterschiedliche Untersuchungsmethoden, mit denen man das schon bei Kindern im Alter von ein oder zwei Jahren feststellen kann. Da gibt es ganz pragmatische Lösungen: einfach mehr Bewegung, wie es früher vor zwanzig oder dreißig Jahren war. Damals sind die Kinder anders aufgewachsen. Da gab es deutlich weniger von diesen Schwächen. Man sollte auch mehr Überlegungen in Richtung Waldpädagogik anstellen. Man spart sich hier das Geld für das Gebäude, und die Kinder kommen zurück in die Natur. Zusätzlich gibt es einen Kosteneinsparfaktor, nicht nur Forderungen. Man könnte vielleicht auch vor Ort versuchen, den Sportverein mit hereinzunehmen, um den Bedarf an Bewegung abzudecken. Es gibt auch diverse andere Vereine, mit deren Hilfe die Kinder auf eine breitere Basis gestellt werden könnten. In dieser ganzen frühkindlichen Bildung und Ausbildung ist ganz, ganz wichtig, dass deutlich mehr mit Logopäden, Ergotherapeuten und Fachkräften kooperiert wird.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dann müsste man nicht permanent durch den Prozess: Darf ich mit meinem Kind zum Arzt? Ist mein Kind dann ein böses Kind, ein schlechteres Kind, wenn ich diverse Auffälligkeiten feststellen lasse? - Dann geht die Mühle an: Unterschreibt der Arzt das Rezept oder nicht? Erkennt es die Krankenkasse an? Wenn man die Logopäden und die Ergotherapeuten in den Kindergarten mit hineinnimmt, kann hier im Bereich der Erziehung und Ausbildung schon sehr viel getan werden.

Abschließend ist festzuhalten: Ich finde es sehr positiv, dass sich heute alle Parteien im Bayerischen Landtag mit dem Thema beschäftigt haben. Das war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Ich glaube, wir haben in dem Bereich noch sehr viel zu tun. Ich hoffe, dass die Botschaft angekommen ist. Die Vorrednerin hat gesagt, man sollte das Ganze nicht auf den Kopf stellen und Geld nur ganz oben investieren. Denn jeder weiß: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Wenn man schon bei einem einjährigen, zweijährigen oder dreijährigen Kind anfängt, kann man sich hohe Kosten für unseren sozialen Reparaturbetrieb sparen. Damit ist man gesamtwirtschaftlich gesehen und langfristig orientiert in jeder Hinsicht besser aufgestellt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zum Abschluss der Debatte hat Frau Staatsministerin Haderthauer um das Wort gebeten. Bitte kommen Sie ans Pult. Ich sehe, Sie sind auf dem Weg.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe an dieser Stelle schon mehrfach deutlich meine Auffassung bekundet. Ich bin der Meinung, dass alle Berufe, die mit Menschen zu tun haben, und insbesondere Berufe - und um die geht es heute -, die mit Kindern zu tun haben, stärker wertgeschätzt und damit besser entlohnt werden sollten. Insofern besteht Einigkeit.

Dennoch ist es mir wichtig, auf einige Punkte einzugehen. Wenn man sich mit den Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen - man müsste jetzt gendergerecht beide Geschlechter nennen, aber ich sage es so, wie es in der Praxis ist, und da sind es vorwiegend Frauen, die den Beruf ausüben - unterhält, dann merkt man, dass die Zufriedenheit eine Summe von vielen Bedingungen am Arbeitsplatz ausmacht. Für einen Teil der Bedingungen können wir sicher durch die Finanzierung sorgen, aber für den Großteil der Bedingungen und vor allem die Bedingungen, die jetzt im Rahmen der Tarifverhandlungen thematisiert werden, sind die Arbeitgeber bzw. die Träger zuständig. 31 % der pädagogischen Mitarbeiter haben einen kommunalen Arbeitgeber, 69 % sind in freier Trägerschaft beschäftigt. Dennoch ist es von großer Bedeutung, wie die Tarifverhandlungen verlaufen, weil das Ergebnis in der Regel von den freien Trägern als Anhaltspunkt für die Entlohnung genommen wird.

Wer argumentiert, der Freistaat möge seinen Finanzierungsanteil erhöhen, damit die Möglichkeit besteht, höhere Gehälter zu bezahlen, zäumt das Pferd von hinten auf. Kolleginnen und Kollegen, das Geld kommt überall

an, aber nicht beim Personal. Ich möchte Ihnen das erklären.

Der Anteil des Freistaates ist der einzige, für den gesetzlich festgeschrieben ist, dass er mit den Gehaltsabschlüssen wächst. Das gilt nicht für den Anteil der Eltern. Ob die Eltern mehr zahlen wollen, werden wir sehen. Der Anteil des Freistaates liegt durchschnittlich bei 42 %. Auch bei den freien Trägern gibt es eine solche Folgeklausel nicht. Was den Freistaat betrifft, gibt es im Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz - BayKiBiG - die Bestimmung, dass der Basiswert automatisch mitgeht, wenn es Tariferhöhungen gibt. Aus diesem Grund ist es der falsche Weg, zu sagen, erst muss der Freistaat mehr zahlen und dann gibt es höhere Gehälter. Es ist schon tarifrechtlich und auch haushaltsrechtlich für die Kommunen nicht möglich, wahllos mehr zu bezahlen. Es kann nur über den Weg gehen, den wir aus gutem Grund seit Jahrzehnten in Deutschland gehen, nämlich über den Weg der Tarifvertragsparteien, die ihrer Aufgabe im Moment nachkommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch etwas anderes anführen. Das Bayerische Kinderbildungs- und - betreuungsgesetz kann man sicher immer wieder neuen Bedingungen anpassen und verändern, wenn sich im Vollzug herausstellt, dass Handlungsbedarf besteht. Es handelt sich um eine atmende Materie, weil wir es mit Kindern, also dem Leben, zu tun haben. Aber eines ist für uns unverrückbar, und das ist die Ausrichtung am Kind. Unser System ist - und damit sind wir bundesweit führend - am Kind und an seinen Bedürfnissen ausgerichtet.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Also wirklich nicht!)

Und das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wird so bleiben. Auch wenn Sie jede Gelegenheit nutzen, Kritik zu üben - das ist der sportliche Ehrgeiz in der Politik, das ist in Ordnung -, werden wir uns das nicht in Frage stellen lassen.

Ich möchte noch kurz auf den förderrelevanten Anstellungsschlüssel eingehen. Wir haben ihn zu Beginn des Kindergartenjahres auf 1 zu 11,5 gesenkt. Der Freistaat und die Kommunen schultern dabei jeweils 10 Millionen Euro im Jahr. Im Übrigen ist gerade die Einführung des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes ein Investitionsprogramm von ganz besonderer Qualität für unsere Kinder gewesen. Der Etat ist von 564 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 773 Millionen Euro im Jahr 2009 erhöht worden. Es gibt keine andere Haushaltsstelle, die in wenigen Jahren um 37 % gestiegen ist. Ich denke, die Priorität wird deutlich.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Entschuldigen Sie, Frau Staatsministerin. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Staatsministerin Christine Haderthauer** (Sozialministerium): Wir können das am Schluss machen.

Apropos Priorität, ich denke, wir sind uns alle einig, dass die große Herausforderung, die wir momentan meistern müssen, das Tempo des Ausbaus von Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren ist. Wir sind uns auch einig, dass der Anstellungsschlüssel wichtig ist. Es ist schon gesagt worden, wir haben uns seine Verbesserung für diese Legislaturperiode vorgenommen. Mir fällt es allerdings schwer, jungen Eltern zu erklären, dass sie leider keinen Krippenplatz bekommen, weil es andere Prioritäten gibt. Ich meine, das Erste ist, dass wir den Ausbau bewältigen. Dann werden wir an eine weitere Absenkung des Anstellungsschlüssels gehen, die unstrittig und im Übrigen auch vereinbart ist.

Zum Schluss möchte ich nur noch eine einzige Bemerkung machen, weil ich meinem Kollegen noch etwas Redezeit übrig lassen möchte. Mir ist wichtig, dass wir trotz des Übereifers der Debatte noch einmal festhalten, dass wir die Arbeit der Erzieherinnen, aber auch das Engagement der Kommunen und der freien Träger anerkennen und wertschätzen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass das Geschehen in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen schlechtgeredet wird. Diese Einrichtungen leisten hervorragende Arbeit, die sich bundesweit sehen lassen kann.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt sind wir dabei, die Bedingungen in vielen Bereichen zu verändern. Wir können uns dabei über viele Rahmenbedingungen unterhalten, aber zentral ist für mich letztlich die Bezahlung. Keine Werbemaßnahme hilft so viel wie ein anständiges Gehalt. Wenn die ersten Männer sich für den Beruf interessieren, und zwar in einer validen Zahl, dann wissen wir, dass die Bezahlung stimmt. Diese Männer brauchen wir im Übrigen auch für die Erziehung unserer Kinder.

Wer auch immer sich über die zu geringe Wertschätzung der Kindererziehung beschwert, der sollte sich überlegen, ob es hier nicht um einen gesellschaftspolitischen Prozess geht, der vor allem von Oppositionsseite vorangetrieben wurde und der die Kindererziehung abgewertet hat. Jahrzehntelang hat man Müttern eingeredet, dass alles andere im Leben wertvoller ist, als zu Hause zu bleiben und die Kinder zu erziehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Quatsch!)

Haben zur Abwertung nicht genau diejenigen beigetragen, die in der Art und Weise, wie sie Politik betreiben, transportieren, dass Kindererziehung jederzeit delegierbar und outzusourcen ist? Müssen wir uns dann wundern, dass die Tätigkeit an sich, wenn sie professionell ausgeübt wird, einen geringen Stellenwert genießt? Vielleicht sollten wir ganzheitlich ansetzen und Kindererziehung insgesamt als wertvolle Tätigkeit ansehen, auch wenn sie von den Eltern selbst ausgeführt wird.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Mir liegt eine Anmeldung für eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Ackermann vor.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Ministerin, ich glaube, Sie verwechseln etwas. Gerade wir haben uns immer für eine hochqualifizierte Ausbildung und für gute Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen eingesetzt. Das haben wir deshalb getan, weil wir die Erziehung der Kinder schon immer sehr hoch eingeschätzt haben und schon immer wussten, dass sie der Grundstock für das Leben der Kinder ist. So viel zum einen.

Zum anderen haben wir niemals den Berufsstand der Erzieherinnen klein- oder schlechtgeredet. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass die Erzieherinnen bessere Arbeitsbedingungen erhalten, und wir haben immer erklärt, dass sie, obwohl die Arbeitsbedingungen schlecht sind, hervorragende Arbeit leisten, weil sie idealistisch handeln. Das kam immer von uns. Die Behauptung, wir würden den Berufsstand schlechtreden, ist eine üble Unterstellung, die ich hiermit zurückweisen möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Übrigen: Wenn Sie sagen, Sie machen Politik vom Kind aus, dann muss ich Ihnen entgegnen: Das BayKi-BiG macht Politik vom Kind aus nur beim Geld; es wird nämlich nur das bezahlt, was am Kind gearbeitet wird. Aber Politik und Erziehung am Kind, das ist viel, viel mehr; das ist auch Elternarbeit, das ist auch die Arbeit für die Vor- und Nachbereitung. Das alles wird von Ihnen nicht gezahlt, mit der Folge, dass der Bildungsund Erziehungsplan von den Erzieherinnen nicht umgesetzt werden kann. Das habe nicht ich mir ausgedacht, das sagen Ihnen die Erzieherinnen auch. Sie haben dafür keine Zeit, und sie haben zu große Gruppen; deshalb können Sie es nicht leisten.

Also wenn Sie weggehen vom BayKiBiG, das nur Geld am Kind misst und nicht die Erziehung am Kind, können Sie vielleicht Ihrem Anspruch gerecht werden. Aber so, wie das BayKiBiG derzeit ausgestaltet ist, werden Sie das nicht können. Deshalb bitte ich Sie, sich so schnell wie möglich dafür einzusetzen, das BayKiBiG zu verändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die Frau Staatsministerin hat zwei Minuten Zeit, zu erwidern.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Zum ersten Teil Ihres Koreferats sage ich: Geschenkt! Hätten Sie mir zugehört, dann hätten Sie gemerkt, wie ich davon geredet habe, dass durch Ihre Diskussionen der Wert der Kindererziehung verloren hat, nicht der Berufsstand der Erzieherin. Insofern: Geschenkt! Da sind wir uns einig, Frau Ackermann. Nur, das eine ist eben die Folge für das andere gewesen.

Zum Zweiten. Mich wundert es schon, was Sie sagen. Ihr Antrag zielt nämlich ausschließlich auf mehr Geld im System. Jetzt sagen Sie mir gerade: Ach, es darf Ihnen nicht ums Geld gehen, da wären Sie ja schon spitze, es muss Ihnen um die Erziehung gehen, die beim Kind ankommt! - Wir sind da wirklich spitze, auch da sind wir uns einig.

Wir sind nämlich das Bundesland, das es - ganz egal, wie das System ist - immerhin geschafft hat, den bundesweit höchsten Finanzierungsanteil an Kinderbetreuungseinrichtungen zu haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wovon?)

- Von den Grundkosten im Verhältnis zum kommunalen Anteil. Wenn Sie das unter allen Bundesländern vergleichen - ich kann es Ihnen gern schriftlich zukommen lassen -, sehen Sie, wir haben den höchsten Länderanteil. Insofern auch hier: Geschenkt!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, weshalb wir in das Abstimmungsverfahren einsteigen können. Ich trenne jetzt die drei Anträge wieder und bitte um Aufmerksamkeit.

Der Antrag auf Drucksache 16/1259 ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer dem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer Gegenstimmen abgeben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Die sehe ich nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1273 - das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freie Wähler. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der letzte Antrag ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1276, der interfraktionelle Antrag von CSUund FDP-Fraktion. Wer diesem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Die Fraktionen Freie Wähler, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? -Keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich Ihnen gern das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler, betreffend "Schutz der heimischen Fischereiwirtschaft vor erheblichen Schäden durch Kormorane", Drucksache 16/1266, bekannt geben. Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 134. Enthaltungen gab es 3. Damit ist der Dringlichkeitsantrag in der namentlichen Abstimmung abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Im Rahmen der Behandlung der Dringlichkeitsanträge rufe ich jetzt zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FW)

Milchpreissituation (Drs. 16/1260)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Alexander König, Thomas Kreuzer u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Thomas Dechant, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. und Fraktion (FDP)

Verantwortung für die heimische Milchwirtschaft wahrnehmen (Drs. 16/1278)

Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne, möchte ich Ihnen Ihre Redezeiten bekannt geben: Für die CSU sind es 6 Minuten, 8 Sekunden, für die SPD 5 Minuten, 12 Sekunden, die Freien Wähler haben noch 13 Minuten, 13 Sekunden, die GRÜNEN 4 Minuten, 21 Sekunden und die FDP 11 Minuten, 18 Sekunden.

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Wortmeldung kommt von den Freien Wählern: Frau Müller.

**Ulrike Müller** (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die neuerlichen Preissenkungen für Trinkmilch und andere hochwertige Milchprodukte sind ein Schlag ins Gesicht für alle Bäuerinnen und Bauern in Bayern.

(Beifall bei den Freien Wählern )

Wieder einmal nutzen die großen Discounter ihre absolute Marktmacht, um einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb auf dem Rücken der Milcherzeuger auszutragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler)

Es ist ein unerträglicher Zustand, dass eine Handvoll Einkäufer über das Schicksal von circa 100.000 Milcherzeugern in Deutschland, davon knapp die Hälfte in Bayern, entscheiden können. Es geht mir als aktiver Milchbäuerin auch persönlich sehr nahe, wenn ich die wachsende Ratlosigkeit, Resignation und teilweise auch pure Verzweiflung der Familien sehe.

Nun kann man sagen, nicht die Politik macht den Preis, sondern der Markt. Damit können wir uns hier natürlich fein aus der Verantwortung stehlen. So einfach dürfen wir es uns aber nicht machen.

In unserem Dringlichkeitsantrag zur vorliegenden Entschließung missbilligen wir die Entscheidung, in dieser Situation noch einmal den Preis für Trinkmilch im Handel um 7 Cent pro Liter zu senken, obwohl bereits vorher die Lage aus Sicht der Milchbauern katastrophal war.

Es ist ein Skandal, wie wenig die Handelsketten ihrer Verantwortung für eine heimische Produktion von hochwertigsten und natürlichen Lebensmitteln nachkommen. Es ist noch gar nicht so lange her, da gab es den berühmt-berüchtigten Milchgipfel in Berlin unter Leitung unseres heutigen Ministerpräsidenten. Dort wurde über Wege zu besseren Milchpreisen beraten und von Vertretern des Lebensmitteleinzelhandels bekundet, sich der Verantwortung für die Erhaltung der deutschen Milchproduktion bewusst zu sein. Man wollte damals auf Lockvogelangebote verzichten und so den Druck auf die Preise für die Milchproduktion zurückfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Zeit lag der Auszahlungspreis für unsere Bauern um mehr als 10 Cent höher als heute. Statt einzelner Sonderangebote, die ja schon eine Verhöhnung der Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern sind, senkt der Handel jetzt auf breiter Front die Preise, mit noch viel verheerenderen Folgen. Dieses unerträgliche Verhalten muss ein Ende haben!

Damit werden nicht nur Existenzen von Zehntausenden Bauernfamilien vernichtet, nein, auf Dauer nimmt damit der wichtigste Zweig der deutschen Ernährungsindustrie bleibenden Schaden. In der deutschen Milchindustrie waren 2007 36.900 Menschen beschäftigt. Hinzu kommt noch der vor- und nachgelagerte Bereich, also Verpackung, Transport etc. Ein Umsatz von über 22 Milliarden Euro zeigt, welchen Stellenwert die Milchverarbeitung in Deutschland hat.

Die Erkenntnis, wie wichtig dieser Bereich für die deutsche Wirtschaft ist, hat sich wohl noch nicht bis nach Berlin herumgesprochen; denn sonst würde man auch hier endlich über Gegenmaßnahmen nachdenken. Auch die Bäuerinnen und Bauern sind systemrelevant, nicht nur die Autoindustrie.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wenn wir es ernst meinen mit unseren immer wiederkehrenden Bekenntnissen zur bäuerlichen Landwirtschaft, dann müssen wir jetzt ein Zeichen setzen. Die vorliegende Entschließung soll ein erstes Zeichen sein, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es müssen weitere Schritte folgen. Ich glaube, das ist uns allen klar. Es kann nicht sein, dass das Kartellamt nur die Bündelung der Bauern kritisch überprüft, der Handel aber mittlerweile über praktisch monopolartige Strukturen verfügt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Natürlich begrüße ich, dass CSU und FDP unsere Besorgnis teilen. Wir werden ihrem Dringlichkeitsantrag auch zustimmen, obwohl wir wissen, dass die kartellrechtliche Prüfung seit Mitte letzten Jahres, also Mitte 2008 läuft, ohne uns bisher nur einen Schritt weitergebracht zu haben. Auch das Vorziehen der Direktzahlungen wurde bereits von Frau Bundesministerin Aigner thematisiert. Die EU hat signalisiert, dass sie Mitte Oktober Abschlagszahlungen in Höhe von 50 % zahlen kann. Das ist alles richtig, um schnell auf die aktuelle Situation wenigstens bruchstückhaft reagieren zu können. Der Kern des Problems geht allerdings tiefer.

Anfang 1990 haben die verantwortlichen Politiker mit der damaligen EU-Agrarreform die Weichen gestellt und unsere jetzigen Probleme damit vorprogrammiert. Die Politik hat das gewusst. Allerdings hat sie nie den Mut besessen, den Bauern die Wahrheit zu sagen. Im Grunde hat sich daran bis zum heutigen Tag nichts geändert. Man hangelt sich von Wahl zu Wahl und tut so, als ob die Mengensteuerungselemente der Politik noch vorhanden wären. Dabei sind diese - wenn überhaupt nur noch rudimentär vorhanden.

Wir brauchen ein Gesamtkonzept für die Milchbauern, das der Realität von heute angepasst ist. Lassen Sie uns doch alle parteiübergreifend handeln und zum Wohle dieses wichtigsten Wirtschaftszweiges Entscheidungen treffen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Müller. Die nächste Wortmeldung hat Frau Biechl von der CSU.

(Erwin Huber (CSU): Jetzt kommt die Fachfrau!)

Annemarie Biechl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Milcherzeuger, unsere bäuerlichen Familienbetriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Sie sehen sich durch die Entwicklung auf dem europäischen Milchmarkt einer Erzeugerpreissituation gegenüber, mit der kaum mehr ein Liter Milch wirtschaftlich erzeugt werden kann.

Es muss aber - ich denke, da sind wir uns alle einig -, ein zutiefst gesellschaftliches Anliegen und Interesse sein, eine flächendeckende bäuerliche Landbewirtschaftung zu erhalten.

(Erwin Huber (CSU): Sehr gut! - Beifall bei der CSU)

Es heißt so schön, die Berge, die Seen, unsere Landschaft seien ein Geschenk Gottes, ein Geschenk des Himmels. Aber der Rest ist harte Arbeit. Es ist die harte Arbeit unserer bäuerlichen Familien, unserer Bäuerinnen und Bauern, die sie gern tun und in der Regel auch mit Leidenschaft, aber Leidenschaft allein reicht nicht. Sie müssen davon leben können.

Die neuerlichen Preissenkungen für Trinkmilch um sieben Cent durch die deutschen Discounter verschärfen die Situation ganz deutlich, zumal auch für andere Produkte, insbesondere für andere Milchprodukte ein Preisrückgang ausgelobt wurde. Wir wissen, dass eine solche Preissenkung immer Signalwirkung an alle Mitbewerber hat und dieses "Vorbild" sehr schnell zum Nachziehen anregt.

Die Discounter unterliegen untereinander einem extremen Konkurrenzkampf, der eigentlich Preisabsprachen ausschließt. Die Discounter folgen bei bestimmten Produkten in ihrer Preisgestaltung in aller Regel dem Preisvorreiter Aldi, um beim Kampf um die Kunden nicht ins Hintertreffen zu geraten. Dieser gegenseitige Konkurrenzdruck wird dann auch an die Lieferanten und die Hersteller durch Druck auf die Erzeugerpreise bzw. die Einkaufspreise weitergegeben, um nicht in einen Kartellverstoß durch Verkäufe unter Einstandspreis zu geraten.

Ob nun die Marktmacht mit womöglich kartellrechtlich nicht einwandfreien Praktiken genutzt wird, gilt es jetzt herauszufinden. Aus diesem Grund wollen wir dies nicht nur in einer Entschließung festhalten, wie es die Freien Wähler beabsichtigen, sondern wir fordern die Staatsregierung auf, sich bei der Bundesregierung noch einmal dafür einzusetzen, diese Preispolitik der deutschen Discounter unverzüglich kartellrechtlich zu überprüfen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Mit allem Nachdruck!)

Die niedrigen Verkaufspreise sind aber nur ein Punkt im Kampf um einen besseren Milchpreis. So hat beispielsweise die milchverarbeitende Lebensmittelindustrie, nachdem die Beihilfen abgeschafft wurden, ihre Rezepturen umgestellt, weg vom tierischen Eiweiß und weg vom tierischen Fett hin zu pflanzlichen Grundstoffen oder gar, wie wir der Presse deutlich entnehmen konnten, hin zu Imitaten. Das macht immerhin zehn Prozent Marktanteil aus, eine Menge, die schnell andere Absatzmöglichkeiten braucht, wenn der Markt entlastet werden soll.

Auch die Währungsunterschiede im innereuropäischen Raum mit Ländern, die den Euro noch nicht haben, machen uns im Moment sehr zu schaffen. Aber nicht nur die Milchbauern haben große und größte Schwierigkeiten, wenn es sich um wirtschaftliche Erzeugerpreise handelt. Die Erlöse für Getreide zum Beispiel sind im Vergleich zum Vorjahresmonat um circa 40 % gesunken. Die Schafhalter können mit dem Erlös ihrer Wolle das Scheren der Schafe nicht mehr begleichen und die Ferkelerzeuger haben in den vergangenen circa 18 Monaten bei jedem Ferkel 10 bis 30 Euro draufgezahlt.

Auch davon kann man leider nicht leben. Aus diesem Grund wollen wir in unserem Antrag nicht nur die Milch und die Milchpreissituation im Blick haben, sondern auch die gesamte Landwirtschaft in Bayern. Wir nehmen die gesamte bodengebundene Produktion mit allen unterschiedlichen Problemen in unseren Antrag auf.

Wir fordern die Staatsregierung weiter auf, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass für die gesamte Landwirtschaft die für Ende des Jahres vorgesehenen Direktzahlungen auf Mitte des Jahres vorgezogen werden, damit der existenzbedrohende Preisverfall überbrückt werden kann. Wir wollen eben nicht bis Oktober warten, sondern wir wollen gezielt und schnell handeln.

Mit den geforderten Maßnahmen in unserem Dringlichkeitsantrag könnte wenigstens ansatzweise den Betrieben geholfen und der existenzbedrohende Preisverfall überbrückt werden. (Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, der anders als der Antrag der Freien Wähler die gesamte bayerische Landwirtschaft berücksichtigt. Dem Antrag der Freien Wähler können wir in der vorliegenden Form leider nicht zustimmen,

(Hubert Aiwanger (FW): Wen wundert das?)

weil er keine Substanz enthält und keine Handlungsanweisung beinhaltet. Es ist ein zwar wahrer, aber leider nur ein Zustandsbericht. Den Bäuerinnen und Bauern ist aber nur mit einem echten Handeln geholfen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin Biechl. Ich erteile das Wort nun Herrn Dechant.

Thomas Dechant (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation unserer bayerischen Milchbauern ist wirklich besorgniserregend. Wir von der Politik müssen unseren Bauern ein Stück weit zur Seite stehen. Die Entwicklungen am Milchmarkt können uns nicht kalt lassen.

Aber eine Missbilligung von preislichen Maßnahmen von Discountern geht, denke ich, zu weit. Wie gesagt, wir sind besorgt und wir müssen was tun. Mit der Missbilligung allein werden wir auch nichts erreichen.

(Hubert Aiwanger (FW): Mit der Sorge auch nicht!)

Davon werden unsere Bauern keine höheren Preise kriegen. Die Missbilligung ist purer Populismus.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und bei Abgeordneten der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Was ist dann die Sorge?)

Die Freien Wähler benutzen Worte wie "Skandal" usw. Wir müssen auch ein Stück weit ehrlich zu unseren Bauern sein und ihnen sagen, was wir tun können und was nicht.

(Renate Dodell (CSU): So ist es!)

Wir haben in unserem Land Gott sei Dank die soziale Marktwirtschaft, und dort obliegt die Preisgestaltung dem freien Markt. Entsprechend ist es ein nicht haltbares Versprechen der Politik, wenn man den Eindruck erwecken will, wir könnten die Preise beeinflussen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und bei Abgeordneten der CSU)

Der Antrag der Freien Wähler enthält nichts, was den Bauern wirklich helfen würde.

(Maria Noichl (SPD): Und eurer? - Hubert Aiwanger (FW): Die Sorge!)

- Unserer enthält sehr wohl etwas davon.

Der Hinweis auf das Kartellrecht ist durchaus nachvollziehbar. Deshalb fordern wir auch ganz konkret eine Überprüfung,

(Hubert Aiwanger (FW): Die läuft doch längst!)

ob kartellrechtlich wirklich alles richtig über die Bühne geht. Wenn sich dabei herausstellt, dass es rechtlich sauber ist, dann ist es rechtlich sauber. Dann ist es auch so, dass wir von der Politik keine Handhabe haben, um einzugreifen. Wenn in diesem Land rechtlich sauber agiert wird, dann können wir auch nicht eingreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Das ist so. Ich finde es völlig fatal, wenn wir dann bei den Landwirten draußen die Hoffnung wecken, wir könnten da etwas tun. Auch wir im Landtag sind an Recht und Gesetz und an unsere Ordnungen gebunden.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und bei Abgeordneten der CSU - Maria Noichl (SPD): Ehrlich?)

Sehen Sie das bitte ein.

Ich denke, wir müssen zusehen, dass wir die aktuelle Situation zum Beispiel dadurch überbrücken, dass wir die Auszahlung der Direkthilfen vorziehen, damit die Landwirte Geld in der Tasche haben, um die Situation überstehen zu können.

(Christa Naaß (SPD): Wird das auch überprüft?)

- Das wird jetzt gemacht, und wir sehen zu, dass wir das hinkriegen. Wir fordern das nochmals, damit der entsprechende Druck aufgebaut wird.

Langfristig müssen wir natürlich sicherstellen, dass unsere Landwirte in Bayern wettbewerbsfähig sind. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir die Leistungen, die die Bauern für unsere Gesellschaft erbringen, auch entsprechend honorieren. Wir wollen weiterhin eine flächendeckende Bewirtschaftung in Bayern, um den Tourismus zu fördern etc. Die Leute wollen eben auch einmal eine Kuh auf der Weide sehen. Und die Bauern haben ein Recht darauf, dass sie für diese Leistung, die sie für uns erbringen, ein Stück weit honoriert werden.

Weiterhin müssen wir Innovationen und Produktentwicklungen fördern, und wir brauchen Konzepte für die ganze Landwirtschaft. Es geht nicht nur um die Milchbauern - Annemarie Biechl hat es gesagt -, auch die Getreidepreise sind im Tiefflug etc. Wir müssen ein Konzept entwickeln, wie wir mit den Mitteln, die wir einsetzen können, unseren Landwirten draußen helfen können. Falsche Hoffnungen zu erwecken wird langfristig nichts bringen.

Wir lehnen den Antrag ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Dechant. Wir sind wirklich gut in der Zeit, und ich bitte für die restlichen Minuten um Aufmerksamkeit.

Ebenso bitte ich darum, Zwischenbemerkungen frühzeitig anzuzeigen, damit wir sie aufnehmen können.

**Dr. Leopold Herz** (FW): Herr Kollege Dechant, Sie sind jetzt nicht direkt angesprochen, aber insofern doch, als Sie diese Regierung mittragen.

Wenn Sie sich unseren Antrag genau anschauen, stellen Sie fest, dass es schon um die Milchpreissituation geht. Wer in der Praxis tätig ist, der weiß, dass wir den niedrigsten Milchpreis im Grunde genommen real in der Nachkriegsgeschichte haben.

Ich wiederhole es - er ist jetzt leider nicht da -: Nehmen Sie Ihren Koalitionspartner und dabei den obersten Vertreter an der Hand, gehen Sie mit ihm nach Berlin und sagen Sie der Frau Merkel: Dieses Thema muss zu einem gesamtgesellschaftlichen Thema gemacht werden, nicht zu einem so fatalen Milchgipfel wie vergangene Woche. Das löst das Problem nicht, ebenso wenig wie die Vorauszahlungen, die Sie jetzt gepriesen haben. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis und nehmen Sie es endlich in die Hand.

Thomas Dechant (FDP): Herzlichen Dank für den Hinweis, aber es ist so: Der Staatsminister hat die Frau Merkel ja gebeten, das zur Chefsache zu machen. Wir sind uns der Situation wohl bewusst. Aber wie ich gerade schon gesagt habe: Wir müssen sehen, was nach Recht und Gesetz machbar ist, was finanziell machbar ist und was auch langfristig tragfähig ist. Darum bitte ich das ganze Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Nächste Wortmeldung: Frau Noichl von der SPD.

Maria Noichl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schön, dass zwei Wochen nach unserem Antrag von der SPD jetzt auch etwas von den Freien Wählern, von der CSU und der FDP kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dabei muss ich allerdings sagen, dass beide Anträge nicht nur dünn, sondern auch dürftig sind.

Ich möchte konkret mit dem Antrag der Freien Wähler beginnen. Die Freien Wähler "missbilligen". Das tun wir auch, das ist klar.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist aber nur ein Satz!)

Die Freien Wähler sagen: Es ist ein kartellrechtliches Problem. Das wissen wir auch. Auch das war vor zwei Wochen schon in unserem Antrag. Aber - und das muss ich sehr kritisch an die Freien Wähler sagen - es ist überhaupt keine Forderung drin, leider. Denn wenn der Antrag weitergegangen wäre, wenn darin noch fünf gute Sätze gestanden wären, dann hätten wir aus voller Brust zustimmen können.

(Hubert Aiwanger (FW): Ich erklär es dir gleich!)

Es ist richtig, dass Sie den Umsatz ansprechen, der durch die Landwirtschaft gemacht wird. Es ist auch richtig, dass Sie die Beschäftigungsverhältnisse ansprechen. Sie fordern ein Konzept. Hätten Sie in unserem Papier vor zwei Wochen nachgelesen, hätten Sie gemerkt, dass wir genau dieses Konzept gefordert haben. Sie haben es leider abgelehnt, das ist sehr schade.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der Antrag der CSU missbilligt nicht, sondern ist nur noch "besorgt". Ich glaube nicht, dass man irgendeinem Milchbauern draußen damit helfen kann, dass man ihm kundtut, man sei besorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Besorgt sind wir auch, das sage ich noch mal.

Außerdem fordern Sie die Staatsregierung auf, sie solle bei der Bundesregierung darauf hinwirken, dass es zu einer kartellrechtlichen Überprüfung kommt. Dazu sage ich nur eines: Die Überprüfung ist seit Langem im Gange. Ich glaube, K. T. mit seinem Ministerium ist dafür zuständig und die Ilse müsste ihm doch helfen. Aber aus dieser Ecke kommt gar nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

K. T., das ist der Mann mit dem langen Namen. Den muss man halt auch fest abkürzen.

Sie haben in Ihrem Antrag geschrieben, dass Sie die kartellrechtliche Angelegenheit natürlich überprüfen wollen. Aber vor genau zwei Wochen haben Sie unseren Antrag, der wortwörtlich die Formulierung enthielt, "die Anwendung und Verbesserung des Kartell- und Wettbewerbsrechts, um dem Wildwuchs von Dumpingpreisen bei Grundnahrungsmittel ein Ende zu setzen", abgelehnt. Jetzt schreiben Sie ihn ab und jetzt ist er gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie fordern - Frau Biechl hat es ausgeführt - ein Konzept. Hätten Sie bei uns nachgelesen, hätten Sie festgestellt: Das haben wir auch schon gefordert, aber Sie haben es abgelehnt.

Aber was wirklich "hint' höher ist wia vorn", wie man bei uns in Rosenheim sagt, das ist ein Vorziehen der Direktzahlungen. Entweder - und das will ich nicht hoffen - ist es ganz bewusst von Ihnen gemacht, dass man die Milchbauern eigentlich anschwindelt, oder Sie wissen nicht Bescheid, dass das schon lange abgehandelt ist.

(Erwin Huber (CSU): Nicht entschieden!)

Am 23. und 24. April, bei der Tagung des Europäischen Rates, hat sich Staatssekretär Lindemann dafür eingesetzt, dass diese Zahlungen vorgezogen werden. Ich zitiere wörtlich aus dem Protokoll:

Die Kommissarin Fischer Boel zeigt sich aufgeschlossen gegenüber dem deutschen Anliegen, weist aber darauf hin,

- ich sage noch einmal, das war am 23./24. April -

dass der Abschluss der Kontrolle eine unverzichtbare Voraussetzung ist und dass eine Vorschusszahlung vor Mitte Oktober aus haushaltsrechtlichen Gründen gar nicht möglich ist.

Das heißt, das, was Sie als dritten Punkt fordern, gibt es nicht aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht, und weil man erst einmal prüfen muss, bevor man auszahlt. Vorschusszahlungen gibt es nicht. Sie fordern wieder, die Zahlungen vorzuziehen. Ich weiß natürlich, Sie möchten gern, dass die Mittel noch vor der Bundestagswahl ausgezahlt werden, weil man ein bisschen besser wählen geht, wenn das Konto voller ist. Aber das werden Sie nicht schaffen, und das wissen Sie. Sie wissen ganz genau, dass die Auszahlung nicht mehr kommt. Sie fordern sie nur, um dann gut dazustehen. Ich finde, so kann man mit den Milchbauern nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU)

Sie haben unseren Antrag anscheinend zu wenig gelesen, denn sonst hätten Sie die wichtigen Sachen auch noch kopiert. Aber anscheinend wurde er nicht zu Ende gelesen, denn wir sind alle einer Meinung, neben der kartellrechtlichen Angelegenheit sind folgende Punkte ganz wichtig - ich möchte bewusst acht Punkte herausheben: Erstens, ein Konzept für Bayern, das wir nicht haben. Zweitens müssen wir endlich Landesmittel in die Hand nehmen

(Erwin Huber (CSU): 60 Millionen waren es! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Transrapid!)

und nicht immer auf die anderen verweisen, damit sie zahlen. Es gilt, Landesmittel verstärkt in die Hand zu nehmen.

(Zurufe von der CSU)

Drittens muss mehr Geld in den ländlichen Raum investiert werden. Viertens muss die Vermarktung von Spezialitäten bzw. die Direktvermarktung gestärkt werden. Fünftens geht es bewusst darum, die Werbung für einen höheren Lebensmittelstandard zu fördern. Das heißt, wir brauchen in der Bevölkerung wieder mehr Verständnis dafür, dass Lebensmittel Lebensmittel sind. Sehr wichtig für unsere bayerischen Lebensmittel ist sechstens, dass die Kennzeichnung endlich stimmt und dass "bayerische Milch" wirklich aus Bayern stammt und nicht nur in Bayern abgefüllt ist. All das würden wir uns wünschen.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Maria Noichl (SPD): Siebtens: Dazu, dass der Milchgipfel fast kein Ergebnis gebracht hat, erinnere ich an ein Wort, das der Herr Sonnleitner zur Kartellsache in Herrsching gesagt hat: Man hätte alle anderen gar nicht einladen müssen. Es hätte gelangt, zum Milchgipfel den Bauernverband einzuladen. So ist es schon lange nicht mehr. Wir müssen natürlich alle anderen mit an den Tisch holen. Aber das wird gar nicht gesehen.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Frau Noichl, Ihre Redezeit ist leider zu Ende. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Maria Noichl (SPD): Darf ich den Satz noch zu Ende bringen? - Die letzte und achte Forderung ist folgende: Wenn es wirklich um konkrete Hilfe geht und ein Hof bedroht ist, könnte man den Bauern bei der Stundung von Steuern konkret zur Seite stehen. Hören Sie mit

Missbilligungen und Besorgnisanträgen auf. Nehmen Sie Geld in die Hand und dann geht's auf.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Wir haben noch drei Wortbeiträge. Der nächste Redner ist Herr Kollege Sprinkart von den GRÜNEN.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Freien Wähler ist an Populismus kaum zu überbieten und nichts anderes als Bauernverdummung, die wir angesichts der mehr als dramatischen Situation der Milchbauern wirklich nicht brauchen können. Er ist ein Beleg für die politische Hilflosigkeit, da darin nicht eine einzige politische Forderung steht. Da ist sogar der CSU-Antrag noch besser.

(Heiterkeit bei der CSU)

Ich habe mitbekommen, dass Sie gestern ein Gespräch mit dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter - BDM - gehabt haben. Ich habe den Eindruck, da haben Sie nicht zugehört. Bei diesem Gespräch waren Sie geistig abwesend, sonst hätten Sie etwas anderes tun müssen. Ich sehe schon, wie in den Zentralen von Aldi Nord und Aldi Süd wegen unserer Missbilligung die Verantwortlichen vor Ehrfurcht erstarren. So etwas glauben Sie doch wohl selber nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie Ihre Missbilligung auf ein Blatt Klopapier geschrieben und hinuntergespült hätten,

(Zurufe von der SPD - Lachen bei der CSU)

dann hätte es bei denen die gleiche Wirkung gehabt wie unsere Missbilligung.

(Hubert Aiwanger (FW): Warum?)

Aldi kann nämlich die Milch nur deshalb so billig anbieten, weil er sie von den Molkereien so billig bekommt. Das wissen Sie so gut wie ich. Aldi bietet Milch so billig an, weil zu viel Milch auf dem Markt ist. Wir müssen also dort den Hebel ansetzen, und dazu höre ich leider überhaupt nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Milchbauern, angeführt vom BDM, haben im letzten Jahr Vorschläge gemacht, wie man die Milchmenge reduzieren kann. Sie hätten politische Hilfe gebraucht, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen; die hat man ihnen aber nicht gegeben. Man muss sich einmal vorstellen: Die deutschen Milcherzeuger wollen die Milchmenge reduzieren, weil sie einen Milchpreisverfall verhindern wollen, und bitten die Politik, ihnen

dabei mit entsprechenden Instrumenten zu helfen. Aber die politisch Verantwortlichen lehnen das in ihrer Selbstherrlichkeit ab. Sie machen das, weil sie sich zum Lakaien der Milchverarbeiter - sprich der Molkereien und des Handels - machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und der Bauernverband ist fett mit dabei. Anders kann man die im Herbst des letzten Jahres getroffene Entscheidung schlicht und ergreifend nicht erklären.

Liebe Kollegin Müller, ich frage Sie: Hat Verarbeiter und Handel jemals interessiert, ob die Bauern einen kostendeckenden Milchpreis bekommen? Die klare Antwort muss Nein sein. Das hat sie noch nie interessiert. Auch ein Milchpreis von 30 Cent war für die meisten bayerischen Bauern nicht kostendeckend: er hat sie allerdings nicht - zumindest nicht in den unmittelbaren - Ruin getrieben, wie es der jetzige Milchpreis tut. Die Bauern haben immer das bekommen, was übrig blieb, nachdem Handel und Verarbeiter ihr Geld verdient haben. Bei den Verarbeitern ist das umso schlimmer, als die Hälfte der milchverarbeitenden Betriebe in genossenschaftlicher und damit in bäuerlicher Hand ist. Darum bringt es auch nichts, die ohne Zweifel vorhandene Marktmacht der Discounter anzuprangern. Sie forciert ohne Zweifel den Preisverfall der Milch, ist aber nicht deren Ursache. Das können wir schon daran sehen. dass vor circa eineinhalb Jahren selbst die allmächtigen Discounter ganz andere Milchpreise bezahlt haben, weil damals am Milchmarkt Knappheit herrschte. Das Problem ist also der Milchüberschuss auf dem Markt. Da müssen wir ansetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie in der Marktmacht ein kartellrechtliches Problem sehen, muss ich Sie fragen: Wie wollen Sie das lösen? Glauben Sie, das Kartellamt schreibt Aldi vor, dass es sich nicht nur in Nord und Süd, sondern auch in Ost und West aufteilen muss? Eine andere Möglichkeit wäre: Sie können den Discountern nachweisen, dass sie Preisabsprachen getroffen haben. Vermutlich ist das bisher nicht gelungen, denn sonst wäre das Kartellamt zu einem Ergebnis gekommen.

Was wir brauchen, ist mehr Marktmacht bei den Bauern. Der BDM hat Ihnen gestern sicher erklärt, dass der Milchpreis vom Erzeuger kalkuliert und bestimmt wird nicht umgekehrt. Wenn dann das Kartellamt einschreiten sollte - was Sie an die Wand malen, ich persönlich aber nicht glaube -, dann ist unser Protest angebracht und muss die Politik einschreiten.

Neben der Mengenreduzierung müssen wir in Bayern nach dem Motto handeln: Wir können - und ich sage, wir wollen - keine billige Milch auf den Markt bringen. Was wir können, ist, Qualität erzeugen; Qualität, die sich auch in den Preisen widerspiegelt, Bio- und gentechnikfrei.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, Ihre Redezeit - -

Adi Sprinkart (GRÜNE): Ich bin sofort beim Ende.

Es gilt, Milch von Kühen zu erzeugen, die auf die Weide dürfen und daher einen erhöhten Gehalt an Omega-3-Fettsäure haben. Das sind nur einige Stichworte dazu.

Zum Schluss noch einige Anmerkungen zum dritten Spiegelstrich im CSU-Antrag: Ich glaube, da werden bei den Bauern etwas falsche Hoffnungen geweckt. Aber wenn die Situation weiterhin so bleibt, schließe ich unter dem Druck der Milchpreise nicht aus, dass es die Auszahlung vorher gibt. Da unterscheide ich mich von der Kollegin Noichl Die EU-Kommission hat schon viel gesagt. Auf alle Fälle bringt es eine Verbesserung der Liquiditätssituation auf den Höfen, und die haben wir im Augenblick bitter nötig. Deshalb werden wir dem CSU-Antrag auch zustimmen. Bei dem Antrag der Freien Wähler werden wir uns enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Vor einem abschließenden Redebeitrag hat der Herr Kollege Aiwanger noch um das Wort gebeten.

Hubert Aiwanger (FW): Meine Damen und Herren! Ja, es scheint so zu sein, als habe heute die CSU seit dem Kormoran-Antrag in den GRÜNEN einen neuen Freund gefunden. Aber sei es drum. Auch wenn wir heute allein gegen alle auftreten, sowohl beim Thema Kormoran, bei dem wir eine weitergehende Lösung vorschlagen wollen,

(Zurufe von der CSU: Oh!)

als auch jetzt bei diesem Milchantrag, glaube ich, dass ich zumindest versuchen soll, Ihnen zu erklären, was wir Ihnen aus den Rippen leiern wollen.

Der Kernsatz unseres Antrags lautet - hören Sie genau hin -: Wir sehen in der momentanen Marktmacht der Discounter ein kartellrechtliches Problem, welches für die Preismisere mitverantwortlich ist. Die Kartellsituation ist für die Preismisere mitverantwortlich. Es geht uns darum, dass zunächst einmal diese eigentlich auf dem Tisch liegende Wahrheit akzeptiert wird. Aber selbst da windet sich die CSU, und sie gibt das gar nicht zu. Wenn wir dokumentiert hätten, dass die Kartellsituation an der Preismisere mitverantwortlich ist, könnten wir daraus die politischen Schlüsse ziehen. Aber Sie gehen bei

dieser Analyse nicht mit. Sie schreiben nur, Sie seien besorgt, und wollen es dann kartellrechtlich prüfen. Diese Prüfung läuft bereits. Entweder Sie wissen dies nicht oder Sie fordern es trotzdem nochmals. Diese Prüfung läuft momentan. Nach Aussage des Kartellamts ist in den nächsten Wochen angeblich mit einem Ergebnis zu rechnen. Aber was tun wir dann, wenn bewiesen ist, dass es hier eine marktbeherrschende Stellung gibt? Dann geben Sie wahrscheinlich gar nicht zu, dass sie an der Preismisere mitverantwortlich ist. Wenn wir diese Analyse positiv durchbekommen und heute sagen könnten, jawohl, diese Kartellsituation ist mitverantwortlich, dann können wir weitere Schlüsse ziehen. Aber Sie sind nur besorgt und wollen nochmals prüfen lassen, ob es sowieso läuft. Hätten wir aber diese Erkenntnis vorliegen und würden wir das allgemein akzeptieren, dann könnten wir den nächsten Schritt gehen.

Es stimmt wohl, dass das Kartellamt eine unabhängige Behörde ist, die nicht vom Wirtschaftsministerium gesteuert werden kann. Insofern soll die Bundesregierung darauf hinwirken. Aber sie macht das, wie gesagt, sowieso. Also ist dieser Satz eigentlich eine Luftnummer.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dann müssten wir in der Tat bundespolitische Überlegungen anstellen. Dann könnten Sie den Antrag an den Bundestag stellen, hier gesetzliche Forderungen zu erheben, um dagegen vorgehen zu können, was in der Bundesrepublik momentan leider noch nicht der Fall ist. Wir können momentan nur zur Kenntnis nehmen, jawohl, wir haben eine kartellrechtlich bedenkliche Situation. Dann muss nachgewiesen werden, dass das Ganze missbräuchlich ist und spätestens dann scheitert dieser Beweis. Spätestens dann verläuft alles im Sande. Die Forderung der FDP, wir müssen gucken, ist mir zu wenig. Mich wundert es, dass jetzt als Lösungsansatz nicht die Gentechnik oder so etwas kommt. Zu gucken ist mir zu wenig.

Also noch einmal: Ich halte daran fest: Unser Antrag geht weiter, als Ihnen das heute vielleicht bewusst ist. Aber Sie gehen nicht einmal diesen ersten Schritt mit. Diese vorgezogene Zahlung ist natürlich besser als nichts. Sie ist ein vorgezogenes Weihnachtsgeld und wird allein auf Dauer nicht reichen. Einmal ist zwar besser als kein Mal, aber auf Dauer reicht das nicht.

Nochmals: Wenn Sie heute unseren Antrag ablehnen - und das haben Sie dokumentiert -, gehen Sie nicht einmal der Grunderkenntnis nach, dass wir in der kartellrechtlichen Situation einen der Gründe für den momentanen Preisverfall sehen. Aber das ist nicht der einzige Grund. Deshalb sagen wir, es ist einer der Gründe, der für die Preismisere verantwortlich ist. Na-

türlich will ich jetzt nicht alle Bergbauern- und Wiesenbrüter-Programme und den innovativen Käse aufzählen, den wir angehen müssen. Das haben wir x-mal getan. Heute ging es uns vor dem Hintergrund der Sieben-Cent-Kürzung um die kartellrechtliche Situation. Wenn Sie hier nicht mitgehen, dann tut mir das leid.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Aiwanger, bitte bleiben Sie noch hier am Pult. Zu einer Zwischenintervention hat sich Kollege Beyer gemeldet.

**Dr. Thomas Beyer** (SPD): Mir ist es ein Anliegen, hier zu dokumentieren, dass wir uns der Stimme enthalten und Ihrem Antrag heute deswegen nicht zustimmen, weil, wie Frau Noichl bereits sehr klar und deutlich gemacht hat, wir der Meinung sind: Es reicht nicht aus, in der heutigen Situation einen solchen Antrag zu stellen. Wir haben bereits vor zwei Wochen einen weitergehenden Antrag gestellt.

Herr Aiwanger, ich wollte eines deutlich machen: Meine Fraktion ist der Meinung, dass die kartellrechtliche Situation, die Sie zutreffend geschildert haben, diejenige ist, dass die Nachfragemacht des Lebensmitteleinzelhandels von den Bauern ein grausames Opfer fordert. Wir sind gut beraten - in der Tat ist der Appell an die CSU völlig richtig -, uns diesen Problemen auf der Ebene des Bundes - denn da gehört das hin - endlich zu stellen. Man hat viel zu viel Angst davor, wie auch die abgeschwächte Formulierung der CSU beweist, den Konzernen endlich einmal die Krallen zu zeigen. Das ist das Problem. Insofern stimmen wir vollkommen überein. Das wollte ich noch hinzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Hubert Aiwanger (FW): Ich danke für diese Klarstellung. Ich habe aber ausdrücklich betont, dass ich heute nicht alle Programme aufzählen will, vom Wiesenbrüterprogramm angefangen bis hin zum Bergbauernprogramm - das hätte ich tun können -, sondern dass es uns heute um das Kartell ging, das es im Falle der Milch genauso gibt wie bei der Energie. Solange sich CSU und FDP vor der Lösung dieses Problems drücken, solange wird es Opfer geben. Opfer werden in Zukunft nicht nur die Bauern und die Energieverbraucher sein, sondern einer nach dem anderen wird bei dieser Marktsituation an die Wand gedrückt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Aiwanger. Zum Abschluss der Debatte hat sich noch Herr Staatsminister Brunner gemeldet. Ich bitte Sie ans Rednerpult.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Noichl, falls es Ihnen entgangen ist, möchte ich darauf hinweisen: Kein anderes Bundesland hat gerade in der Zeit, in der die Milchbauern diese enormen Probleme haben, so viele Vorschläge und Programme entwickelt und Appelle laut werden lassen wie Bayern. Allein in einer Woche haben wir 65 Millionen Euro für die bayerischen Milchbauern zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Sie haben es letztes Mal selbst angesprochen, selbst kritisiert! Ist das ein Problem, oder ist es kein Problem?)

- Herr Aiwanger, wir wissen sehr wohl, dass die Milchbauern innerhalb eines Jahres allein in Bayern durch den Preisverfall eine Milliarde Ausfall haben. Sie werden wohl nicht ernsthaft fordern, dass Bayern jetzt eine Milliarde zum Preisausgleich zur Verfügung stellt.

(Hubert Aiwanger (FW): Das habe ich nicht gesagt. Ist das Kartell ein Problem, ja oder nein?)

- Herr Aiwanger, lassen Sie mich doch ausreden. Ich bin eine andere Rede- und Diskussionskultur gewohnt als jene, die Sie an den Tag legen.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Ich merke, dass Sie die Zeit totschlagen!)

- Ich komme schon noch auf Ihren Antrag zu sprechen, keine Angst.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist keine Diskussionskultur, das hätte es nicht gebraucht!)

Kolleginnen und Kollegen, die jüngsten Preissenkungen sind für unsere Bäuerinnen und Bauern in der Tat schlichtweg eine Zumutung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eine Katastrophe!)

Ich empfinde es auch als Affront, dass drei Tage vor dem Lebensmittelgipfel, den die Bundesagrarministerin einberufen hat, Molkereien zusammen mit dem Lebensmitteleinzelhandel für ein weiteres halbes Jahr Preisabschlüsse unter dem bisherigen Niveau tätigen.

(Hubert Aiwanger (FW): Unser Beifall!)

Da muss man sich ernsthaft fragen, ob man in der Tat bereit ist, die beim vorletzten Milchgipfel gegebene Zusage einzuhalten, den Bäuerinnen und Bauern einen gerechten Preis zu ermöglichen, auch vonseiten der Discounter. Diese Zusage wurde erneut mit Füßen getreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Sind die Discounter für die Preismisere mitverantwortlich, ja oder nein?)

- Sie benehmen sich richtig kindisch, Herr Aiwanger, tut mir leid.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie rufen ständig dazwischen. Ich habe gesagt, lassen Sie mich doch zu Ende reden. Ich kann Ihre Nervosität überhaupt nicht verstehen. Zweifeln Sie denn selbst an der Sinnhaftigkeit Ihres Antrags?

(Zuruf von der CSU: Ja! - Lachen bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer ein paar Tage nach diesem Gipfel, so wie Aldi, erneut die Preise senkt, gibt in der Tat Anlass zum Zweifel, ob es allen Beteiligten damit ernst ist, die bayerischen Strukturen, die Milchwirtschaft in Bayern und Deutschland auf Dauer aufrecht zu erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist das Grundproblem, meine Damen und Herren. Hier geht es nicht um die Absicherung bäuerlicher Existenzen, sondern um die Zukunft ländlicher Regionen, um die Attraktivität unserer Kulturlandschaft. Deswegen ist das nicht allein das Problem eines Berufsstandes, sondern das ist eine riesige Herausforderung für den gesamten ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Ich staune darüber, dass sich viele Molkereien offensichtlich wehrlos den Discountern ausgeliefert sehen. Wie sonst wäre es zu erklären, dass man sich gegenseitig unterbietet? Das kann nur so zu erklären sein, dass auf der einen Seite des Verhandlungstisches fünf große Lebensmittelketten sitzen, die 80 % des Marktes beherrschen, und auf der anderen Seite 200 Molkereien. Dieses eklatante Ungleichgewicht führt offensichtlich zum gegenseitigen Unterbieten. Der Laie und der Verbraucher können nicht nachvollziehen, dass die Butter jetzt teilweise billiger ist als unmittelbar nach dem Krieg. Meine Damen und Herren, wir müssen in der Tat alle nur denkbaren Maßnahmen in die Wege leiten, um ein Marktgleichgewicht herzustellen. Wir müssen die Instrumente, die zur Verfügung stehen, anwenden, um beim Export und in der Binnennachfrage neue Akzente zu setzen.

Verehrte Damen und Herren von der Opposition, ich habe schon vor einigen Wochen die Bundeskanzlerin aufgefordert, das Milch-Thema zur Chefsache zu erklären. Ich habe bei der Agrarministerkonferenz vor drei Wochen meine Kollegen aufgefordert, die Milchmenge

zu reduzieren, den Milchgipfel, der im nächsten Jahr bei der EU geplant ist, um den Milchmarkt zu überprüfen, um ein Jahr vorzuziehen und im laufenden Milchwirtschaftsjahr die Menge um 5 % zu reduzieren. Das würde keinen Euro kosten und wäre ein wichtiges Signal an die Verbraucher, an die Discounter und letztlich an unsere Milcherzeuger.

(Beifall bei der CSU - Dr. Thomas Beyer (SPD): Durchsetzen!)

- Ja, durchsetzen, Herr Dr. Beyer. Bisher haben mich die Länderkollegen - auch der SPD - nicht unterstützt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und wer von der CDU?)

- Keiner. Nur Hessen und die Österreicher haben signalisiert, dass sie solchen Vorschlägen gegenüber aufgeschlossen seien.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Was ist mit Frau Aigner?)

Die SPD scheint lernfähig zu sein. Ich habe gerade ein Fax auf den Tisch bekommen, wonach der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Till Backhaus von der SPD, der ein entschiedener Verfechter der bisherigen Agrarpolitik ohne die Einschränkung der Menge war, schreibt: Wir brauchen diesen Sonderagrarrat. Diesen Sonderagrarrat habe ich schon lange gefordert. Er schreibt außerdem: Wichtig ist vor allem, die Produktion der Milchmenge zu reduzieren. Deshalb sollte eine Quotenkürzung nicht ausgeschlossen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie sollten sich nicht selbst lächerlich machen. Bislang hat Bayern für seine Vorschläge im Bundesrat, abgesehen vom Land Hessen, keine Unterstützung bekommen. Ich nenne als Beispiel nur die Saldierungs-Vorschläge.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl**: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Aiwanger zu?

**Staatsminister Helmut Brunner** (Landwirtschaftsministerium): Ja, bitte schön.

Hubert Aiwanger (FW): Jetzt sind wir schon beim Herrn Kollegen Backhaus. Meine Frage war: Sind die Einzelhändler und diese marktbeherrschenden Strukturen mitverantwortlich für die Preismisere, ja oder nein? Diese Frage haben Sie bisher noch nicht beantwortet. Vielleicht kommt noch einmal ein Fax auf den Tisch. Sind die Discounter für die Preismisere mitverantwortlich, ja oder nein?

**Staatsminister Helmut Brunner** (Landwirtschaftsministerium): Herr Aiwanger, wollen Sie mir die Antwort jetzt auch noch vorschreiben?

(Allgemeine Heiterkeit)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Contenance bitte.

**Staatsminister Helmut Brunner** (Landwirtschaftsministerium): So einen Stil können Sie von mir aus in Ihrer Partei pflegen, aber doch nicht in diesem Parlament.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe gerade das Verhalten der Discounter gegeißelt, weil sie die Situation der bayerischen Molkereien schamlos ausgenutzt haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Also ja!)

Ihr Denkansatz, dieses Problem rein kartellrechtlich zu lösen, ist der falsche. Der Hintergrund ist der Markt und das Marktungleichgewicht.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und die Marktideologen!)

Das ist die Ursache für diese Preisentwicklungen. Das dürfen wir nicht verwechseln.

(Beifall bei der CSU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der Freien Wähler kommt mir vor wie ein Vogel, der zwar seinen Schnabel spitzt, aber noch nicht pfeifen kann.

(Hubert Aiwanger (FW): Herr Brunner, das war ein schwacher Ausklang!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, mich würde es jetzt in den Fingern jucken, Sie zu quälen, weil die Staatsregierung die vereinbarte Redezeit um sechs Minuten überzogen hat.

(Maria Noichl (SPD): Aber er hat nichts gesagt!)

Diese Zeit stünde jetzt den Fraktionen in gleicher Höhe zu. Ich habe aber keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Aussprache geschlossen werden kann.

Ich komme zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1260, das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der Freien Wähler. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1278, das ist der interfraktionelle Antrag der Fraktionen der CSU und der FDP, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Es scheint, keine Gegenstimmen zu geben. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen der SPD und der Freien Wähler. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/1261 bis einschließlich 16/1265 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/1269 und 16/1274 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf die freudige Nachricht überbringen, dass die heutige Sitzung damit geschlossen ist. Ich wünsche Ihnen bei der Abendarbeit noch viel Vergnügen.

(Schluss: 18.06 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 5)

#### Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

### Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. März 2009 (Vf. 5-VII-09) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung des Landratsamtes Miesbach über den Schutz des ökologisch bedeutsamen Erholungswaldes westlich des Piusheimes in der Gemeinde Gmund als Landschaftsbestandteil vom 12. Oktober 2005 (ABI Nr. 22/2005) PII/G-1310/09-3 Drs. 16/1193 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

 $\begin{array}{c|cccc} \mathbf{CSU} & \mathbf{SPD} & \mathbf{FW} & \mathbf{GR\ddot{U}} & \mathbf{FDP} \\ \hline{\mathbb{Z}} & \overline{\mathbb{Z}} & \overline{\mathrm{ohne}} & \overline{\mathbb{Z}} & \overline{\mathbb{Z}} \\ \end{array}$ 

Die Fraktion der Freien Wähler hat beantragt, der Abstimmung das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen

2.	Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. März 2009 (Vf. 6-VII-09)
	betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 6 Abs. 9 Satz 1
	Nr. 1 und Art. 57 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der
	Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBI S. 588, BayRS 2131-1-I),
	geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2008 (GVBI S. 479)
	PII/G-1310/09-5

Drs. 16/1194 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren
- II. Der Antrag ist unbegründet
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	$\mathbf{FW}$	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	$\overline{\mathbf{z}}$	Z

### Anträge

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Prof. Ursula Männle u.a. und Fraktion (CSU) Neue Antidiskriminierungsrichtlinie der Europäischen Union verhindern Drs. 16/522, 16/1202 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

		6. 6.		
CSU	SPD	$\mathbf{FW}$	GRÜ	FDP
Z	A	Z	A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
 Qimonda als Speicherchip-Technologieführer von Weltrang erhalten
 1.400 qualifizierte Arbeitsplätze am Standort München sichern -Drs. 16/740, 16/1203 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	$\mathbf{FW}$	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

5.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW) Novellierung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI retten Drs. 16/751 16/1250 (E)					
		federführend Infrastruktur SPD			FDP	
6.	u.a. und Fra Mit gentech	eitsantrag der aktion (BÜNI nnikanbaufrei 5, 16/1058 (A	DNIS 90/DIE iem Bayern E	E GRÜNEN)	Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote II!	
		federführend d Gesundheit SPD		ses für GRÜ	FDP A	
7.	Ludwig Wo	eitsantrag der örner u.a. und Verbot des A 5, 16/1200 (A	l Fraktion (SI nbaus von G	PD)	get, Johanna Werner-Muggendorfer, n Bayern	
		federführend d Gesundheit SPD		ses für GRÜ Z	FDP	

# **Abstimmungsliste**

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Erfolgreiche Zusammenarbeit im Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus fortsetzen - Ausschluss der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) zurücknehmen (Drucksache 16/1256)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert		Χ	
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Х	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		Х	
Prof. Dr. Bausback Winfried		Х	
Bause Margarete	Х		
Dr. Beckstein Günther		Х	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas		<u> </u>	1
Biechl Annemarie		Х	1
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		X	1
Bocklet Reinhold			1
Breitschwert Klaus Dieter		Х	1
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		X	1
DI. Builon Almette		^	1
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas	^	Х	1
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X	_ ^	
Dodell Renate	^	X	1
	-	X	-
Donhauser Heinz		^	1
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
Eck Gerhard		Х	
Eckstein Kurt	+	_^	
	-	X	-
Eisenreich Georg		_ ^	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
Felbinger Günther		Х	
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. Förster Linus		_ ^	
Freller Karl			1
Füracker Albert		X	1
Furacker Albert	-	^	1
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X	-	+
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	^	Х	
Goderbauer Gertraud		_ ^	
Görlitz Erika		Х	-
JOINE LING		^	

	1	1	ī
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva			
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim		Х	
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.	1	X	
Herold Hans	1	X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian	1	X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	1	X	
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	1	Х	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto	1	X	
Huml Melanie		X	
Tulli Welanie			
Imhof Hermann		X	
IIIIIOI Heimaiii	1		
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia		X	
July Claudia		^	
Kamm Christine	Х		
Karl Annette			
Kiesel Robert		Х	
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten			
Kobler Konrad			
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha	Х		ļ
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	+	<u> </u>	<del>                                     </del>
Lorenz Andreas		X	
	1	<del>- ^`</del>	

			,
Name	Ja	Nein	Enthalte
			mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula		Χ	
Dr. <b>Magerl</b> Christian	Х		
Maget Franz	Χ		
Matschl Christa		Х	
Meißner Christian		Х	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter		Х	
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike		Х	
Mütze Thomas	Χ		
Muthmann Alexander		Х	
Naaß Christa	Χ		
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin		Х	
Nöth Eduard		Х	
NoichI Maria	Χ		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele		Χ	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		Х	
Pohl Bernhard		Х	
Pointner Mannfred		Х	1
Pranghofer Karin	Х		
Pschierer Franz Josef			
			1
Dr. Rabenstein Christoph	Χ		1
Radwan Alexander		Х	1
Reichhart Markus		Х	-
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		X	-
Dr. <b>Rieger</b> Franz		<u> </u>	-
Rinderspacher Markus	Х	1	
Ritter Florian	- ' '	1	
Rohde Jörg		Х	1
Roos Bernhard	Х	<u> </u>	
Rotter Eberhard	- ' '	Х	
Rudrof Heinrich		X	1
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	Х	<u> </u>	-
Rupp Adelheid	X	1	
Tupp / tubilion	- ' '		1
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	<del> </del>
Scharfenberg Maria	Х	<u> </u>	1
Schindler Franz	X		<del>                                     </del>
Schmid Georg		Х	<del>                                     </del>
Schmid Georg		X	<del>                                     </del>
Schmitt-Bussinger Helga	Х		<del>                                     </del>
Schneider Harald	X		1
Schneider Flarad Schneider Siegfried	^	Х	1
Schöffel Martin		X	<del>                                     </del>
Schopper Theresa		^	<del>                                     </del>
- Conoppor Thorosa		<del></del>	<del></del>

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja		Х	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl		Х	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus		Х	
Sonnenholzner Kathrin	Χ		
Dr. Spaenle Ludwig		Χ	
Sprinkart Adi	Χ		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	Х		
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia	Х	- ^ ·	
Steiger Christa	X	<u> </u>	
Steiner Klaus		Х	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian		Х	
Strobl Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	Х		
		.,	
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna	Х		
Thalhammer Tobias		Х	<u> </u>
Tolle Simone	Χ		
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		Х	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Χ		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	Χ		
Widmann Jutta		Х	
Wild Margit	Χ		
Will Renate		Х	
Winter Georg		Х	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Х		
Zacharias Isabell	Х		
Zeil Martin		Х	1
Zeitler Otto		X	<del>                                     </del>
Zellmeier Josef		X	<u> </u>
Dr. Zimmermann Thomas		X	<del>                                     </del>
Gesamtsumme	49	111	0
Gesamisumme	+3	1 111	

# **Abstimmungsliste**

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter u. a. und Fraktion SPD; Rücknahme der Einstufung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.) als linksextremistisch und Rücknahme des Ausschlusses aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) (Drucksache 16/1267)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert		Χ	
Arnold Horst	Х		
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Χ	
Prof. Dr. Barfuß Georg		Χ	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		Χ	
Prof. Dr. Bausback Winfried		Χ	
Bause Margarete	Х		
Dr. Beckstein Günther		Χ	
Dr. Bernhard Otmar		Χ	
Dr. Bertermann Otto		Χ	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann	Х		
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut		Х	
Dr. Bulfon Annette		X	
211 2411 011 7 WHICKE			
Daxenberger Sepp	Х		
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine	Х		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz		Х	
Dr. Dürr Sepp	X		
эн эшн өөрр			
Eck Gerhard		Х	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		Х	
<u> </u>			
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
Felbinger Günther		Х	
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		X	
I didonei Albeit		^	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	+ ^	Х	
Goderbauer Gertraud		<del></del>	
Görlitz Erika			
		l	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike	Х		
Gottstein Eva			
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Х		
Guttenberger Petra		Χ	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine		Χ	
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike	Х		
Hanisch Joachim		Х	
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid	- '	Х	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans	1	X	
Dr. Herrmann Florian	1	X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	1		
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
Hintersberger Johannes		Х	
Huber Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel	+	X	
	+	X	
Dr. Hünnerkopf Otto Huml Melanie			
numi ivielanie		Х	
leads of the seasons	-	V	
Imhof Hermann	-	Х	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia		Х	
- <del></del>			
Kamm Christine			
Karl Annette			
Kiesel Robert		Х	
Dr. Kirschner Franz Xaver		Х	
Klein Karsten			
Kobler Konrad			
König Alexander		Χ	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		Χ	
Ländner Manfred		Х	
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp			
Lorenz Andreas		Χ	
•	i i		İ

			,
Name	Ja	Nein	Enthalte
			mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula		Χ	
Dr. Magerl Christian	Χ		
Maget Franz	Χ		
Matschl Christa		Х	
Meißner Christian		Х	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter		Х	
Miller Josef		Х	
Müller Ulrike		Х	
Mütze Thomas	Χ		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa	Χ		
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		Х	
NoichI Maria	Χ		
Pachner Reinhard		Х	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele		Χ	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		Х	
Pohl Bernhard		Х	
Pointner Mannfred		Х	1
Pranghofer Karin	Х		1
Pschierer Franz Josef		Х	
			1
Dr. Rabenstein Christoph	Χ		1
Radwan Alexander		Х	1
Reichhart Markus		Х	-
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland		X	-
Dr. <b>Rieger</b> Franz		<u> </u>	-
Rinderspacher Markus	Х	1	
Ritter Florian	- ' '	1	
Rohde Jörg		Х	1
Roos Bernhard	Х	<u> </u>	
Rotter Eberhard	- ' '	Х	
Rudrof Heinrich		X	1
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	Х	<u> </u>	-
Rupp Adelheid	X		-
Tupp / tubilion	- ' '		1
Sackmann Markus		Х	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	1
Scharfenberg Maria	Х	<u> </u>	1
Schindler Franz	X	1	1
Schmid Georg		Х	1
Schmid Georg Schmid Peter		X	<del>                                     </del>
Schmitt-Bussinger Helga	Х		<del>                                     </del>
Schneider Harald	X	1	<del>                                     </del>
Schneider Flaradu Schneider Siegfried	^	Х	<del>                                     </del>
Schöffel Martin		X	<del>                                     </del>
Schopper Theresa		^	<del>                                     </del>
- Conoppor Thorosa		<del></del>	<del></del>

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Х	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja		Χ	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Χ	
Sem Reserl		Χ	
Sibler Bernd		Χ	
Sinner Eberhard		Χ	
Dr. Söder Markus		Χ	
Sonnenholzner Kathrin	Х		
Dr. Spaenle Ludwig		Х	
Sprinkart Adi	Х		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	Х		
Stamm Barbara		Х	-
Stamm Claudia	Х		-
Steiger Christa	X		<u> </u>
Steiner Klaus	^	Х	
Stewens Christa		^	<u> </u>
		V	<u> </u>
Stierstorfer Sylvia		X	ļ
Stöttner Klaus		X	<u> </u>
Strehle Max		X	
Streibl Florian	.,	Х	<u> </u>
Strobl Reinhold	X		ļ
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone	Х		ļ
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna	Х		<u> </u>
Thalhammer Tobias		Х	<u> </u>
Tolle Simone	Χ		<u> </u>
			ļ
Unterländer Joachim		Χ	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		Х	<u> </u>
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	Χ		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		Χ	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	Χ		
Widmann Jutta		Х	
Wild Margit	Χ		
Will Renate		Х	
Winter Georg		Χ	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Х		
Zacharias Isabell	Х		
Zeil Martin		Х	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	<del>                                     </del>
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	<del>                                     </del>
Gesamtsumme	47	109	0
- Cocamicalinio	···		<u> </u>

# **Abstimmungsliste**

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Thomas Dechant u. a. und Fraktion FDP; Rückzug der Kreditversicherer verhindern (Drucksache 16/1257)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst		Χ	
Aures Inge		Х	
Bachhuber Martin	Х		
Prof. Dr. Barfuß Georg	Х		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete			Х
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	Х		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. <b>Beyer</b> Thomas		Χ	
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		Χ	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	Х		
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas	Х		
Dettenhöfer Petra	Х		
Dittmar Sabine		Х	
Dodell Renate	Х		
Donhauser Heinz			
Dr. <b>Dürr</b> Sepp			Х
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. <b>Fischer</b> Andreas	X		
Dr. <b>Förster</b> Linus			
Freiler Karl	Х		
Füracker Albert			
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul		Х	
Gehring Thomas			Х
Glauber Thorsten	Х		
•		1	1
Goderbauer Gertraud			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	Х		
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva			
Güll Martin		Х	
Güller Harald		Χ	
Guttenberger Petra	Х		
Hacker Thomas	Х		
Haderthauer Christine	Х		
Halbleib Volkmar		Х	
Hallitzky Eike			Х
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig			Х
Heckner Ingrid	Х		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	Х		
Dr. <b>Herrmann</b> Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja	- ^ -		
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
Hintersberger Johannes	Х		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	<u> </u>		
Huml Melanie	Х		
Turn Welanie	^		
Imhof Hermann	Х		
IIIIIOI HEIIIIAIIII			
Jörg Oliver			
Jung Claudia	X		
Julig Claudia	^		
Vamm Christina	<u> </u>		X
Kamm Christine Karl Annette	<u> </u>		_ ^
Kiesel Robert			
	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver Klein Karsten	^		
	1		
Kobler Konrad	V		
König Alexander	Х	V	
Kohnen Natascha	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	Х	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	Х		<b></b>
1".1	1	ļ	<u> </u>
Ländner Manfred		<u> </u>	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		<u> </u>	
Lorenz Andreas	Х		

Name	Ja	Nein	Enthalte
			mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula	Χ		
Dr. Magerl Christian			Х
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	Χ		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	Х		
Meyer Peter	Χ		
Miller Josef	Х		
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas			Х
Muthmann Alexander	Х		
-			
Naaß Christa			
Nadler Walter	Х		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		Х	
NOICHI IVIANA			
Pachner Reinhard	Х	<u> </u>	
	^	<u> </u>	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		ļ	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	Х		
Pohl Bernhard	Χ		
Pointner Mannfred	Χ		
Pranghofer Karin		Х	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	Χ		
Reichhart Markus	Х		
Reiß Tobias	Х		
Richter Roland	Х		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		Х	
Ritter Florian			
Rohde Jörg	Х	1	
Roos Bernhard		Х	
Rotter Eberhard	Х		
Rudrof Heinrich	X	<u> </u>	
Rüth Berthold	X		
			Х
Dr. Runge Martin			^
Rupp Adelheid		Х	
0	V/	ļ	
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	Х		
Sauter Alfred	Χ		
Scharfenberg Maria			Х
Schindler Franz		Х	
Schmid Georg	Χ		
Schmid Peter	Χ		
Schmitt-Bussinger Helga		Х	
Schneider Harald			
Schneider Siegfried	Х		
Schöffel Martin	Х		
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	Χ		
Schreyer-Stäblein Kerstin	Χ		
Schuster Stefan		Χ	
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	Χ		
Sem Reserl	Χ		
Sibler Bernd	Χ		
Sinner Eberhard	Χ		
Dr. Söder Markus	Χ		
Sonnenholzner Kathrin		Х	
Dr. Spaenle Ludwig	Х		1
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			X
Stamm Barbara	Х		
Stamm Claudia			X
		Х	^
Steiger Christa	V	^	<u> </u>
Steiner Klaus	Х		ļ
Stewens Christa			ļ
Stierstorfer Sylvia	X		ļ
Stöttner Klaus	X		ļ
Strehle Max	X		ļ
Streibl Florian	Х		ļ
Strobl Reinhold		Х	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone		Х	ļ
Taubeneder Walter	Χ		
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias	Χ		
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim	Χ		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	Х		<u> </u>
Weidenbusch Ernst	^		<del>                                     </del>
Weikert Angelika		Х	
Dr. Weiß Bernd		^	
Dr. Weiß Manfred	Х	-	-
	^	V	<u> </u>
Dr. Wengert Paul		Х	ļ
Werner Hans Joachim		V	ļ
Werner-Muggendorfer Johanna		Х	
Widmann Jutta	Х		ļ
Wild Margit		Х	ļ
Will Renate	X		<u> </u>
Winter Georg	Χ		<u> </u>
Winter Peter	Χ		
Wörner Ludwig		Х	
Zacharias Isabell		Х	<del>                                     </del>
Zeil Martin	Х		<del>                                     </del>
Zeitler Otto	X		<del> </del>
Zeitier Otto Zeilmeier Josef		-	<del> </del>
	X		<del>                                     </del>
Dr. Zimmermann Thomas	X	00	40
Gesamtsumme	105	29	16

# **Abstimmungsliste**

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u. a. und Fraktion FW; Schutz der heimischen Fischereiwirtschaft vor erheblichen Schäden durch Kormorane! (Drucksache 16/1266)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		Х	
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst		Х	
Aures Inge		Х	
Bachhuber Martin		Х	
		X	1
Prof. Dr. Barfuß Georg		_ ^	ļ
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	ļ
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		Х	
Dr. Beckstein Günther		Х	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto		Χ	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas		Х	
Biechl Annemarie		Х	
Biedefeld Susann		Χ	
Blume Markus		Х	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun		Х	
Brunner Helmut		Х	
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp		Х	
Dechant Thomas		X	1
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp		X	
		,	
Eck Gerhard		Х	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		Χ	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X	1	1
	^		-
Dr. Fischer Andreas Dr. Förster Linus		Х	
Freiler Karl		Х	
Füracker Albert		X	
Turacker Albert			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		Х	
Gehring Thomas		Χ	
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		Χ	
Görlitz Erika		Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike		Х	
Gottstein Eva			
Güll Martin		Х	
Güller Harald		Х	
Guttenberger Petra		Χ	
Hacker Thomas		Χ	
Haderthauer Christine		Χ	
Halbleib Volkmar		Х	
Hallitzky Eike		Χ	
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig		Х	
Heckner Ingrid	1	Х	
Heike Jürgen W.	1	Х	
Herold Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja	+ ^ -		
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang	1	Х	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Х	
Huml Melanie		X	
Tulli Melalile	1		
Imhof Hermann	1	X	
IIIIIOI Heimaiii		^	
lära Olivor		X	
Jörg Oliver Jung Claudia	X	^	
Julig Claudia	_ ^		
Kamm Christine			
Karl Annette	1		
Kiesel Robert			X
Dr. Kirschner Franz Xaver			X
Klein Karsten	-		_ ^
	-		
Kobler Konrad	-	V	
König Alexander	-	X	
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	-		
Kreuzer Thomas		Х	
Ländner Manfred	1	Х	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	1	X	1
Lorenz Andreas		X	
	1		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula		Х	
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	_	Х	
Meißner Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate	_		
Meyer Brigitte	_	Х	
Meyer Peter	X		
Miller Josef	<del> ^</del>	Х	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	^	Х	
Muthmann Alexander	X	^	
Mutimami Alexander	^		
Naaß Christa			
Nadler Walter	_	Х	
Neumeyer Martin	_	X	
Nöth Eduard	_	X	
Noichl Maria	_	X	
NOICHI Wana		^	
Pachner Reinhard	_	Х	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele	X		
Perlak Reinhold	<del></del>		
Pfaffmann Hans-Ulrich	-		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	^	Х	
Pschierer Franz Josef	-	^	ļ
PSCHIETER FIAITZ JOSEI			
Dr. Rabenstein Christoph		Х	
Radwan Alexander	_	X	
Reichhart Markus	X	^	-
Reiß Tobias	^	Х	
	-	X	
Richter Roland	-	^	ļ
Dr. Rieger Franz		V	
Rinderspacher Markus		Х	
Ritter Florian		V	
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	_	Х	
Rotter Eberhard	_		Х
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		Х	
Coolesson Mades		V	
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	_	X	
Schmid Georg Schmid Peter	_	X	<del>                                     </del>
		X	
Schmitt-Bussinger Helga Schneider Harald		^	1
		~	1
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin	1	X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		Χ	
Schreyer-Stäblein Kerstin		Χ	
Schuster Stefan		Χ	
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl		Х	
Sibler Bernd		Х	
Sinner Eberhard		Х	
Dr. Söder Markus		Х	
Sonnenholzner Kathrin		Χ	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		Х	
Stachowitz Diana			
Stahl Christine		Х	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
		X	
Steiger Christa			
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		Х	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold		Х	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
		.,	
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone		Х	
11.4.12.1.1.1.			
Unterländer Joachim		Х	
Dr. Vetter Korl			
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Corbord		Х	
Waidanhuach Frank		-	
Weitert Appelite		X	
Weikert Angelika Dr. Weiß Bernd			
		V	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul		-	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna		Х	
Widmann Jutta	Х		
Wild Margit		Х	
Will Renate			
Winter Georg		Х	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig		Х	
Zacharias Isabell		Х	
Zeil Martin		Х	
Zeitler Otto		Χ	
Zellmeier Josef		Χ	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		Х	
Gesamtsumme	18	134	3